



Landtag von Baden-Württemberg

54. Sitzung

11. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 30. November 1994 · Haus des Landtags

Beginn: 10.01 Uhr

Schluß: 21.22 Uhr

INHALT

Eröffnung — Mitteilungen des Präsidenten	4303	Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses — Drucksache 11/4964	4303
Ausscheiden des Abg. Schlee	4303	Antrag Drucksache 11/5030	
Eintritt des Abg. Behringer	4303	Abg. Oettinger CDU	4303, 4345
Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	4303	Abg. Maurer SPD	4310, 4341
1. a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1995 und 1996 — Drucksache 11/4890		Abg. Trageiser REP.	4315, 4348
b) Mittelfristiger Finanzplan des Landes für die Jahre 1994 bis 1998		Abg. Bütikofer GRÜNE	4318
— Allgemeine Aussprache		Abg. Dr. Döring FDP/DVP	4324
2. Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1994 — Drucksache 11/4763		Ministerpräsident Teufel	4327
Beschlußempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses — Drucksachen 11/4966, 11/4967		Abg. Dr. Schlierer REP	4335
3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich — Drucksache 11/4808		Abg. Kuhn GRÜNE	4338
		Abg. Kiesecker SPD	4349
		Minister Mayer-Vorfelder	4350
		Abg. Dr. Ohnewald CDU	4362
		Beschluß	4359, 4362
		4. Zweite Beratung	
		a) des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Eingliederung der staatlichen Veterinärämter, zur Aufhebung der staatlichen Gesundheitsämter, zur Übertragung von Aufgaben der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz auf untere Verwaltungsbehörden sowie zur Bereinigung fleischhygiene- und lebensmittelrechtlicher Zuständigkeiten (Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz) — Drucksache 11/4862	
		Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses — Drucksache 11/4987	

H. I

b) des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienstgesetz — ÖGDG) — Drucksache 11/4871	Abg. Dr. Schlierer REP	4395
	Abg. Kuhn GRÜNE	4397
	Abg. Drautz FDP/DVP	4399
	Abg. Amann (fraktionslos)	4401
	Minister Dr. Spöri	4402
Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses — Drucksache 11/4988	Abg. Maurer SPD	4403
	Abg. Weimer SPD (zur Geschäftsordnung)	4404
Anträge Drucksachen 11/5025-1 bis 11/5025-3, 11/5029-1 bis 11/5029-3	Beschluß	4404, 4406
Abg. List CDU	Abg. Maurer SPD (zur Abstimmung)	4406
Abg. Maurer SPD	Abg. Rebhan CDU (zur Abstimmung)	4406
Abg. König REP		
Abg. Hackl GRÜNE	6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion Die Republikaner — Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Baden-Württemberg — Drucksache 11/4835	4406
Abg. Albrecht FDP/DVP		(abgesetzt)
Abg. Birgitt Bender GRÜNE		
Abg. Drautz FDP/DVP		
Abg. Kiesswetter FDP/DVP	7. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Einführung einer einheitlichen Finanzkontrolle — Drucksache 11/4814	
Abg. Dr. Repnik CDU		
Minister Birzele		
Beschluß		
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Feiertagsgesetzes — Drucksache 11/4895	Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses — Drucksache 11/4960	4406
	Beschluß	4407
Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses — Drucksache 11/4989		
Anträge Drucksachen 11/5023-1 und 11/5023-2	8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes — Drucksache 11/4631	
Abg. Kuhn GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses — Drucksache 11/4965	4406
Abg. Maurer SPD (zur Geschäftsordnung)		(abgesetzt)
Abg. Oettinger CDU (zur Geschäftsordnung)		
Abg. Dr. Schlierer REP (zur Geschäftsordnung)	Anlage	
Abg. Haasis CDU (zur Geschäftsordnung)	Vorschlag der Fraktion der CDU — Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	4408
Abg. Oettinger CDU		
Abg. Schrempp SPD		

Protokoll

über die 54. Sitzung vom 30. November 1994

Beginn: 10.01 Uhr

Präsident Dr. Hopmeier: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 54. Sitzung des 11. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Kiel erteilt.

Meine Damen und Herren, Herr Abg. Dietmar Schlee hat mich mit Schreiben vom 4. November 1994 wissen lassen, daß er mit Wirkung vom 10. November 1994 auf sein Landtagsmandat verzichtet. Der Landeswahlleiter, den ich davon unterrichtet habe, hat mit Schreiben vom 21. November 1994 mitgeteilt, daß das freigewordene Mandat auf Herrn Ernst Behringer, Sigmaringen, übergegangen ist. Herr Behringer hat die Wahl angenommen und mit Wirkung vom 21. November 1994 die rechtliche Stellung eines Abgeordneten des 11. Landtags von Baden-Württemberg erworben.

Herr Kollege Behringer, ich begrüße Sie sehr herzlich in diesem Haus und wünsche Ihnen eine erfolgreiche Tätigkeit als Abgeordneter.

(Beifall bei der CDU und den Republikanern)

Meine Damen und Herren, auf Ihren Tischen liegt ein Vorschlag der CDU-Fraktion für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen (Anlage). — Sie stimmen den vorgeschlagenen Umbesetzungen zu.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1 bis 3 auf.

Punkt 1:

a) Fortsetzung der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 1995 und 1996 — Drucksache 11/4890

b) Mittelfristiger Finanzplan des Landes für die Jahre 1994 bis 1998

— Allgemeine Aussprache

Punkt 2:

Zweite und Dritte Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1994 — Drucksache 11/4763

Beschlußempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses — Drucksachen 11/4966, 11/4967

Berichterstatter: Abg. Meyer

Punkt 3:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich — Drucksache 11/4808

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses — Drucksache 11/4964

Berichterstatter: Abg. Bütikofer

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat beschlossen, über die aufgerufenen drei Tagesordnungspunkte eine Allgemeine Aussprache mit gestaffelten Redezeiten bei einer Grundredezeit von 25 Minuten je Fraktion zu führen.

Das Wort darf ich Herrn Abg. Oettinger erteilen.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Darf ich um Ruhe bitten, meine Damen und Herren.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Mit der heutigen Haushaltsberatung auf der Grundlage des Entwurfs der Landesregierung tritt der Landtag von Baden-Württemberg in der Haushaltspolitik in die zweite Halbzeit dieser Legislaturperiode ein. Die CDU-Fraktion verbindet ihre Erwartung mit der Absicht und Zusage, Kontinuität und Stabilität in der Haushaltspolitik auch den Jahren 1995 und 1996 zugrunde zu legen.

Dieser Haushalt muß sich an den drei großen Vorgaben für die Regierungs- und Parlamentsarbeit in den Jahren 1992 bis 1996 messen lassen.

Erstens an der Vorgabe, solide Staatsfinanzen zu erhalten und zu verstärken, daß in Baden-Württemberg nicht Neuschulden, sondern Einnahmen und gestraffte Ausgaben sowie solide Haushalte Grundlage eines modernen Staates sind.

Zweitens: Dieser Haushalt muß sich an der Bemühung messen lassen, den Standort Baden-Württemberg für Arbeit und Wirtschaft zu unterstützen, einen Beitrag zur Vollbeschäftigung und für ein modernes Industrieland Baden-Württemberg mit Zukunft zu leisten.

Drittens: Auch dieser Haushalt ist kritisch an der Frage zu messen, ob ein schlanker Staat, ob eine moderne Verwaltung und eine Verringerung der Staatsquote durch die konkreten Zahlen erreicht, angenähert und dafür Schritte unternommen werden.

(Oettinger)

Ich glaube, daß die Haushaltsberatungen ein sichtbares Zeichen dafür sein können, daß diese Regierung von CDU und SPD und die sie tragenden Fraktionen von CDU und SPD im notwendigen Umfang zusammenarbeiten und wissen, wo Gemeinsamkeit geboten ist, und sich nicht zerstreiten, sondern gemeinsam an ihren Zielen arbeiten, sie erreichen und damit Verantwortung zur richtigen Zeit tragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wer diesen Haushalt kritisch betrachtet, muß zunächst fragen, wo wir herkommen, muß mit den Nachbarländern vergleichen und beachten, in welchem schwierigen Umfeld Haushaltspolitik zu leisten ist.

Wir haben im wesentlichen die Eckwerte, die in konjunkturrell besserer Zeit ohne Vorbelastung des Haushalts erarbeitet worden sind, gehalten und damit, so meine ich, mustergültig den Weg in die Zukunft gewiesen.

Die Nettoneuverschuldung wird von knapp 3 Milliarden DM auf 2 Milliarden DM, auf 1,7 Milliarden DM, auf 1,6 Milliarden DM und auf 1,3 Milliarden DM zurückgeführt. Diese Eckwerte der Nettoneuverschuldung sind zu einem Zeitpunkt beschlossen worden, als wir Hochkonjunktur hatten, sind zu einem Zeitpunkt beschlossen worden, als wir keine strukturelle Krise der baden-württembergischen und der deutschen Wirtschaft hatten, sind zu einem Zeitpunkt beschlossen worden, als die Steuereinnahmen sprudelten, und sie sind zu einem Zeitpunkt beschlossen worden, als wir nicht den Solidarbeitrag zugunsten der neuen Länder nach der Einheit Deutschlands vor Augen hatten.

Baden-Württemberg ist bereit und in der Lage, mit dem Haushaltsjahr 1995 in das schwierigste Kapitel der Haushaltspolitik der letzten Jahrzehnte einzutreten. Ich glaube, daß dieser Haushalt dafür eine mustergültige, eine gute Grundlage ist. Die CDU-Fraktion kann schon heute sagen, daß wir auf der Grundlage dieses Haushalts beraten, daß wir ihn annehmen und verabschieden und uns auf einige kritische Fragen und auf wenige Veränderungsanträge, die ich nachher darstellen werde, beschränken werden.

Zunächst zur Haushaltsstruktur: Blicken wir zurück in die Haushaltsjahre 1980 und 1981. Damals beliefen sich die bereinigten Gesamtausgaben des Landes Baden-Württemberg auf 30 Milliarden DM — vor 15 Jahren betrug das Haushaltsvolumen also, bereinigt, 30 Milliarden DM —, und gleichzeitig betrug die Nettoneuverschuldung 2,9 Milliarden DM. Wir hatten also eine Situation, bei der knapp 10 % der Haushaltsausgaben durch Nettoneuverschuldung zu finanzieren waren. Und heute? Bereinigte Gesamtausgaben 54 Milliarden DM, und die Nettoneuverschuldung liegt bei noch 2 Milliarden DM, 1996 werden es noch 1,7 Milliarden DM sein, 1997 1,6 Milliarden DM und 1998 1,3 Milliarden DM. Wir kommen also von knapp 10 % Finanzierung der Gesamtausgaben durch Nettoneuverschuldung, erreichen im Jahr 1995 knapp 4 %, gehen 1996 auf unter 3 % und werden in der mittelfristigen Finanzplanung für den Doppelhaushalt 1997/98 näherungsweise die 2 % anzustreben haben. Ich glaube, daß damit eine deutliche Trendumkehr erreicht wurde, und ich darf der Regierung Erwin Teufel und Gerhard Mayer-Vorfelder unseren vollen Respekt zollen und unserer Unterstützung versichern.

(Beifall bei der CDU)

Wer von 10 % auf unter 4 %, näherungsweise an 2 % kommt, der hat, glaube ich, nicht verdient, kleinkrämerisch vom Kollegen Bütikofer kritisiert zu werden, sondern kann alle Achtung für sich beanspruchen und braucht Solidarität und Unterstützung auch des Parlaments bei diesem schwierigen Weg einer Trendumkehr

(Abg. Kuhn GRÜNE: Es ist eine große Ehre, vom Bütikofer kritisiert zu werden!)

in die richtige Richtung, die wir wollen und ohne Einschränkungen mitzutragen bereit sind.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kuhn GRÜNE: Bütikofer kritisiert nicht jeden!)

Wissen Sie, es ist ein Einfaches, die Quadratur des Kreises zu verlangen,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ja! — Abg. Kuhn GRÜNE: Noch schwerer, sie zu machen!)

aber es ist genau so einfach, bloßzustellen, wie dünn die Argumente sind.

Einerseits sagen Sie, Kollege Bütikofer, die Investivquote sei zu gering. Auch wir würden uns mehr Spielraum für Investitionen in der Zukunft wünschen.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Gleichzeitig sagen Sie aber, der Schuldenstand sei zu hoch, und drittens sagen Sie, wir bräuchten mehr Personal.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Was? Das letzte habe ich noch nicht gehört!)

— Das Thema Lehrer ist Ihnen doch allenthalben bekannt.

Ich erwarte schon von der Opposition, daß Sie hier eine Gesamtkonzeption vorträgt und sich nicht darauf beschränkt, in wenigen Punkten unterschiedliche, aber insgesamt nicht stimmige Forderungen vorzulegen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie reden ja, als ob wir die Regierung wären!)

Ich kann nur sagen: Wer im Landtag von Baden-Württemberg kritisiert, muß sich auch den Vergleich mit Ländern gefallen lassen, wo er regiert oder Regierungsverantwortung getragen hat.

(Beifall bei der CDU)

Erlauben Sie mir deswegen auch einen Vergleich, nicht nur im Hinblick auf die letzten Jahre in Baden-Württemberg, sondern einen Vergleich mit den Haushalten aktueller Jahre anderer Bundesländer.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Jetzt kommt wieder das Hessen-Salmonellen-Problem!)

Niedersachsen hat bei bereinigten Gesamtausgaben einen Haushaltsumfang von 37 Milliarden DM; Baden-Württemberg liegt bei über 50 Milliarden DM. Während Baden-Württemberg mit 54 Milliarden DM Gesamtausgaben unter 2 Milliarden DM Nettoneuverschuldung kommt, hat Nieder-

(Oettinger)

sachsen mit 37 Milliarden DM knapp 4 Milliarden DM Nettoneuverschuldung nötig,

(Abg. Wieser CDU: Was? Das ist ja skandalös! — Beifall bei Abgeordneten der CDU)

nur um einen korrupten Haushalt auf solide Beine zu stellen.

(Zuruf von der CDU: Und der wollte Deutschland regieren! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Allein nach der letzten Haushaltsberatung hat Niedersachsen 1,5 Milliarden DM Erhöhung der Nettoneuverschuldung nötig gehabt, um sich zu finanzieren. Die machen auf einen Schlag mehr Schulden, als wir überhaupt noch an neuen Schulden in Baden-Württemberg nötig haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Wieser CDU: Ist das eine finanzpolitische Bananenrepublik?)

Ich erlaube mir, konkrete Zahlen vorzulegen. Hessen hat eine Nettokreditaufnahme von 2,3 Milliarden DM bei einem Haushaltsvolumen von 32 Milliarden DM. Auf Baden-Württemberg umgerechnet hieße das, daß eine Nettoneuverschuldung des rotgrün regierten Hessens von 3,8 Milliarden DM unserer von 2 Milliarden DM entspräche.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Halten Sie das für seriös, so umzurechnen? — Gegenrufe von der CDU: Ja! — Abg. Kuhn GRÜNE: Rechnen Sie das mal in Ecu!)

Nordrhein-Westfalen hat eine Nettoneuverschuldung von 6,5 Milliarden DM nötig, um seinen Haushalt auszugleichen.

Deswegen sage ich: Auch wir sind mit den Zahlen, über die wir beraten, nicht zufrieden. Ich könnte mir sehr wohl vorstellen, daß es möglich wäre, ohne neue Schulden auszukommen, aber im Umfeld zu den 15 anderen Bundesländern kann ich nur sagen: Wer im Glashaus sitzt, soll sich hüten, mit Steinen zu werfen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in Baden-Württemberg gemeinsam mit Bayern die solidesten Staatsfinanzen, die geringste Altlastenverpflichtung

(Oh-Rufe von der SPD — Zuruf des Abg. Köder SPD)

und eine Trendumkehr, die sich sehen lassen kann und die wir hier deutlich hervorheben sollten.

Meine Damen und Herren, die Steuerschätzung zugrunde zu legen ist das Gebot der Stunde.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Wie ist es beim Bund? Das wäre auch interessant!)

und wir erwarten deshalb heute auch eine klare Aussage der Regierung, was sie aus der Steuerschätzung des 20. November für die Haushalte 1994, 1995 und 1996 abzulesen in der Lage ist.

Lassen Sie mich das aus der Sicht der Fraktion knapp zusammenfassen: Ich meine, daß die Steuerschätzung für das

Jahr 1994 bedeutet, daß wir hinkommen. Wir haben keine Luft. Wir können von 1994 nichts in die künftigen Jahre übertragen, aber wir können den Rahmen und die Zahlen im Nachtrag 1994 halten. Wir sind glimpflich davongekommen.

Ich warne aber alle, die eigene Fraktion eingeschlossen: Es wäre viel zu früh und heute ein falsches Zeichen, jetzt zu glauben, daß durch die Steuerschätzung schon eine Neuverteilung und neue Begehrlichkeiten möglich wären. Lassen Sie uns in dem engen Korsett, welches wir uns angezogen haben, Haushaltsberatungen leisten, und arbeiten wir nicht nach dem Prinzip Hoffnung. Noch erwarte ich für 1995 und 1996 keine nennenswerten Mehreinnahmen, sondern allenfalls Steuereinnahmen, die den Haushaltsrahmen halten und keine weiteren Ausgabenreduzierungen erforderlich machen.

Wichtig ist uns in der CDU-Fraktion eine kritische strukturelle Betrachtung des Haushalts. Herr Finanzminister, wir unterstützen Sie in Ihrer Bemühung, die Personalkostenquote zu deckeln und zu senken.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Dabei erwarten wir von der Regierung schon, daß sie in den Jahren 1993 bis 1996 umfassend dartut, wie es gelingt und daß es gelingt, keine zusätzlichen Personalstellen zu benötigen.

(Lachen des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Wir haben vollen Respekt, daß die Häuser derzeit Stellen erwirtschaften. Wir haben vollen Respekt davor, daß es wenige Beamtenbereiche sind, die erhebliche Stellen — weit über 3 000 — zu erbringen haben. Aber noch werden manche Personalstellen mit Sachmitteln erbracht, und noch ist nicht in Sicht, daß wir 1996 erreicht haben werden, was wir uns vorgenommen haben. Die CDU-Fraktion wird deswegen in den Haushaltsberatungen kritisch darauf achten, ob es uns tatsächlich auch im vorgesehenen Zeitplan gelingt, die entsprechenden Personalstellen zu erwirtschaften.

Besonderes Augenmerk legt der Finanzminister auf das Thema Pensionslasten der Zukunft.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Darin steckt in der Tat ein Sprengstoff, den wir hier im Landtag beraten müssen. Wo liegt das entscheidende Problem? Im Gegensatz zum Haushalt und zur Bilanz eines privaten Wirtschaftsbetriebs haben wir keine Rückstellungen und keine Teilverrechnungen der Personalkosten zu dem Zeitpunkt, an dem das Personal die Arbeit leistet. Der Arbeitnehmer in der freien Wirtschaft erbringt seinen Beitrag für die spätere Rente durch Rentenversicherungsbeiträge. Der Arbeitgeber bezahlt seinen Anteil entsprechend. Der Arbeitgeber Staat kann die Pensionslast hingegen nicht vorfinanzieren und -kalkulieren. Dies ist ihm haushaltsrechtlich nicht möglich, und dies ist derzeit, da keine Versicherungslösung zur Verfügung steht, auch nicht geboten.

Nun schlägt der Finanzminister vor, einen Pensionslastenfonds zu gründen.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gute Idee!)

(Oettinger)

Wir sind bereit, wohlwollend darüber zu beraten. Wir sehen aber gleichzeitig auch die damit verbundenen Probleme. Worin liegen sie? In der privaten Wirtschaft haben wir einen Steueranreiz, Rückstellungen für Betriebsrenten zu bilden, und dort haben wir eine gesetzliche Verpflichtung, Arbeitgeberbeiträge in Versicherungskassen einzubezahlen. Beides steht dem Staat nicht zur Verfügung.

(Abg. Kiesecker SPD: Eben!)

Dieser Pensionslastenfonds bringt uns im Zweifel — so ist unsere Erkenntnis heute — keine steuerlichen Vorteile und keinen steuerlichen Anreiz, so daß die Rechnung im Grunde genommen lauten könnte: Wenn wir in einem Pensionslastenfonds Geld anlegen, dann bekommen wir weniger Habenzinsen, als wir durch die Erhöhung von Schuld aufnehmen an Sollzinsen zu bezahlen haben. Die Rechnung muß stimmen. Es darf keine finanzielle Verschlechterung sein. Dann sind wir bereit, dem Gedanken näher zu treten.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Eines ist völlig richtig: Auch das erzieherische Moment, das damit verbunden wäre, halte ich für erheblich. Es muß erreichbar sein, daß Politik zu dem Zeitpunkt, zu dem sie Personalstellen beschließt,

(Abg. Wieser CDU: Die vollen Kosten kennt!)

die vollen Kosten vor Augen hat und Lasten nicht auf un-absehbare Zukunft verschieben kann.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kurz CDU: Auch die Zinserträge!)

Für die CDU-Fraktion ist auch im Haushalt die Frage, ob wir mit Beamtenstellen oder mit Angestelltenstellen arbeiten, von Relevanz. Allein mir erscheint, daß dieser Streit, gerade auch in den letzten Tagen, etwas überhöht worden ist. Wir halten am Berufsbeamtentum fest.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir meinen, daß sich das Berufsbeamtentum in Baden-Württemberg und Deutschland bewährt hat und eine stabile Stütze öffentlicher Verwaltung, öffentlicher Dienstleistung und stabiler Demokratie in unserem Land ist, und wir sind nicht bereit, vom beruflichen Beamtentum und seinen Grundsätzen in der Verfassung und in der Verfassungspraxis abzugehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Zurufe der Abg. Dr. Salomon und Bütikofer GRÜNE)

Dessenungeachtet wird mit der Überführung von staatlicher Aufgabenwahrnehmung in private Rechtsform zwingend verbunden sein, daß die Zahl der Staatsdiener, die Beamte sind, in der bisherigen Zahl nicht gehalten, sondern abgesenkt wird und daß sich die Zahl derer, die als Angestellte in privater Rechtsform arbeiten, Stück für Stück erhöht.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Die Postreform und die Bahnreform auf Bundesebene sind die Überschriften, die wir sehen. Demgemäß sind wir bereit, auch auf Landesebene einige staatliche Aufgaben mehr als

bisher in private Rechtsform überzuführen. Damit ist zwingend verbunden, daß die Zahl der Beamten sinkt und die Zahl der Angestellten entsprechend steigt. Dies ist keine Ideologie, sondern die zwingende Folge von Auslagerungen staatlicher Aufgabenwahrnehmung in private Rechtsform.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Verehrter Kollege Maurer, im Bereich der Lehrer ist, meine ich, ein Streit zwischen uns erst gar nicht notwendig. Sie akzeptieren, daß die große Mehrzahl der Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg — weit über 90 000 — im Beamtenverhältnis arbeitet. Wir gemeinsam haben den Vorschlag entworfen, zumindest auf Zeit in einem Zweidrittel-Beschäftigungsverhältnis mehr jungen Menschen, als wir Stellen im Stellenplan haben, Arbeit in den Schulen zu geben, um die Zahl der jungen Köpfe in den Schulen zu erhöhen. Ich meine, daß deswegen Beamte und Angestellte eine Ergänzung und kein Gegensatz sind. Deshalb sollten wir den Gegensatz gar nicht erst aufbauen, sondern die Ergänzung zum Regelfall sehen und entsprechend beschließen.

Wir wollen weiter, daß in der Schule der Streit nicht stattfinden kann.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aber Herr Teufel hat etwas anderes gesagt!)

Deswegen halten wir am beamteten Lehrer als Regelfall fest.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Teufel hat etwas anderes gesagt!)

— Ich glaube, Herr Kollege Pfister, damit können auch Sie als beamteter Lehrer in Zukunft ruhig schlafen.

Daneben aber wollen wir, um den Lehrkörper zu verjüngen und um mehr jungen Köpfen die Chance zu geben, in den Unterricht und damit in den Lehrkörper von Baden-Württemberg zu kommen, einige Planstellen in Zweidrittelstellen ummünzen.

Zur Titelgruppe 63 — Gebäudebrandversicherung —, Herr Finanzminister:

(Minister Mayer-Vorfelder unterhält sich mit Vertretern der Landesregierung. — Abg. Bütikofer GRÜNE: Finanzminister!)

Die Koalition hat zu Beginn des Jahres 1993 eine klare Mittelverwendung der 1,1 Milliarden DM beschlossen. Wir sind weiter bereit, den Schuldendeckel der Baufinanz zu senken, und legen deswegen großen Wert darauf, daß niemand in den Haushaltsberatungen auf die Idee kommt, die 150 Millionen DM, die wir der Baufinanz zugeführt haben, jetzt noch zu veresporn oder anders zu verwenden.

(Sehr gut! und Beifall des Abg. Keitel CDU)

Es verbleiben 950 Millionen DM. Wir werden die Haushaltsberatungen nutzen, um uns in den einzelnen Bereichen darlegen zu lassen, wo etwas verfügt, wo etwas beschlossen und Geld schon ganz konkret beim Empfänger, beim Zweck, bei der Investition angekommen ist. Es kann aber nicht sein — und hier beschleicht uns etwas Sorge —, daß die einzelnen Häuser Haushaltslöcher zu stopfen beginnen,

(Oettinger)

indem sie Gebäudebrandversicherungsmittel, die nicht fließen, umschichten und in Haushaltszwecke einmünden lassen.

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Gebäudebrand war für Zukunftsinvestition, muß voll und ganz für Zukunftsinvestition bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

und kann nicht zur Haushaltsumschichtung genutzt werden.

Meine Damen und Herren, ich meine, die globale Minderausgabe ist längst eine große Wolke am Haushaltshimmel geworden.

(Abg. Wieser CDU: Das ist schon ein Unwetter!)

Nach Auffassung der CDU-Fraktion hat die globale Minderausgabe das vernünftige Maß erreicht, wenn nicht gar überschritten.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Was nun: erreicht oder überschritten?)

— Erreicht, wenn nicht gar überschritten.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Legen Sie sich doch mal fest!)

800 Millionen DM sind längst ein Umfang, wo die Haushaltsklarheit und die konkrete Beeinflussung des Haushalts durch den Gesetzgeber tangiert ist und uns besorgt stimmen muß. Deswegen sagen wir, Herr Finanzminister, daß wir bei der globalen Minderausgabe in den Haushaltsberatungen mehreres erwarten.

Erstens: Wir stellen den Schlüssel, mit dem die Landesregierung globale Minderausgaben bei einzelnen Titeln verlangt, bewußt in Frage. Herr Finanzminister, es kann doch nicht angehen, daß die Aufwendungen für staatliche Grünanlagen von den globalen Minderausgaben freigestellt sind und deshalb die Mittel für Gärtnermeister und die Gartenbauaufträge zu 100 % fließen, aber gleichzeitig der Straßenbau mit der Erbringung der globalen Minderausgabe unzumutbar stark belastet ist.

(Beifall bei der CDU)

Wir glauben deswegen, daß es in den Haushaltsberatungen möglich sein muß, den Anwendungsschlüssel für die globalen Minderausgaben nochmals zu überprüfen und gegebenenfalls Korrekturen vorzunehmen.

Ein Zweites trauen wir uns zu. Den Fraktionen liegt eine Reihe von Änderungswünschen aus der Gesellschaft, von den Verbänden, von den Kommunen vor. Ich höre das Angebot des Finanzministers, mit uns globale Minderausgaben konkret zuzuordnen, konkrete Einsparungen vorzunehmen und die pauschale globale Ausgabenminderung entsprechend zu senken. Dieses Angebot ist verlockend. Ob wir es annehmen können, ist sehr die Frage.

Aber eines möchte ich uns zumuten und schlage ich konkret vor: Wenn wir zu dem Ergebnis kommen, bei den Kommunaltheatern umzuschichten, bei den Musikschulen umzu-

schichten, wenn wir die Forderungen der Volkshochschulen zu beraten haben, wenn wir konkrete Änderungswünsche, Herr Kollege Maurer, gemeinsam beraten und beschließen, dann sollten wir dort, wo wir Zahlen ändern, Zahlen in den Haushalt schreiben, die nicht mehr dem Damoklesschwert der globalen Minderausgabe unterliegen.

(Abg. Dr. Puchta und Abg. Dr. Geisel SPD: Das ist richtig!)

Wo wir ändern, sollten Ist-Zahlen von uns hineingeschrieben werden,

(Beifall bei der CDU, der SPD sowie des Abg. Bütikofer GRÜNE)

damit wenigstens dort, wo wir konkret arbeiten, ab Mitte Februar für den Minister und die Ministerin und für die betroffene und begünstigte Gruppe in der Gesellschaft auf Mark und Pfennig Klarheit darüber besteht, was konkret fließt und mit welchem Geld die entsprechenden Gruppen unserer Gesellschaft rechnen können.

Ich traue uns also zu, in Weiterentwicklung des Schlüssels der globalen Minderausgaben einige Haushaltstitel nach Änderung mit neuen Zahlen von globaler Minderausgabe freizustellen und damit von den Sorgen der konkreten Bewirtschaftung zu befreien.

Meine Damen und Herren, eine Haushaltsdebatte hat immer auch mit Steuerpolitik zu tun. Ich glaube, daß vom Landtag von Baden-Württemberg ein deutlicher Impuls in die Bundesgesetzgebung ausgehen muß, wohin die Steuerreform auf Bundesebene zu gehen hat. Die Fragen stehen sichtbar im Raum.

Der Solidaritätszuschlag kommt am 1. Januar 1995 erneut auf den Steuerzahler zu. Natürlich, Kollege Döring, würden auch wir am liebsten schon jetzt entscheiden und schon jetzt beschließen, wann er nicht mehr erhoben wird. Aber ich glaube, man würde keine ausreichende Haushaltsverantwortung beweisen, wenn man in einem Nebel der Zukunft das Ende von Mehreinnahmen durch den Solidaritätszuschlag beschließen würde. Wir erwarten, daß die Landesregierung im Bundesrat von Jahr zu Jahr zeitnah neu entscheidet, wie lange der Solidaritätszuschlag geboten ist. Wir geben die Aufforderung mit, ihn so bald wie haushaltspolitisch verantwortbar wieder zu streichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das kann 1997, das kann 1998 sein, es muß aber in diesem Jahrzehnt möglich sein, von dieser Spitzensteuerlast für alle Steuerzahler wieder herunterzukommen.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens werden wir auch auf Landesebene und im engen Benehmen mit den kommunalen Partnern eine Aussage treffen müssen, wie es mit der Unternehmensteuerreform weitergehen soll. Die Streichung der Gewerbesteuer ist weitgehend konsensfähig, entspricht den Interessen der Wirtschaft, entspricht den Interessen der Investoren in Arbeitsplätze und ist meines Erachtens auch den Kommunen gegenüber zumutbar.

(Oettinger)

Bei der Gewerbebeitragsteuer haben wir manche Frage. Ich bin mir nicht sicher, ob es jetzt zeitgerecht wäre, die Streichung der Gewerbebeitragsteuer anzukündigen. Wir bitten die Landesregierung, hier mit uns gemeinsam die Partnerschaft für die Kommunen in Baden-Württemberg zu praktizieren. Die Kommunen haben es verdient, daß sie in der Zukunft stabile Finanzen haben und daß sie durch eigenes Hebesatzrecht daran mitwirken können, wie hoch die Steuereinnahmen eines Haushaltsjahres sein sollen. Die Kommunen dürfen nicht nur Kostgänger von Bundes- und Landespolitik sein.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Solange uns der Bundesgesetzgeber und der Bundesfinanzminister keinen konkreten Vorschlag machen können, wie ein kommunales Hebesatzrecht ohne Gewerbebeitragsteuer aussieht, werden wir einer Streichung der Gewerbebeitragsteuer nicht zustimmen können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, ein Gebot erscheint uns entscheidend wichtig: Steuerreform muß primär Steuervereinfachung bedeuten. Ich glaube, daß der Bürger im Land über kompliziertes Steuerrecht weit mehr verärgert ist, als er über die Steuer verärgert wäre, die er zu zahlen hat. Der Bürger akzeptiert, daß funktionierende Dienstleistung in einem Sozialstaat etwas kostet; aber er akzeptiert nicht mehr, daß er das Steuerrecht selbst nicht mehr durchschaut und Steuerbeamte und Steuerberater Mühe haben, der Steuergesetzgebung zu folgen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Maurer SPD)

Steuerreform heißt primär Steuervereinfachung. Auch wir sollten bereit sein, dann Abstriche von mancher wünschenswerten Steuervorschrift zu machen, wenn es gelingt, Licht in das Dickicht zu bringen und dem Bürger durchschaubares Steuerrecht vorzulegen.

Gestatten Sie mir, auf wenige einzelne Punkte einzugehen, an denen wir konkrete Änderungsanträge zu beraten bereit sind.

Erstens: Wir setzen den Schwerpunkt in den Haushaltsberatungen auf einen Einstieg in die Umsetzung der Vorschläge der Kinderenquetekommission.

(Beifall des Abg. Rau CDU — Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Für die CDU-Fraktion hat bei den Mehrausgaben durch Umschichtung Priorität Nummer eins die Realisierung von ersten Vorschlägen der Kinderenquetekommission. Einmal, weil es die Kinder im Land dringend nötig haben. Zum zweiten, weil es unserem Verständnis von moderner Familien- und Frauenpolitik entspricht. Zum dritten, weil die Vorschläge der Kommission kompetent, in sich logisch und auch in diesem Haus weitgehend unstrittig geblieben sind.

Da sollten wir nun auch, Kollege Pfister, uns nicht wechselseitig das Urheberrecht streitig machen, sondern den Zeitplan gemeinsam betrachten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wir streiten doch gar nicht!)

Zum Zeitpunkt, als die Landesregierung den Haushalt aufgestellt hat, war die Arbeit der Kinderenquetekommission noch nicht zu Ende gewesen. Deswegen kann im Entwurf der Landesregierung auch noch keine Mark zur Umsetzung der Vorschläge der Kinderenquetekommission enthalten sein.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Oh, oh, oh! — Lachen des Abg. Kuhn GRÜNE)

Darum geht es gar nicht. Es liegt jetzt am Landtag von Baden-Württemberg — und dazu wird meine Fraktion Umschichtungsvorschläge vorlegen und werden wir gemeinsam mit dem Koalitionspartner die Anträge einbringen —, in der Größenordnung von 10 Millionen bis 12 Millionen DM pro Haushaltsjahr eine Grundlage zu schaffen, damit erste Vorschläge der Kinderenquetekommission im Jahr 1995 und verstärkt im Jahr 1996 in die Realität umgesetzt werden. Ich kündige für meine Fraktion an, daß wir dies mit einer Novelle des Kindergartengesetzes verbinden werden. Wir werden parallel im Haushalt Fakten schaffen und dem Landtag einen Vorschlag machen, wie man die konkreten Ausgestaltungen durch entsprechende Änderungen im Kindergartenrecht realisieren kann.

(Beifall bei der CDU)

„Vorrang für Kinder in Baden-Württemberg“ heißt die Devise der CDU-Fraktion in den nächsten Wochen der Haushaltsberatungen.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Zweitens: Wir stellen dankbar fest, daß es der Landesregierung gelungen ist, die offenen Streitfragen mit den kommunalen Partnern auszuräumen. Noch vor wenigen Wochen hat es so ausgesehen, als ob das Land und die Kommunen gegeneinanderrasseln würden. Wir haben eine moralische Verpflichtung, aus der Länderfinanzausgleichsrechnung der letzten Jahre den Kommunen Geld zurückzuerstatten. Ich möchte Erwin Teufel und Gerd Mayer-Vorfelder ausdrücklich unsere Unterstützung zusagen und unseren Dank dafür sagen, daß es gelungen ist, in einem fairen Kompromiß, bei dem keine der beiden Seiten über den Tisch gezogen worden ist, zu erreichen, daß der Streit mit den Kommunen ausgeräumt worden ist und trotzdem die Haushaltsinteressen des Landes Baden-Württemberg gerade auch für die beiden schwierigen Haushaltsjahre 1995 und 1996 gewahrt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Bleiben für den Landtag von Baden-Württemberg einige kleinere und trotzdem im Umgang mit den Kommunen wichtige Fragen. Wir werden uns vorzunehmen haben, was die Haushaltsentwicklung konkret für die Musikschulen im Land bedeutet. Wir werden uns vorzunehmen haben, was der Haushalt konkret für die Weiterbildung bei den Volkshochschulen bedeutet. Wir werden kritisch darüber zu beraten haben, ob man tatsächlich Lehrer von den Musikschulen abzieht.

(Abg. Wieser CDU: Von den Volkshochschulen!)

(Oettinger)

– Von den Volkshochschulen. Die Tendenz der CDU-Fraktion geht im Augenblick dahin, zu sagen: Nicht alles, was an den Volkshochschulen gemacht wird, ist zwingend geboten.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ja!)

Deshalb erwarten wir schon, daß die Volkshochschulen ihr Angebot, Herr Vorsitzender Birzele,

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Kuhn GRÜNE:
Birzele ist schuld!)

selber dort straffen, wo es eher ausgewuchert ist. Wenn die Volkshochschulen in ihrem Angebot Dringliches von Wünschenswertem trennen, sind wir bereit, beim Notwendigen die Förderung der Stunden durch den Landtag von Baden-Württemberg entsprechend zu erhöhen und die Lehrer zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzuziehen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

damit auch im ländlichen Raum Weiterbildung in gebotenen Umfang möglich bleibt.

(Abg. Drexler SPD: Und was ist in den Städten?)

Am Herzen liegt der CDU-Fraktion das Thema Feuerwehrabgabe. Natürlich müssen auch die Feuerwehren im Land und die Kommunen ihren Beitrag leisten, wenn der Staat solide Finanzwirtschaft zu betreiben hat. Wir haben abzuwarten, was die Gerichtsverfahren bringen. Sollte sich für das Jahr 1995 unsere Zusage nicht einlösen lassen, daß wir ab 1995 eine direkte Feuerwehrabgabe modernen Zuschnitts verfassungsrechtlich haben, dann werden wir nochmals über die Deckelung der Feuerschutzsteuer hier im Landtag reden müssen.

(Beifall des Abg. Kurz CDU – Abg. Pfister FDP/
DVP: Das reicht aber nicht! – Abg. Bütikofer
GRÜNE: Das langt doch nicht!)

Wir machen die 80-Millionen-Deckelung mit. Aber lassen Sie mich ergänzen: Der Landtag von Baden-Württemberg geht davon aus, daß durch die Deckelung das Land eine Finanzierung von 20 Millionen DM aus der Feuerschutzsteuer erreicht. Sollte sich ergeben, daß sich die Feuerschutzeinnahmen deutlich über 100 und deutlich über 104 Millionen DM realisieren, dann behalten wir uns vor, nochmals über den gedeckelten Betrag von 80 Millionen DM zu reden. Mehreinnahmen können nicht allein zugunsten der Staatskasse, sondern müssen dann auch anteilig zugunsten der Infrastruktur der Feuerwehren im Land ausfallen. Die Mehreinnahmen je hälftig zu verwenden erscheint mir gerecht. Dies erneut zu beraten werden wir uns zu gebotener Zeit vornehmen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Fraktion schlägt konkret eine Umschichtung des Altlastenfonds vor. Wir haben den festen Eindruck, daß im Altlastenfonds unnötig hoch Mittel gebunden sind. Nun wollen wir dem Umweltminister hier nicht Gelder wegnehmen; wir regen aber an, innerhalb seines Etats Umschichtungen vorzunehmen. Er hat die längste Warteschlange im Bereich Modernisierung Wasser/Abwasser, technische Infrastruktur für Kläranlagen und Abwasser in Baden-Württemberg. Des-

wegen wollen wir konkret vorschlagen, den Altlastenfonds in einer Größenordnung von 20 bis 25 Millionen DM zu senken und diese Gelder für eine verstärkte Förderung der Abwasserinfrastruktur im Land zu verwenden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Sieber CDU: Sehr gut!)

Wir sind im ständigen Kontakt mit der Kultusministerin, um die Hausaufgabe „Privatschulen im Land“ zu machen. Wir gehen davon aus, daß bis Februar des nächsten Jahres ganz konkret und nach Möglichkeit im Einvernehmen mit den Privatschulverbänden im Land eine Lösung gefunden wird, die der Verfassung entspricht und trotzdem den Geboten der Gleichbehandlung und der Sparsamkeit Rechnung trägt.

Die CDU-Fraktion wird für die Gründung der Film- und Mediengesellschaft die entsprechenden Gelder nachträglich im Haushalt einstellen. Wir glauben, daß Erwin Vetter recht hat, wenn er sagt: Film- und Medienarbeit, die Sicherung des Standorts für moderne Medienarbeitsplätze und die Förderung von Filmschaffenden können besser außerhalb des Beamtenapparats, können besser im Management eines Privatbetriebs als durch mehrere Ministerien in Konkurrenz untereinander wahrgenommen werden. Deswegen ist die Gründung der Gesellschaft Anfang des Jahres 1995 mit uns zu machen. Wir werden die entsprechenden Gelder bereitstellen.

Wir achten nur auf eines. Wir erwarten, daß sich in der Medien- und Filmgesellschaft unsere duale Rundfunkordnung und die Pluralität der Medienwirtschaft entsprechend wiederfinden und daß nicht allein in der Umarmung der beiden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die Struktur für diese Gesellschaft gefunden wird.

Meine Damen und Herren, wir glauben, daß dieser Haushalt den Anforderungen des Landtags im großen und ganzen entspricht. Überall dort, wo sich der Haushalt um stabile Finanzen kümmert, werden wir nichts ändern. Überall dort, wo noch Deckungsreserven bestehen, respektieren wir dieselben. Wir glauben, Herr Finanzminister, daß Sie Deckungsreserven haben: bei den Zinsrechnungen, bei den Einnahmen aus Gerichtsgebühren und anderem mehr. Aber ich sage gleichzeitig: Wir werden es uns nicht so billig machen, diese Reserven aufzudecken und entsprechende Mehrausgabenwünsche zu formulieren.

(Beifall des Abg. Keitel CDU)

Die CDU-Fraktion wird sich auf ganz wenige Bereiche beschränken und wird ansonsten in den Jahren 1995 und 1996 dafür sorgen, daß Baden-Württemberg ein Musterland stabiler Haushaltswirtschaft bleibt bzw. wird und sich mehr denn je von den Nachbarbundesländern abheben wird. Ich bin mir sicher, daß am Ende dieser Legislaturperiode stehen wird, Herr Kollege Maurer: Diese große Koalition hat sich insbesondere in der Haushaltspolitik bewährt, hat große Leistungen erbracht und sich von anderen Ländern und anderen Regierungen in Deutschland mustergültig und wirkungsvoll abgehoben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

(Oettinger)

Wir bieten auch den Oppositionsfraktionen eine offene Beratung an. Lassen Sie uns in den nächsten Wochen einen Wettbewerb der besseren Ideen in Einhaltung stabiler Zahlen veranstalten. Ich bin sicher, daß CDU und SPD gute Argumente auf ihrer Seite haben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU — Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade in finanzpolitisch schwierigen Zeiten muß für die Politik als Richtschnur gelten, die tatsächlichen Lebensverhältnisse der Menschen zum Ausgangspunkt ihrer Entscheidungen zu machen. Wir können uns nicht auf Fragen der soliden Haushaltsführung reduzieren. Wir müssen vielmehr sehen, daß Haushaltsberatungen und Haushaltsentscheidungen eine politische Gestaltungsaufgabe sind und Antworten auf soziale, ökologische und wirtschaftliche Verhältnisse, die wir als Ausgangspunkt vorfinden, geben müssen.

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Deswegen muß diese Frage der Gestaltungsaufgabe mit im Zentrum einer solchen Debatte stehen.

Herr Kollege Oettinger, die Vergleiche mit den anderen Bundesländern habe ich sehr amüsanter gefunden.

(Abg. Wieser CDU: Das ist leider nicht amüsanter!
Das ist eine Katastrophe!)

Ich stelle sie in parteiinternen Gremien bei uns gelegentlich auch an.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Sie haben natürlich das schrecklichste aller Vergleichsbeispiele

(Abg. Keitel CDU: Ja!)

nicht genannt, nämlich die Finanzpolitik des Bundes. Das haben Sie weggelassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das kann ich Ihnen jetzt nicht schenken. Der Ruin der Staatsfinanzen im Bereich der Bundesregierung ist gegenwärtig das größte Standortproblem für die Bundesrepublik Deutschland überhaupt.

(Abg. Haasis CDU: Was? Um Gottes willen!)

Aber zurück zu der Frage der Gestaltungsaufgabe. Für uns Sozialdemokraten haben oberste Priorität die Lebenssituation von Familien auch mit mittleren und nicht nur mit niedrigen Einkommen — das sage ich ausdrücklich —, die Frage, wie wir eine leistungsfähige Dienstleistungs- und Industriestruktur in diesem Land erhalten und ausbauen können, und die aktive Vorsorge zur Bewahrung unserer Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen. Für uns geht es bei diesen Haushaltsberatungen im Kern darum, daß die Finanzschwierigkeiten des Staates nicht schwere soziale Zer-

rüttungsfolgen für die Gesellschaft nach sich ziehen. Unser zweites wichtiges Augenmerk gilt dem, daß nicht Löcher in die strukturpolitische Entwicklung unseres Landes gerissen werden, sondern daß wir die Weichen für eine zukunftsorientierte, moderne, ökologische und leistungsfähige Wirtschaftsstruktur stellen.

Politik muß unter den Bedingungen knapper Haushalte noch viel schärfer zwischen denjenigen, die zwingend der Hilfe durch Staat und Allgemeinheit bedürfen, und denen, die stark genug sind, sich selbst zu helfen, differenzieren. Dies gilt gerade in Zeiten, in denen sich in Deutschland in den letzten Jahren eine immer egoistischere Ellbogengesellschaft herausgebildet hat. Es ist höchste Zeit, daß wir diesen Grundtrend der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre brechen und umkehren.

(Beifall bei der SPD)

Die Erfahrung der letzten Jahre in Deutschland hat gezeigt, daß es hierbei immer weniger um Randgruppen geht, die persönlich harte Schicksalsschläge auszuhalten haben, sondern vor allem auch um Menschen mit normalem Einkommen, vor allem um Familien mit Kindern, die immer größere, häufig unlösbare Schwierigkeiten haben.

Wir können in solchen Beratungen nicht daran vorbeigehen, daß Arbeitnehmerfamilien in den letzten Jahren massive Einkommensverluste haben hinnehmen müssen. Die Realeinkommen sind um 4 % gesunken, und es wird nochmals ein Sinken um 2,5 % prognostiziert.

Ich unterstreiche das: Die staatliche Steuer- und Abgabepolitik hat bei vielen Bürgerinnen und Bürgern die Schmerz- und Belastungsgrenze überschritten. Ich halte allerdings nichts davon — das sage ich gleich dazu —, dies verallgemeinern zu diskutieren, Herr Kollege Oettinger. Vielmehr muß man gerade unter diesen Bedingungen scharf zwischen den einzelnen Einkommens- und Vermögensgruppen in dieser Gesellschaft differenzieren.

Wenn ich sage, die Belastungsgrenze sei überschritten, dann gilt dies für hart arbeitende Menschen mit normalen Einkommen, für Familien mit Kindern. Die Starken in dieser Gesellschaft können in solchen Zeiten sehr wohl noch ein Stück mehr ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Im nächsten Jahr kommen noch 7,5 % Solidarzuschlag hinzu. Es ist eine irrwitzige Politik, auch da beispielsweise bis auf Einkommenssituationen von 1 300 DM pro Monat herunterzugehen. Das ist eine schwere politische Fehlentscheidung. Wir werden dann bei den Abgaben eine Rekordmarke von 48 % des Einkommens erreicht haben.

Ich halte es für den Grundfehler der Politik der Bundesregierung, daß in den letzten Jahren gerade den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen immer tiefer in die Tasche gegriffen worden ist, daß die direkten und indirekten Abgaben dort horrend gestiegen sind, daß der Kardinalfehler gemacht wurde, die Kosten der deutschen Einheit den Mitgliedern der Sozialversicherungssysteme aufzubürden,

(Abg. Wieser CDU: Da hat er recht!)

(Maurer)

was auch eine Ungerechtigkeit sondergleichen ist, nicht nur eine Fehlkonstruktion.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Wieser CDU und Kuhn GRÜNE)

Alle die, die wie ich die gestiegenen Lohnnebenkosten in Deutschland und die daraus entstehenden Nachteile für den Standort Deutschland beklagen, sind in der Verpflichtung, diese Fehlentwicklung in der Politik des Bundes zu korrigieren. Deswegen weise ich Sie eindringlich auf das Wort hin, das die beiden großen Kirchen zur Entwicklung der gesellschaftlichen Situation in Deutschland, insbesondere zur Lage der normalverdienenden Familien in Deutschland, gesagt haben. Ich empfehle dies ausdrücklich als Leitschnur des politischen Handelns. Ich empfehle, die Botschaft zu hören, die darin besteht, daß der soziale Friede in Deutschland ein Stabilitäts- und ein volkswirtschaftlicher Produktivitätsfaktor ohnegleichen ist und daß er darauf aufbaut, daß wir nicht zerstörerisch, sondern konstruktiv mit Interessengegensätzen umgehen.

Ich halte nichts davon — wie es geschehen ist —, daß man in ersten Stellungnahmen dieses sehr ernste und in seinen Schlußfolgerungen übrigens auch sehr konkrete und sehr weitreichende Wort „generalsekretärsmäßig“ begrüßt, um dann anschließend wieder zur Tagesordnung überzugehen und dieselbe ungerechte Verteilungs- und Abgabepolitik fortzusetzen. Ich empfehle dieses Wort der beiden Kirchen ausdrücklich zur Beachtung und als Grundlage politischer Diskussion.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das so ist, dann ist es wahr, daß wir, Herr Kollege Oettinger, die Frage der Situation von Familien mit Kindern auch in das Zentrum der Haushaltspolitik des Landes stellen müssen. Ich will das ausdrücklich quittieren. Wir werden Sie da beim Wort nehmen. Wir werden in der Tat die Umsetzung der Empfehlungen der Kinderenquetekommission zu einem zentralen Schwerpunkt unserer Strategie bei diesen Haushaltsberatungen machen.

(Abg. Haasis CDU: Das ist gut so! Wenn Sie das richtig machen, ist das gut!)

Wir haben nicht die Absicht, uns da auf einen finanziellen Minimalkonsens zu einigen — um dies gleich dazuzusagen —,

(Abg. Kuhn GRÜNE: So ist es recht!)

sondern ich rate diesem Landtag, mit großem Ehrgeiz die hohen Erwartungen dann auch zu honorieren, die mit diesen Empfehlungen geweckt worden sind, und zu zeigen, daß wir die Schwerpunkte gerade bei dieser gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland in der Landespolitik an der richtigen Stelle setzen. Wenn wir das gemeinsam zustande bringen, Herr Kollege Oettinger, dann ist eine landespolitisch entscheidende Antwort gegeben, aber nicht auf möglichst niedrigem Einigungsniveau, sondern bei möglichst weitgehender Berücksichtigung der Empfehlungen, die dort gemacht worden sind.

(Beifall bei der SPD — Abg. Kuhn GRÜNE: Wegschauen bei der CDU!)

Die Kardinalaufgabe, der wir uns zu stellen haben, ist, die Arbeitslosigkeit mit allen politisch zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg ist in den letzten Jahren immer weiter auf jetzt 324 000 Arbeitslose gestiegen, eine Quote von 7,3%. Es ist extrem bedrückend, daß Menschen, die hochqualifiziert, hoch motiviert, hoch leistungsbereit sind, ihre Arbeit und damit ja letztlich auch ihr Selbstwertgefühl verlieren und daß wir eine junge Generation haben, die trotz qualifizierter Abschlüsse keinen Einstieg ins Berufsleben findet. Hier droht in unserer Gesellschaft eine Spaltung, die in ihren Folgen gar nicht weitreichend genug beschrieben werden kann. Deswegen erwarten wir von der Landespolitik und der Landesregierung auch bei den begrenzten Mitteln, die die Landespolitik hat, daß die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und aktive Beschäftigungspolitik an allererster Stelle aller landespolitischen Anstrengungen stehen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Sieber CDU)

Ich möchte dem Herrn Wirtschaftsminister ausdrücklich zu den ungeheuren Anstrengungen gratulieren, die das Land etwa im Rahmen der Liquiditätshilfeprogramme unternommen hat, die auch in der Zukunft eine entscheidende Bedeutung haben werden und wofür auch die Mittel zur Verfügung stehen müssen, damit die arbeitsmarktpolitische Entwicklung in Baden-Württemberg nach Möglichkeit korrigiert wird, damit wenigstens Folgen abgemildert werden können.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Das, was da an Krisenmanagement zur Erhaltung von vielen tausend Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg gemacht worden ist, ist mehr wert als manche aufgeregte Debatte, die wir über andere Themen in diesem Landtag geführt haben. Ich will das ausdrücklich sagen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Kuhn GRÜNE: Uli lobt Dieter!)

— Es ist ja gut, wenn wir uns darüber einig sind.

Wir erwarten in diesem Zusammenhang bei der Frage „Arbeitsmarkt und Gerechtigkeit“ — hören Sie gut zu, Herr Kollege Haasis —, daß sich die Regierung von Baden-Württemberg energisch den Absichten der Bundesregierung widersetzt, bei Langzeitarbeitslosen die Arbeitslosenhilfe zu kappen und die Menschen in die Sozialhilfe zu drücken.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl GRÜNE)

Wir erwarten, daß sich die Regierung von Baden-Württemberg dem widersetzt. Ich sage Ihnen bewußt so drastisch: Es ist ein schändliches Vorhaben, Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und die Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, so zu behandeln, wie dies da beabsichtigt ist. Das zeigt, daß die Wertorientierung innerhalb dieser Gesellschaft in Bonn noch nicht Platz gegriffen hat, und das zeigt — das füge ich hinzu, und spätestens da ist dann die Landesregierung erst recht auf den Plan gerufen —, daß die kommunale Situation bisher in der Politik der Bundesregierung kein Gehör findet. Ich begrüße auch ausdrücklich die Einigung, die der Ministerpräsident und andere mit den Kommunen zustande gebracht haben. Nur: Wenn dies so läuft, wie es in Bonn intendiert ist, daß Arbeitslose in die Sozialhilfe hineingedrückt

(Maurer)

werden, dann werden die Sozialhilfekosten durch diese Planungen der Bundesregierung in einem Ausmaß ansteigen, daß wir alle Operationen zur Sanierung der Kommunalfinanzen in Baden-Württemberg vergessen können.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen erwarte ich, daß die Landesregierung und der Ministerpräsident, der in Ihrer Partei von seinen Ämtern her nicht ohne Einfluß ist,

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

ihrer verfassungsrechtlichen Aufgabe, die Interessen der Kommunen zu wahren, mit aller Entschiedenheit nachkommen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Bütikofer GRÜNE: Das stand doch schon in der Zeitung!)

Wenn dies selbstverständlich getan wird, soll es mir recht sein. Ich weiß aber, wie die politischen Entwicklungen manchmal verlaufen, und ich weiß, wie die bestehenden Zwänge wirken. Wenn dies noch einmal ausdrücklich bestätigt wird, haben meine Rede und mein Appell einen tiefen Sinn gehabt.

(Heiterkeit und Unruhe)

Ich weiß schon, warum ich das sage.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Kuhn GRÜNE: Wenn es gut ausgeht, waren Sie es!)

Ich weiß, warum ich das sage, Herr Kollege Oettinger.

Die Landesregierung hat ein Sonderprogramm – –

(Lachen des Abg. Bütikofer GRÜNE)

– Es ist nicht lustig. Das ist in der Auswirkung nicht lustig. Ich kann mir schwer vorstellen, daß solche weitreichenden Pläne beispielsweise in den Führungsgremien unseres Koalitionspartners auf Bundesebene nicht besprochen worden sind, bevor sie zur Realisierung vorgeschlagen wurden. Deswegen weiß ich, warum ich solche ernststen Mahnungen an Sie richte.

Die Landesregierung hat – und das begrüßen wir sehr – ein Sonderprogramm für arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Maßnahmen in Höhe von 50 Millionen DM umgesetzt. Das halte ich, Frau Sozialministerin, für ein entscheidendes Signal. Ich begrüße ausdrücklich, daß wir damit ein Potential für Maßnahmen zur Beschäftigung von jungen Arbeitslosen und von Langzeitarbeitslosen geschaffen haben. Wir werden aber in Deutschland – und da muß sich das Land aktiv beteiligen – eine Problemlösung bei der Arbeitslosigkeit insgesamt nur erreichen, wenn wir einen Solidar-pakt zwischen allen beteiligten Gruppen – Unternehmen, Staat, Kommunen, Gewerkschaften – zustande bringen, einen Solidar-pakt, bei dem in Form eines „new deal“ eine aktive Beschäftigungspolitik angegangen wird.

Baden-Württemberg, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, befindet sich in einer schwierigen Wettbewerbssituation mit anderen wirtschafts-starken Regionen in Deutschland und in Europa. Die wirt-

schaffliche Standortsicherung ist deswegen die zentrale Aufgabe und Herausforderung für die Landespolitik.

(Abg. Oettinger CDU unterhält sich mit der neben ihm sitzenden Ministerin Dr. Marianne Schultze-Hector.)

– Herr Kollege Oettinger, ich verstehe, daß Sie mit der Frau Ministerin die Probleme des Berufsbeamtentums im Lehrerbereich erörtern; aber ich habe Ihnen vorhin auch sehr aufmerksam zugehört.

Baden-Württemberg wird diese Herausforderung nur meistern, wenn es uns gelingt, die eigenen Kräfte dieses Landes zu mobilisieren und zu bündeln.

Es hat ein großes Mißverständnis gegeben; deshalb möchte ich noch einmal klarstellen: Der Wirtschaftsminister und ich und andere haben die Debatte über die Neuordnung der Beteiligungsstruktur in diesem Land nicht primär unter dem Gesichtspunkt eröffnet, woher man zusätzliches Geld bekommt,

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

sondern primär unter folgendem Gesichtspunkt: Wir erleben in den letzten Wochen immer wieder schmerzvoll, daß Unternehmen und Wirtschaftsstrukturen, die ihren Interessenschwerpunkt außerhalb Baden-Württembergs haben, auf dieses Land und die Bevölkerung dieses Landes keine Rücksicht nehmen. Dafür gibt es genügend Beispiele. Wenn es uns nicht gelingt, und zwar in sehr rascher Frist, die autonomen Kräfte Baden-Württembergs zu bündeln und zu stärken, und wenn wir die Beteiligung des Landes nicht dazu benutzen, um darauf, damit dies zustande kommt, eine Katalysatorfunktion auszuüben, geraten wir in die Gefahr – und ich dramatisiere hier nicht sehr –, in diesem globalen Wettbewerb in Europa im Sog des Ballungsraums Berlin, im Sog anderer Entwicklungen und im Sog von internationalen Unternehmensentscheidungen,

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

die nicht mehr am Interesse des Landes festgemacht werden, in provinzielle Situationen abgedrängt zu werden. Ich kann nur vor dem Zurücklehnen und davor warnen, zu sagen, so wie es in den siebziger und in den achtziger Jahren gelaufen sei, werde es immer weiterlaufen. Wenn wir uns nicht zusammennehmen und im Bereich Medien, im Bereich Banken, im Bereich Energie,

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

im Bereich Sondermüllwirtschaft unsere Kräfte bündeln und starke, in Baden-Württemberg beheimatete Strukturen bilden,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das hören wir seit zwei Jahren, und nichts ist passiert!)

wenn wir diese Aufgabe nicht lösen, gerät das Land in eine schwierige Situation.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Völlig richtig!)

(Maurer)

Andere werden uns nicht helfen. Wir müssen auf unsere eigenen Kräfte vertrauen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Döring
FDP/DVP)

Dann sage ich Ihnen: Das Geld spielt auch insofern eine Rolle, als, wenn dieses intelligent gemacht wird – –

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Herr Kollege Scheuermann, das ist zentrale Aufgabe unserer Politik.

Wenn uns dies gelingt, dann wird es auch zu Mittelfreisetzen kommen, die wir dringend brauchen, um eine neue, zweite Innovationsoffensive nach dem Investitionsprogramm aus der Gebäudebrandversicherung zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine zweite Innovationsoffensive. Wenn wir aber unsere seriöse Haushaltspolitik wie bisher fortsetzen, werden wir dort die Mittel für eine zweite Innovationsoffensive nicht freimachen können; wir müssen sie durch intelligente Neustrukturierungen gewinnen. Wir müssen sie gewinnen, denn wir brauchen sie, weil wir Baden-Württemberg in seiner Infrastruktur im Medienbereich, im Verkehrsbereich, im Umweltbereich zu einem Musterland machen müssen – den Ehrgeiz müssen wir haben –, in dem sich Hochtechnologie und höchster Umweltstandard verbinden.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, warum ich nachsetze. Sie sollten nicht immer reflexartig abwehrend darauf reagieren, nur weil dies Drängen und diese Vorschläge von uns kommen. Sie sollten in einen Wettbewerb zur Umsetzung dieser Notwendigkeiten eintreten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden im Zusammenhang mit der Bildung der Klimaschutz- und Energieagentur zusammen mit den Kommunen eine große Chance haben, mit den Mitteln, die da bereitgestellt worden sind – ich finde es sehr begrüßenswert, daß sich jetzt die beiden Regierungsfaktionen noch einmal auf einen Antrag über 15 Millionen DM in diesem Bereich verständigt haben –, in Baden-Württemberg, gesteuert über diese Energie- und Klimaschutzagentur, eine modellhafte Politik zum Energiesparen, für regenerative Energiequellen, für kommunale Energiestrategien zu machen. Dafür sind jetzt die Ausgangsvoraussetzungen geschaffen. Dies muß mit diesem Haushalt weiter verdeutlicht und gestärkt werden. Das ist ganz zentral.

Die Diskussion um Obrigheim und einzelne Kernkraftwerke ist interessant. Die zentrale Voraussetzung für den notwendigen Ausstieg aus der Atomenergie ist, eine andere Energiepolitik breitflächig in Baden-Württemberg einzuleiten,

(Beifall bei der SPD)

und daran werden wir mit aller Kraft arbeiten.

Wir haben als klassisches Land des Automobils eine riesige Chance, Baden-Württemberg zum Produktionsstandort für

eine neue Generation von Automobilen zu machen, für eine Generation von Automobilen, die noch zweieinhalb oder drei Liter Sprit brauchen, die dann vielleicht später mit anderen Antriebssystemen arbeiten. Bei den Technikpotentialen, die hier aufgebaut sind, ist das eine große Chance dieses Landes.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So ist es! Genau!)

Das wird ohne Hilfe des Landes in dieser Konkurrenzsituation aber nicht gehen. Das wird der Markteinführungshilfen und auch anderer Unterstützung bedürfen. Dieser Wettbewerb ist auch mehr als entscheidend. Die Frage, ob es uns gelingt, das Swatch-Auto beispielsweise nach Baden-Württemberg zu holen, ist eine zentrale landespolitische Frage. Ich kann die Regierung und den Wirtschaftsminister nur auffordern, mit allem Nachdruck wie bisher daran zu arbeiten. Das wird dann auch Modellcharakter für die Position des Standorts Baden-Württemberg in der Bundesrepublik insgesamt haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Döring
FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Schulpolitik spüren wir die finanziellen Restriktionen besonders stark. Wir haben jetzt im Zusammenhang mit der Klärung der Frage der Kommunal Finanzen, die ich begrüße, Mittel für den Schulhausbau freigeschaufelt. Wenn es uns, Herr Kollege Oettinger, nicht gelingt, intelligente neue Lösungen durchzusetzen, werden wir bei der schwierigen finanzpolitischen Ausgangssituation unserer Verantwortung nicht gerecht.

Wir haben in den letzten Jahren die Unterrichtsversorgung mit 4 000 zusätzlichen Lehrerdeputaten gestärkt. Das halte ich für eine große Leistung; in anderen Ländern ist die Entwicklung anders verlaufen. Aber wir haben in den nächsten Jahren weiterhin steigende Schülerzahlen, und wir geraten in gefährliche Situationen. Wir müssen trotzdem gleichzeitig finanzpolitisch solide agieren. Deswegen haben wir den Vorschlag gemacht – und ich hoffe erkannt zu haben, daß Sie ihn annehmen –, auf eine solche Situation mit der vermehrten Einstellung von jungen Leuten auf Zweidrittelbasis im Angestelltenverhältnis zu reagieren, verbunden mit der Möglichkeit, dann auch, anders als im Beamtenverhältnis, Überstunden bezahlen zu können.

(Abg. Oettinger CDU: Das haben wir doch gemeinsam beschlossen!)

– Ja. Wir möchten das aber auf alle freiwerdenden Stellen und auf jede anstehende Besetzung ausdehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten
der SPD)

Wir möchten das deswegen ausdehnen, weil wir nur noch auf diesem Weg einer großen Zahl von jungen Leuten, ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern, den Einstieg in eine Berufschance ermöglichen können, weil wir nur auf diesem Weg der Überalterung der Lehrkörper sehr rasch etwas entgegenzusetzen können – das ist zentral wichtig – und weil wir nur auf diesem Weg, verbunden mit der Überstundenmöglichkeit, flexibel auf die ansteigenden Klassenstärken

(Maurer)

reagieren können. Wir müssen in den nächsten Jahren die Kraft haben, in dieser Situation flexibel reagieren zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Deswegen war ich sehr verblüfft, als der Herr Finanzminister gesagt hat, das sei völliger Blödsinn. Dann war ich sehr erleichtert, als der Herr Ministerpräsident gesagt hat, das sei sehr in Ordnung.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jawohl!)

Bei Ihnen, Herr Oettinger, weiß ich es nach dieser Rede noch nicht so ganz genau.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das ist nicht ganz klar geworden!)

Ich rate dringend dazu, diesen Weg zu beschreiten. Das soll übrigens kein Sonderweg für die Lehrer sein, sondern in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes geschehen, die nicht hoheitliche Kernverwaltung sind.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der FDP/DVP — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das ist auch der Sinn!)

Dazu rate ich dringend.

Flexibilisierung ist nicht nur ein Wort für die Wirtschaft. Flexibilisierung ist auch ein Wort für einen modernen Staat. Ich habe sehr bedauert, daß es in der Koalition nicht möglich war, im Zug der Verwaltungsreform weiter reichende Vereinbarungen zu treffen. Wir haben darüber schon diverse Debatten geführt. Ich halte es trotzdem für erforderlich, daß der Landtag und die im Landtag vertretenen Parteien — wir denken intensiv darüber nach — dieses Thema, wie wir zu einem schlankeren Staat kommen und wie wir auch bürokratische Instanzen zusammenlegen können, wieder auf die Tagesordnung setzen.

(Beifall des Abg. Haasis CDU — Abg. Haasis CDU: Gut!)

Die Trennung von Schulämtern und Oberschulämtern sowie das, was wir uns an sehr großer Landwirtschaftsverwaltung und Flurbereinigungsverwaltung und in vielen anderen Dingen leisten —

(Abg. Oettinger CDU: Na, na!)

— Sie dürfen nicht immer zurückzucken, wenn es für Sie unangenehm wird. Entweder wir reden über einen schlanken Staat und über die Zusammenführung von Verwaltungsebenen, oder wir lassen es bleiben.

(Abg. Oettinger CDU: Alte Hüte!)

Ich sage: Bei den Finanzrestriktionen, die wir haben, und bei den Steuerbelastungen muß das Thema erneut auf die Tagesordnung. Wir können uns nicht mit dem begnügen, was die Regierung schon erreicht hat.

(Abg. Oettinger CDU: Uralte Hüte! — Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

— Das sind keine alten Hüte, sondern das sind hochaktuelle.

Herr Kollege Oettinger, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen sehen, daß wir im Bereich des Naturschutzes mit einzelnen Ausweisungen von Naturschutzgebieten nicht die Artenvielfalt in unserem Land halten können. Wir müssen sehen, daß diese Frage an der Umweltverträglichkeit der landwirtschaftlichen Produktion in Baden-Württemberg hängt.

(Minister Weiser: Die ist nirgends besser als bei uns!)

Es ist keine Antwort, zu sagen: Wir machen immer mehr einzelne Naturschutzgebiete, aber in den anderen Bereichen läuft industrielle Agrarstruktur.

(Zuruf des Ministers Weiser)

Deswegen ist eine Strategie, bei der Baden-Württemberg ein Land wird, in dem bäuerliche Familienbetriebe ökologisch produzieren und ökologische und gesundheitlich hochwertige Produkte herstellen, auch für den Umweltschutz eine Schlüsselfrage. Im übrigen empfehle ich — wir werden dazu einen Vorstoß machen —, darüber nachzudenken, ob wir die ehrenamtliche Arbeit von Naturschutzreferenten projektbezogen — da, wo es um die Erhaltung von Natur- und Artenvielfalt geht — vielleicht auch im Landeshaushalt noch stärker stützen können.

Wir haben Gott sei Dank erreicht, daß 40 Millionen DM aus dem Erlös des Verkaufs der Gebäudebrandversicherungsanstalten für die Renaturierung von Flußlandschaften zur Verfügung gestellt werden können. Das ist ein echtes Stück Wiedereroberung von natürlichen Lebensgrundlagen. Die Menschen erwarten von uns keine reaktive Umweltpolitik, sondern die Verbindung von Beschäftigungs- und Hochtechnologiepolitik und ein Zurückholen da, wo Natur schon einmal verlorengegangen ist. Das erwarten sie von uns. Da haben wir einen wichtigen Einstieg geschafft.

Im Hochschulbereich und im Schulbereich halte ich es gerade unter knappen Finanzbedingungen für zentral, daß wir den Gedanken der Autonomie und den Gedanken der dezentralen Entscheidungsfähigkeit stärken. Ich meine, wir müssen bei der Frage der Globalisierung von Haushalten auch bei den Hochschulen weiterkommen.

(Beifall der Abg. Dr. Puchta SPD und Dr. Salomon GRÜNE)

Ich meine, wir müssen auch in der Frage der Eigenverantwortlichkeit von Schulgemeinden, Herr Kollege Oettinger, ein ganzes Stück mehr Autonomie als bisher einräumen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Wenn wir das tun, wird auch mit knappen Finanzstrukturen und Finanzreserven sehr viel verantwortlicher umgegangen werden können. Deswegen empfehle ich in einer Haushaltsdebatte dringend, diesen Weg einzuschlagen. Wir müssen das Problem der Leistungsorientierung nicht nur in Sonntagsreden durchhalten, sondern auch werktags. Auch Professoren müssen sich dem stellen, was ihre Deputatsverpflichtungen angeht. Ich bitte Sie dringend, unseren Vorschlag, auch Professuren auf Zeit zu vergeben, wo dann Leistung nach einiger Zeit wieder bewertet werden kann, anzunehmen.

(Maurer)

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Abg. Kuhn GRÜNE: Geht das gegen den Genossen Puchta? – Gegenruf des Abg. Weimer SPD: Gegen Professor Kuhn!)

– Nein, denn der genügt diesen Leistungsanforderungen.

Wir werden einen Verkehrsetat zu verabschieden haben, der ganz im Zeichen der Umsetzung der Regionalisierung stehen wird. Ich lege großen Wert darauf, daß diese Möglichkeiten jetzt genutzt werden, um einen qualitativen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs in Baden-Württemberg hinzubekommen, und zwar nach gleichen Kriterien und gleichen Qualitätsstandards – das sage ich ausdrücklich als Stuttgarter Abgeordneter – und nicht mit einem Sonderkriterium Stuttgart bei den Regionalisierungsmitteln. Ein großer Push soll überall dort erfolgen, wo die Qualitätsstandards und die Qualitätskriterien tatsächlich erhöht werden.

Die Regierung der großen Koalition hat von Anfang an einen Schwerpunkt auf dem Feld des Wohnungsbaus und der inneren Sicherheit gesetzt. Lassen Sie mich das zum Schluß sagen; denn wir müssen auch sehen, woher wir kommen, wenn wir beurteilen wollen, wohin wir gehen.

Ich bin sehr stolz darauf, daß es im Unterschied zur Vorgängerregierung möglich war, auf dem Feld der inneren Sicherheit ein völlig neues Verhältnis zwischen dem Land und seiner Polizei herzustellen, weil wir in Richtung der Einführung der zweigeteilten Laufbahn weiterkommen und gezielt Neustellen schaffen. Wenn Sie beobachten, wie sich das Klima da verändert hat, dann kann ich nur sagen: Der Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierungsverantwortung hat der inneren Sicherheit in Baden-Württemberg sehr gutgetan.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe von der CDU)

Die Art und Weise, wie der Herr Innenminister gegen den Rechtsradikalismus in Baden-Württemberg vorgeht, tut dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland insgesamt sehr gut. Das sage ich gleich noch dazu.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Im Wohnungsbau haben wir uns in der Koalitionsregierung das Ziel gesetzt, in vier Jahren 280 000 Wohnungen zu bauen. Wir werden das schaffen können. Das ist dann eine stolze Leistung. Das bedeutet allerdings bei diesen Etatberatungen, daß wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen dürfen. Wir können nicht die Politik des Bundes, der sich herausgezogen hat, ausgleichen. Das schaffen wir finanziell nicht. Wir erwarten aber – und wir werden dahin gehende Vorstöße machen –, daß die Anstrengungen des Landes im Wohnungsbau auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Dafür werden wir bei den Etatberatungen kämpfen, und zwar primär wegen der Lebenssituation, Herr Kollege Haasis, von Familien mit Kindern,

(Abg. Haasis CDU: Richtig!)

die der Konkurrenzsituation mit gutverdienenden Singles nicht standhalten,

(Beifall bei der SPD)

die ausgegrenzt werden, die aus den Städten gedrückt werden, die keine Chance haben. Deswegen sind wir gefordert. Da will ich die Umsetzung in praktische Politik sehen, und zwar mit der Einigkeit, die wir bei allgemeinen Appellen immer rasch entwickeln. Ich will die Umsetzung in praktische Politik sehen.

Wir sind stolz darauf, daß diese Regierung, daß die große Koalition – ich unterstreiche das – es unter schwierigsten Bedingungen, bei 7 Milliarden DM an Steuerausfällen, geschafft hat, eine höchst seriöse Finanzpolitik zu leisten. Es ist etwas Besonderes, daß wir unter den Vorgängerregierungen sehr viel Geld gehabt hätten, um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen einzuleiten, jetzt aber unter schwierigen Bedingungen diese Konsolidierungspolitik machen müssen.

(Abg. Haasis CDU: Ihr wolltet doch immer noch mehr ausgeben!)

Das macht uns aber noch ein bißchen stolzer. An dem Kurs werden wir festhalten und nicht rütteln. Die Notwendigkeit einer seriösen Finanzpolitik muß aber mit der Einföschung der Gestaltungsaufgaben aus der Sicht der Menschen unseres Landes verbunden werden. Darum bitte ich Sie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Trageiser.

Abg. Trageiser REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Plenarsitzung am 9. November haben Sie, Herr Finanzminister, diesen Staatshaushaltsplan 1995/96 vorgelegt, über den wir heute diskutieren.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das wissen wir doch!)

Daß meine beiden Vorredner von CDU und SPD an diesem Plan nichts Grundsätzliches auszusetzen haben, sondern nur in Details, vor allem bei den Ausgaben, voneinander abweichende Vorstellungen vorgetragen haben, wundert uns Republikaner natürlich nicht. Sie vertreten schließlich die beiden Parteien, welche diese Regierung tragen. Wer wird schon seine eigene Regierung blamieren wollen und ihr nachweisen, das sie einen schon im Ansatz falschen Haushaltsplanentwurf vorgelegt hat. Er ist zwar handwerklich richtig zusammengestellt und scheint daher in sich schlüssig und korrekt zu sein. Das ist bei einem Finanzminister Mayer-Vorfelder auch kein Wunder. Natürlich beherrschen Sie Ihr Handwerk. Die Grundvoraussetzungen aber sind utopisch, sie entsprechen nicht der Wirklichkeit. Sie sind Wunschvorstellungen dieser schwarzen Regierung.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Hopmeier: Ich darf um Ruhe bitten.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das liegt am Vortrag, Herr Präsident!)

Abg. Trageiser REP: Sie sind schlicht unsolide bis vorsätzlich falsch.

(Beifall des Abg. Krisch REP)

(Trageiser)

Bei den Steuereinnahmen planen Sie mit einem Zuwachs von 6 Milliarden DM in den nächsten zwei Jahren und von insgesamt 11 Milliarden DM für die nächsten vier Jahre. 1994 sind 36,7 Milliarden DM eingesetzt; über 39,9, 42,6, 45,2 Milliarden DM Steuereinnahmen wollen Sie 1998 auf 47,7 Milliarden DM kommen. Man muß das einmal ganz langsam ins Bewußtsein eindringen lassen.

Der Finanzminister dieser schwarzroten Landesregierung geht heute, im Jahr 1994, davon aus, daß die Steuereinnahmen in den nächsten vier Jahren um beinahe 30 % steigen werden. Solche Zahlen sind Lichtjahre von der Wirklichkeit entfernt. Wo leben Sie denn, meine Herren von SPD und CDU? Sicherlich nicht im Baden-Württemberg von 1994; sonst könnten Sie so etwas nicht verbreiten.

(Abg. Alfred Haas CDU: Na, na!)

Wo sollen diese Steuern denn herkommen? Schauen wir uns doch einmal die wichtigsten Steuerarten der Reihe nach an. Die Lohnsteuereinnahmen sollen nach Ihrem Ansatz in den nächsten zwei Jahren von 16,9 Milliarden DM auf 18,2 Milliarden DM, also um über 7,7 %, steigen. Das geht aber nur, wenn entweder die Zahl der Lohnsteuerzahler zunimmt oder wenn jedem einzelnen Lohnsteuerzahler mehr abgenommen werden kann. Um das erste zu erreichen, müßten Sie für mindestens die Hälfte der beinahe 400 000 Arbeitslosen im Land neue Arbeitsplätze schaffen, und zwar sofort ab Januar 1995, denn nur dann erhalten Sie Steuereinnahmen von diesen Leuten.

Die Wirklichkeit sieht aber leider ganz anders aus: Alcatel SEL, Zeiss, Daimler und andere entlassen Tausende von Arbeitnehmern. Wir alle werden froh sein müssen, wenn Ende 1996 nicht mehr Menschen arbeitslos sein werden als jetzt. Also müßte jeder einzelne mehr zahlen. Dies geht aber gerade jetzt nicht. Der Grundfreibetrag für jeden Arbeitnehmer wird aufgrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von zirka 6 000 auf über 12 000 DM angehoben. Die Steuereinnahmen je Beschäftigten werden also drastisch gekappt. Experten schätzen inzwischen den Ausfall für die gesamte Bundesrepublik auf 50 Milliarden DM. Für Baden-Württemberg bedeutet dies ein Minus von mindestens 7 bis 8 Milliarden DM. Wie Sie unter diesen Voraussetzungen auf eine Steigerung der Lohnsteuereinnahmen kommen können, wird für immer Ihr Geheimnis bleiben. Oder ist dies Ihre neue rotschwarze Mengenlehre?

Nehmen wir die Umsatzsteuer. Sie erwarten eine Steigerung von 7,2 Milliarden DM auf 8,7 Milliarden DM, also schlappe 21 %. Glauben Sie wirklich, daß die Menschen im Land in den nächsten zwei Jahren 21 % mehr Lebensmittel, Kleider, Fernseher, Autos oder was auch immer kaufen werden als in diesem Jahr 1994? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Oder rechnen Sie heimlich doch schon mit einer Anhebung der Mehrwertsteuer von 15 auf 18 oder gar 20 %?

(Abg. Kurz CDU: Das wäre auch vernünftig!)

Sie planen mit einer Steigerung bei der Einkommensteuer um 24 % und bei der Körperschaftsteuer um 8 % – das sind Steigerungsraten wie in den heißesten Boomjahren –, während Sie gleichzeitig eine Haushaltssperre für 1994 verkünden mußten. Da wagen Sie es, von einem Sparhaushalt und von einer Konsolidierung der Finanzen zu reden.

Herr Finanzminister, Sie müßten eigentlich wissen, daß steuerliche Verluste sieben Jahre lang gegen erzielte Gewinne verrechnet werden dürfen. Diejenigen Firmen, die Körperschaftsteuern zahlen, und die Unternehmer, die Einkommensteuern zahlen, werden ihre zum Teil drastischen Verluste aus den Jahren 1992, 1993 und auch noch 1994 natürlich gegen vielleicht gerade wieder langsam anziehende Gewinne in den Jahren 1995 und 1996 saldieren. Das bedeutet eben geringere Steuereinnahmen, auch wenn sich die Gewinnsituation bereits deutlich gebessert hat.

Bei der Zinsabschlagsteuer setzen Sie jährlich einen Betrag von 1 Milliarde DM ein. Bei dieser Steuer hat sich schon Herr Waigel gründlich verrechnet. Ihnen wird es genauso gehen.

(Abg. Wieser CDU: Sie freuen sich immer so, wenn sich jemand verrechnet!)

Dies ist im übrigen die Steuer, die wir Republikaner zusammen mit Millionen von fleißigen und sparsamen Bürgern unseres Landes für die unverschämteste Ungerechtigkeit halten.

(Beifall bei den Republikanern)

Die Menschen, die ihr Leben lang fleißig gearbeitet haben und sich von ihrem versteuerten Lohn eine bescheidene Rücklage erspart haben, werden jetzt noch einmal geschöpft, damit man denen geben kann, die nur zu uns kommen, um abzukassieren.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Hackl GRÜNE: Sagen Sie mal was zu den Spesen der Republikanerfraktion!)

Herr Finanzminister, Sie werden bei keiner dieser Steuern die Einnahmen haben, die Sie in Ihrem Plan angesetzt haben. Die in Ihrem Doppelhaushalt vorgesehenen Ausgaben sind deshalb nicht durch Einnahmen gedeckt. Deshalb werden Sie in den nächsten zwei Jahren um zirka 3 Milliarden und in den nächsten vier Jahren um zirka 6 Milliarden bis 7 Milliarden DM mehr Schulden aufnehmen müssen, als Sie jetzt angesetzt haben. Das bedeutet aber: Die Schulden steigen noch schneller, der Anteil des Haushalts für Zinsen und Tilgung wächst überproportional, und die Pro-Kopf-Verschuldung nimmt weiter zu.

Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, Herr Wirtschaftsminister, Sie alle haben gemeinsam diesen Haushalt vorgelegt. Weil das Fundament aus Treibsand besteht, wird er zusammenfallen wie ein Kartenhaus. Dieser Plan ist das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist. Schade um die armen Bäume, die für die Herstellung dieses Papiers gefällt wurden.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Der eigentliche Skandal besteht aber darin, daß Sie dies natürlich alles wissen. Schaut man sich nämlich die Zahlen genauer an, 1995 und 1996 getrennt, dann fällt sofort auf, daß die Ansätze für 1995 vorsichtiger sind als die für 1996. Naive Gemüter könnten nun glauben, dieser Doppelhaushalt sei deshalb so angesetzt, weil Sie 1995 noch für ein Jahr der wirtschaftlichen und finanziellen Erholung hielten und erst

(Trageiser)

ab 1996 mit einem Aufschwung rechneten. Genau dies versuchen Sie ja auch den Bürgern einzureden. Aber wir Republikaner kennen Sie inzwischen besser. Deshalb werden wir den Bürgern sagen, warum ein solcher Haushalt vorgelegt wurde. Sie inszenieren jetzt das gleiche Stück für die Landtagswahl im April 1996, wie es bis zur Wahl am 16. Oktober in Bonn gespielt wurde. Bis dahin hat man von allen Politikern der Regierungen in Bonn und Stuttgart immer nur gehört, die Umstellung auf den höheren Grundfreibetrag bei der Lohnsteuer verursache zwischen 12 Milliarden und 15 Milliarden DM Steuerausfall. Sofort nach der Bundestagswahl waren es mit einem Schlag 45 Milliarden bis 50 Milliarden DM. Das ist doch seltsam.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist gar nicht wahr!
Das war doch schon vorher bekannt!)

Bis zum 16. Oktober haben Sie, Herr Finanzminister, und Sie, Herr Ministerpräsident, nicht das geringste davon gehört, daß das Steueraufkommen des Landes niedriger sein könnte als ursprünglich geschätzt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das stimmt auch nicht!
Da haben Sie im Finanzausschuß gefehlt!)

In der Woche nach dem 16. Oktober war plötzlich aus heiterem Himmel ein Milliardenloch in der Kasse, so daß Sie sogar zum ersten Mal seit vielen Jahren eine Haushaltssperre verkünden mußten.

(Abg. Keitel CDU: Hundertmal haben wir darauf hingewiesen!)

— Die Haushaltssperre wurde nach der Bundestagswahl und nicht vorher verkündet. — Es ist kein Zufall, daß Sie diese für die Bürger unangenehmen Wahrheiten bis zur Bundestagswahl am 16. Oktober zurückgehalten haben. Sie wollten schlicht und einfach Ihre Wahlchancen nicht schmälern.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Keitel
CDU: Oje, oje!)

Vor zwei Jahren haben wir Republikaner bei den Beratungen zum Haushalt 1993/94 gefordert, mit dem Sparen bei der Regierung selbst zu beginnen und die aus christsozialistischem Koalitionsproporz auf zwölf angewachsene Zahl der Ministerien um vier bis fünf zu verringern.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Da hat er recht!)

Dazu haben wir die Zusammenlegung der zueinander passenden Ressorts vorgeschlagen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wir auch!)

Als ich dies als Sprecher unserer Fraktion hier vortrug, haben Sie sich köstlich amüsiert über diesen komischen Republikaner, der ja keine Ahnung hat, wie völlig unmöglich das ist, was er sagt. Gerade die Herren von der SPD, die immer dann durch Abwesenheit glänzen,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wenn der Republikaner die „Wahrheit“ verkündet!)

wenn diskutiert wird,

(Abg. Schrempp SPD: Das ist nur bei den Repsen so!)

konnten sich gar nicht genug darüber lustig machen. Vor zwei Wochen hat die Regierung des Saarlands wegen totaler Überschuldung ihr Kabinett auf sechs Ministerien reduzieren müssen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie bringen nicht mal sechs zusammen!)

Sie hat dabei genau die gleiche Zusammenlegung der Ressorts vorgenommen, wie ich sie vor zwei Jahren hier vorgeschlagen habe. Das ist schon erstaunlich. Wenn Herr Maurer vorhin vom größten Chaos im Finanzwesen in der Bundesrepublik gesprochen hat und damit die Bundesregierung meinte, dann hat er das allergrößte zu erwähnen vergessen: Das ist nämlich das Chaos im Saarland. Der designierte Bundesfinanzminister der SPD, Herr Lafontaine, hat diesen Haushalt nämlich in den Sand gesetzt.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich kann nur sagen: Wir Republikaner und mit uns viele Millionen Bürger sind froh, daß der Herr Lafontaine genauso wenig Finanzminister geworden ist wie Herr Maurer Bundesinnenminister.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Schrempp
SPD: Jetzt sagen Sie mal was zur Sache!)

Für viele Menschen bleibt es einfach unverständlich, warum es populistisch sein soll, warum es wirklichkeitsfremd oder gar noch rechtsextremistisch sein soll, wenn wir Republikaner solche Sparvorschläge machen, und warum Sie alle gemeinsam diese ablehnen nach dem Motto: Es kann nicht wahr sein, was nicht sein darf.

Am vergangenen Freitag hat hier im Plenarsaal ein Vortrag stattgefunden, bei dem ein Topunternehmensberater aus Japan zum Thema „Schlanke Verwaltung in Industrie und Bürokratie“ gesprochen hat. Es waren 60 Vertreter von Wirtschaft und Industrie anwesend. Wir hatten mit Ausnahme von zwei Ministern alle Ministerien angeschrieben und sie eingeladen, ihre Spitzenbeamten zu dieser Veranstaltung zu schicken. Es war ein Mann hier, der pro Tag von Firmen wie Daimler und ähnlichen 8 000 DM Beratungshonorar bekommt, weil er zur internationalen Spitzenklasse in diesem Geschäft gehört. Herr Minister, hätte es denn so viel geschadet, wenn die Beamten am letzten Freitag etwas dazugelernt hätten, wenn sie hier gewesen wären?

(Beifall bei den Republikanern)

Kein einziger aus irgendeinem Ministerium war hier.

(Abg. Nagel SPD: Sehr gut!)

Da reden Sie von Verschlangung.

Aber das war ja auch „gefährlich“. Man muß sich nur vorstellen, was passiert wäre, wenn die Ministerialbürokratie angetanzt wäre und etwas dazugelernt hätte. Dann hätte es ja passieren können, daß sie feststellen: Der Vorschlag, mit der Verschlangung bei den Ministerien zu beginnen, den wir Republikaner gemacht haben, ist sinnvoll, er funktioniert und spart Geld ein. Es wäre wahrscheinlich der größte koalitionspolitische GAU gewesen, der hätte passieren können,

(Trageiser)

wenn die Bürokratie unterhalb der Ministerebene zu der Erkenntnis gekommen wäre, daß zu viele Minister da sind.

(Beifall bei den Republikanern)

Leider funktioniert dies alles nur, weil viele Journalisten dieses Spiel mitspielen — das muß ich einfach einmal so klar sagen. Die gleichen Sparvorschläge, die seinerzeit von uns gemacht und von vielen Journalisten nicht einmal erwähnt wurden, haben jetzt spaltenweise großartige Berichte über das Sparkabinett im Saarland zur Folge.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Tja!)

Herr Ministerpräsident, Herr Finanzminister, Ihr vorgelegter Haushalt ist der verzweifelte Versuch, den Menschen in unserem Land Sand in die Augen zu streuen. Die vorhandene finanzielle Mißwirtschaft soll bis zum April 1996, also bis zur nächsten Landtagswahl, vernebelt werden.

(Abg. Keitel CDU: Ach!)

Sie wollen dem Bürger vorgaukeln, daß diese Koalition politisch handelt und nicht nur schwätzt. Sie erklären: Es wird gespart, Leistungen werden nicht gekürzt, Abgaben und Steuern werden nicht erhöht, im Musterländle ist alles in bester Ordnung. Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist eine meisterhaft zusammengeschnürte Mogelpackung, eine Mogelpackung, mit der Sie die Wählerstimmen und den Sieg bei der Landtagswahl 1996 erswindeln wollen.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Hoi, hoi! — Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Aber Sie werden damit nicht durchkommen. Wir Republikaner lassen Sie damit nicht durchkommen. Wir werden die Menschen in unserem Land informieren. Wir werden ihnen die Wahrheit sagen, eine zwar unangenehme, aber notwendige Wahrheit: Wir haben die höchste Staatsverschuldung seit dem letzten Krieg, wir haben die höchsten Arbeitslosenzahlen seit 1950, wir haben einen sozialen Abstieg breiter Bevölkerungsschichten und die höchste Kriminalitätsrate in diesem Jahrhundert nach zweieinhalb Jahren sozialdemokratischer Innenministeriumsherrschaft. Aber wir werden unseren Bürgern auch sagen, wer daran schuld ist: diejenigen, die im Bund und im Land seit 1949 regieren und die dafür verantwortlich sind, daß diese Politik gemacht wird. Denn all diese Dinge fallen nicht vom Himmel. Sie sind keine Strafe dafür, daß wir vielleicht den Buß- und Betttag oder den Pfingstmontag als gesetzlichen Feiertag abschaffen — das werden wir heute nachmittag vielleicht tun, aber nicht mit uns Republikanern —, sondern sie sind hausgemachte Folgen Ihrer verfehlten Politik.

Wir Republikaner werden den vorgelegten Doppelhaushalt deshalb ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Wir werden im Finanzausschuß bei den Beratungen der Einzelpläne unsere Änderungsanträge einbringen. Wir werden über 100 Anträge vorlegen,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wie viele?)

und zwar mit einem Einsparvolumen von über 500 Millionen DM. Bei der Beratung dieser Anträge können Sie zeigen, ob Sie wirklich sparen wollen oder ob Ihre Sparappelle nur Lippenbekenntnisse sind. Niemand wird Sie daran hindern, unseren Anträgen zuzustimmen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Na, na! — Abg. Bütikofer GRÜNE: Außer der Vernunft wahrscheinlich!)

Aber ich befürchte, daß es wie vor zwei Jahren sein wird: Sie reden zwar von Verschlinkung, Sie reden von Sparen, aber in Wirklichkeit wird nur geredet.

(Abg. Keitel CDU: Und Sie sagen gar nichts!)

Dies ist das signifikante Kennzeichen der großen Koalition. Man könnte es unter das Motto des Münchner Kabarettisten Karl Valentin stellen: „Mögen hätten wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut.“ Unter diesem Motto

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Stand Ihre Rede!)

funktioniert diese Regierung.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Dr. Hopmeier: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebes halbvolles Haus!

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: „Halb“ ist übertrieben! — Ministerpräsident Teufel: Übertreiben Sie nicht!)

„Der Doppelhaushalt ist ein Sparhaushalt“, sagt der Finanzminister.

(Abg. Keitel CDU: Ist er auch!)

Das sagt er natürlich immer.

(Abg. List CDU: Zu Recht!)

Das muß er sagen. Spätestens seit Sparen nicht mehr, wie früher üblich, bedeutet, etwas auf die hohe Kante zu legen, sondern bedeutet, daß man dieses Jahr nur noch 2,1 Milliarden DM, die man eigentlich nicht hat, ausgibt, muß man jedesmal, bevor man eine einzige Mark ausgibt, zweimal vom Sparen reden. Also: „Es ist ein Sparhaushalt.“

Herr Oettinger hat auch gesagt: „Es ist ein Sparhaushalt.“ Der Sparhaushaltscharakter ergebe sich schon dadurch, daß wir früher noch mehr über unsere Verhältnisse gelebt hätten als heute. Früher waren es 10 % der Gesamtausgaben, die durch Nettoneuverschuldung gedeckt waren, heute sind es eher 3 %. Aber, Herr Oettinger, was Sie wirklich hätten vergleichen müssen, wenn Sie über einen Sparhaushalt reden, wäre die Summe von Nettoneuverschuldung auf der einen Seite und die Summe von freier Haushaltsspitze auf der anderen Seite. Wenn Sie also mit der Summe Geldes vergleichen, mit der wir überhaupt noch gestalten können, weil ganz große Beträge durch Personal, rechtliche Verpflichtun-

(Bütkofer)

gen und sachlich notwendige Ausgaben schon vorab gebunden sind, sieht es keineswegs gut aus.

Herr Oettinger hat versucht,

(Zuruf des Abg. Keitel CDU)

sich in dieser Situation, die er offenkundig selbst als etwas unbehaglich empfindet, dadurch herauszureden, daß er auf andere Bundesländer verweist. Nun bin ich Föderalist genug, um den Wettbewerb auch der Bundesländer jederzeit für sinnvoll zu halten. Aber, Herr Oettinger: Ich war weder in Hessen noch in Niedersachsen in der Regierung. Wenn Sie aber als derjenige, der hier die Regierung maßgeblich mitträgt, so tun, als seien Sie in Wirklichkeit die Opposition, und, zu uns gerichtet, sagen, wir müßten das Konzept vorlegen, wie nun alles zur Deckung zu bringen sei — eine solide Haushaltspolitik und reformerische Gestaltung —, dann habe ich darauf zwei Antworten: erstens, daß Sie in der Tat in Schwierigkeiten sind, und zweitens, daß wir durchaus bereit sind, uns diesem Anspruch zu stellen. Das heißt, wir machen — wie schon beim letzten Doppelhaushalt — keine Oppositionspolitik, die sich darauf beschränkt, die Fehler der Regierung zu kritisieren, sondern eine Oppositionspolitik, die zeigt, wie es anders zu machen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Finanzminister sagt zweitens, es gebe Sparzwänge in Baden-Württemberg wie noch nie, noch nie sei der finanzielle Spielraum so eng gewesen. Da hat der Mann recht. Das merken alle, das merkt auch die Opposition. Niemand schlägt vor, die Nettoneuverschuldung zu erhöhen, mehr Schulden zu machen, als die Regierung vorhat. Wir von den Grünen nehmen besonders deutlich wahr, wie eng die finanziellen Spielräume sind. Dies ist der erste von vier Doppelhaushalten, an dessen Beratung ich beteiligt bin, bei dem das Umschichtungsvolumen, das unsere Fraktion vorschlägt, 1 Milliarde DM nicht übersteigt.

(Abg. Keitel CDU: Oi!)

Das heißt in der Tat, daß die Spielräume eng geworden sind.

Der Finanzminister sagt drittens, er sei erfahren im Sparen und er werde das Baby schon schaukeln. Hier kommt mein erster deutlicher Einspruch, denn das Eichenlaub, das er sich da selbst umlegt, mit dem er seine Stirn umkränzt, ist auf Pump beschafft.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Selbst das!)

Meine Damen und Herren, die Sparerfolge, deren Herr Mayer-Vorfelder sich rühmt, erweisen sich bei näherem Hinschauen durchaus nicht als Ergebnisse eigenen Tuns. Nehmen wir aus dem Jahr 1992 das positive Rechnungsergebnis von über 860 Millionen DM. In diesem Ergebnis drückten sich aus gesunkene Zinsen, günstiger für das Land gestaltete Tarife im öffentlichen Dienst, geringere Zahlungen im Länderfinanzausgleich wegen schwindender Steuerkraft des Landes. Dann hat man im Nachtrag 1992 noch einmal „einen Haufen“ Mehrausgaben „reingepackt“, und dann blieben netto im Sack immer noch 860 Millionen DM; aber da war nichts gespart.

Nehmen wir als zweites Beispiel die Minderausgaben im Haushalt 1993/94. Mit 800 Millionen DM schlägt dabei zu Buche, daß man sich bei den Kommunen eine Art Kassenkredit ohne Verzinsung hat geben lassen, indem die Kommunen für angebliche Zahlungen im Länderfinanzausgleich zur Kasse gebeten wurden, die de facto aber gar nicht geleistet werden mußten. Also auch da: mit fremden Federn geschmückt. Die Sparerfolge, deren sich der Finanzminister rühmt: geliehener Lorbeer, geliehenes Eichenlaub, meine Damen und Herren.

Zweiter Kritikpunkt: die verlagerten Verpflichtungen. Ich finde, wir sollten bei diesen Haushaltsberatungen einmal näher ansehen, wie über die LEG, über die Baufinanz, auch über die L-Bank, inzwischen auch über die LFK Verpflichtungen des Landes verlagert werden. Allein im Bereich der mittelfristigen Finanzplanung wird aus diesen verlagerten Verpflichtungen auf das Land eine Zahlungslast von mehr als 1 Milliarde DM zukommen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha!)

Vor diesem Hintergrund, Herr Finanzminister, ist mir das Bestehen auf dem einen Eckpunkt Nettokreditaufnahme, mit dem Sie und auch Herr Oettinger renommieren, zu engstirnig. Diese „heilige Kuh“, dieses „Goldene Kalb“ Nettokreditaufnahme allein reicht zur Bewertung der Haushaltsentwicklung nicht aus.

Ich bin da eher der Meinung von Herrn Maurer: In der Finanzpolitik reicht nicht wie in der Seefahrt ein Fixstern aus, um sich zu orientieren, sondern in einer pluralen Gesellschaft geht es darum, verschiedene Ziele möglichst gut miteinander zur Deckung zu bringen. Ein Ziel, auf das es hier ankommt, ist zum Beispiel, Herr Maurer, die Frage der Aufgabenerfüllung, auch der Lebensbedingungen der Menschen in diesem Land, von denen Sie gesprochen haben. Es hat gar keinen Sinn, sich zu rühmen, auf der einen Seite hätten wir uns gesundgespart, wenn auf der anderen Seite dieses Sparen der öffentlichen Hand in private Armut draußen im Lande verwandelt wird. So kurzfristig dürfen wir nicht sein. Deswegen sage ich: Die Nettokreditaufnahme darf nicht auf Dauer der einzige Maßstab der Solidität der Finanzpolitik sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Betonen der Nettokreditaufnahme hat aber auch noch einen anderen Gesichtspunkt, denn hinter der Nettokreditaufnahme werden Mängel in der Sparsamkeit versteckt, Mängel, die ich Ihnen vorhalten möchte.

Mangel eins: Stellenpolitik. Im Nachtrag 1992, den ich schon angesprochen hatte, waren 1 862 Stellen ohne Ausgleich zusätzlich geschaffen, Herr Ministerpräsident. Damals wurde das von Herrn Wertel in der Presse ironisch mit der Feststellung kommentiert: „Das Sparen beginnt mit neuen Stellen.“ Diese Politik hat sich eigentlich nicht geändert. Obwohl seither immer mehr davon die Rede ist, wie sehr verschlankt werden müsse, obwohl zum Beispiel Herr Vetter in der Öffentlichkeit unumwunden erklärt, 7 000 Stellen würden in diesem und im nächsten Haushalt eingespart, hat sich de facto seit dem Jahr 1993 die Zahl der im Haushalt zu finanzierenden Stellen ausweislich der Zahlen des Finanzministers um 7 600 bis zum Jahr 1996 erhöht.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Donnerwetter!)

(Bütikofer)

Wenn Sie, Herr Oettinger, darum bitten, darzutun, wie denn zu erreichen sei, daß sich die Stellenzahl nicht erhöhe, dann kann ich Ihnen die Antwort schon jetzt geben: Eben das hat die Politik der von Ihnen getragenen Regierung schon verbaselt.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Verwas?)

Der „Stellenabbau“ ist inzwischen so weit gegangen, daß in diesem Doppelhaushalt im Vorgriff auf Stellen, die ab 1997 eventuell gestrichen werden — man weiß aber noch nicht, wann genau —, schon jetzt 1 710 neue Stellen zugehen. Wohlgemerkt: Es geht mir nicht darum, die Zugänge in Frage zu stellen.

(Ministerpräsident Teufel: Ach so!)

Es geht mir darum: Wenn jetzt etwas zugeht, kann das entsprechende Sparen nicht auf später verschoben werden. Gleichgewichtigkeit im Zugang und im Abgang muß angestrebt werden, Herr Finanzminister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mangel zwei: globale Minderausgabe. Sie sagen der Bevölkerung nicht die ganze Wahrheit über die Haushaltssituation. Sie haben selber, Herr Mayer-Vorfelder, gesagt, die Wahrheit müsse sich konkret erweisen. In der Tat! Aber was Sie tun, ist, daß Sie die konkrete Wahrheit hinter einer unglaublich ausgedehnten globalen Minderausgabe verstecken. Die globale Minderausgabe von 1,5 Milliarden DM, wie sie sich im Doppelhaushalt darstellt, ist eine Ermächtigung für die Ministerialbürokratie. Hier wird Nebel produziert. Wenn heute draußen soviel Nebel wäre, wie durch die globale Minderausgabe im Haushalt drinsteckt,

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Wäre keiner angekommen!)

wären viele von den Autofetischisten unter Ihnen immer noch nicht zu dieser Sitzung heute vormittag da, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Wer glauben wollte, man könne aus wahltaktischen Gründen dies verschieben, den würde eine aufmerksame Opposition durchaus bestrafen.

Mangel drei: Verwaltungsstrukturreform. Was in Ihrem Haushalt nicht deutlich wird und auch in Ihrer Rede meines Erachtens nicht deutlich wurde, Herr Finanzminister, ist die ganze Wahrheit über den Ausweg, den wir vielleicht finden können. Meines Erachtens muß man deutlich sagen, daß es nicht gelingen wird, einen Ausweg zu finden, es sei denn, wir schaffen es, ganz fundamental die Strukturen des Verwaltungsapparats zu verändern. Und meines Erachtens muß man deutlich sagen, daß wir dabei in den zwei Jahren der großen Koalition schon viel Zeit verloren haben.

(Beifall des Abg. Hackl GRÜNE)

Wir haben Zeit verloren, weil nicht gemacht wurde, was hätte gemacht werden können.

Mangel vier: Sparen am falschen Ort. Sie verstecken, Herr Finanzminister, hinter Ihrem Fixstern Nettokreditaufnahme, daß Sie im einzelnen durchaus so sparen, daß es das Land und die Bevölkerung teuer zu stehen kommen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Sie sparen an der falschen Stelle. Sie sparen so, daß es uns viel Geld kostet. Ich nenne Ihnen nur stichwortartig einige Punkte.

Beispiel Integriertes Donauprogramm: Erst von Minister Vetter in großem Volumen aufgelegt, dann als Steinbruch verwendet, jetzt ein bißchen finanziert über die Erlöse aus dem Verkauf der Gebäudebrandversicherung, aber die Anschlußfinanzierung steht nicht, obwohl jeder weiß, daß wir in den Folgejahren mindestens 8 Millionen DM pro Jahr dafür bräuchten.

Beispiel Kinderenquete: Die Regierung hat es nicht geschafft, dafür etwas hineinzuschreiben, Herr Oettinger. Das ist nicht darauf zurückzuführen, daß man damals noch keine Ergebnisse der Kinderenquete hatte. Ich sage Ihnen: Man wußte schon, als dieser Haushalt aufgestellt wurde, daß es den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz gibt, und zumindest diesen hätte man etatisieren müssen. Sie wissen, wenn Sie den Rechtsanspruch ab 1. Januar 1996 mit einem Stichtag im Jahr verwirklichen, werden das über 20 Millionen DM sein. Wenn Sie zwei Stichtage nehmen, wird es Sie über 100 Millionen DM im Jahr kosten, die Sie nicht veranschlagt haben. Meines Erachtens ist es absurd und kurzsichtig, an dieser Stelle zu sparen.

Drittes Beispiel: Weiterbildung. Das ist in der Öffentlichkeit schon vielfach erörtert worden. Ein Land, das, wie der Ministerpräsident immer wieder zu Recht sagt, im wesentlichen keine andere Ressource als die Intelligenz seiner Menschen, ihre Tatkraft, Phantasie und Innovationsfähigkeit hat, darf genau in diesem Bereich nicht sparen, wenn es mithalten will.

Stichwort Gewerbeaufsicht. Wo schon Vollzugsdefizite zu erkennen sind, die uns viel Geld kosten, wird noch einmal im Apparat, wird noch einmal bei den Personalstellen, wird noch einmal bei den Mitteln gestrichen. Die Konsequenzen werden auch im Staatshaushalt und gar für die Gesellschaft zu besichtigen sein. Deswegen sage ich: Sie sparen dort, wo es uns teuer zu stehen kommt.

Ich komme auf die Aussage zurück, der ich am Anfang zugestimmt habe. Herr Finanzminister, wir haben in der Tat Sparzwänge wie noch nie. Aus meiner Kritik an dem, was Sie machen, bzw. an dem, was Sie nicht machen, folgt auch eine positive Konsequenz, ein Angebot. Wenn Herr Oettinger sagt: „Wir wollen einen Wettbewerb der besseren Ideen“, kann ich Ihnen, Herr Oettinger, erwidern: Unsere Mitarbeit dafür können Sie haben.

Vielleicht kann ich Ihnen gleich einige Stichpunkte für diesen Wettbewerb der besseren Ideen nennen.

Ad eins: Stellenpolitik des Landes. Es ist bis jetzt noch nicht fixiert, bis wann die 4 000 Stellen ab 1997 einzusparen sein werden. Vielleicht wäre es ein erster Punkt, daß man da ein-

(Bütikofer)

mal ein Jahr fixiert und das nicht nach hinten auf der Zeitachse offenläßt.

Es ist noch nicht geklärt, daß mehr als die 1 710 jetzt schon im Vorgriff auf die 4 000 später zu streichenden Stellen nicht noch einmal entnommen werden können.

Es ist noch nicht geklärt, daß ab jetzt gelten muß, daß nur noch dann neue Stellen zugehen werden, wenn auch Stellen real abgehen können.

Es ist noch nicht geklärt, Herr Oettinger, daß die Einsparmöglichkeiten, die der Rechnungshof ganz konkret im Hochschuletat bei fünf Unis gefunden hat, tatsächlich auch mit K.w.-Vermerken bewehrt werden, so daß Druck dahinter kommt, damit etwas passiert und das nicht nur eine beratende Äußerung war, die man wieder vergißt.

Es ist noch nicht geklärt, Herr Oettinger – aber von uns bekommen Sie dazu Vorschläge und Mitarbeit, wenn Sie sie verkraften können –, ob man nicht in der Tat bei den Beamten und Angestellten einen großen Schritt machen muß. Ich habe mich über das, was der Herr Ministerpräsident und Herr Maurer zu diesem Punkt gesagt haben, gefreut, daß hier ein großer Schritt gemacht werden muß. Ich habe mich aber über die Trippelschritte, mit denen Sie gekommen sind, geärgert.

Es geht nicht darum, woran wir festhalten, sondern darum, wohin wir wollen, und darum, ob wir durch kleine Reformen oder durch einen mutigen Schritt vorankommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin der Meinung, daß wir Lehrer nur noch als Angestellte einstellen sollten. Ich bin der Meinung, wir sollten ihnen auch nicht versprechen, daß sie nach fünf Jahren verbeamtet werden. Ich bin der Meinung, daß wir wenigstens ab A 13 im Lehrerbereich bis auf weiteres nur noch Zweidrittelstellen schaffen sollten. Ich bin der Meinung, daß wir in den anderen Bereichen, insbesondere dort, wo von vornherein klar ist, daß es nicht um hoheitliche Aufgaben geht, systematisch K.u.-Vermerke – kann in Angestelltenstellen umgewandelt werden; nur der Ministerrat kann davon Ausnahmen genehmigen – anbringen sollten. So sollten wir vorgehen, damit sich hier einmal etwas bewegt.

Ich bin der Meinung, daß wir die Stellenreserven ausfindig machen sollten. Herr Kollege Puchta hat einmal ins Gespräch gebracht, durch eine bessere Schulbuchverwaltung könnten wir 500 Stellen in den Lehrerbereich hineinschieben. Ich bin dem nicht weiter nachgegangen; er selber selbstverständlich auch nicht. Das war einer der zahllosen Sparvorschläge aus den Reihen der SPD, die sich, wenn sie einmal in der Zeitung standen, weder im Haushalt noch sonstwo wiederfinden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Peinlich, peinlich!)

Aber ich meine, wir zusammen müßten dem einmal nachgehen. Ich bin der Meinung, wir sollten für die Stellen ein realistisches Gesamtziel aufstellen, Herr Finanzminister. Es nützt uns gar nichts, zu sagen, wir verschlankten den Staat, wenn es in Wirklichkeit immer mehr Stellen werden. Lassen Sie uns sagen: 220 000 Stellen sind das Limit, das wollen wir erreichen. Das wäre vielleicht realistisch.

Ich bin der Meinung, wir müssen auch ein konkretes Ziel für die Ministerialbürokratie nennen. Sie ist aufgebläht. Minus 10 % im Bereich der Ministerialbürokratie wäre ein konkretes Ziel, das auch mit den Untersuchungen des Rechnungshofs abgedeckt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Teil unserer konkreten Vorschläge betrifft die Nebelmaschine globale Minderausgabe. Ich weiß, daß Sie nicht an der Nebelmaschine stehen, Herr Finanzminister, und sie nicht angeworfen haben, sondern daß das andere sind, aber ich kritisiere oder bemängle, daß Sie nicht die politische Kraft haben, diese Maschine abzustellen. Ich finde, wir müssen uns zusammen im Finanzausschuß darum kümmern.

Es hat keinen Sinn, den Musikschulen zu versprechen, sie bekämen Mittel wie im letzten Jahr, wenn in Wirklichkeit die globale Minderausgabe schon avisiert ist. Das ist Quatsch. Es hat keinen Sinn, den Kommunaltheatern über 3 Millionen DM zu streichen und ihnen noch einmal eine globale Minderausgabe von 35 % zu annonciieren, aber im Haushalt eine schöne Zahl zu veranschlagen. Es hat keinen Sinn, wenn ich in der Nachtragshaushaltsberatung 25 Millionen DM in Sparkassen verschiedener Ministerien finde und Sie gesagt haben: „Lassen Sie uns die globale Minderausgabe konkretisieren, wenn es geht“, das dann aber von der Mehrheit des Finanzausschusses jeweils abgelehnt wird.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha!)

Im Doppelhaushalt habe ich schon wieder eine Sparkasse von 100 Millionen DM gefunden. Lassen Sie uns mal gucken, ob wir diese globale Minderausgabe konkretisieren. Sie haben uns herausgefordert, eine Konkretisierung zu verlangen. Wir geben die Herausforderung in dem Sinne zurück: Wenn wir Ihnen Vorschläge machen, dann haben Sie wenigstens den Mut zu springen.

Ich bin auch dagegen, Herr Finanzminister, das erst auf den Nachtragshaushalt zu verschieben. Ein Finanzminister, der etwas auf sich hält, darf eigentlich nicht draußen sagen, die globale Minderausgabe sei zu hoch, und drinnen vor den Ressorts und den Lobbys kapitulieren. Manchmal habe ich bei Ihnen, Herr Mayer-Vorfelder, den Eindruck, das Schlachtroß sei ein bißchen müde geworden. Vielleicht sind ihm zu viele Sättel aufgelegt worden, und es träumt von anderen und saftigeren Weiden, wo es ein bißchen kameradschaftlicher zugeht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Es ist auch etwas Schönes, wenn man nicht mehr gucken muß, wo der Rubel rollt, sondern wo der Ball rollt. Einen Ball kriegt man manchmal zurück. Wenn der Rubel gerollt ist, ist er weg. Das verstehe ich alles.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Puchta SPD: Der VfB verliert doch auch immer noch! Der verliert sogar in Freiburg! – Zuruf des Abg. Dr. Geisel SPD – Unruhe)

Das verstehe ich alles, Herr Finanzminister, aber mir kommt es politisch auf folgendes an: Das Jahr 1995, das vor

(Bütikofer)

uns liegt, ist meines Erachtens mindestens in dreierlei Hinsicht ein entscheidendes Jahr. Es entscheidet darüber, was der Ertrag dieser Legislatur und dieser Regierung sein wird. Es entscheidet darüber, ob wir tatsächlich aus der finanziellen Enge wieder einen wirtschaftlichen Aufstieg finden, und es entscheidet insbesondere darüber, ob dann, wenn es wieder ein bißchen besser wird, die jetzt sanft keimenden Hoffnungen und Verlockungen, etwas zu reformieren, gleich wieder weg sind.

In dieser Situation, Herr Finanzminister, erwarte ich mir in der Tat von Ihnen mehr Mut zur Kooperation auch mit der Opposition, auch mit dem Parlament, auch Konflikt, wenn es um einen soliden Haushalt geht.

Der dritte Teil meiner Vorschläge betrifft die Strukturen, die wir verändern müssen, damit man vernünftig sparen und gut arbeiten kann. Jetzt habe ich gar nicht die Zeit, Ihnen das in großer Breite aufzublättern.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Mach es doch schriftlich!)

Wir werden das aber alles im Finanzausschuß und in den Beratungen zu den Einzelhaushalten tun können. Auch Sie, Herr Kollege Professor Dr. Puchta,

(Zuruf des Abg. Schrempp SPD)

können dann dort als Abgeordneter und Vorsitzender sicherlich mitwirken. Ich bin auf jede Unterstützung erpicht und darüber erfreut.

Aber zunächst einmal wäre die große Koalition noch bezüglich der Haushaltsvorschläge, die die FDP/DVP und wir gemeinsam vor anderthalb Jahren gemacht haben, in der Bringschuld.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr richtig! — Abg. Schrempp SPD: Na, na, na!)

Zunächst einmal wäre die große Koalition noch in der Bringschuld bezüglich der Verschlinkung der Ministerialbürokratie; ich habe es schon gesagt. Wenn wir das Anwachsen der Ministerialbürokratie auf den Durchschnitt der Entwicklung bei den Landesbediensteten reduzieren, bringt uns das 40 Millionen DM im Jahr, Herr Oettinger.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Ich denke, die große Koalition ist in der Bringschuld bei den Hochschulen. Man kann da mehr an Globalisierung oder Teilglobalisierung tun, als bis jetzt getan worden ist. Ich habe zur Kenntnis genommen, was da verbessert worden ist. Aber mindestens drei Punkte kann man tun: Man kann dem Vorbild anderer Bundesländer folgen und mindestens eine Hochschule, der man dafür etwas bietet, in einen LHO-Betrieb verwandeln und ein Modell daraus machen. Man kann zwei bis drei Fachhochschulen nach dem § 12 a des Haushaltsgesetzes mit einer dezentralen Ressourcenverantwortung betrauen und sie einmal beweisen lassen, wie es besser geht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist alles vorgeschlagen!)

Man kann die Zahl der Titelgruppen reduzieren, mit denen jetzt immer noch zu stark zentral durch das Ministerium eingegriffen und gelenkt und die Verantwortung der Hochschulen und Fachhochschulen reduziert wird. Alles das kann man tun.

(Beifall des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Man muß auch, Herr Finanzminister, zu den Pensionslasten endlich einmal Taten zeigen. Ich habe nachsehen lassen. In der letzten Legislaturperiode war von Ihnen zu diesem Thema vier Jahre lang im Parlament gar nichts zu hören.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha! — Gegenruf des Abg. Dr. Ohnewald CDU)

In dieser Legislaturperiode haben Sie es auf unsere Vorhaltungen hin beim ersten Doppelhaushalt einmal gesagt. Bei Ihrer Haushaltsrede haben Sie es jetzt auch einmal angesprochen, daß das ein Problem sei — mit genau einem Satz. Dann machen Sie aber eine schöne Pressekonferenz und versprechen dies und jenes. Diesen Pensionslastenfonds, von dem Sie sprechen, halte ich für eine gute Idee. Das haben wir vor zwei Jahren auch schon einmal gefordert. Da könnten wir uns eigentlich zusammentun.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Es geht aber nicht, daß man im Haushalt nichts macht, dann eine schöne Pressekonferenz gibt und es hinterher heißt: Das war's. Ich sage: Lieber nicht wieder nichts. Machen wir einmal etwas! Machen wir einen solchen Pensionslastenfonds. Machen wir einen Einstieg. Verbinden wir das ein Stück weit mit dem Grundfonds oder mit einem Immobilienfonds. Da gibt es ja Modelle, wie man die Anforderung von Herrn Oettinger, gemäß der sich das rechnen muß, realisieren kann. Machen wir etwas dazu.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr gut!)

Herr Oettinger, Herr Mayer-Vorfelder und insbesondere Herr Ministerpräsident, ich meine, für die Verwaltungsreformfragen, die Sie eigentlich noch vor sich haben und zu denen Sie jetzt externe Gutachter mit Untersuchungen beauftragt haben, kommt jetzt die kritische Phase. Sie sollen die Gutachten bis Ende dieses Jahres erhalten. Real wird es wohl März. Dann werden Sie das alles wahrscheinlich haben. Und dann müssen Sie das in einem ganz kleinen Zeitfenster, nämlich bis Juni, wenn der Nachtragshaushalt aufgestellt ist, unter Dach und Fach bekommen, damit sich da etwas bewegt. Es ist schon jetzt keine Prophetenkunst erforderlich, um vorauszusagen, daß sich die Ressorts mit Händen und Füßen dagegen sträuben werden, daß es dann wirklich konkret wird. Es braucht dazu ja nicht viel. Man muß ja gerade über drei Monate herüberutschen.

Da gibt es einen, den ich einmal den „Cunctator agrarius maximus“ nennen würde oder, auf deutsch gesagt, den „Land- und Forstwirtschaftsverwaltungsmodernisierungsverzögerer“. Er hat zum Beispiel schon längst eine Untersuchung darüber vorliegen, was mit der Forstverwaltung, mit den 190 Forstämtern und den 1 040 Revieren, zu tun wäre. Sie liegt vor. Jetzt gibt es nur ein kleines Problem: Das Ministerium war noch nicht in der Lage, die Bewertung zu der Untersuchung vorzulegen. Wenn man es dort jetzt

(Bütikofer)

schaft, mit der Bewertung gerade noch über den Mai oder Juni zu kommen, dann ist es wieder nichts für diese Legislaturperiode. Dann hat Herr Weiser sein Ziel wieder erreicht.

Es kommt darauf an, daß Sie das nicht durchgehen lassen. Wenn Herr Vetter nicht mit aller Kraft dahintersteht, Herr Ministerpräsident, dann müssen Sie das tun.

Nun komme ich zu einem letzten strukturellen, aber nicht unwichtigen Punkt.

(Ministerpräsident Teufel: Ich denke, Sie helfen mir dabei!)

— Mit unserer Hilfe. Ich denke, Sie werden noch oft in eine Lage kommen, in der Sie sich über diese Hilfe freuen und manchmal auch darüber ärgern. Aber im Sinne der Sache werden Sie sich dem nicht entziehen.

Der letzte Aspekt der Verwaltungsreform, zu dem ich etwas sagen wollte, ist die Regionalstruktur. Für die Region Stuttgart hat man etwas getan. Was ist mit den anderen Regionen? Das möchte ich noch einmal einklagen.

(Abg. Sieber CDU: Wo bleibt die Kurpfalz? — Weitere Zurufe)

— Die Kurpfalz ist eine von vielen wichtigen Regionen im Land mit besonderen Problemen, denen sich das Land auch stellen sollte.

Meine Damen und Herren, wir werden auch bereit sein, Ihnen zu helfen, wenn ich das so nennen darf, nicht an den falschen Stellen zu sparen. Ich habe die Stellen vorhin genannt. Ich bitte Sie — Herr Oettinger hat darüber gesprochen; vielleicht gibt es da ja eine Chance —, sich diesen Fragen konkret zu stellen. Es darf nicht sein, daß uns hinterher bescheinigt wird, man hätte schon gewußt, um was es geht, aber es habe Mut und Substanz gefehlt, um die eigenen Erkenntnisse und Ansprüche zu verwirklichen. Es darf nicht sein, daß es zwar unter uns heißt: „Das Wertvollste, was wir haben, sind die Kinder“, aber hinterher aus den Ergebnissen der Enquetekommission und aus dem Rechtsanspruch nichts wird, allenfalls ein „Einstiegle“ in einen Einstieg.

(Beifall der Abg. Monika Schnaitmann und Dr. Witzel GRÜNE)

Es darf nicht sein, daß wir sagen: „Das Wichtigste sind die Ressourcen unserer Menschen“, aber bei der Weiterbildung gekürzt wird. Da muß wohl etwas an den Strukturen geändert werden. Vielleicht wäre zum Beispiel ein Volkshochschulgesetz, das eine andere Art von Finanzierung bringt, nicht schlecht. Ich finde, das Hauptproblem ist nicht, daß es da Ikebana-Kurse gibt, sondern es ist eher zu kritisieren, daß das Kennenlernen der japanischen Kultur oft beim Ikebana stehenbleibt und nicht weiter geht.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE — Gegenruf des Abg. Keitel CDU)

Da sollten wir nicht kleinherzig sein, sondern die Weiterbildung als zentrale strategische Aufgabe betrachten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD — Abg. Dr. Geisel SPD: Richtig! — Zuruf des Abg. Keitel CDU)

Es ist auch ein Widerspruch, Herr Finanzminister, von den Belastungen der Bürgerinnen und Bürger zu reden, aber nichts dazu zu sagen, daß das Existenzminimum endlich steuerfrei gestellt werden muß. Es ist auch ein Widerspruch, von Konsolidierung der Staatsfinanzen zu reden, aber unfundiert, wie Sie es getan haben, die Senkung der Unternehmensteuern zu versprechen, obwohl jeder weiß, daß es nicht geht, die Staatsfinanzen zu konsolidieren, wenn man auch noch kurzfristig Steuersenkungen verspricht.

Ich möchte, daß diese Widersprüche nicht die Haushaltspolitik des Landes bestimmen. Ich möchte Herrn Teufel zitieren, der vor fast einem Jahr in der „Zeit“ in einem Interview auf die Frage nach der fehlenden politischen Autorität generell im Lande geantwortet hat, es gebe halt fast überall ein solches Vakuum, nicht nur in der Politik. Das ist eine etwas billige Ausrede, Herr Ministerpräsident.

Wir dürfen nicht zulassen, daß an den Folgekosten unseres Zukunftsverbrauchs von heute, an der mangelnden Vorsorge durch uns die Künftigen zu leiden haben. Wir müssen, wenn wir das erreichen wollen — das ist vielleicht ein Punkt, der uns sehr hart unterscheidet, wo wir es aber auskämpfen —, auch bereit sein, an Privilegien heranzugehen.

Ich nenne Ihnen solche Privilegien: Die Privilegien der Medizinprofessoren im Land, durch Landtagsdrucksachen ausgewiesen. Knapp 200 Leute erzielen Nebeneinkünfte von 100 Millionen DM pro Jahr. Die Privilegien, die dadurch zustande kommen, daß nicht genug Betriebsprüfer und Steuerfahnder eingestellt werden. Das liegt fast im Milliardenbereich. Die Privilegien im Notarwesen. Zwar hat man bei den badischen Notaren die Gebühren erhöht, sie bei den württembergischen Notaren aber nicht gesenkt, wie es der Rechnungshof vorgeschlagen hatte. Die Privilegien, die sich daraus ergeben, daß auch noch im hohen Alter befördert wird, so daß einer die zwei oder drei Jahre noch bekommt, damit er eine Pension nach B 3 oder B 6 bekommt. Die Privilegien bei den Professoren. Warum gibt es bei Professoren keine Anstellungen auf Zeit und keine Berufungszusagen auf Zeit? Die Privilegien bei den Steinbeis-Transferzentren zum Beispiel, wo man erst ganz niedrige Gebühren hatte, sie dann erhöht hat und jetzt wieder senkt, weil man festgestellt hat, daß die Universitätsprofessoren nicht so viel zahlen — da können eben die Fachhochschulprofessoren auch nicht so viel zahlen; bemerkenswerte Realisierung des Gleichheitsgrundsatzes zu Lasten der Haushaltskassen —, und Privilegien, die sich zum Beispiel für jedermann daraus ergeben, daß Polizisten als Hilfsbeamte von Versicherungen beschäftigt werden, ohne daß irgend jemand dafür bezahlen muß.

Alle diese Privilegien müssen weg. Mit solchen Privilegien müssen wir uns anlegen. Da finden wir auch erheblichen Spielraum, mehr als wir finden, wenn wir da und dort noch eine sozialstaatliche Einrichtung kaputtschießen oder kaputtsparen. Denn das, Herr Finanzminister, sind nicht die Probleme, die wir haben. Die Sozialproduktivität des sozialen Konsenses ist sehr hoch, und die sollten wir nicht riskieren.

Zuletzt und zum Abschluß: Ich weiß, daß wir vor großen Risiken stehen, zum Beispiel bei den Steuereinnahmen. Wenn

(Bütikofer)

Sie, Herr Finanzminister, statt der von Ihnen genannten Zahl des Anstiegs von 8,6 % für 1995 die Zahl des DIW nehmen, das für die Westländer mit 6,4 % rechnet, bleiben schon 800 Millionen DM Miese in der Kasse. Das ist ein großes Risiko. Weitere Risiken sind das Risiko der Zinsen, das Risiko, daß wir wirklich etwas in die Kasse tun müßten, wenn wir einen Pensionslastenfonds schafften — das muß irgendwo herkommen —, das Risiko, daß der Solidaritätszuschlag wegfällt, das Risiko, daß wirklich jemand auf Sie hört bezüglich der Unternehmensteuerreform, Herr Finanzminister, und das Risiko der Verwirklichung der Steuerfreistellung des Existenzminimums. All das kommt auf uns zu. Selbst wenn wir diese Risiken vermeiden, wird die Zinslast dieses Landes noch nicht wesentlich absinken. Das zeigt die Größe des Problems.

Deswegen sage ich: Lassen Sie uns diese Hausaufgaben machen, von denen ich jetzt gesprochen habe. Lassen Sie uns herausfinden, wie weit wir zusammenkommen; lassen Sie uns darüber auch streiten. Lassen Sie uns dadurch den Platz dafür schaffen, daß wir uns den großen Herausforderungen stellen können, die vor uns liegen: den Herausforderungen, wie wir unsere Wirtschaft auf ökologische und soziale Vorsorge umstellen, die Frage der Steuervereinfachung, die gestellt wird, die Frage einer Reform der Gemeindefinanzen und überhaupt der Sicherung des föderalen Finanzsystems, das durchaus nicht ungefährdet ist.

Auch der Wettbewerbsfähigkeit kann man sich erst dann stellen, wenn man die Hausaufgaben gemacht hat, weil der wesentliche Beitrag des Staates zur Wettbewerbsfähigkeit nicht in einem Zuschuß liegt, den er dem einen oder anderen gibt, sondern darin, daß die Strukturen des Staates vernünftig reformiert werden. Die Wettbewerbsfähigkeit, um Herrn Rommel zu zitieren, ist auch kein Fetisch, die Wettbewerbsfähigkeit ist kein Selbstzweck. Die Wettbewerbsfähigkeit ist ein Mittel und nicht das Ziel. Das Ziel, dem wir diese Aufgaben unterordnen müssen, muß eine menschlichere, sozial nach wie vor solidarische, freie und ökologisch vorsorgende Gesellschaft sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Döring.

Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Reden der Kollegen Oettinger und Maurer eingehe, will ich Ihnen deutlich machen, daß der von Ihnen vorgelegte Haushalt Ihnen eigentlich vor die Füße geworfen gehört.

(Abg. Sieber CDU: Oh!)

Ich halte es für unglaublich, in welcher Größenordnung Sie globale Minderausgaben einstellen. Das war noch nie da. Das ist ein Versuch, das Parlament zu entmündigen, und das Parlament darf sich nicht gefallen lassen, daß in dieser Größenordnung globale Minderausgaben eingestellt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und den Republikanern
— Abg. Pfister FDP/DVP: 900 Millionen! Ihr seid ja verrückt!)

Dies müßte Ihnen als finanzpolitischem Sprecher und Parlamentarier zumindest ein schlechtes Gewissen bescheren, aber ich glaube, Sie haben gar kein Gewissen mehr.

(Widerspruch bei der CDU und der SPD — Abg. Dr. Geisel SPD: Das ist ja allerhand!)

Sie können mit diesem Parlament nicht so umgehen, daß Sie einen Großteil, der weit über dem liegen wird, was die einzelnen Fraktionen an Änderungsanträgen einbringen werden, schlicht und ergreifend am Parlament vorbeimogeln. Dies ist zumindest schlechter Stil.

(Beifall bei der FDP/DVP — Zuruf des Abg. Keitel CDU)

— Herr Keitel, was Sie mit diesem Doppelhaushalt machen, hat mit Haushaltsklarheit und -wahrheit überhaupt nichts zu tun.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

— Herr Scheuermann, ich bin froh, daß Sie dies nicht zu entscheiden haben. Da haben Sie recht.

(Abg. Brechtken SPD: Das wäre mir lieber, als wenn Sie es entscheiden!)

— Da Sie gerade einen Zwischenruf gemacht haben: Der Finanzausschußvorsitzende Brechtken hätte sich so eine globale Minderausgabe nicht gefallen lassen. Der wäre auf die Tische gesprungen und hätte ein Theater ersten Ranges vollführt.

(Mißfallensäußerungen bei der CDU)

Aber seit ihr in der Regierung seid, kuschelt ihr im Haus, und nach außen spuckt ihr große Töne. Das ist die Politik der SPD, seit sie in der Regierung sitzt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der Republikaner)

Herr Oettinger und Herr Maurer — der Finanzminister tut dies sicher heute auch noch — rühmen diesen Sparhaushalt. Sie tun so — an diesem Spielchen beteiligen wir uns schon lange nicht mehr —, als hätte die Opposition nichts anderes zu tun, als Anträge zu stellen, die diesen ungeheuer seriösen und konsolidierten Haushalt in Gefahr bringen würden.

Sie wissen genau, daß die Fraktion GRÜNE und die Fraktion der FDP/DVP vor zwei Jahren eine klare, solide Vorlage eingebracht haben, der Sie bis zum heutigen Tag nicht gefolgt sind. Deswegen stecken Sie noch immer in einer Finanzmisere. Wären Sie unseren Vorschlägen gefolgt, hätten wir heute eine bessere Haushaltssituation, als wir sie haben.

(Beifall bei der FDP/DVP — Abg. Keitel CDU:
Oje! Draufgesattelt haben Sie!)

Wir haben vor zwei Jahren an keiner Stelle Anträge eingebracht, für die wir keine Deckungsvorschläge gemacht haben, und werden das auch zum Haushalt 1995/96 nicht tun. Wir werden wie Sie auch dafür Sorge tragen, daß die Verschuldung des Landes nicht weiter davonmarschiert. Aber wir werden sehr wohl Schwerpunkte in diesem Haushalt setzen.

(Dr. Döring)

Ihr Fraktionsvorsitzender hat es sich leichtgemacht und hat gesagt: „Was hätte denn die Landesregierung im Zusammenhang mit der Kinderenquetekommission tun können?“ Was hätte sie denn tun können? Sie hätte aufgreifen können, was ein Jahr lang von verschiedenen Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus erarbeitet worden ist, was konstruktiv ist, was bundesweit zu Recht Aufmerksamkeit erregt und Bedeutung gewonnen hat. Sie können nicht einfach sagen, die Landesregierung habe keine Handhabe, für diesen Bereich Mittel vorzusehen. Selbstverständlich ist es dringende Pflicht dieser Landesregierung, in ihrem Haushaltsentwurf schon auf die Beratungen der Kinderenquetekommission zu reagieren und konkrete Beträge einzustellen. Denn es ist nicht erst seit gestern bekannt, was da geschehen muß.

Wir sind dagegen, daß Sie die Kinder und damit auch die Familien zum Schachern zwischen den beiden großen Fraktionen benutzen. Wir werden von unserer Seite aus wenigstens einen Einstieg im Umfang von etwa 20 Millionen DM machen, damit deutlich wird, daß diese Kommission einen Sinn hatte und ernst genommen wird. Wenn Sie nicht aufgreifen, was vorgeschlagen wurde, nehmen Sie die Kommission doch gar nicht ernst. Wir nehmen sie ernst. Wir werden einen Einstieg machen, und wir werden konkrete Vorschläge unterbreiten, wie wir bei diesem außerordentlich wichtigen Thema und Schwerpunktthema auch meiner Fraktion Verbesserungen erreichen können.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Seid ihr überhaupt schwerpunktfähig?)

Meine Damen und Herren, es gibt in dem Zusammenhang eine Reihe von dringlichen Forderungen.

Ich will aber noch auf das eingehen, was Herr Oettinger und Herr Maurer vorgetragen haben. Ich habe bei beiden den Eindruck gehabt, es sei fast eine vorweihnachtliche Erzählstunde gewesen.

(Abg. Oettinger CDU: Na, na!)

Der eine beschönigt kräftig die Landessituation, der andere verdunkelt die Bundessituation. In welchem Land sind wir denn eigentlich? Herr Maurer hat hier ein düsteres Bild gezeichnet, wie schrecklich alles in der Bundesrepublik sei.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Dann hat er irgendwo noch den Dreh hier herein bekommen und hat sich wieder hervorragend darin gefallen, alles das, was richtig ist, zu verkünden. Nichts von dem, was Sie gesagt haben, haben Sie in dieser Regierungskoalition bisher durchgesetzt. Ich frage mich: Wo sind Sie eigentlich? Wo regieren Sie denn, Herr Maurer?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Zählen wir es einmal auf!)

Ich werde es Ihnen der Reihe nach aufzählen, bevor Sie wieder so locker alles abwinken. Sie haben eine Menge Richtiges gesagt, aber ich warte seit über zwei Jahren darauf, daß Sie wenigstens einen Teil davon durchsetzen. Sie gefallen sich ja zunehmend darin — ich habe das schon einmal angedeutet —, hier drin anderes zu entscheiden, als Sie nach draußen Großartiges verkünden. Beispiele werde ich Ihnen nachher in Serie liefern, meine Damen und Herren.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Zum Beispiel Ausländerbeauftragter!)

Herr Oettinger spricht vom schlanken Staat. Der schlanke Staat steht mittlerweile in allen Programmen, in allen Aussagen. Jeder sagt inzwischen, den brauchten wir jetzt endlich. Ja wo denn? An welcher Stelle wird deutlich, daß Sie es ernst meinen mit der Verschlinkung des Staates? Bei der Verwaltung gelingt es Ihnen nicht, bei den Personalstellen — Bütikofer hat es vorgerechnet — gelingt es Ihnen nicht,

(Abg. Oettinger CDU: Eingliederung, Herr Kollege!)

weil Ihnen der Mut fehlt, weil Sie die Hosen gestrichen voll haben, wenn es darum geht, konkrete Reformen umzusetzen, zum Beispiel die Reform, die hier das letzte Mal auch eine Rolle gespielt hat, eine Verwaltungsreform, die diesen Namen tatsächlich verdient hat.

(Abg. Keitel CDU: Bei jedem konkreten Ansatz stimmen Sie dagegen!)

Nichts bringen Sie da zustande.

In der letzten Debatte ist von Herrn Maurer noch einmal groß vorgeführt worden, welche strategischen Veränderungen wir da brauchten. Und dann blieben Sie hängen bei der Ankündigung, und es kam überhaupt nichts zuwege. Sie sind ein bißchen hier an Stuttgart rangegangen; das haben Sie hängenlassen. Sie geben jetzt ein paar Millionen, um bei Stuttgart auch finanziell etwas zu machen. Aber daß wir quer durch das ganze Land die gesamte Verwaltungsstruktur dringend ändern müßten, um den veränderten Realitäten gerecht zu werden, ist mittlerweile zumindest in diesem Teil des Hauses längstens durch. Aber es wird nicht durchgesetzt.

(Abg. Keitel CDU: Wenn das Vermessungsamt in Schwäbisch Hall dran ist, ist der Döring der erste, der nein sagt! — Abg. Weimer SPD: Herr Döring, passen Sie auf, daß Sie von Ihren Worten nicht eingeholt werden!)

— Herr Keitel, ich werde heute den ganzen Tag sehr genau auf Sie achtgeben. Sie haben sich ja in Ihren „Heimatblättern“ mächtig aus dem Fenster gelehnt. Ich bin gespannt, wie Sie heute abend aussehen werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wahrscheinlich schlecht!)

Passen Sie einmal auf, mein lieber Herr Keitel, bevor Sie mich hier so dicke angehen wollen.

(Zuruf des Abg. Keitel CDU — Abg. Kuhn GRÜNE: Was hat er denn gesagt, Herr Döring?)

— Ich werde es bei Bedarf zitieren. Ich gebe doch nicht schon am Vormittag das weg, was ich am Nachmittag noch brauche, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich noch einmal zur Verwaltungsreform kommen. Wir können doch nicht zulassen, daß Wirtschaft und Industrie

(Abg. Oettinger CDU: Wir haben hier doch keine Kreistagssitzung!)

(Dr. Döring)

– der ist doch gar nicht mehr im Kreistag – eine Politik verfolgen, bei der man sagen kann: Die haben auf die Notwendigkeiten reagiert und Verschlinkungen vorgenommen, aber bei uns hier passiert das Gegenteil, weil Sie weiter aufblähen.

Stichworte Modernisierungsoffensive, Innovationsoffensive II. Herr Maurer, alles richtig, dringend notwendig. Natürlich werden Sie mit dem Haushalt, den Sie hier eingebracht haben, nichts von einer Modernisierungsoffensive, nichts von einer Innovationsoffensive II hinbekommen. Deswegen haben Sie ja vor einem Vierteljahr nachdrücklich gefordert, was die FDP/DVP-Fraktion seit Jahr und Tag fordert: daß man ran muß an Strukturen, daß man ran muß – da hupft der Kuhn immer an die Decke – an Privatisierung.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ich hupfe überhaupt nicht an die Deckel!)

Aber damit sind Sie ja elend gescheitert. Sie haben überhaupt nichts vorangebracht. Der stellvertretende Ministerpräsident Spöri ist in schöner Offenheit hingestanden und hat gesagt: „Wir schaffen überhaupt nichts mehr, weil der Haushalt ausgequetscht ist. Wir haben keine Mittel mehr. Wir können nur noch Peanuts-Politik machen.“ Peanuts-Politik, das ist es, wozu Sie nach Aussage Ihres stellvertretenden Ministerpräsidenten noch in der Lage sind. Genau so verhalten Sie sich auch.

Sie haben nichts von dem zuwege gebracht, was notwendig wäre, um eine solche Innovationsoffensive II, die zur Zukunftssicherung des Landes unabdingbar ist, in Gang zu setzen.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Wir hören dies fortgesetzt von Herrn Maurer.

(Abg. Weimer SPD: Herr Döring, das holt Sie alles ein!)

– Nein, lieber Gerd Weimer. Es geht doch nicht, daß wir fortgesetzt hören, was dringend notwendig wäre, daß aber dann, wenn es um konkrete Regierungspolitik geht, nichts davon erkennbar ist. Da werden Sie nicht widersprechen können, Herr Maurer.

(Abg. Weimer SPD: Wir zwei haben den gleichen Koalitionspartner in Bonn und in Stuttgart, Herr Döring!)

– Das mögen Sie ja bedauern, Herr Weimer, das mögen Sie ja wortreich bedauern.

(Abg. Weimer SPD: Sie hoffentlich auch in bezug auf Bonn!)

Aber Sie sind doch hier ein ganzes Stückchen größer, zahlenmäßig.

(Abg. Weimer SPD: Als ihr in Bonn? Ach komm! Also!)

als wir in Bonn. Das werden Sie schon noch einräumen. Das ist ja wohl nach wie vor so. Dann müßten Sie doch eine ganze Ecke mehr von dem durchbringen, was Sie für wichtig halten.

Die Innovationsoffensive II wird nicht anders ermöglicht werden können als durch eine Privatisierungsoffensive. Geben Sie halt endlich Ihren bornierten Widerstand auf, und gehen Sie da rein. Wenn Sie das zu Recht ansprechen und anmahnen, dann halten Sie es nicht immer nur so im Nebulösen, sondern gehen Sie mal ran an die Dinge. Sprechen Sie nicht nur von der Landesgirokasse, sondern schauen Sie danach – Sie haben ja die zuständigen Minister –, daß die notwendigen Gesetzesänderungen vorgenommen werden, damit da tatsächlich etwas passieren kann.

Ich sage Ihnen voraus: Wir werden es binnen eines halben Jahres erleben, daß Sie bei den Banken etwas herumpuzzeln, daß Sie da eine unechte Privatisierung vornehmen. Dann haben Sie rechtzeitig im Jahr 1995 im Blick auf die Landtagswahl 1996 die Taschen voller Geld und können wieder als Weihnachtsmänner durch das Land laufen.

(Abg. Maurer SPD: Ach, kriegen wir doch was hin? – Heiterkeit bei der SPD)

Das wird kommen. Da bin ich mir sicher. Aber es wird eine unechte Privatisierung sein.

(Abg. Dr. Geisel SPD: Aha! – Abg. Bütikofer GRÜNE: Und wer bekommt dann das Geld? – Abg. Dr. Geisel SPD: Jetzt sind Sie schon neidisch!)

Sie werden daran rumeiern und werden versuchen, damit zielgerichtet verzögert, verschoben etwas hinzubekommen. Ich sage das nur in dem Zusammenhang, daß Sie immer sagen, das seien die falschen Instrumente. Strukturveränderungen, Energiefusion, Bankenstruktur, die Sie angesprochen haben – wir warten darauf, daß es zu Ergebnissen kommt. Bis zum heutigen Tag sind keine Ergebnisse hier im Haus vorgelegt worden.

Wenn wir über die Standortpolitik, über den Standort Baden-Württemberg diskutieren, dann kommt meiner Fraktion ein Thema dabei ständig zu kurz: Das ist der gesamte Bereich der Bildungspolitik. Die Bildungspolitik müßte zentrales Thema der Standortdiskussion sein. Aber wenn wir Ihre Diskussionsbeiträge zu diesem Thema ansehen, stellen wir fest, daß sich die zuständigen Ressortministerinnen in den Haaren liegen, daß wir mit Mayer-Vorfelder eine Diskussion haben, ob wir zurück zu Schiefertafel und Kreide sollen. Das ist eine Diskussion, bei der unter dem Strich keiner weiß, wie es mit Blickrichtung auf Reformen an den Schulen und den Hochschulen weitergehen soll. Darauf gibt auch dieser Haushalt keine Hinweise, wie die Zukunft unseres Landes durch eine offensive, innovative Schul- und Hochschulpolitik gestaltet werden soll.

Meine Damen und Herren, Sie werden im bildungspolitischen Bereich eine Nebenkriegsschauplatzdiskussion führen, oder Sie führen sie schon. Ich will auf das eingehen, was Sie im Zusammenhang mit der Beamtendiskussion gerade machen. Wir von seiten der FDP/DVP-Fraktion halten es für richtig, daß die Diskussion über den Beamtenstatus offensiv geführt wird. Wir halten das für richtig, für überfällig und dringend notwendig. Aber wie Sie sie auf den Lehrerbereich einengen, das halten wir für völlig unzureichend. Diese eingegengte Diskussion wird uns unter dem Strich nicht weiterhelfen.

(Dr. Döring)

Sie müssen dieses Thema in großer Offenheit aufnehmen und sagen, daß wir die Diskussion darüber ganz offen führen müssen: Was soll und muß unter dem Strich tatsächlich hoheitlicher Aufgabenbereich bleiben? Was muß nicht hoheitlicher Aufgabenbereich bleiben? Welche Rechnungen stimmen denn eigentlich? Bisher haben wir ja unterschiedliche Darstellungen, wie sich das eigentlich auswirken soll. Herr Mayer-Vorfelder hat eine andere Rechnung auf den Tisch gelegt als das, was wir vom Ministerpräsidenten gehört haben. Bei Ihnen, Herr Oettinger, habe ich den Eindruck, ist noch nicht so ganz deutlich geworden, in welche Richtung Sie zu gehen gedenken. Vielleicht läßt sich das in den nächsten Wochen und Monaten einmal verdeutlichen.

Wichtig ist aber unter dem Strich: Diese Diskussion über eine Strukturreform des öffentlichen Dienstes muß ein Thema für die Politik, für den Landtag sein. Das ist gar keine Frage.

Wir werden mit unserer Fraktion weitere Schwerpunkte setzen, auch beim Thema „Innere Sicherheit“. Es ist richtig angesprochen worden, daß da manches auf den Weg gebracht worden ist – unbestritten. Ich bin auch außerordentlich dankbar für die Politik, die Innenminister Birzele im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus bei uns im Land durchsetzt. Ich halte diese Politik für gut, für richtig und für außerordentlich wichtig.

(Beifall des Abg. Kiesswetter FDP/DVP)

Aber zum Thema „Innere Sicherheit“ fehlt – Herr Maurer, das wäre ein weiteres Stück, um da voranzukommen –, daß wir endlich einen aktualisierten Sicherheitsplan vorgelegt bekommen. Er ist überfällig, er müßte endlich kommen, aber hierzu ist bedauerlicherweise haushaltsmäßig in den Ansätzen nichts zu erkennen. Wir müssen aber in diesem Bereich mit Sicherheit nachlegen. Wir werden dies in den Haushaltsberatungen tun.

Wir wollen in unserem Politikbereich auch dafür sorgen, daß wir Politik nicht allein durch die vorgelegten Zahlen gestalten. Wir wollen Politik vielmehr auch dadurch gestalten, daß wir auf die Veränderungen in der Gesellschaft eingehen, daß wir den Weg in eine Bürgergesellschaft beschreiten, die eine „Mitmach“-Demokratie ermöglicht, die deutlich macht: Wir wollen nicht nur davon reden, daß sich unsere Bürgerinnen und Bürger mehr engagieren sollen, sondern wir wollen dafür sorgen, daß sie hierzu konkrete Instrumente an die Hand bekommen.

Wir müssen vor allem auch dafür sorgen, daß die Aufgaben, die für die zweite Hälfte der Legislaturperiode noch vorhanden sind, in jedem Fall aufgearbeitet und abgearbeitet werden. Wir warten – nachdem Sie sich nach langem Hin und Her auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt haben – auf das Gleichstellungsgesetz. Wie sieht es aus? Wie soll es dabei konkret vorangehen?

Wir warten auf das ÖPNV-Gesetz. Wann schließen Sie sich dem Antrag, den unsere Fraktion schon wiederholt eingebracht hat, an und enthalten die Mittel zur Ergänzung des soziostrukturellen Einkommensausgleichs den Landwirten nicht länger vor, sondern verfahren so wie andere Bundesländer?

Wann kommt es zur Weiterentwicklung und Novellierung des Wassergesetzes, des Landesabfallgesetzes und des Biotopschutzgesetzes? Auch hier ist bisher außer Ankündigungen nichts zu sehen gewesen. Dies sind übrigens Aufgabenfelder, die ohne große Haushaltsverschiebungen zu bewältigen sind. Hier muß man nicht mit enormen Beträgen in den Haushalt hineingehen. Man muß vielmehr konkret an die Arbeit gehen.

Wann reagiert die Landesregierung auf die veränderten Realitäten im Bereich der Sondermüllpolitik?

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Wann gehen Sie an die Umsetzung der Empfehlungen des Landesrechnungshofs und legen die Lebensmittelüberwachung in einem Haus zusammen? Wann reduzieren Sie die Zahl der Ministerien?

All dies sind konkrete Vorschläge des Rechnungshofs und von verschiedenen Fraktionen dieses Hauses, die zu konkreten Einsparungen führen würden. Sie entheben uns dem Vorwurf, wir würden hier nur Forderungen aufstellen, die Geld kosteten. Wir werden – ich sage das noch einmal in aller Klarheit – jeden einzelnen Vorschlag, jeden einzelnen Antrag, den wir einbringen, selbstverständlich mit konkreten Deckungsvorschlägen versehen.

Sie haben von diesen Vorschlägen des Landesrechnungshofs nichts verwirklicht. Sie sind da gescheitert, wo es um Perspektiven für die Landespolitik geht. Ich kann nur sagen: So, wie der Haushalt vor uns liegt, und so, wie die beiden Vorsitzenden der Regierungsfaktionen heute morgen gesprochen haben, ist eines deutlich: Das paßt nicht zusammen, und Sie sind mit Ihrem Latein am Ende.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage es ohne jeden Vorwurf: Ich habe in der Debatte heute morgen den deutlichen Eindruck gewonnen, daß einige noch nicht sehr tief in die Haushaltssituation eingestiegen sein können, wenn sie so locker davon reden, was alles möglich sei. Meine Damen und Herren, mir scheint, daß im Finanzausschuß für viele die Stunde der Wahrheit noch kommt,

(Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE)

dann nämlich, wenn sie erkennen, daß sie zwar sehr viele – ich betone: begründete – Wünsche haben, denen jeder von uns von der Sache her genauso zustimmt wie sie, daß sie dafür aber beim besten Willen keine Finanzierung aufzeigen können.

Wir sind in der Koalitionsrunde zusammengesessen. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben die Stunde der Wahrheit hinter uns. Glauben Sie nur nicht, daß nicht jedem von uns zehn Prioritäten eingefallen wären. Wir haben über sie diskutiert. Aber wir haben an den Eckdaten des Haushalts festgehalten. Ich erachte das als bemerkenswert.

(Ministerpräsident Teufel)

Deshalb ist es sehr wohl zulässig, ja angebracht, glaube ich, daß wir einmal Vergleiche mit anderen Bundesländern anstellen, wie es der Kollege Oettinger getan hat.

(Beifall des Abg. Keitel CDU — Abg. Sieber CDU:
Sehr richtig!)

Wir könnten uns viel Ärger und manchen Vorwurf ersparen — von der Theaterförderung bis zu den Volkshochschulen, von der Kinderenquetekommission bis hin zu Investitionen —, wenn wir die Verschuldung um 1 Milliarde DM oder um 2 Milliarden DM erhöhen würden. Wir lägen dann nicht höher als Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen. Aber wir würden einen Teil der Zukunft der jungen Generation verespern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Ich rechne es der Koalition hoch an — man wird dies am Ende dieser Legislaturperiode einmal als den ersten und wichtigsten Pluspunkt herausstellen —, daß wir, obwohl wir alle viele Ideen für das Gestalten haben, seriöse Haushaltspolitik betrieben und gerade dadurch einen Beitrag für eine einigermaßen gute wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land geleistet haben. Ich könnte viele Zahlen nennen. Ich will Ihnen nur ein paar Fakten darstellen, damit deutlich wird, was sich in diesem Land verändert hat.

1991 — also nicht irgendwann früher, sondern zu Beginn der neunziger Jahre — hat das Land Baden-Württemberg 3,1 Milliarden DM Körperschaftsteuereinnahmen gehabt. 1993 waren es noch 2,5 Milliarden DM. Ende 1994 werden es, wenn es gut läuft, noch 750 Millionen DM sein. Stellen Sie sich einmal eine solche Entwicklung vor, die ja deutlich zeigt, was sich in den letzten Jahren im Bereich der großen Unternehmen unseres Landes in der wirtschaftlichen Entwicklung und in der Ertragssituation getan hat!

Meine Damen und Herren, nehmen Sie doch bitte einmal zur Kenntnis, wie in den letzten drei Jahren von Steuerschätzung zu Steuerschätzung und deshalb von Haushaltsplan zu Nachtragshaushalt und von Nachtragshaushalt zu Nachtragshaushalt die Ansätze der Steuereinnahmen reduziert werden mußten,

(Abg. Trageiser REP: Meine Rede!)

Steuereinnahmen, die vorher von Fachleuten verlässlich geschätzt worden sind. Aber die wirtschaftliche Entwicklung ist immer noch rasanter ins Tal gefahren, und wir hatten auf der Einnahmeseite wirklich Milliardenausfälle.

Auf der anderen Seite hatten wir eine völlig neue Situation, die 1989 auch noch kein Mensch vorhergesehen hat, nämlich Milliardenausgaben für den Aufbau der jungen Bundesländer: Millionen an Leistungen von seiten des Landes Baden-Württemberg und seiner Städte und Gemeinden für den Solidarpakt, die in großer Solidarität erbracht worden sind. Ich habe die Zahlen alle dabei und könnte sie Ihnen vorlesen.

Jetzt haben wir eine völlig neue Situation im Länderfinanzausgleich. Haben Sie noch nicht zur Kenntnis genommen, daß dieses Land noch vor drei Jahren 70 % des Länderfinanzausgleichs allein bezahlt hat und am Ende dieses Jahres

mit Leistungen in Höhe von 40 Millionen DM im Länderfinanzausgleich praktisch zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte keinen Länderfinanzausgleich mehr bezahlt?

(Zuruf des Abg. Renz GRÜNE)

Das muß doch nicht nur der Finanzminister, das muß doch nicht nur eine Regierung, das müssen doch nicht nur zwei Regierungsfractionen zur Kenntnis nehmen, sondern das müssen doch auch alle Abgeordneten und drei Oppositionsfractionen zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Hier hat sich ungeheuer viel verändert. Das sind Entwicklungen, auf die niemand von uns einen direkten, unmittelbaren Einfluß gehabt hat, denen wir uns jetzt aber gegenübersehen, auf die wir Antworten geben müssen und auf die wir im Unterschied zu vielen anderen nicht die Antwort einer höheren Verschuldung geben, sondern die Antwort einer verlässlichen Einsparungspolitik.

Ich finde es schon eine unwahrscheinliche Leistung, daß wir die Daten der mittelfristigen Finanzplanung, die für die laufenden Haushaltsjahre vor der Wiedervereinigung aufgestellt worden sind, bevor man die Mehrausgaben gekannt hat, die zum Zeitpunkt der Hochkonjunktur aufgestellt wurden, bevor man die Steuereinbrüche gekannt hat, auf Punkt und Komma eingehalten haben.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist die Hauptbotschaft. Deswegen gibt es aus der Sicht der Landesregierung für diesen Doppelhaushalt, der zur Beratung ansteht, nach meiner Meinung nur drei Zielsetzungen: ein hohes Maß an Haushaltsdisziplin, ein großes Maß an Ehrlichkeit gegenüber den Menschen im Land und Umsicht und Weitblick, um auch künftigen Generationen Handlungs- und Gestaltungsspielraum zu erhalten.

Professor Höffe, der Ordinarius für politische Philosophie an der Universität Tübingen, sagte kürzlich, es gehöre zur ethischen Grundausstattung des Politikers, auch für diejenigen Handlungsmöglichkeiten offenzuhalten, die nach ihm Politik zu machen hätten. So sehe ich auch Haushaltspolitik, meine Damen und Herren.

Ich möchte nun keine Haushaltsrede halten, zumal die vom Herrn Finanzminister schon gehalten worden ist. Ich stehe hinter allem, was er gesagt hat, und wir tragen diese Politik gemeinsam. Er wird nachher noch auf einzelne Zahlen und Fakten, die genannt worden sind, eingehen. Es würde mich reizen, aber aus Zeitgründen ist es nicht möglich, auf wirklich alle Punkte, die angesprochen worden sind, einzugehen. Ich habe sie mir notiert. Ich will gerne auf einige Punkte eingehen.

Der Kollege Oettinger sagt: Bekenntnis zur soliden Haushaltspolitik und auch zum schlanken Staat. Ich bedanke mich dafür, auch beim Kollegen Maurer, daß hier ausdrücklich diese Konsolidierungspolitik bejaht worden ist und daß sie auch in der Praxis mitgetragen wird.

Der Herr Kollege Oettinger hat einen Vergleich mit der Verschuldung anderer Bundesländer angestellt. Herr Kollege Maurer, ich glaube, Sie haben zu Unrecht gesagt, das sei

(Ministerpräsident Teufel)

recht amüsan. Er hat nicht zwei Länder herausgegriffen, weil dort die SPD regiert. Er hätte fünf andere Länder dazunehmen können.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Er hat zwei Länder herausgegriffen, weil dort der Vergleich besonders signifikant ist: Niedersachsen, fast gleich groß wie Baden-Württemberg, und Nordrhein-Westfalen, fast doppelt so groß wie Baden-Württemberg. Da lassen sich die Zahlen besonders gut vergleichen.

Meine Damen und Herren, wir gehen mit der Hälfte der Neuverschuldung,

(Abg. Keitel CDU: Weniger!)

mit weniger als der Hälfte der Neuverschuldung von anderen Bundesländern in diesen kommenden Doppelhaushalt 1995/96, und das ist doch eine Leistung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Nun zum Stellenabbau. Meine Damen und Herren, mehrere Kollegen haben dieses Thema angesprochen. Ich plädiere für ein bißchen Ehrlichkeit in dieser Frage. Wir haben neue Lehrerstellen mit Zustimmung des ganzen Hauses geschaffen. Können wir dann Stellen im Schulbereich einsparen? Das wäre ja wohl unlogisch.

Wir haben neue Stellen im Bereich der Hochschulen in großem Umfang geschaffen, um in diese Ressource Geist zu investieren. Können wir dann gleichzeitig an den Hochschulen Stellen streichen? Für Umschichtung bin ich; ich meine jetzt, Stellen im Staatshaushalt zu reduzieren.

Wir haben neue Stellen bei der Polizei geschaffen. Können wir dann gleichzeitig bei der Polizei Stellen reduzieren? Wir haben neue Stellen beim Strafvollzug geschaffen. Können wir dann gleichzeitig beim Strafvollzug Stellen reduzieren? Meine Damen und Herren, ich habe jetzt die größten Brocken angesprochen, nämlich 80 % aller Personalausgaben.

Nun haben wir für die Neustellen im 20-%-Bereich, also dort, wo es um die klassische Verwaltung geht, die ganzen 3 040 Stellen zur Einsparung vorgesehen, die für Schulen und Polizei in den letzten zwei Jahren geschaffen worden sind. Jetzt wird gesagt: „Aber ihr erbringt noch einen Teil durch Sachmittel, und ihr habt noch gar nicht die ganzen 3 040 Stellen abgebaut.“ Das ist wahr. Wir brauchen vier Jahre dazu. Wir schaffen es nicht in den ersten zwei Jahren dieser Legislaturperiode, weil die Fluktuation nicht so hoch ist, daß damit alle diese Stellen erbracht werden könnten, andererseits auch nicht jede zufällig frei werdende Stelle einfach unmittelbar gestrichen werden kann. Wir brauchen die ganze Legislaturperiode.

Nun ist kein Mensch hier hingetreten – keiner! – und hat in dieser Debatte gesagt, es hätte eine der Neustellen, auf die ich nachher noch komme, nicht geschaffen werden sollen. Dann finde ich es doch respektabel, daß wir sagen: Im Hinblick auf die Stellen, die in dieser Legislaturperiode zwingend geschaffen werden, weil wir Gestaltung nicht aufgeben, weil wir mehr Kinder haben und deswegen Lehrerstellen geschaffen haben, weil wir im Bereich der inneren Sicherheit etwas tun und nicht nur davon reden, weil wir Gestaltung nicht

aufgegeben haben, streichen wir diese 3 040 Stellen. Das wird dann auch als völlig unzulänglich kritisiert.

Ich sage ein Zweites: Aus den 20 % Verwaltung kann man linear nicht mehr als diese 3 040 Stellen herausstreichen. Deswegen ist der Ansatz von Minister Vetter und der gesamten Landesregierung völlig richtig, daß wir, wenn wir weitere Stellen abbauen wollen, zuerst Aufgaben beim Staat und in der Verwaltung abbauen.

(Beifall bei der CDU)

Nur so erzielen wir eine Übereinstimmung mit den Personalräten, mit dem Beamtenbund, mit den Gewerkschaften. Wenn man mit denen spricht und sagt: „Wir bauen zuerst Aufgaben ab, und dann bauen wir Stellen ab“, dann findet man Mitarbeit und Zustimmung. Jetzt holen wir externe Gutachter und lassen unvoreingenommen die Verwaltung an den unterschiedlichsten Stellen untersuchen. Meine Damen und Herren, das ist doch ein rationales Vorgehen, wie es nach meiner Meinung Nordrhein-Westfalen auch in beispielhafter Weise praktiziert hat. Dann wird es an uns liegen – in der Tat, das wird eine schwierige Aufgabe sein; darauf hat Herr Kollege Bütikofer völlig zu Recht hingewiesen; ich hoffe, daß Sie uns dabei helfen –, auf der Grundlage dieser Gutachten und auf der Grundlage der Arbeit der Verwaltungsreformkommission, an der der Rechnungshof genauso beteiligt ist wie die kommunalen Landesverbände, zunächst Aufgaben und dann weitere Stellen abzubauen.

Meine Damen und Herren, zur Regionalisierung der Steuer-schätzung, die in den letzten Tagen erfolgt ist, wollen Sie zu Recht Auskunft. Der Herr Finanzminister wird darauf eingehen.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Das Thema Beamte und Angestellte kann man doch völlig vorurteilslos pragmatisch angehen. Meine Damen und Herren, bei uns will niemand, wie ausgeführt worden ist, das Beamtenverhältnis, wie es in unserer Verfassung zugrunde gelegt ist, streichen. Niemand will es abschaffen.

(Beifall des Abg. Kurz CDU – Abg. Weimer SPD:
Mittelständler Kurz klatscht!)

Aber wir wollen das Beamtenverhältnis reformieren, um es zu erhalten. Deshalb habe ich in einem Interview Beispiele genannt, die ich jetzt hier genauso anführe.

Ich möchte, daß wir Beamte leistungsgerechter besolden können, als es das Beamtenrecht bisher zuläßt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der
GRÜNEN)

Ich möchte, daß wir nicht in die Situation wie das letzte Mal vor einigen Jahren kommen, als wir Dreivierteldeputate im Beamtenrecht geschaffen haben und uns einige Jahre später ein Gericht dazu verdonnert hat, ein Viertel nachzuzahlen, ohne daß die Lehrer, die mit einem Viertel ihres Gehalts begünstigt worden sind, nachträglich die Arbeitszeit nachleisten mußten. In eine solche Situation möchte ich nicht noch einmal kommen.

Ich möchte seit vielen Jahren Beamtenstellen auf Zeit vergeben können,

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

(Ministerpräsident Teufel)

aber nicht nur oben an der Spitze, bei den Abteilungsleitern, sondern auch bei den Leitern von unteren Sonderbehörden. Ich möchte in allen Bereichen Spitzenstellungen auf Zeit vergeben können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD, der GRÜNEN sowie der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, selbstverständlich muß man dann Zulagen bezahlen, und die Zulagen für dieses Zeitbeamtenverhältnis müssen auch pensionswirksam sein. Selbstverständlich müssen diese Leute in ihre alte Position und Besoldungsgruppe zurückfallen. Sie sind ja Beamte auf Lebenszeit gewesen. Aber die Spitzenposition wird auf Zeit, im Regelfall durch Wiederholung, durch zweite und dritte Perioden, vergeben. So fallen mir noch einige Punkte ein.

(Zurufe der Abg. Albrecht und Pfister FDP/DVP)

Das alles ist nur durch eine Änderung des Beamtenrechts zu machen. Aber wir schütten doch nicht das Kind mit dem Bade aus und schaffen das Beamtenrecht ab.

Bei den Lehrern haben wir – ich wundere mich, daß darüber jetzt Diskussionen aufkommen – vor rund einem halben Jahr beschlossen,

(Abg. Oettinger CDU: Gemeinsam!)

gemeinsam beschlossen, daß wir die nächste Serie Lehrer mit einem Zweidrittellehrauftrag im Angestelltenverhältnis einstellen und sie nach einigen Jahren, wenn sie auf eine volle Stelle kommen – denn man kann Menschen nicht ein Leben lang nur zu zwei Dritteln beschäftigen, sondern man muß ihnen eine Perspektive für eine Vollbeschäftigung geben –, ins Beamtenverhältnis überführen.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Ich weiß überhaupt nicht, was es da für Aufregung geben kann.

Stellv. Präsident Straub: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Pfister?

Ministerpräsident Teufel: Gerne.

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Pfister.

(Unruhe – Zuruf von der CDU: Absolut überflüssig!)

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, zu den Spitzenstellungen auf Zeit: Ich begrüße das, was Sie sagen. Aber können Sie mir bitte erklären, weshalb Ihre Fraktion, die CDU-Fraktion, in den vergangenen Jahren reihenweise Anträge zum Beispiel der FDP/DVP-Fraktion abgelehnt hat,

(Abg. Haasis CDU: Was?)

in denen gefordert worden ist, daß zum Beispiel Schulleiter auf Zeit bestellt werden sollen?

(Zustimmung bei der SPD – Abg. Dr. Geisel SPD: Richtig! – Beifall des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Stellv. Präsident Straub: Bitte, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Teufel: Ich will Ihnen sagen, daß nach Gutachten, die ich – übrigens schon als Fraktionsvorsitzender – seit vielen Jahren auf dem Tisch liegen habe und jetzt als Ministerpräsident auch in den letzten Jahren neu bekommen habe.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

der verfassungsrechtliche Spielraum für die Vergabe von Beamtenstellen auf Zeit, wenn nicht gleich Null, so doch ganz minimal ist. Das möchte ich sagen. Deswegen brauchen wir eine Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes des Bundes.

(Beifall bei der CDU)

Um dies zu erreichen, ist eine Bundesratsinitiative zum Teil schon ergriffen. Sie liegt in Bonn, und wir sind hier zu allem bereit. Das ist seit Jahren meine Überzeugung.

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP – Gegenruf von der CDU: Der Rexrodt stimmt nicht zu!)

– Ich wäre sogar noch bereit, einen Schritt weiter zu gehen.

Herr Kollege Pfister, als ich als Fraktionsvorsitzender angetreten bin – das liegt jetzt etwa 17 oder 18 Jahre zurück –, hat mir die GEW ihren Antrittsbesuch gemacht. Sie hat damals die Schulleiterwahl gefordert. Ich habe den Vertretern der GEW damals gesagt, ich ginge noch einen Schritt weiter und wäre bereit, so wie in der Schweiz die Lehrer wählen zu lassen.

(Abg. Haasis CDU: Sehr gut!)

Seitdem ich diese Bereitschaft zum Ausdruck gebracht habe, ist der Vorschlag der Schulleiterwahl nie mehr an mich herangetragen worden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie sind auch nicht konsequent! – Unruhe)

– Ja, in der Schweiz ist das so, und ich finde, die praktizieren das mit gutem Erfolg und mit starker Elternbeteiligung; eine vorzügliche Sache.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ist das ein neuer Vorschlag? – Zuruf des Abg. Wintruff SPD – Abg. Weimer SPD: Kann da jeder kandidieren? – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Der hat Angst um seine Stelle!)

– Nein, es kann nicht jeder kandidieren, aber man kann unter qualifizierten Lehrern auswählen. Das ist doch keine schlechte Sache. Habe ich Ihnen Angst gemacht, Herr Kollege Weimer?

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Meine Damen und Herren, ich möchte zu den weiteren Punkten kommen. Ich gehe davon aus, daß zu dem Thema globale Minderausgabe, zu dem übrigens der Finanzminister in der Haushaltsrede bereits ausführlich Stellung genommen hat, sowie zu den Themen Gewerbesteuer und Gewerbesteuer, selbstverständlich mit Ausgleich für die Gemeinden, der Finanzminister Stellung nehmen will.

(Ministerpräsident Teufel)

Der Herr Kollege Oettinger und andere nach ihm haben die Realisierung wenigstens einer ersten Serie von Vorschlägen der Kinderenquetekommission angemahnt. Wer mich wirklich kennt und in 22 Jahren Landespolitik beobachtet hat, der weiß, daß mir da aus dem Herzen gesprochen wird und daß ich bei der Realisierung der Vorschläge dabei bin. Aber, meine Damen und Herren, das war so ein Punkt, für den wir wirklich stundenlang keine Finanzierungsmöglichkeit gefunden haben, wie die Beteiligten wissen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ehrlich?)

– Mir ist es ja nur recht.

Wir haben dann in der Pressekonferenz, als Kollege Spöri, Kollege Mayer-Vorfelder und ich den Entwurf des Haushalts vorgestellt haben, gesagt: Aus unserer Sicht muß die erste Mark, die nach einer neuen Steuerschätzung frei wird, für Maßnahmen entsprechend den Ergebnissen der Kinderenquetekommission verwendet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Ich wußte, daß wir anders in unserer Fraktion auch überhaupt nicht durchkommen. Aber, meine Damen und Herren, für diese Mehreinnahmen, gegenüber denen ich immer skeptisch war, hat es schon viele, viele Interessenten gegeben, unter anderem auch die, die gesagt haben, es müsse unter allen Umständen die globale Minderausgabe reduziert werden, es müsse beispielsweise mehr im Bereich von Lehrerstellen geschehen. Das ist alles verteilt worden, bevor es da war. Jetzt haben wir die Novembersteuerschätzung, und sie geht erneut nach unten. Wir haben Ausgleichsbedarf, wenn auch erfreulicherweise nur in geringem Umfang, weil die Leistungen im Länderfinanzausgleich zurückgehen; aber wir haben Rückgang auszugleichen und nicht etwa mehr zu vervespern.

Ich habe gleich zwei konkrete Wünsche, wenn die Fraktionen sich darauf verständigen, einen Vorschlag aus der Kinderenquetekommission zu verwirklichen. Zum ersten finde ich, der Hort an der Schule und die Kinderbetreuung müssen ausgebaut werden. Zum zweiten haben wir seit Einführung des Landeserziehungsgeldes die Einkommensgrenzen nicht mehr angepaßt. Meine Damen und Herren, das heißt, daß wir von Jahr zu Jahr einen größeren Kreis von der Leistung Landeserziehungsgeld ausschließen. Hier trifft es wirklich diejenigen, die am meisten Bedarf haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Schauen Sie sich einmal das niedere Einkommen heute an! Deswegen glaube ich, daß an diesem Punkt etwas geschehen muß.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Aber ich kann auch Dinge, die ich leidenschaftlich bejahe, nicht in den Haushalt bringen, wenn ich keine Deckung dafür habe. Dafür bitte ich um Verständnis. Es wird Ihnen im Finanzausschuß nicht anders gehen.

Meine Damen und Herren, vielen Dank für das, was zum Thema Land/Kommunen gesagt worden ist. Ich kann nur

sagen: Ich habe mich immer als Sachwalter der Gemeinden, auch bei allen Verhandlungen auf Bundesebene, gesehen. Daß Land und Kommunen in einem Boot sitzen, ist nicht nur eine schöne Metapher, sondern das ist die Verfassungslage.

(Beifall der Abg. Gustav-Adolf Haas SPD und Haasis CDU)

Die Gemeinden können sich selbst gar nicht wehren. Also müssen wir Anwalt der Gemeinden sein.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Jetzt sage ich Ihnen einmal ein paar Beispiele dazu, wo sich das ausgewirkt hat. Lieber Herr Kollege Bütikofer, wenn dieses Land 20 Jahre um einen gerechteren Finanzausgleich gerungen hat und ihn auf Bundesebene und auch mit anderen Ländern nicht durchsetzen konnte

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

und dann mit einer Klage zum Bundesverfassungsgericht gegangen ist und wir bei den Verhandlungen der Ministerpräsidenten in Potsdam und anschließend bei den Solidarpaktverhandlungen in Bonn mit Zustimmung von 15 Ministerpräsidenten der übrigen Länder alle Anliegen des Landes Baden-Württemberg, die wir seit Jahren hatten und für die wir wegen Nichtberücksichtigung beim Bundesverfassungsgericht geklagt haben, bis aufs letzte durchgesetzt haben,

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Puchta SPD)

wem ist das denn zugute gekommen? Dem Land und seinen Städten und Gemeinden. Das möchte ich nur sagen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wenn ich in Bonn wirklich in Tag- und Nachtsitzungen daran mitwirken konnte, daß es auf dem allerkleinsten gemeinsamen Nenner noch zur Pflegeversicherung gekommen ist, und nun Milliardenentlastungen für unsere Stadt- und Landkreise kommen werden, wem kommt das dann in seiner Finanzkraft zugute?

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Da werden jetzt schon wieder Gegenrechnungen aufgemacht! – Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE – Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

– Entschuldigen Sie. Sie haben vielleicht zur Kenntnis genommen, daß wir uns mit den Kommunen geeinigt haben, ohne daß wir in diesem Bereich Gegenrechnungen aufgemacht haben. Das haben Sie vielleicht zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Puchta SPD – Abg. Bütikofer GRÜNE: Dann lesen Sie einmal das Protokoll des Finanzausschusses!)

– Es ist doch überhaupt keine Kunst, jetzt wieder aus einem absoluten Nebenbereich einen Zwischenruf zu machen.

(Abg. Oettinger CDU: So ist es!)

(Ministerpräsident Teufel)

Ich will Ihnen sagen: Ich bin gern bereit, über jedes Thema mit Ihnen zu reden. Aber ich verirrte mich nicht in Nebengängen. Ich habe jetzt gerade auf Ihren Zwischenruf und Ihre Frage geantwortet, was die Kommunen davon, daß sich das Land für sie einsetzt, profitiert haben.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Ich hatte das alles bei den Verhandlungen im Auge. Die Kommunen haben das gespürt. Deswegen haben wir uns geeinigt. Wir haben kein Diktat von seiten des Landes durchgesetzt, sondern wir haben eine Einigung mit den Gemeinden erreicht.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

Ministerpräsident Teufel: Gern. Das geht dann zwar aus dem Fluß heraus, aber von Herzen gern. Warum nicht?

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Herr Ministerpräsident, darf ich Ihre Aussage von gerade eben so verstehen, daß Sie seitens der Landesregierung zusagen, bei der Spitzabrechnung des Vorwegabzugs für den Länderfinanzausgleich ab 1997 keine Gegenrechnung mit Entlastungen der Kommunen bei der Pflegeversicherung aufzumachen?

(Zurufe von der CDU)

Ministerpräsident Teufel: So hätten Sie es gern, daß ich Ihnen hier auf einen Zwischenruf Zusagen mache,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha! – Abg. Haasis CDU: 1997!)

von denen die Kommunen genau wissen, daß ich sie in den ganzen Verhandlungen nicht gemacht habe. Das würde Ihnen so passen, daß ich in einer so unsicheren Zeit wie heute Zusagen für die Zeit ab 1997 mache. Das mag grüne Politik sein. Seriöse Politik ist es nicht. Wir machen seriöse Politik.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Selbstverständlich muß mit den Kommunen – auch das ist einvernehmlich – –

(Unruhe)

– Hören Sie mir noch einen Augenblick zu.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ja!)

Selbstverständlich ist mit den Kommunen sogar schriftlich festgehalten, daß wir alle zwei bis drei Jahre einen Abgleich vornehmen und daß unterschiedliche Finanzentwicklungen entweder beim Land oder bei den Kommunen jeweils in Verhandlungen ausgeglichen und berücksichtigt werden müssen.

(Abg. Weyrosta SPD: Na also!)

Das ist so klar wie etwas.

Ich bin froh, wenn wir in solchen Zeiten für drei bis vier Jahre klare Vereinbarungen zustande bringen. Ab 1997 verhandeln wir neu.

Meine Damen und Herren, glauben Sie doch nicht, daß es uns, die wir die Musikschulenförderung begonnen und in zehn Jahren verdoppelt haben, und einem früheren Fraktionsvorsitzenden, der jedes Jahr mit dem Volkshochschulverband verhandelt hat und jedesmal hier im Landtag während der Beratung des Haushalts Verbesserungen in der Förderung der Volkshochschulen durchgesetzt hat, leichtfällt, über globale Minderausgaben zu kürzen. Wenn nun aber der Finanzminister – was er getan hat – in mehreren Runden mit dem zuständigen Ressortchef oder der zuständigen Ressortchefin verhandelt, um einen Nachschlag zu geben und die negativen Auswirkungen zu mindern, dann haben Sie das vorhin so kommentiert, damit gehe er vor der Lobby in die Knie. Also, man soll auf der einen Seite nichts kürzen. Wenn man kürzt und dann wieder verbessert, dann geht man vor der Lobby in die Knie. Sagen Sie doch, wie Sie es gern hätten. Sie können nur das eine oder das andere haben.

Herr Maurer hat gesagt: nicht einfach sparen, sondern gestalten. In der Tat: Ich meine, daß es noch notwendiger ist, Prioritäten zu setzen, wenn man wenig Geld hat, als wenn man aus dem vollen schöpfen kann.

(Abg. Kuhn GRÜNE: So ist es!)

Sparen allein ist kein Selbstzweck und noch keine Politik. Aber Sparsamkeit ist die erste Voraussetzung jeder guten Politik,

(Beifall bei der CDU)

und ich halte es mit Theodor Heuss, der sagte: „Sparen ist die richtige Mitte zwischen Geiz und Verschwendung.“

(Lachen des Abg. Wieser CDU)

Ich meine, so wollen wir es halten. Auf jeden Fall gilt, daß Sparzeiten keine Katastrophenzeiten sind, auch wenn sie weh tun. Sie zwingen uns, die Ausgaben auf das Notwendige zu beschränken, manches Nützliche hintanzustellen und Prioritäten von Posterioritäten noch deutlicher zu unterscheiden.

Lieber Herr Maurer, Sie haben dann gesagt, eine stabile Wirtschaftsstruktur sei unser erstes Ziel. Dafür arbeiten wir nun wirklich – der Wirtschaftsminister und ich, die ganze Landesregierung, die sie tragenden Fraktionen – unaufhörlich. Das ist ja die wichtigste und schwierigste Aufgabe, vor die wir gestellt sind. Ich kann mit allem Respekt sagen, daß die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsminister in diesen Fragen nicht enger und nicht besser sein könnte. Wir arbeiten hier Hand in Hand.

Lieber Herr Maurer, wenn Sie, ohne allerdings Zitate zu bringen, uns pastoral das Papier der beiden Kirchen vorhalten und zitieren, dann will ich Ihnen nur sagen: Ich bin in den letzten acht Tagen, seit es herausgekommen ist, noch nicht dazugekommen, es zu lesen, und deshalb habe ich es heute morgen ab 4 Uhr einmal gelesen. Ein paar interessante Sätze habe ich für Sie herausgeschrieben, weil Sie – das halte ich für ausgezeichnet und für lobenswert – jetzt sagen, wir sollten uns am Wort der Kirchen orientieren; ich

(Ministerpräsident Teufel)

hoffe, nicht nur heute morgen, sondern auch heute mittag bei einem anderen Tagesordnungspunkt.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU — Abg. Kuhn
GRÜNE: Haben die Kirchen auch etwas zur Wasserwirtschaft gesagt?)

Jetzt einmal wörtliche Zitate aus dem Papier, die vollständig meine politische Überzeugung zu diesen wichtigen Punkten zum Ausdruck bringen:

Zukunftsverantwortung wahrnehmen heißt, sich weitreichenden Verantwortlichkeiten stellen und in der Gegenwart das tun, was bei weitreichenden Wirkungen vor der Zukunft bestehen kann.

Dann zum wichtigen Thema, das Sie angesprochen haben und das auch aus meiner Sicht die wichtigste Priorität ist — ich habe es an diesem Pult mehrfach gesagt —: Neue Arbeitsplätze schaffen für die vielen, die uns verlorengegangen sind.

Dem muß unsere ganze Politik, auch unsere Haushaltspolitik, dienen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen sehr bemerkenswerte Sätze aus dem Papier:

Arbeitslosigkeit: Für die Überwindung gibt es keinen Königsweg oder gar Patentrezepte. Insbesondere kann in unserer Gesellschaftsordnung eine hohe Beschäftigung nicht staatlich verordnet werden. Aufgabe des Staates ist es vielmehr, mit attraktiven Rahmenbedingungen für Investitionen, Innovationen und Strukturpassungen Voraussetzungen für ausreichende und rentable Arbeitsplätze zu schaffen. Eine wesentliche Mitverantwortung für einen hohen Beschäftigungsgrad liegt bei den Tarifvertragsparteien.

Dann heißt es:

Gleichwohl kann die durch die Nachkriegserfahrungen entstandene und gestärkte Erwartung, die Volkswirtschaft könne Jahr für Jahr wachsen und Realeinkommenserhöhungen möglich machen, nicht länger aufrechterhalten bleiben. Insbesondere in Jahren anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit und unübersehbar verschärften internationalen Wettbewerbs mit Niedriglohnländern erscheint es ökonomisch geboten und sozial vertretbar, für Lohn- und Gehaltszuwächse einzutreten, die sich am Produktivitätsfortschritt orientieren und die Lohnstückkosten nicht weiter erhöhen.

Arbeitslosigkeit ist häufig auch eine Folge der Subventionspolitik, wenn sie über zeitlich befristete Anpassungssubventionen hinausgehend versucht, vorhandene Industrie- und Beschäftigungsstrukturen entgegen Trends der wirtschaftlichen Entwicklung zu erhalten. Solche Erhaltungssubventionen verringern für die Begünstigten die Notwendigkeit der Anpassung an neue Markt- und Rahmenbedingungen und erhöhen die Steuer- und Kostenlast anderer, nicht subventionierter Wirtschaftsunternehmen. Daher ist es auch geboten, die Subventionspolitik sowohl in Deutschland als auch in der Europäischen Union in eine vorausschauende Strukturpolitik zu überführen.

Ich kann nur sagen: Respekt vor dem Mut zu solchen Aussagen. Das ist genau das, was wir tun müssen: die Rahmenbedingungen verbessern, die Lohnstückkosten nicht erhöhen, nicht mit dem Geld anderer beispielsweise den Steinkohlebergbau mit 10 Milliarden DM subventionieren, sondern in zukunftsträchtige Arbeitsplätze und in den Strukturwandel investieren.

(Beifall bei der CDU)

Herr Maurer, Sie haben die Landesregierung mit grandioser Geste aufgefordert, in Bonn gegen die zeitliche Befristung der Arbeitslosenhilfe Widerstand zu leisten. Es kann Ihnen nicht entgangen sein, daß ich mich an dem Tag, an dem dieser Vorschlag in Bonn gemacht wurde, in einem Redaktionsgespräch mit der Zeitung „Die Welt“ in Berlin von diesem Vorschlag distanziert habe, sehr zum Ärger vieler handelnder Politiker in Bonn. Es kann Ihnen nicht entgangen sein, daß ich vor dem Städtetag gesagt habe, daß ich eine solche Begrenzung auf keinen Fall mittragen kann. Es bedarf nicht Ihres Zuspruchs oder gar Ihrer Aufforderung, daß die Landesregierung vernünftig und auch im Interesse der Kommunen handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Bütkofer GRÜNE: Aber schaden kann es auch nichts!)

Meine Damen und Herren, Sie haben die Landesregierung aufgefordert, sich um das Swatch-Auto zu bemühen. Dazu möchte ich sagen, daß ich seit fast zwei Jahren intensiv und ohne daß etwas an die Öffentlichkeit gedrungen ist, mit Stuttgarter und mit Schweizer Verantwortlichen in Kontakt bin, damit nach Möglichkeit auch das Swatch-Auto hier gebaut wird. Wir — die Landesregierung — haben auch erreicht, daß das Stadtauto von Mercedes in Baden-Württemberg, nämlich in Rastatt, gebaut wird und daß der Standort Audi-NSU in Neckarsulm gestärkt wurde.

Ich weiß nicht, ob wir Erfolg haben werden. Ich weiß nur, daß wir mit öffentlichen Aufforderungen nicht sehr weit kommen werden, sondern ich setze darauf, daß wir ganz konsequent und präzise untereinander abgestimmt alle unsere Gesprächsmöglichkeiten nutzen. Ich setze auf die Unternehmensführung, mit der wir seit vielen Jahren vertrauensvoll zusammenarbeiten. Ich setze auch auf die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, mit denen die Landesregierung genauso vertrauensvoll zusammenarbeitet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Maurer, Ihre Forderung, in der Landwirtschaft unseres Landes ökologisch zu produzieren, kann ich voll unterstützen. Aber ich hoffe, es besteht auch bei dem, was ich hinzufügen möchte, Übereinstimmung: Wenn wir den Bauern aus ökologischen Gründen Bewirtschaftungsbeschränkungen auferlegen, die zu Ertragsausfällen führen, müssen diejenigen Erstattung leisten, die diese Auflagen aus ökologischer Vernunft erteilen. Einer Landwirtschaft, die heute die Hälfte der Einkommen vergleichbarer Berufsgruppen im Land hat, können wir nicht weitere Ertragsausfälle zumuten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Ministerpräsident Teufel)

In diesem Rahmen bin ich sehr dafür, ökologische Landwirtschaft in unserem Land zu betreiben. Wir haben dann auch die Zustimmung aller Bürger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein bißchen schade finde ich, Herr Kollege Maurer, die beiden Hinweise, daß es erst in dieser Legislaturperiode bei der inneren Sicherheit und der Polizei Lösungen gegeben habe und auch erst heute eine seriöse Finanzpolitik betrieben werde. Sie glauben selber nicht daran, weil Sie wissen, daß das Besoldungsstrukturprogramm, das wir auf Punkt und Komma in dieser Legislaturperiode umsetzen, vor dieser Legislaturperiode aufgestellt worden ist. Sie wissen auch, daß wir vor Beginn dieser Legislaturperiode eine solide und seriöse Haushaltspolitik betrieben haben. Ich würde das nicht sagen, wenn Sie dieses Thema nicht angesprochen hätten, und ich will es auch gar nicht weiter ausführen, aber doch klarstellen.

Herr Kollege Bütikofer, Sie haben sich in Ihren ersten Sätzen philosophisch zutreffend, auch semantisch zutreffend übers Sparen ausgelassen, aber schon im nächsten Satz und dann in der ganzen Abfolge der Rede dargestellt, wo nach Ihrer Meinung überall nicht eingespart werden darf.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wie bitte? Dann müssen Sie die Rede noch einmal lesen!)

— Ich habe mir die Punkte aufgeschrieben. Sie haben doch, angefangen bei den Gemeinden über die Volkshochschulen und die Erwachsenenbildung bis zur Musikschulförderung, an x Stellen aufgezeigt, wo aus Ihrer Sicht nicht eingespart werden darf. Sie haben dann gesagt, es komme auch nicht darauf an, den Eckpunkt Nettoneuverschuldung so einzuhalten, wie wir das tun.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist nicht wahr, Herr Ministerpräsident, das müssen Sie nachlesen! Ich habe gesagt, das sei nicht der einzige Eckpunkt!)

— Dann bin ich dankbar, und ich nehme das sofort zur Kenntnis. Aber wenn Sie den Eckpunkt einhalten — ich bin ja dann unglaublich froh —, wenn Sie diesen Eckpunkt genauso akzeptieren, dann, sage ich Ihnen, wird es Ihnen hinten und vorn nicht gelingen,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Doch! Das habe ich doch vorgeführt!)

für zusätzliche Ausgaben in nennenswertem Umfang Deckung zu finden.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Dann haben Sie auch mit den Stellen angefangen. Ich habe das Blatt Papier leider nicht hier; aber ich kann Ihnen aus dem Kopf folgendes dazu sagen — ich habe es nämlich in einer Pressekonferenz dargestellt —: Meine Damen und Herren, es ist nicht eine Stelle aus dem Bereich der öffentlichen Verwaltung dabei. Wir haben in den letzten Jahren erstens das Monrepos-Programm zur Hilfe für unsere Universitäten, die 130 % Überlast zu tragen haben, und zweitens das Fachhochschulprogramm 2000 mit einem Ausbau unserer Fachhochschulen umgesetzt. Der Wissenschaftsrat hat gefordert, 40 % aller Studienanfängerplätze sollten im Be-

reich der Fachhochschulen geschaffen werden. Wir in Baden-Württemberg stehen mit den Studienanfängerplätzen an Fachhochschulen und Berufsakademien an der Spitze und haben 37 % erreicht. Das ging aber natürlich nur mit zusätzlichen Stellen.

Als drittes kommt der Ausbau der Forschung hinzu. Wenn ich, wie ich es letzte Woche getan habe, ein Zentrum für Neurologie in Freiburg einweihe, wird das mit zusätzlichen Stellen verbunden sein. In allen diesen Bereichen, in denen wir neue Forschungseinrichtungen geschaffen haben, brauchen wir neue Stellen.

Ich nenne als viertes das PH-Programm bzw. hier neue Stellen.

Mehr als 50 % der neuen Stellen sind in den letzten Jahren an die Universitäten, an die Fachhochschulen, an die Berufsakademien und in die Forschung gegangen. Jetzt frage ich: Ist das nicht die Politik, die gefordert worden ist? Es wurde gesagt, wir müßten gestalten, wir müßten auf Arbeitsplätze achten, wir müßten neu strukturieren, wir müßten dieses Land voranbringen, wir müßten in die Ressource Geist investieren und was sonst noch alles in den letzten zwei Stunden gesagt worden ist. Genau das haben wir gemacht.

Fünftens: Wir haben 2 mal 1 000 neue Lehrerstellen geschaffen. Wir haben 5 mal 400 neue Polizeibeamtenstellen geschaffen. Wir haben 2 mal 130 Stellen im Strafvollzug geschaffen, auch bei Staatsanwaltschaften, weil Sie nicht neue Polizeibeamtenstellen schaffen, den Flaschenhals bei der Staatsanwaltschaft aber lassen können. Wir haben neue Stellen für Sonderdezernate für die Rauschgiftbekämpfung geschaffen. Ich habe die Positionen alle auswendig im Kopf.

Nun kann man doch nicht hinstehen, jede einzelne dieser Maßnahmen bejahen — nicht an einer einzigen ist in diesem Haus Kritik geübt worden, auch heute nicht —, aber dann in der Summe sagen, es sei doch unglaublich, daß 7 000 Stellen neu geschaffen worden seien; diese Landesregierung beginne zu sparen, indem sie neue Stellen schaffe.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Es geht doch darum, welche nicht abgebaut worden sind, Herr Ministerpräsident!)

So kann man doch wirklich nicht die Bürger verdummen, die sich nicht täglich mit diesem Thema beschäftigen

(Abg. Haasis CDU: Aber probieren kann man es!)

und die dann in der Zeitung lesen, es seien 7 000 neue Stellen geschaffen worden, und meinen, diese Regierung blähe einfach den Verwaltungsapparat auf.

(Beifall bei der CDU)

Die Wahrheit ist: Diese Regierung streicht im Verwaltungsapparat in einer Legislaturperiode 3 000 Stellen, aber sie hat im Gestaltungsbereich, wo es um die Zukunftssicherung geht, wo es um die junge Generation geht, wo es um neue Technologien geht, wo es um die innere Sicherheit geht, zusätzliche Stellen geschaffen. Dazu stehen wir in vollem Umfang,

(Beifall bei der CDU)

denn das ist eine richtige und in die Zukunft gerichtete Politik.

Stellv. Präsident Straub: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bütikofer?

Ministerpräsident Teufel: Auch das, natürlich, wenn es der Aufklärung dient, selbstverständlich.

Stellv. Präsident Straub: Bitte, Herr Kollege Bütikofer.

Abg. Bütikofer GRÜNE: Ich denke schon, Herr Ministerpräsident. Einmal davon ausgehend, daß man in der Tat nicht Stellen zuführen und an keiner Stelle etwas streichen und dann Gleichstand halten kann, ist doch meine Frage: Haben Sie zur Kenntnis genommen, daß von uns heute und vor zwei Jahren und in der Zeit seither in verschiedenen Bereichen, an die Sie sich bisher nicht herangewagt haben, Stelleneinsparungen vorgeschlagen worden sind? Ich sage noch einmal: Straßenbauämter, Oberschulämter, Vermessungsverwaltung, Liegenschaftsverwaltung, Hochbauverwaltung. Ich könnte noch eine ganze Reihe anderer Bereiche nennen. Sie sind doch hier im Haus von uns mit Zahlen genannt worden. Sind Sie vor diesem Hintergrund bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß man, wenn man neue Prioritäten setzt und Stellen schafft, an anderer Stelle aber wirklich spart, was Sie versäumt haben, auf einem vernünftigen Level bleiben kann?

Ministerpräsident Teufel: Auch diese Fragestellung enthält eine Desinformation. Denn in jedem Bereich, den Sie gerade genannt haben, hat die Landesregierung in dieser Legislaturperiode in nennenswertem Umfang Stellen eingespart,

(Abg. Renz GRÜNE: Das stimmt nicht!)

in jedem Bereich, den Sie gerade genannt haben.

Ich habe präzisiert – um es noch einmal ganz deutlich zu sagen –, daß Sie sich, obwohl wir in der Öffentlichkeit diese Stellen schon vor Wochen aufgegliedert haben, hierhergestellt und gesagt haben: Die Landesregierung beginnt das Sparen mit 7 000 zusätzlichen Stellen. Wenn Sie bei dieser Aussage bleiben, dann bitte ich Sie, den Mut zu haben, sich hierherzustellen und zu sagen: Ich war dagegen, daß Stellen an den Universitäten, für Fachhochschulen, für Berufsakademien, für den Strafvollzug, für die Polizei, Lehrstellen für die Schulen geschaffen worden sind. Dann ist Ihre Aussage seriös; so ist sie in gar keiner Weise seriös, sondern desinformierend.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, weiter sagen Sie, diese Landesregierung wisse, daß es eine Rechtspflicht zur Schaffung von Kindergartenplätzen gibt, aber sie habe keine Mehrausgaben hierfür im Haushalt. Wo reden Sie eigentlich? Vergleichen Sie einmal die 16 Bundesländer. Baden-Württemberg steht dank der Leistung der freien Träger bei den Kindergartenplätzen mit Abstand an der Spitze. Selbstverständlich wird die Landesregierung nach geltendem Recht jeden zusätzlichen Kindergartenplatz, der von Kommunen oder freien Trägern in unserem Land geschaffen wird, auch in den nächsten zwei Jahren fördern. Wir sind dankbar für jeden zusätzlichen Kindergartenplatz.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen: Auch in diesem Haushalt findet noch sehr viel Gestaltung statt in Bereichen, für die wir Prioritäten gesetzt haben,

vor allem im Bereich der Bildung, der Ausbildung, der Forschung, der Entwicklung, der Arbeitsplatzsicherung, des Wohnungsbaus und der Schaffung von Infrastruktur. Dieser Haushalt ist aber gleichwohl ein Haushalt der Sparsamkeit und der Konsolidierung. Damit leisten wir einen beachtlichen Beitrag dazu, daß das Zinsniveau in unserem Land niedrig bleibt, daß die Wirtschaft Zugang zu den Kapitalmärkten hat, daß investiert wird. Denn Investitionen sind das Allerwichtigste für neue Arbeitsplätze. Neue Arbeitsplätze zu schaffen bleibt die erste Priorität dieser Regierung, und wir haben diese Priorität auch in diesem Haushalt durchgehalten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kiesecker SPD)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, es haben sich nun alle Fraktionsvorsitzenden nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung zu Wort gemeldet. Außerdem wird noch der Herr Finanzminister sprechen.

Deshalb schlage ich vor, die Sitzung jetzt zu unterbrechen und sie um 14.15 Uhr fortzusetzen.

(Abg. Sieber CDU: Jawohl!)

Dann ist so beschlossen.

(Unterbrechung der Sitzung: 13.10 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14.17 Uhr)

Stellv. Präsident Straub: Meine Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Nach § 82 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer das Wort.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hoffe, daß sich das Haus noch füllen wird. Zumindest die SPD ist durch einen Abgeordneten vertreten.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Und dann noch ein promovierter!)

– Hochachtung, Herr Kollege Geisel.

Herr Ministerpräsident, ich möchte zu zwei Punkten Ihrer Ausführungen, die mir im Zusammenhang mit dem Haushalt, und zwar speziell mit diesem Haushalt, wichtig erscheinen, Stellung nehmen.

Der eine Punkt ist Ihr Schlußsatz, es würde sich hier um einen Haushalt der Konsolidierung handeln. Ich muß die Zweifel daran, die bereits von einigen meiner Vorredner geäußert wurden, noch vertiefen.

Zur Situation der Einnahmeseite hat mein Kollege Trageiser vorhin bereits einiges ausgeführt. Man kann diese berechtigten Zweifel an der Solidität dieses Haushalts auch im Bereich der Ausgabenseite fortsetzen. Wir haben für die Jahre 1995/96 nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf Zuwachsraten von 5,7 und 6,2 %. Wir halten diesen Ausgabenanstieg angesichts des zu erwartenden wirtschaftlichen Wachstums in diesem Zeitraum eindeutig für zu hoch. Damit werden in

(Dr. Schlierer)

der Konsequenz, so wie wir das auch in der Vergangenheit erlebt haben, Nachtragshaushalte vorprogrammiert. Ausgabensteigerungen in diesen Größenordnungen stehen im übrigen auch einem Abbau struktureller Defizite im Haushalt entgegen.

Wir bräuchten nach unserem heutigen Kenntnisstand ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4 % in den nächsten Jahren, um das in diesem Haushalt enthaltene Ausgabenwachstum bewältigen zu können. Eine solche ökonomische Perspektive ist nach den heute verfügbaren Daten schlicht unrealistisch.

Ich will nur auf einige der Voraussagen eingehen.

Die Arbeitsgemeinschaft der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hat in ihrem Herbstgutachten 1994 für die alten Bundesländer für das nächste Jahr lediglich eine reale Steigerung des Bruttosozialprodukts um 2,5 % vorausgesagt und das auch noch von einer verstärkten Auslandsnachfrage abhängig gemacht.

Diese Prognose wird inzwischen auch schon angezweifelt. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin hat vor kurzem veröffentlicht, daß man maximal mit 2 % rechnen könne. Wir wissen, daß die Binnenkonjunktur derzeit keine Erholung zeigt. Wenn wir uns die heute aktuellen Zahlen anschauen, beispielsweise für den Bereich des Einzelhandels, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß wir dort in den ersten neun Monaten dieses Jahres einen deutlichen Umsatzrückgang um 2 % hatten. Es sieht nicht so aus, als ob sich das in absehbarer Zeit deutlich erholen würde.

Deshalb gehen wir davon aus, daß das Ausgabenwachstum in den kommenden Jahren zurückgefahren werden muß, um den Erwartungen, Hoffnungen und sicherlich auch dem finanzpsychologischen Vorfeld gerecht zu werden. Selbst unter Berücksichtigung der sogenannten bereinigten Ausgaben – das wollen wir nicht verkennen – kann die 3%-Linie, die ja immerhin einmal angepeilt war, um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren, nicht gehalten werden. Deswegen, meine Damen und Herren, haben wir erhebliche Zweifel daran, daß wir hier von einem Haushalt der Konsolidierung sprechen können.

In der Rede des Finanzministers bei der Haushaltseinbringung wurden zum Haushaltsentwurf als Ziele genannt: die Konsolidierung, die Steuersenkung und natürlich das Ziel, den Wirtschaftsstandort wettbewerbsfähiger zu machen.

Ich will zur Konsolidierungsstrategie noch einmal etwas sagen. Hier wird im Prinzip ein sehr, sehr langer Atem gefordert. Wir glauben, daß dies in der Perspektive einfach zu weit angelegt ist, denn der Schuldenstand dieses Landes ist zu hoch, und es ist keine Entwicklung sichtbar, die diesen Schuldenstand entsprechend abbauen würde.

Unsere Fraktion hat ja im Januar/Februar dieses Jahres in einer Großen Anfrage zur Situation der öffentlichen Verschuldung dieses ganze Dilemma aufgedeckt. Der Schuldenstand von 42,5 Milliarden DM im Jahr 1992 bewegt sich jetzt deutlich auf die 50-Milliarden-DM-Marke zu und macht damit – wenn Sie das ausrechnen – etwa 80 % des Haushaltsvolumens aus. Er beträgt immerhin das Siebenfache des Investitionsvolumens. Trotz der sogenannten Spar-

haushalte haben wir es nach wie vor mit einer Jahr für Jahr zunehmenden Schuldenlast zu tun, die derzeit in der Größenordnung von etwa 5 000 DM je Einwohner oder 9 000 DM je Erwerbstätigem liegen dürfte.

Die Folgen solcher Schuldenhaushalte liegen natürlich auf der Hand. Der Schuldendienst steigt von 7,8 Milliarden DM im Jahr 1992 auf 11,1 Milliarden DM im Jahr 1996 und beträgt dann damit bereits 17 % des Haushaltsvolumens.

Diese Zahlen, meine Damen und Herren, habe ich in der Rede des Finanzministers eigentlich vermißt. Statt dessen hören wir – und auch der Kollege Oettinger hat das heute vormittag dargestellt – wohlfeile Voraussagen über die Rückführung der Neuverschuldung auf eine Höhe von 1,6 Milliarden bzw. 1,3 Milliarden DM für die Jahre 1997 und 1998 in der mittelfristigen Finanzplanung.

Das hört sich gut an, meine Damen und Herren, ist aber nur dann realistisch, wenn man von diesen sehr positiven, um nicht zu sagen, optimistischen Prognosen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung ausgeht. Wir glauben, daß die Einschätzungen und Wertungen, die dieser Berechnung zugrunde liegen, weitaus zu optimistisch und daher unrealistisch sind. Die gesamtwirtschaftliche Lage wird hier in ein rosarotes Licht getaucht, und wir werden aller Voraussicht nach bei der Beratung der entsprechend notwendig werdenden Nachtragshaushalte eine ganz andere Realität kennenlernen.

Ein weiteres Problem sollte in diesem Zusammenhang angesprochen werden: Wir haben auch ein strukturelles Defizit, und das wird mit diesem Haushalt nicht verbessert, sondern eher vertieft. Dafür spricht vor allem das nach wie vor hohe Niveau der für die kommenden Jahre, also 1995 und 1996, vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen. Ich meine, es wäre ein gutes und ein deutliches Signal für den Konsolidierungswillen der Landesregierung gewesen, wenn sie in diesem Haushalt im Nicht-Investitionsbereich deutlich geringere Verpflichtungen für die kommenden Jahre vorgesehen hätte. Hier wirkt sich nach meinem Empfinden nicht nur der mangelnde Einsparungswille aus, sondern natürlich auch eine fatale Gewohnheit, die Entwicklung letzten Endes treiben zu lassen.

Ich sage das auch in Zusammenhang mit dem Vorschlag des Finanzministers, einen Pensionsfonds zu errichten, um die künftigen Pensionslasten auch finanzieren zu können. Der Gedanke ist richtig, aber auch hier ist das Problem, daß die Dinge erst einmal sehr lange treiben und man dann regelmäßig eigentlich nicht fünf Minuten vor, sondern fünf Minuten nach zwölf zur Lösung kommt und dann meistens, weil die Situation so weit fortgeschritten ist, noch die Lösung ergreifen muß, die eigentlich die teuerste ist.

Ein weiteres Wort zur Steuersenkung. Dieses Thema ist heute morgen auch angesprochen worden, und auch der Herr Ministerpräsident hat es angerissen. Sicherlich ist die Steuersenkung notwendig, und zwar sowohl aus sozialpolitischen wie aus ökonomischen Gründen. Dem steht allerdings nach unserem Dafürhalten eine Staatsquote, die jetzt wohl langsam, aber sicher über 50 % liegen dürfte, entgegen; denn damit werden die Produktionskräfte letzten Endes stranguliert, und es wird auch das Leistungsstreben begrenzt.

(Dr. Schlierer)

Weil Sie vorhin so schöne Vorbilder genannt haben, Herr Ministerpräsident, glaube ich, daß wir hier auch einmal ein Vorbild nennen oder einen Vergleich zum Ausland ziehen sollten. Schweden hat uns vorgemacht, wie man nicht nur über die Verringerung der Staatsquote spricht, sondern diese Verringerung auch tatsächlich in der Praxis erreicht. Ich meine, wir sollten uns gerade daran ein Vorbild nehmen, die Staatsquote zurückzuführen; denn dadurch gewinnen wir wieder Spielräume, die wir dann sehr innovativ nützen wollen.

(Ministerpräsident Teufel: Wenn ich mich recht erinnere, hatten die aber keine Wiedervereinigung mit über 150 Milliarden DM Transfer!)

— Das ist richtig, aber dafür einen Sozialstaat, der noch weit ausgeprägter war als der unsere.

(Ministerpräsident Teufel: Das ist auch richtig!)

Zum Steuersystem: Die angesprochene Vereinfachung ist sicherlich eine notwendige Zielsetzung, aber ich glaube, sie muß auch von einer Neuorientierung begleitet werden. Da werden wir à la longue nach Einschätzung unserer Fraktion nicht um eine konsumorientierte Einkommensbesteuerung herumkommen; denn sonst werden wir die Kapitalbildung und auch die Investitionsbereitschaft nicht erreichen, die wir brauchen, um wirtschaftliches Wachstum langfristig sicherzustellen. Das gilt natürlich ganz besonders im Blick auf die immer angesprochene, stets versprochene, aber bis heute nicht verwirklichte Unternehmenssteuerreform.

Ich meine, daß die Landesregierung hier ganz gut beraten wäre, wenn sie sich für eine Lösung einsetzen würde, bei der die Gewerbesteuer und auch die Körperschaftsteuer durch eine zinsbereinigte Gewerbeertragsteuer bzw. Unternehmensgewinnsteuer ersetzt würde.

In diesem Zusammenhang auch ein Hinweis und Vergleich. Die Schweiz ist heute schon genannt worden. Man sollte sie wahrscheinlich nicht nur im Bereich der Lehrerauswahl hier heranziehen, sondern auch im Blick auf das hier in der Debatte schon angesprochene Problem des Steuerfindungsrechts. Ich meine, daß wir uns da an dem Modell der Schweiz zumindest orientieren könnten. Ich glaube, daß wir langfristig besser beraten wären, wenn wir statt des fast undurchdringlichen vertikalen Finanzausgleichsdschungels eine klare Zuordnung im Steuerfindungsrecht vornehmen würden mit dem Ziel, den einzelnen Ebenen ihr eigenes Steuerfindungsrecht zuzusprechen und dadurch mehr Transparenz zu bekommen. Zumindest glaube ich, daß es sinnvoll wäre, dieses Modell der Schweiz in diesem Zusammenhang zu prüfen.

Nun noch ein Wort zu der heute schon ausführlich debattierten Personalproblematik. Der Finanzminister hat in seiner Rede am 9. November den Personalbereich als Quelle der Ausgabensteigerungen angesprochen. Wir kennen jetzt die Debatte über Verschlinkung, Stellenabbau, Personaleinsparung. Ich will eines feststellen, Herr Ministerpräsident: Es gibt für uns eigentlich keinen Streit über die notwendigen Neustellen. Das ist jetzt nicht der Punkt. Aber ein Hinweis muß doch gegeben werden: Wir haben eine divergierende Entwicklung im Bereich der Zahl ausgebrachter Stellen und der Zahl der Landesbediensteten. Das macht unserer An-

sicht nach deutlich, daß nicht nur der Stellenentwicklung an sich, sondern auch den aus Sachmitteln bezahlten Personalkosten mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Ich sage Ihnen schon jetzt voraus: Wir werden in den Beratungen im Finanzausschuß durchgängig mit unseren Anträgen versuchen, noch vorhandene Sparpotentiale auszuschöpfen.

Der Kollege Döring hat vorhin durchaus zu Recht die relativ hohen globalen Minderausgaben angesprochen. Ich glaube, daß hier schon noch einmal ein Wort notwendig ist, denn globale Minderausgaben in der hier in dem Haushalt ausgebrachten Höhe spielen eine ganz bedeutende Rolle, weil sie nämlich in diesen beiden Haushaltsjahren gut ein Viertel der Manövriermasse des gesamten Haushalts ausmachen. Die Ausgaben eines Viertels der Manövriermasse, meine Damen und Herren, sind im Prinzip in das Belieben der einzelnen Ressortminister gestellt. Ein Viertel der Ausgabengestaltung geht damit am Etatrecht des Parlaments praktisch vorbei, und dies aus unterschiedlichen Gründen, die wir eigentlich alle für bedenklich halten. Deshalb können wir diese Entwicklung nicht gutheißen.

Ich meine, daß das Instrument der globalen Minderausgabe eigentlich für große Koalitionen typisch ist. Sie sind das Ergebnis dessen, daß man sich oft nur auf einen sehr kleinen, wenn nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen kann. Schon die Aufteilung der globalen Minderausgaben zeigt dies, indem nach dem Schlüssel der nicht zwangsläufigen Ausgaben letzten Endes auf eine ressortübergreifende Gestaltungskraft verzichtet wird. Globale Minderausgaben in der Höhe von 736 bzw. 800 Millionen DM bedeuten damit allerdings auch einen realen Politikverzicht. Den Ressortministern steht es nämlich frei, letzten Endes ihr eigenes Steckenpferd zu reiten, indem sie Haushaltsmittel, denen sie sich nicht so verpflichtet fühlen, oder Bereiche, in denen sie sich nicht so engagieren wollen, kürzen. Sie können dabei die Haushaltstitel ungeschoren lassen, in denen sie letzten Endes ihre Klientel und ihr Steckenpferd sehen. Mit anderen Worten: Nach unserer Einschätzung verstoßen globale Minderausgaben in dieser Höhe — ich sage es noch einmal: in dieser Höhe — gegen den Haushaltsgrundsatz der Genauigkeit.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ganze, meine Damen und Herren, wird ja noch überlagert — jeder, der den Haushalt liest, sieht das — durch die zahllosen Deckungsfähigkeits- und Übertragbarkeitsvermerke, die letzten Endes völlig undurchschaubar sind.

Noch einen Punkt möchte ich im Zusammenhang mit den globalen Minderausgaben ansprechen: Globale Minderausgaben mindern im Gegensatz zu den konkreten Titelkürzungen nicht das strukturelle Defizit. Globale Minderausgaben konservieren eigentlich die vorhandene Struktur. Wenn man diese Defizite beseitigen will — und das ist ja das Ziel der Konsolidierung, wenn ich das richtig verstanden habe —, dann müßte man in diesem Haushalt statt mit solchen hohen globalen Minderausgaben mit ganz konkreten Kürzungen arbeiten. Aber das kann diese Koalitionsregierung offensichtlich nicht leisten.

Meine Damen und Herren, wenn man in diesen globalen Minderausgaben einen Sinn sehen will, dann doch wohl den, daß bei einer günstigeren Einnahmeentwicklung die Ver-

(Dr. Schlierer)

schuldung zurückgefahren wird. Dies geschieht in diesem Haushalt jedoch nicht. Deswegen meinen wir, daß dieses Instrument eigentlich falsch und in überzogenem Maße ange-
setzt ist.

Wenn ich das zusammenfasse, kann ich eigentlich nur eines feststellen: Sowohl von der Einnahmeseite als auch von der Ausgabenseite her steht dieser Haushalt, vorsichtig formuliert, auf ganz dünnem Eis. Wenn wir die uns heute zur Verfügung stehenden Wirtschaftsdaten heranziehen, müssen wir eigentlich schon heute davon ausgehen, daß Nachtragshaushalte vorprogrammiert sind und noch einiges geklärt werden muß. Vielleicht kann der Herr Finanzminister nachher, wenn er über die Steuerschätzung spricht, dazu noch etwas Näheres sagen. Aber wenn ich sein Gesicht in diesem Zusammenhang so sehe, so wird das für uns wenig Erfreuliches bedeuten.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu einigen wenigen Punkten, die der Ministerpräsident angesprochen hat, noch kurz Stellung nehmen.

Herr Ministerpräsident, letzten Endes hängen die ganzen Haushaltsrisiken, die Sie und die andere angesprochen haben, damit zusammen, welche ökonomische Entwicklung wir haben werden. Es ist wirklich für alle völlig klar: Dieser Haushalt, wie wir ihn auch immer einbringen – das ist jetzt nicht kritisch gemeint –, hängt an ökonomischen Rahmenbedingungen, die wir in dem Zeitraum des Doppelhaushalts wahrscheinlich nicht selber beeinflussen können oder jedenfalls nur zu einem sehr kleinen Teil.

Dazu möchte ich einen Vorschlag machen bzw. auf eines hinweisen: Im Kern ist die Grundphilosophie, die der Rede des Finanzministers zugrunde lag und die auch der Politik der Bonner Koalition zugrunde liegt, zu sagen, daß wir wirtschaftlich dann wieder flott werden, wenn wir auf der einen Seite die Schulden senken bzw. die Neuverschuldung nicht erhöhen, auf der anderen Seite Steuern, vor allem Unternehmensteuern, senken – das ist die Grundlage – und drittens in Zukunftsbereiche investieren. Deswegen ein Zukunftsministerium in Bonn.

Ich bin der Auffassung, daß wir sehen müssen, daß diese Gleichung, die die Grundlage Ihrer Politik ist, nur dann aufgeht, wenn wir tatsächlich Wirtschaftswachstum in einem solchen Maß und damit Steuermehreinnahmen erreichen, daß die Gleichung „Ich senke die Steuern und baue die Neuverschuldung wenigstens in einem gewissen Umfang ab“ aufgehen kann. Ich meine, daß wir sehen müssen, daß es mit ganz dicken Fragezeichen zu versehen ist, ob diese Entwicklung eintreten wird. Deshalb werden wir die Realität dieses Doppelhaushalts erst in den Nachtragshaushaltsverhandlungen, die kommen werden, wirklich sehen, wenn weitere Steuerschätzungen vorliegen.

Ich möchte daraus aber keinen resignativen Schluß ziehen – man könnte ja sagen: „Machen wir eben einen Haushalt; Papier ist geduldig, die Wahrheit kommt später“ –, son-

dern ich möchte fragen: Was haben wir denn ökonomisch für Möglichkeiten in dieser Situation?

Ich glaube, wir sollten in diesem Haus noch einmal deutlich machen: Die ökonomische Entwicklung der Industriestandorte läuft auf eine Globalisierung hinaus, die die Wirtschaftspolitik immer schwieriger macht. Unsere Wirtschaftspolitik beruht auf einer Fiktion, und diese Fiktion heißt, es gäbe eine nationale Volkswirtschaft, also in unserem Fall eine bundesrepublikanische oder baden-württembergische Volkswirtschaft. Die Hilflosigkeit, die der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister beim Beispiel Alcatel SEL erfahren haben, zeigt aber, daß es nicht so ist. Wir haben hier keine Einflußmöglichkeiten. Das ist keine Kritik an Ihrem Handeln dort, sondern wir sehen, daß sich die Konzerne zunehmend global Standorte herausuchen – in einer Geschwindigkeit, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gar nicht reagieren können.

Deshalb schlage ich vor, daß wir in den Haushaltsberatungen unseren Haushalt auf diese Fragestellung hin überprüfen. Ich frage: Was können wir eigentlich tun?

Wir müssen die Fiktion nationaler Wirtschaftsstandort aufgeben, aber wir können darauf achten, daß die Standortbedingungen für diesen Standort optimal verbessert werden. Wir können die Konzerne nicht hierherbringen. Ich glaube auch, daß die Gespräche beim Swatch-Auto nur beschränkt politisch wirklich gestaltende Gespräche sein können. Vielleicht sind sie klimatisch wichtig; das möchte ich nicht in Abrede stellen. Die Verständigung muß sich aber auf die Frage beziehen, was eigentlich die Standortbedingungen sind, die es für Konzerne attraktiv machen, sich in dieser Region Baden-Württemberg – vielleicht ist sie sogar größer als Baden-Württemberg – anzusiedeln und Arbeitsplätze zu schaffen.

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Maurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Ministerpräsidenten Teufel?

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Präsident, wenn Sie den Namen zurücknehmen, dann gerne.

(Heiterkeit – Abg. Maurer SPD: Aber es hätte ihm Schlimmeres passieren können!)

Abg. Teufel CDU: Herr Kuhn, ich gehe mit der ganzen Gedankenkette konform, die Sie jetzt aufgezeigt haben.

Ist es nicht in dieser Situation unter den vielen für unser Land aufgrund der Globalisierung und der internationalen Entwicklung, auf die ich immer wieder hinweise, unerfreulichen Daten außerordentlich erfreulich, daß von den Auslandsinvestitionen des vorletzten Jahres – das sind die jüngsten Daten, die wir haben – 50 % nach Baden-Württemberg gegangen sind, 20 % nach Bayern und 30 % in die übrigen 14 Länder der Bundesrepublik Deutschland?

Abg. Kuhn GRÜNE: Ich will das nicht in Abrede stellen, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Oettinger CDU: Eindeutige Zahlen!)

Das ist eine erfreuliche Meldung, die Sie hier darstellen. Wir müssen natürlich sehen, daß wir jetzt zwar wieder in die schwarzen Zahlen kommen, aber mit Jobabbau, und daß wir

(Kuhn)

viele Probleme des Strukturwandels damit nicht einmal ganz ausgleichen können. Das heißt, es ist eine gute Meldung, die Sie darstellen, aber wir dürfen sie nicht als Jubelmeldung sehen, denn wir werden in den nächsten Monaten noch Probleme haben. Wir können es auch ganz einfach sagen: Viele Konzerne in Baden-Württemberg haben ihre Rationalisierungskonzepte und ihre Entlassungskonzepte bis nach der Bundestagswahl verschoben, und die kommen jetzt.

Aber lassen Sie mich meinen Gedanken zu Ende führen. Ich glaube, der politische Streit hier — da kann man jetzt viel über globale Minderausgaben diskutieren; das ist gemacht worden — dreht sich um die Frage, was eigentlich die Standortfaktoren sind, die wir kurzfristig und mittelfristig verbessern müssen, so daß es für Konzerne attraktiv wird, sich hier anzusiedeln oder hier Arbeitsplätze zu halten.

Ich glaube, wenn man genau hinschaut, sieht man: Diese „Fitneß für die Zukunft“ — unter diese Überschrift möchte ich das stellen, fit zu werden für die Zukunft, und zwar für eine, und das macht es so schwierig, nicht ganz wägbare Zukunft, Herr Ministerpräsident — werden wir am ehesten erreichen, wenn bestimmte Standortfaktoren, die bisher als weiche Faktoren galten, als bedeutender angesehen werden, weil es faktisch harte geworden sind.

Ich möchte zunächst einmal die Umweltqualität nennen. Die wird zunehmend wichtig, gerade wenn wir eine wirtschaftliche Entwicklung haben, bei der Konzernentscheidungen auch an der Frage orientiert sind, wo eigentlich die Manager und das Führungspotential eines Betriebes hinwollen. Da wird Umweltqualität — „Da gibt es eine gute Qualität von Umwelt“ — ein wichtiger Standortfaktor.

Das gleiche gilt für Verkehrsprobleme. Der mittlere Neckarraum ist so lange kein guter Wirtschaftsstandort in diesem neuen Sinn, solange er diese Probleme mit dem Auto hat. Wir werden das durch den Straßenbau im mittleren Neckarraum nicht richten können. Das heißt, ein fortschrittliches öffentliches Verkehrssystem im mittleren Neckarraum ist in der Zukunft ein entscheidender Ansiedlungsfaktor für Industrie in diesem Gebiet. Sie merken, daß plötzlich ökologische Faktoren, die Sie lange als Hindernis für die Wirtschaft verstanden haben — ich fühle, daß sich da gerade ein Wandel vollzieht —, plötzlich harte Wirtschaftsansiedlungsfaktoren werden.

(Beifall des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

Drittens nenne ich das Thema Kinderfreundlichkeit. Ich meine, das ist ein wichtiger Punkt. Wir müssen die Frage nach der Kinderfreundlichkeit zuerst einmal sozial und kulturell verstehen. Das muß im Zentrum stehen. Wir müssen aber auch die wirtschaftlichen Auswirkungen sehen. Ein Land, in dem klar ist, daß es dort eine kinderfreundliche Infrastruktur, ausreichende Kindergärten, gute Schulen, Horte an den Schulen und vieles andere mehr gibt, ist eben ein besserer Standort als ein Land, in dem das nicht der Fall ist.

Übrigens gerade weil in vielen qualifizierten Berufen die Männer und die Frauen arbeiten wollen, wird die Frage, ob die Kinder gut untergebracht sind, noch zentraler als in der Vergangenheit. Ich meine, hier muß man modern denken. Hier kann man nicht sagen: „Na ja, wenn die Frau daheim bleibt, dann brauchen wir nicht so viele Kindergärten“, son-

dern dieser Wertewandel geht voran. Die Leute wollen Kinder und Beruf vereinbaren, und zwar Männer wie Frauen.

(Abg. Rapp REP: Auf wessen Kosten?)

Kinderfreundlichkeit wird also zum Standortfaktor. Deswegen ist die Frage, Herr Oettinger, wieviel wir für die Umsetzung der Ergebnisse der Kinderenquetekommission in diesem Haushalt realisieren können, wirklich eine zentrale Frage. Ich hätte mir übrigens gewünscht, daß die Regierung zu diesem Thema schon einmal in die Vorhand geht. Die Methode, die Sie hier anlegen, hat ja etwas Folterhaftes: Wer jetzt nicht in anderen Geschichten herauspart — so ist die Struktur —, der schadet den Kindern. Da hätte die Landesregierung ein bißchen Vorarbeit leisten können. Da sie das nicht getan hat, werden wir das nacharbeiten.

Der nächste Punkt ist die Frage, ob wir ein kulturfreundliches Land haben. Ich meine, Herr Oettinger, wir müssen uns einmal ein bißchen darüber unterhalten, ob wir auf der richtigen Schiene sind. Die Frage, wie die Ausstattung mit Filmtheatern, Theatern, Museen usw. ist, wird weiterhin ein Standortfaktor sein. Ich warne wirklich davor, zu glauben, daß man aus der Kultur jetzt einen Steinbruch für Einsparungen in anderen Bereichen machen könnte. Ich sage nicht — Stichwort Museen, Gebühren —, daß man da nicht einsparen und das nicht besser machen könnte. Aber Kultur ist ein Standortfaktor aller modernen Industriestandorte, die miteinander konkurrieren.

Der wichtigste Punkt, der immer wieder genannt wird, ist natürlich zu Recht Bildung, Weiterbildung und Hochschulen. Ich möchte noch einmal fragen, Herr Ministerpräsident — in dieser Einschätzung sind wir uns ja einig —, ob wir in den Doppelhaushaltsberatungen nicht im Sinne eines konsistenteren Weiterbildungskonzepts — — Ich würde mir übrigens wünschen, daß ein neues Weiterbildungskonzept auf dem Tisch läge, weil sich da in den letzten Jahren vieles geändert hat.

(Beifall der Abg. Renz und Bütikofer GRÜNE)

Ich würde mir wünschen, daß die Schul- und Hochschulausgaben nochmals auf die Frage untersucht werden, ob wir nicht für den Wirtschaftsstandort mehr machen können, indem wir hier mehr einsteigen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Müssen, nicht „können“!)

Jetzt kommt ein entscheidender Punkt. Der Finanzminister sieht ja Ausgaben in den Bereichen Schule und Hochschule, vor allem wenn es Personalausgaben sind, letzten Endes immer als konsumtive Ausgaben. Ich möchte die Frage stellen, ob wir unseren Investitionsbegriff nicht verändern müssen,

(Minister Mayer-Vorfelder: Sagen Sie das einmal dem Herrn Bütikofer!)

ob man nicht zum Beispiel bei der Frage, ob die Lehrerstellen tatsächlich dem entsprechen, was wir aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge brauchen, sehen muß, daß es um eine Zukunftsinvestition im Sinne dieses „Fitwerdens für die Zukunft“ geht. Ich würde wirklich dazu raten, beim Doppelhaushalt in aller Ruhe noch einmal darüber nachzudenken, ob wir da nicht mehr tun können und mehr tun müssen. Meine Fraktion jedenfalls zeigt sich dafür offen und will dies tun.

(Kuhn)

Noch einen Punkt, Herr Ministerpräsident: Dieses ganze „Fit für die Zukunft“ — das haben alle erkannt — funktioniert nur, wenn der Staat deutlich macht, er will das bei sich selbst auch machen. Wir, Herr Bütikofer und ich, mahnen deswegen die Verwaltungsreform an. Wir haben allerdings Angst und Sorge, daß sie aufgrund der Terminprobleme, die sich darstellen, im Vorwahljahr kaputtgeht. Wir sagen: Dieses „Der Staat muß abspecken und fit werden“ wird die zentrale Aufgabe des nächsten Jahres sein. Ich habe übrigens die Sorge, daß Sie die Verwaltungsreform nicht so konsequent durchführen, wie Sie sie durchführen könnten. Auch die Frage nach der Entwicklung der anderen Regionen des Landes ist zu stellen, auch im Zusammenhang mit der Frage, ob wir in diesem Land auf lange Sicht wirklich noch Regierungspräsidien und Landkreise haben sollen. Sie wollen da nicht herangehen, weil das den Frieden der großen Koalition stört. Aber eine wirkliche Verwaltungsreform, die zu einem schlanken Staat führt, wird an dem Thema, das ich angesprochen habe, nicht vorbeigehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun zu den Stellen: Wir haben ja im vergangenen Jahr zusammen mit der FDP/DVP eine andere Verwaltungsreform vorgeschlagen. Wir sagen, daß man durch Strukturveränderungen und Aufgabenveränderungen am meisten Stellen einsparen kann. Herr Oettinger, ich fordere Sie auf, da heranzugehen. Die Frage, ob wir zum Beispiel Oberschulämter mit all den Stellen, die da existieren, brauchen, hängt natürlich davon ab, was für einen Begriff von Schule, was für eine Vorstellung von Schule wir in Zukunft haben. Wenn wir mehr Aufgaben und mehr Verantwortung an die Schulen, bestehend aus Schülern, Lehrern und Eltern, geben würden, müßten wir uns keine so umfangreiche Schulverwaltung leisten, wie wir sie heute haben. Also: Schulreform ist Verwaltungsreform und nicht einfach nur eine wichtige gesellschaftspolitische Fragestellung.

Das gleiche gilt für die Hochschule. Lassen Sie uns doch endlich den Hochschulen eine eigene Budgetverantwortung geben. Es ist doch absurd, daß wir hier im Landtag mit einer riesigen Ministerialbürokratie über jede Hausmeisterstelle in Konstanz entscheiden müssen. Das ist eine Absurdität. Solange Sie da nicht heranzukommen, die Hochschulen selbst über die wesentliche Aufteilung ihrer Mittel entscheiden zu lassen, geht dieser Staat eben nicht fit für die Zukunft schlank voran, sondern bleibt aufgebläht.

Das gleiche gilt für die Flurbereinigung und die Vermessungsverwaltung. Das sind alles Punkte, die wir vorgeschlagen haben. Da haben Sie Kollegen Bütikofer falsch verstanden. Wir haben nicht kritisiert, daß Sie Lehrer eingestellt haben. Wir haben ja sogar gesagt, es seien zuwenig. Wir haben aber kritisiert, daß Sie sich nicht entschieden haben, wo Sie definitiv Stellen in der gleichen Anzahl abbauen wollen — und wenn es nur über Jahre möglich ist —, wie Sie neue Stellen eingestellt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir laden uns ja allmählich ein Problem auf, das ich einmal benennen möchte, Herr Ministerpräsident: Man kann einmal Stellen ausschreiben und sie in den Folgejahren wieder einsparen. Das geht in beschränktem Maße haushaltstechnisch gar nicht anders, weil Sie die Leute nicht erschießen

können. Es gibt aber ein Problem: Wenn wir das in zu starkem Maße machen, machen wir eine Art Stellenverschuldungskiste auf nach dem Muster „Ich kann heute neu einstellen; die Folgeregierung muß die Stellen streichen“. Davor warne ich. Wenn wir via Stellen einen Nebenverschuldungshaushalt aufmachen, würde dies die Handlungsfähigkeit in der Zukunft einschränken. Herr Ministerpräsident, Sie haben aber gesagt, Sie wollten sie öffnen.

Jetzt zum Abschluß, Herr Ministerpräsident, noch ein Punkt, wo ich nachgerade erstaunt bin, daß Sie nichts dazu sagen: Sie können gar nicht im Land gegenüber der Wirtschaft und gegenüber den unteren Verwaltungen von schlanker Verwaltung und schlankem Staat sprechen, wenn Sie oben auf der Ebene der Ministerien diesen aufgeblähten Apparat, den wir heute haben, belassen. Überall in der Bundesrepublik gibt es Kabinettsreformen, die dazu führen, daß man mit deutlich weniger Ministerien auskommt. Nur in Baden-Württemberg leisten wir uns den Luxus — —

(Hört, hört! bei den Republikanern — Abg. Dr. Schlierer REP: Spät kommt er!)

Nur in Baden-Württemberg leisten wir uns den Luxus, daß wir auf diese klare Entwicklung, die Zahl der Ministerien zu senken, verzichten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu möchte ich zwei oder drei Beispiele nennen. Ich finde, daß man ohne Schaden für dieses Land sofort auf mindestens drei, vielleicht auch vier Ministerien verzichten könnte.

(Abg. Sieber CDU: Jetzt!)

Ich fordere Sie zu einer Kabinettsreform auf, die Sie aber nicht, weil es bequemer ist, erst machen sollen, wenn wieder eine Wahl ist — es ist im übrigen gar nicht sicher, ob Sie die gewinnen werden —, sondern die Sie jetzt machen müssen, weil Sie jetzt ein Signal setzen müssen, daß dieses „schlank“ nicht nur ein Wort in Sonntagsreden ist, sondern daß Sie als verantwortlicher Chef dieser Regierung mit einer schlanken Regierung ins Rennen gehen.

(Abg. Keitel CDU: Jetzt, welches?)

Ich meine, daß wir das Ministerium — ich mache natürlich Vorschläge; im Unterschied zu den Republikanern denken wir nach, bevor wir reden — von Frau Unger-Soyka, das Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst, streichen und die Aufgaben auf die dann zuständigen Ministerien verteilen sollten.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Sie haben geschlafen, Herr Kuhn!)

Dieses Ministerium ist politisch eine Geburt der großen Koalition, eine Aufblähung, auf die man verzichten kann. Ich möchte hinzufügen, daß sich dieser Vorschlag nicht gegen die Ministerin richtet; das muß man von den Aufgaben her sehen.

Ich meine zweitens, daß es nicht mehr notwendig und nicht mehr sinnvoll ist, ein eigenes Verkehrsministerium zu haben, sondern daß dieses Ministerium entweder zum Umweltmini-

(Kuhn)

sterium oder zum Wirtschaftsministerium kommen muß und dafür vom Wirtschaftsministerium —

(Na, na! bei der CDU — Abg. Trageiser REP: Jetzt lesen Sie mal meine Rede von vor zwei Jahren vor!)

— Jetzt hört doch einmal zu!

(Abg. Trageiser REP: Das war meine Rede von vor zwei Jahren!)

— Ich habe nicht die Republikaner gemeint. Daß Sie nur schreien können, wissen wir ja inzwischen.

Es könnte auch der Verkehrsbereich zum Wirtschaftsministerium und der Energiebereich zum Umweltministerium kommen.

Ich meine drittens: Wenn wir wirklich, Herr Ministerpräsident, eine Schulreform und eine Hochschulreform machen wollen, die zu einer Verschlinkung des dafür notwendigen Beamten- und Ministerienapparats führen könnten — ich bin mir sicher, daß man dies tun kann —, dann wäre es an der Zeit — anders, als die historische Entwicklung vor Jahren war —, das Hochschul- und das Schulministerium wieder zusammenzulegen. Ich habe also mindestens drei Vorschläge, wie Sie Ministerien einsparen können.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Und die Landwirtschaft noch zur Wirtschaft dazu!)

Nun kenne ich natürlich die Architektur einer großen Koalition. Ich mache Ihnen einen Vorschlag.

(Zurufe)

— Da werdet ihr wach, wenn es um Ministerien geht. Das habe ich mir gedacht. Wenn es um Weltwirtschaft geht, ist es euch Wurscht, aber wenn es um Ministerien geht, steigt die Begeisterung. Das muß man doch deuten, Herr Oettinger.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Alfred Haas CDU: Wenn Sie Quatsch reden, muß man ja wach werden!)

Sie können über Globalisierung der Ökonomie reden — die CDU schläft. Reden Sie über Ministerien, werden die Hinterbänkler lebendig. Das ist doch interessant.

(Beifall des Abg. Schlauch GRÜNE)

Herr Ministerpräsident, natürlich können Sie wahrscheinlich in einer großen Koalition nicht drei Ministerien einsparen, weil Sie damit nicht durchkommen. Aber sparen Sie doch mal zwei ein: eines von den Schwarzen, eines von den Roten. Dann haben Sie wenigstens zwei eingespart und die Entwicklung nicht verschlafen, die uns die anderen Bundesländer vormachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Straub: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Maurer das Wort.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Kuhn, es ist ein denkwürdiges Ereignis,

daß ein grüner Fraktionsvorsitzender die Abschaffung eines Frauenministeriums fordert.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Die kann ja dann Finanzminister werden!)

Ein bemerkenswerter Vorgang, muß ich sagen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Glauben Sie nicht, daß die Frau Solinger das auch könnte?)

Ich erinnere mich daran, wie seinerzeit allerorten in der Bundesrepublik die Frauenministerien zustande gekommen sind und welche nachhaltige Rolle die grüne Partei dabei gespielt hat.

(Zurufe von der SPD: So ist es! — Abg. Bebber SPD: Das war ihre Forderung!)

Ich habe nicht den Eindruck, daß wir in Fragen der Emanzipation und Gleichberechtigung in Deutschland so weit sind, daß wir schon wieder an die Abschaffung von Frauenministerien denken können.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Laß das mal die Frau Solinger machen, Uli!)

Ich habe nicht den Eindruck, daß wir schon so weit sind.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Zähl doch mal die Erfolge auf, Uli!)

Ich will dem Kollegen Kuhn in einem Punkt ausdrücklich recht geben.

(Abg. Drexler SPD: In einem!)

Bei dem Zusammenhang zwischen mehr Autonomie und der Vermeidung von Bürokratie sind wir exakt einer Meinung. Liebe Kollegen von der CDU, man sollte sich dieser Sache gedanklich offen aussetzen. Wir könnten zum Beispiel den „Schulgemeinden“ — Eltern, Lehrern, Schülern — mehr Freiheit in der Verfügung über Finanzmittel geben und auch beim Einsatz von Unterrichtsressourcen. Hierbei würden wir einen Demokratisierungsansatz verfolgen und in der Tat bürokratische Strukturen einsparen und vielleicht auch innerhalb des öffentlichen Schulwesens eine gewisse Wettbewerbssituation aufbauen und verschiedene Färbungen eines Schulangebots.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr schöner Ansatz! — Abg. Kuhn GRÜNE: Laßt tausend Blumen blühen!)

Ich halte dies für keinen Nachteil, solange sich das an klare Regeln hält, die zu den jeweiligen Abschlüssen führen. Wir haben ja zentrale Prüfungen. Solange es sich in diesem Korsett bewegt, wäre das vielleicht doch eine Bereicherung.

Im Hochschulbereich — ich habe das in meiner eigenen Rede gesagt — kann man das auch so sehen. Wenn man hier zu mehr Globalbewirtschaftung käme, könnte man in der Tat bürokratische Strukturen und auch Kosten abbauen. Das will ich ausdrücklich quittieren. Das halte ich für einen richtigen Gedanken.

(Maurer)

Herr Ministerpräsident, ich habe überhaupt kein Problem mit der Aussage, daß wir im Vergleich mit anderen Ländern gut aussehen. Ich bin voll landespolitischem Patriotismus und genauso stolz wie Sie darauf, daß wir da gut aussehen. Ich habe nur gesagt, man sollte den Reflex auf den Bund nicht weglassen, sondern man sollte, wenn es nicht parteitaktisch sein sollte, beides sehen.

Ich sage das jetzt auch mit einem ernsten Hintergrund, was den Bund angeht, und will da einen Punkt aufgreifen: Neben dem Thema beabsichtigte Kürzung der Arbeitslosenhilfe, wo ich Ihnen für Ihre klaren Worte ganz ausdrücklich dankbar bin, will ich das andere Thema aufgreifen, das Sie nicht angesprochen haben, nämlich die Abschaffung der Gewerbesteuer, Vorhaben der Regierungskoalition in Bonn. Es ist übrigens schade, daß der FDP/DVP-Fraktionsvorsitzende bei einem von ihm oder seiner Partei — man muß da immer aufpassen — so denkwürdig mitgeborenen Projekt nicht bei uns ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Kommt gleich!)

Herr Ministerpräsident, wenn der Bund die Gewerbesteuer abschafft

(Abg. Oettinger CDU: Stimmt der Bundesrat zu!)

oder auch nur wichtige Teile davon, stellen sich ja sehr tiefgreifende Fragen. Es stellt sich die Frage, wie es dann mit der Finanzautonomie der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland aussieht.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

Ich sage Ihnen ganz offen: Die Finanzautonomie der kommunalen Selbstverwaltung ist geradezu die Grundbedingung dafür, daß es überhaupt kommunale Selbstverwaltung gibt.

(Beifall bei der SPD — Abg. Zeller SPD: So ist es!)

Wenn es keine Finanzautonomie der kommunalen Selbstverwaltung mehr gibt, dann gibt es keine kommunale Selbstverwaltung mehr, dann sind das untere staatliche Verwaltungsbehörden mit einem Begleitgremium Gemeinderat, das so eine Art Beiratsfunktion hat.

(Abg. Weyrosta SPD: So ist es!)

Das ist eine tiefere Frage. Mich irritiert außerordentlich, daß eine so in das Verfassungsgefüge eingreifende Frage, ein Vorhaben, das ein Grundprinzip unseres demokratischen Aufbaus, nämlich die kommunale Selbstverwaltung, in Frage stellt, nur unter dem Aspekt diskutiert wird, wie man bei den Unternehmensteuern eine gewisse Erleichterung herbeiführen kann.

Ich weiß auch nicht, ob sich die Unternehmungen damit nicht ein ungeheures Danaergeschenk bei der Bundesregierung besorgen; das will ich gleich noch dazusagen. In dem Moment, in dem die Gewerbesteuer für die kommunale Selbstverwaltung gar keine Rolle mehr spielt, werden nämlich in den Gemeinderäten Diskussionen über die Ansiedlung von Arbeitsplätzen etwas anders verlaufen.

(Abg. Weyrosta SPD: So ist es!)

Dann werden Gemeinderäte — so ist die Menschheit — darüber nachdenken, wo sie beispielsweise möglichst viele einkommensstarke Villenbewohner herkriegern, damit sie an den Einkommensteuern entsprechend partizipieren. Dann werden sie nicht mehr darüber nachdenken, ob sie einen Betrieb halten sollen und ob sie neue Arbeitsplätze schaffen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Man kann dieses nicht einfach so locker flockig angehen, ohne die Folgen zu bedenken.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das wird ja noch bedacht!)

— Es ist aber groß angekündigt; es sei denn, diese Koalitionsvereinbarungen wären alle nichts wert. Ich habe manchmal den Eindruck, die Koalitionsvereinbarungen in Bonn seien nichts wert. Aber wenn Sie das bestätigen würden, würde mich das wundern.

Jetzt kommen wir zu einem Punkt, wo es ganz ernst wird. Der Kollege Schäuble — das ist ja, wie ich gelernt habe, der wichtigste Mann der Union —

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Jetzt ärgern Sie den Ministerpräsidenten nicht so!)

hat gesagt, an die Stelle der Gewerbesteuer solle man ein eigenständiges Heberecht für die Lohnsteuer und die Einkommensteuer setzen, vor allem für die Lohnsteuer.

(Abg. Alfred Haas CDU: Zum Beispiel!)

Da hätte ich jetzt einmal gern gewußt, worauf das eigentlich hinauslaufen soll. Das heißt im Klartext: Der Bund streicht die Gewerbesteuer und macht damit ein großes Geschenk — wie ich meine, vielleicht ein Danaergeschenk —, und zum Ausgleich kriegen die Gemeinden ein Heberecht bei der Lohnsteuer. Der Kollege Schäuble hat aber nicht gesagt, daß er zugleich die Lohnsteuer in Deutschland massiv senken würde.

Was ich sehe, ist vielmehr: Da gibt es die staatlichen Steuern, und daneben gibt es in Zukunft noch eine kommunale Lohnsteuer. Ein größeres zusätzliches Drehen an der Abgabenschraube zu Lasten der Normalverdiener, als da im Ergebnis herauskommen wird, kann ich mir gar nicht mehr denken.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Widerspruch bei der CDU)

Wenn das nicht stimmt, können Sie sich ja hinstellen und sagen, das sei Senf, was der Fraktionsvorsitzende der SPD erzählt habe — da wäre ich auch schon zufrieden —; Sie würden das verhindern. Aber ich bin geneigt, das immer ernst zu nehmen, was der Mann sagt. Ich höre auch, das sei der zukünftige Kanzler — dann muß ich das ja noch ernst nehmen —, der da noch im Ablauf der Legislaturperiode das Licht der Welt erblicke.

Es macht doch gar keinen anderen Sinn, sich hinzustellen und zu sagen: Die Kommunen kriegen ein eigenes Heberecht in der Lohnsteuer. Das heißt, daß jede Gemeinde in

(Maurer)

eigener Autonomie festsetzen kann, wieviel Lohnsteuer sie kommunal erhebt. Sonst gibt es doch kein eigenes Hebe-recht.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ist doch logisch! — Abg. Alfred Haas CDU: Er hat ja noch nie von der Lohnsteuer gesprochen!)

Das macht doch gar keinen Sinn. Das bedeutet, daß dann beliebig an der Lohnsteuerschraube gedreht wird, und zwar lokal höchst unterschiedlich.

(Zuruf des Abg. List CDU)

Dies ist also die gedankliche Eröffnung für eine zusätzliche Steuer- und Abgabenrunde zu denen, die wir schon gehabt haben.

Entweder ist das alles reiner Unfug, was der da erzählt; dann teilen Sie uns das bitte mit, daß Sie das selber für reinen Unfug halten. Vielleicht kriegen wir dann auch die Bestätigung aus Bonn. Oder Sie teilen uns mit, dies sei ein ernstgemeinter Vorschlag. Wenn es ein ernstgemeinter Vor-schlag ist, sage ich Ihnen: Dies gibt dann Auseinandersetzungen und Konfrontationen im Grundgefüge, die Sie sich noch gar nicht ausmalen können.

Deswegen rate ich Ihnen: Lassen Sie die Finger von alldem. Lassen Sie es beim bewährten System der Finanzautonomie kommunaler Selbstverwaltung. Lassen Sie uns in Baden-Württemberg, die wir ja, wie der Herr Ministerpräsident zu Recht gesagt hat, die Interessen der Gemeinden mit zu wahren haben, dafür sorgen, daß dieser Unfug nicht stattfindet.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das ist kein Unfug! In ganz Europa gibt es keine Gewerbesteuer, nur bei uns!)

— Na gut. Wir werden es ja vielleicht gleich hören. Der Kollege Oettinger hat ja die Möglichkeit, nach mir zu reden.

(Abg. Fleischer CDU: Mal schauen, was der Herr Oberbürgermeister Becker dazu sagt!)

— Ich habe den Krampf ja nicht erfunden. Vielleicht haben Sie ihn miterfunden, dann können Sie ja auch rauskommen. Jetzt werde ich wirklich langsam sauer.

(Abg. Fleischer CDU: Aber Sie behandeln es dilettantisch!)

— Ist in Ordnung, Herr Kollege Fleischer.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Der Herr Oettinger hat heute morgen gesagt, ihr würdet euch nicht streiten; jetzt gebt Ruhe!)

— Ich habe nicht gedacht, daß wir hier untereinander streiten; sondern ich habe gedacht, daß wir vielleicht gemeinsam anderer Ansicht sind als irgendwelche Leute in Bonn. Aber wenn wir auch noch untereinander streiten, müssen Sie es auch zur Kenntnis nehmen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Jetzt lassen Sie es nicht so verzetteln, Herr Maurer!)

— Will ich ja auch nicht.

Herr Ministerpräsident, die Bemerkung mit dem Steinkohlebergbau ist wohlfeil, und die wohlfeile Übung ist, dies dann mit „Landwirtschaftssubventionen“ zu quittieren. Ich will das nur sagen. In beiden Fällen handelt es sich um denselben Vorgang, nämlich darum, daß man Strukturen stützt, die sich selbständig im Markt nicht behaupten könnten. So ist das schlicht ökonomisch. In beiden Fällen handelt es sich um denselben Vorgang.

(Abg. Dr. Puchta SPD: In Baden-Württemberg haben wir nur das eine!)

Wir sollten also dann schon ehrlich mit dem Thema umgehen. Entweder diskutieren wir dasselbe Problem nach zwei Seiten, oder wir lassen es. Aber die Übung, daß wir Sozialdemokraten immer „Landwirtschaft“ sagen und Sie immer „Steinkohle“, die führt uns nicht sehr viel weiter, ehrlich gesagt.

(Abg. Drexler SPD: Und wir haben auch keine Steinkohle!)

— Abgesehen davon, daß wir keine Steinkohle haben.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN — Abg. List CDU: Aber das ist doch das Problem!)

— Ja, das ist das Problem.

Aber das ist ein interessanter Zugang zu einem anderen Thema, das Sie angeschnitten haben und das sich mit der Landwirtschaftspolitik überhaupt beschäftigt. In der Tat ist es, glaube ich, ein großes strukturelles Problem, wenn die Landwirte in Baden-Württemberg immer stärker und auf Dauer überwiegend von staatlichen Transferleistungen abhängig sind. Das ist ein Problem, und ich würde mich in dieser Situation in der Rolle der Landwirtschaft auch nicht sehr wohl fühlen. Denn wer weiß, welche Haushalts- und Finanz-situationen in zukünftigen Parlamenten noch entstehen. Man könnte ja auch einmal die interessante Rechnung auf-machen — Sie haben es vielleicht schon einmal getan —, was die Summe aller Subventionen geteilt durch die Zahl der Vollerwerbsbetriebe in Baden-Württemberg ergibt. Wenn ich das richtig rechne, komme ich auf Größenordnungen von deutlich über 30 000 DM pro Landwirt. Es stellen sich in diesem Zusammenhang interessante Fragen nach bürokrati-schen Kosten. Sie sind nicht nur vom Land, sondern auch von der EG verschuldet. Aber ich habe zunehmend den Ein-druck: Es versackt aufgrund dessen, was sich da abspielt, verdammt viel Geld dazwischen und kommt bei den Bauern gar nicht an.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber die interessante Frage, die sich ergibt, lautet: Wir müßten doch dann gerade den Ehrgeiz haben — das habe ich in meiner Rede gemeint, Herr Ministerpräsident —, dafür zu sorgen, daß unsere bäuerlichen Familienbetriebe wieder mehr Geld am Markt Erlösen und weniger abhängig werden von Subventionen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei der Frage, wie sie mehr Geld am Markt Erlösen könn-ten, ist es im Grunde nicht sehr viel anders als bei der ba-

(Maurer)

den-württembergischen Automobilindustrie. Die Vorstellung, daß die baden-württembergische Automobilindustrie über Preis und Menge mit den Koreanern, den Japanern und demnächst den Indonesiern konkurrieren müßte, ist absurd. Das kann die baden-württembergische Automobilindustrie nicht. Sie kann es nur, indem sie für wesentlich bessere Produkte wesentlich höhere Preise erhält.

Ich glaube, mit der baden-württembergischen Landwirtschaft ist es genauso. Die baden-württembergische Landwirtschaft kann nur existieren, wenn sie für wesentlich bessere Produkte wesentlich bessere Preise erhält.

(Abg. Heinz CDU: Die Produkte sind jetzt schon gut!)

Die wesentlich besseren Produkte unter unseren heutigen Bedingungen sind solche, die ökologisch besonders hochwertig sind, die einen besonderen gesundheitlichen Charakter haben und die frei von Rückständen sind. Das sind die besseren Produkte. Deswegen haben wir immer — so steht es auch in der Koalitionsvereinbarung — für eine Strategie geworben, mit der wir versuchen, auch über entsprechendes Marketing für nachgewiesene bessere Produkte baden-württembergischer Bauern bessere Preise zu erhalten. Im übrigen haben wir für solche Produkte auch einen Käufermarkt.

Das geht allerdings nur dann, wenn die Strategie auch ehrlich ist. Deswegen sage ich das. Ich sehe nämlich ein bißchen die Tendenz, auf alles, was aus Baden-Württemberg kommt, ein Gütesiegel zu kleben.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ein Papper drauf!)

Das ist es nicht.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sie müssen sich einmal genau erkundigen! — Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Wir werden eine solche Strategie nur durchsetzen können, wenn wir mit Garantie des Staats und mit Garantie der Umweltverbände beispielsweise den Verbrauchern sagen können: Ihr kauft etwas Besonderes. Das rechtfertigt diesen höheren Preis. Dafür machen wir auch massiv Werbung.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Maurer — —

Abg. Maurer SPD: Deshalb bin ich nachhaltig dafür, eine solche Linie zu gehen. Dies verbessert nämlich die Stellung unserer Bauern im Markt, verringert ihre Abhängigkeit von staatlichen Geldern und den Subventionen und wäre im übrigen ein großer Beitrag zur Umweltverbesserung im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Straub: Herr Abg. Maurer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Göbel?

Abg. Maurer SPD: Ja.

Stellv. Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Göbel.

Abg. Göbel CDU: Herr Maurer, Ihre Philosophie über den Markt veranlaßt mich, zu fragen, wie hoch Sie den Anteil in unserer Bevölkerung einschätzen, der gewillt ist, für die von Ihnen apostrophierten Produkte wesentlich höhere Preise zu bezahlen.

(Zuruf des Abg. Heinz CDU)

Abg. Maurer SPD: Ich schätze den Anteil in unterschiedlichen Milieus unserer Gesellschaft unterschiedlich ein. Ich glaube, er ist unter den Wählern der Grünen sehr hoch.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

— Ja, er hat mich doch gefragt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das heißt, wer die Landwirtschaft stützen will, muß grün wählen!)

Ich schätze den Anteil unter den Wählern der FDP/DVP auch hoch ein.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jawohl! Genau richtig! Gut geschätzt!)

Bei den beiden großen Volksparteien ist er vielleicht nicht ganz so hoch.

(Heiterkeit — Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

— Nein, das ist eine nüchterne Analyse.

(Abg. Fleischer CDU: Eben!)

Die Zahl der Menschen,

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

die ein Einkommen haben, das sie nicht dazu zwingt, beim Einkauf von Lebensmitteln aufs Geld zu schauen, ist relativ hoch. Die Zahl der Menschen, die für sich persönlich das Lebensgefühl haben, daß ihre Risiken nicht im ökonomischen und sozialen Bereich und nicht im Verlust ihres Arbeitsplatzes, sondern nur noch in ihrer Gesundheit und im Ökologischen liegen, ist auch hoch.

(Abg. Fleischer CDU: Was würden Sie bezahlen?)

Das sind alles potentielle Käufer.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Mein Problem ist: Ich verfüge zwar über die ökonomischen Ausgangsvoraussetzungen, aber ich esse beispielsweise gern Wiener Würstchen.

(Heiterkeit des Abg. Weimer SPD)

Es gibt dann auch noch individuelle Geschmacksmomente. Wie es bei Ihnen ist, weiß ich nicht.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Ich sage Ihnen — das entwickelt sich doch überall — —

(Abg. Drexler SPD: Kollege Fleischer, jedes Würstchen mag er auch nicht!)

(Maurer)

— Der Kollege Fleischer sieht so aus, als ob er gerne essen würde.

Also, ich sage Ihnen: Die Zahl der Menschen, die wegen ökologischer Sensibilität, weil sie es sich leisten können und weil sie für ihre Gesundheit etwas tun wollen, bereit sind, hohe Preise für solche Produkte zu zahlen, ist groß und wächst. Das ist meine Antwort. Deswegen liegt darin eine große Chance, Herr Kollege Göbel.

Letzter Punkt: Herr Ministerpräsident, es ist interessant, daß wir uns gegenseitig Kirchenzitate vorlesen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Nicht zu lange! Hast du ein schlechtes Gewissen?)

Ich will Ihnen auch eines vorlesen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Oje! Kann man das nicht zu Protokoll geben? — Weitere Zurufe)

In diesem Papier heißt es:

Bei notwendigen Veränderungen darf es nicht einfach um Reduzierung von Sozialleistungen gehen. Vielmehr muß gleichzeitig mit einem Abbau von Subventionen, der Durchforstung der steuerlichen Begünstigungen für Bürger mit höheren Einkommen, die kein unternehmerisches Risiko tragen, und mit dem Abbau der ungleichgewichtigen steuerlichen Belastung kinderloser Ehen einerseits und der Familien andererseits begonnen werden.

(Beifall bei der SPD — Abg. Dr. Caroli SPD: Aha!
— Abg. Fleischer CDU: Was ist da falsch?)

Differenziertheit bedeutet, die Sozialleistungen nicht einfach nach der Rasenmähermethode zu kürzen, sondern unterschiedlichen Prioritäten nach ihrer sozialen Dringlichkeit Rechnung zu tragen. Zum Beispiel müssen Leistungen für sozial Schwache wie einkommensschwache Mehrkinderfamilien und Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Obdachlose von Kürzungen ausgenommen bleiben.

(Beifall bei der SPD — Abg. Bütikofer GRÜNE: Das war aber mehr, als die Kirche sagt! — Abg. Keitel CDU: Darüber kann man reden! Das widerspricht uns nicht!)

Wenn das von Ihrer Partei unterschrieben — —

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ist das jetzt mehr wahr, weil es die Kirche sagt?)

— Bitte?

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist doch nicht mehr wahr, weil es die Kirche sagt! Oder?)

— Aber es ist doch wichtig, wenn man diese Unterstützung bekommt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ja, aber es ist doch ein bißchen lächerlich!)

Aber es ist doch wichtig, und der Herr Ministerpräsident hat Wert darauf gelegt, daß wir diese Debatte führen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Geht doch einmal zusammen in die Bibelstunde! Mensch!)

Deswegen habe ich das zitiert.

Ich nehme an, daß Sie, Herr Ministerpräsident, wenn Sie das gelesen haben, auch die Verteilungsvorschläge der Kirchen gelesen haben, wahrscheinlich auch die steuerlichen Vorschläge, wahrscheinlich auch das Plädoyer für eine Gleichbehandlung aller Kinder durch den Staat.

(Abg. Kuhn GRÜNE: So weit ist er nicht gekommen!)

Das steht alles in diesem Papier. Deswegen glaube ich, daß wir eigentlich ziemlich bei dem angekommen sind, was da eingefordert wird, daß sich aber andere noch bewegen müssen. Das will ich sagen.

Das dann mit der Pfingstmontags-Debatte und der Buß- und Bettags-Debatte zu vermengen, ist zwar ein netter Scherz, aber das können Sie nicht ernst gemeint haben, es sei denn, wir hätten ein unterschiedliches Verständnis von Religiosität.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wahrscheinlich schon!)

Also für mich ist der Grund und der Inbegriff christlicher Botschaft, verehrter Herr Kollege Fleischer, die Zuwendung zu den Schwächeren, die Zuwendung zu den Mitmenschen, das Gebot der Nächstenliebe und nicht die Auswahl staatlicher Feiertage.

(Beifall bei der SPD — Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie kennen die Trennung von Kirche und Staat!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Lieber Kollege Maurer, wie Phönix aus der Asche haben Sie mit Ihrem Wortbeitrag versucht, sich als gerechter Retter und Rächer der Kommunen und der Landwirtschaft heute wieder ins Gespräch zu bringen.

(Abg. Zeller SPD: Das tut weh!)

Dies war in den letzten zweieinhalb Jahren nicht immer so gewesen.

(Abg. Weimer SPD: Immer! Schon immer so gewesen!)

Ich glaube, daß die Landwirtschaft in Baden-Württemberg in den letzten Jahren nicht den Eindruck haben konnte, daß Sie noch mit allzu großem Wohlwollen Politik für den ländlichen Raum und Politik für den Landwirt als Berufsstand in Baden-Württemberg gemacht haben.

(Oettinger)

(Beifall bei der CDU — Widerspruch des Abg. Weyrosta SPD)

Ich meine darüber hinausgehend, daß sich die Mitbürger im ländlichen Raum eher bei Gerhard Weiser und der CDU als bei einer Partei wohl fühlen, die im Nachbarland Rheinland-Pfalz mir nichts, dir nichts aus einem Ministerium für Ländlichen Raum und Landwirtschaft eine Abteilung im Wirtschaftsministerium macht, nicht mehr und nicht weniger.

(Abg. Alfred Haas CDU: Griefahn-Vorschläge!)

Deswegen nehme ich dies im Zusammenhang mit dem Haushalt nicht allzu ernst.

Wichtig ist die Frage der Steuerentwicklung und der kommunalen Selbstverwaltung. Auch hier zunächst ein Rückblick auf die letzten zweieinhalb Jahre.

Der Umweltminister hat nicht gemäß Ihren Worten gehandelt, wenn ich mich an alle Richtlinien, Erlasse und mißtrauensbildenden Maßnahmen gegenüber den Kommunen im Naturschutz, bei Wasser und Abwasser und in anderen Bereichen, etwa beim Abfall, zurückerinnere, wenn ich mir überlege, ob hier von ihm Grundvertrauen oder Grundmißtrauen in die kommunale Selbstverwaltung gelegt wird. Ich habe den Eindruck, daß da sehr viel eher Gängelei im Spiel war und nicht Vertrauen in mündige und kompetente Bürgermeister und Landräte.

(Beifall bei der CDU)

Wenn dem so wäre, daß die kommunale Selbstverwaltung zu stärken ist, dann hätten wir ja die Kindergartenrichtlinien ohne Hickhack aussetzen können und hätten die Kinderbetreuung in die Verantwortung der gerade eben von Ihnen so geschätzten Gemeinden geben können. Dann hätte es den ganzen Ärger nicht gebraucht, und dann müßte manches unwürdige Nachspiel nicht fortgesetzt werden.

(Ministerin Brigitte Unger-Soyka: Dem steht das KJHG entgegen!)

Bedeutsam ist die Frage der Einnahmesituation der Gemeinden. Da kann ich für die CDU-Landtagsfraktion sagen: Wir wollen in den nächsten Jahren keine strukturelle Verschlechterung der Kommunalfinanzen. Trotzdem sehen wir natürlich, daß dem Industrie- und Unternehmensstandort Deutschland durch die doppelte Ertragsbelastung gewaltiger Schaden zugefügt wird. Es gibt kein Land in Europa und weltweit, in dem mit der Körperschaft- oder Einkommensteuer und danach mit der Gewerbeertrag- und -kapitalsteuer dasselbe, nämlich Gewinne aus Produktion, einer doppelten Besteuerung zugeführt wird. Dies gibt es nirgendwo. Deswegen sind wir uns doch wohl allesamt einig, daß wir zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland und zur Verstärkung von Investitionen in Baden-Württemberg und Deutschland eine Senkung der Unternehmen-, nicht der Unternehmersteuer dringend benötigen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Genau dies, nicht mehr und nicht weniger, sagt auch der Fraktionsvorsitzende unserer Partei im Deutschen Bundes-

tag, Dr. Wolfgang Schäuble. Ich zitiere aus seiner Parteitagrede vom letzten Montag wörtlich:

Seit Jahrzehnten weiß jeder, daß die doppelte Besteuerung gewerblicher Erträge uns als Wirtschafts- und Investitions- und Arbeitsplatzstandort in Europa behindert.

Deswegen plädiert er für eine Abschaffung der Gewerbesteuer.

Übrigens: Ganz anders können Sie ja wohl auch nicht denken, denn wir haben gemeinsam im Bundesrat beschlossen, daß in den neuen Ländern die Gewerbesteuer erst gar nicht eingeführt wird.

(Beifall der Abg. Dr. Döring und Drautz FDP/DVP — Abg. Keitel CDU: So ist es!)

Das heißt, Sie wie wir haben gewollt und beschlossen, daß dort, wo wir ein neues Steuerrecht beginnen, ein Teil der Gewerbebesteuer erst gar nicht eingeführt wird. Damit kann Ihr Parteifreund Stolpe mindestens genausogut leben, wie wir und die Kommunen in Baden-Württemberg damit in Zukunft leben müßten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen brauchen wir zur Angleichung der Besteuerung zwischen Jena und Stuttgart eine Abschaffung der Gewerbesteuer in Westdeutschland und damit auch in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

Offen bin ich und offen ist unsere Fraktion in der Frage: Behalten wir die Gewerbeertragsteuer bei, oder wandeln wir sie in eine andere Steuerbeteiligung der Kommunen um?

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Richtig!)

Damit muß aber in jedem Fall verbunden sein, daß die Kommunen finanziell gleichgestellt bleiben,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Hebesatzrecht!)

gleich hoch in den Einnahmen und gleich unabhängig in der Gestaltung der individuellen Höhe.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jawohl! — Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr richtig!)

Jetzt kommen Sie hier mit einem neuen Popanz herein, nämlich mit Ihrer Neiddiskussion, die ich schon erstaunlich finde.

(Abg. Maurer SPD: Wer hat das denn erfunden?)

Es will doch niemand Unternehmen entlasten und Arbeitnehmer belasten.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Unsinn! — Abg. Dr. Puchta SPD: Jahrelang!)

Das kann nicht einmal im Gehirn eines in der Wolle gefärbten sozialdemokratischen parlamentarischen Beraters so angedacht sein. Bei uns zumindest ist es so nicht angedacht.

(Abg. Maurer SPD: Hat der Schäuble das alles nicht gesagt?)

(Oettinger)

Ich sage Ihnen zu: Eine stärkere Belastung der Arbeitnehmer und des Faktors Arbeit zur Entlastung des Faktors Investition am Standort ist mit uns nicht zu machen. Das Ganze können Sie daher ab sofort wieder vergessen. Sie brauchen es auch in künftigen Reden nicht mehr hervorzuholen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Maurer SPD: Wo kommt dann das Geld für die Kommunen her? Wo kommt das Geld her?)

Wer ab dem ersten Tag nur als aufgeblähter Bedenkenträger durch die Lande und durch die Parlamente rennt, der wird jede Veränderung im Steuersystem erst gar nicht erreichen können.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Maurer SPD: Wo kommt das Geld her? Ich will wissen, wo das Geld herkommt!)

Ich mute Ihnen deswegen zu, wenn wir uns einig sind, daß Unternehmen in Deutschland entlastet werden müssen, wenn sie in produktive Arbeitsplätze investieren, jetzt in einen ganz gelassenen Wettbewerb einzutreten, wie das ohne Belastung der Arbeitnehmer in Deutschland geschehen kann. Nur: Die Haushaltsdebatte des Landtags ist dafür vielleicht nicht der geeignete Ort, wie ich überhaupt den Eindruck habe, daß Sie den Rock des Bundesinnenministers in spe ausgezogen und sofort den Rock des Bundesfinanzministers in spe angezogen haben. Den Landespolitiker habe ich in Ihnen heute kaum erkannt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Konkret zu den Kritikpunkten der Landespolitik.

Lieber Herr Kollege Kuhn, über die Anzahl der Ministerien kann man ja streiten.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Muß man streiten!)

In der Tat, man könnte die Ministerien für Schule und Hochschule zusammenlegen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jawohl!)

In der Tat. Nur: Wird man damit der vielfältigen Bildungslandschaft gerecht? Ich meine, daß der Ausbau des Hochschulwesens – Stichworte Berufsakademien, neue Universitäten, Weiterbildungseinrichtungen – und die Vielfalt des Schulwesens mit mündigen Gruppen, die immer schwieriger werden und die zu Recht Gesprächspartner in der Regierung verlangen, in den letzten Jahrzehnten in allen Landesregierungen dazu geführt haben, daß wir Schulministerien und Hochschulministerien haben, so, wie es,

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Kollege Kuhn, im einzigen Bundesland, wo Sie derzeit noch Regierungsverantwortung tragen, im Nachbarland Hessen,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Bremen!)

ein Schulministerium und ein Hochschulministerium gibt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: In Bremen!)

– Machen Sie es sich bitte nicht zu leicht. Die Provinzregierung von Bremen ist mit Sicherheit von Baden-Württemberg meilenweit entfernt und deswegen auch kein Vergleichsmaßstab.

(Beifall bei der CDU)

Ich nehme bewußt

(Unruhe)

Hessen als Maßstab.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sie sind nur zu feige!)

– Lieber Kollege Kuhn, ich nehme Hessen als Maßstab.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

In Hessen gibt es ein Frauenministerium, das Sie hier streichen wollen. Sie werden damit nur dem Motto Ihres Kollegen Schlauch gerecht, „Frauenpolitik“ – so er wörtlich – „interessiert keine Sau“.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das ist ja unglaublich! – Unruhe)

Uns interessiert es. Deswegen bleibt das Frauenministerium auf Zeit für die nächsten Jahre noch erhalten.

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie haben Ausdrücke am Leib!)

– Scheiden tut weh. Ich habe nur den verehrten Kollegen Schlauch wörtlich zitiert. Sie wissen doch so gut wie ich, daß die Kollegin Bender sauer war und Sie über diese Aussage peinlich berührt waren. Wer einen Kollegen hat, der sagt: „Frauenpolitik interessiert keine Sau“.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Rüge! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

der kann das Ministerium auch ohne weiteres streichen. Wir wollen es im Augenblick nicht und meinen, Herr Kollege Maurer, gemeinsam, daß Frauenpolitik, daß Gleichberechtigung sich in den nächsten Jahren auch institutionell zeigen muß, um eine entsprechende Bewußtseinsbildung zu erreichen.

(Beifall bei der CDU und der SPD – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Puchta SPD: Quorum statt Quote!)

Lieber Kollege Kuhn, im Nachbarland Hessen gibt es zehn Ministerien, in Baden-Württemberg gibt es elf.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Eines zuviel!)

Das ist für mich keine Unterscheidung in großen Dimensionen. Ich rate Ihnen: Rüsten Sie bei diesem Thema ab.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Haben Sie denn Angst?)

Sagen Sie es auch Ihren Hinterbänklern. Wir können mit dieser Regierung leben.

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

Wenn es nach uns geht, können wir uns auch kleinere Einheiten am Kabinetttisch vorstellen. Aber das ist mit Sicher-

(Oettinger)

heit nicht die entscheidende Frage der Struktur des Haushalts der Jahre 1995 und 1996.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kuhn GRÜNE: Setzen Sie sich doch mal mit Uli zusammen, und machen Sie das Ding!)

Es bleiben zwei Fragen. Es bleibt die Frage der Kinderenquetekommission und wer der Vater und wer die Mutter davon ist, und es bleibt die Frage der Privatisierung.

Bitte, lassen Sie uns in den nächsten Tagen gemeinsam versuchen, die Vorschläge der Kinderenquetekommission ohne Streit im Haushalt zu Ende zu führen. Dies mache ich ganz bewußt als Angebot.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Nüchtern und verantwortungsbewußt!)

Wer in einem Arbeitsbereich fraktionenübergreifend eine Enquetekommission eingesetzt hat, wer unter Leitung des Kollegen Rau — Sie können es aber auch vergessen —,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Was? Vergessen kann man den Rau? Vergessen kann man den doch nicht!)

eine kompetente Arbeit abgeliefert hat, der sollte im Interesse der Vorschläge jetzt erreichen, daß der Haushalt dasselbe Einvernehmen bei den konkreten Finanzierungsvorschlägen erreicht. Ich biete es an. Wir müssen uns dann irgendwo zwischen 10 Millionen und 20 Millionen DM einigen. Allerdings muß klar sein: Die Umschichtung wird manchem schwerer fallen, wenn es ans Eingemachte geht. Dabei brauchen wir genauso Einvernehmen. Wir sollten gemeinsam woanders streichen und hier hinzufügen. Dann werden wir dem Thema am ehesten gerecht.

Nun zum Thema Privatisierung: Lieber Kollege Döring, Sie schlagen die Privatisierung der Landesgirokasse vor.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Nicht nur!)

Sie machen es sich wie immer etwas leicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich rate einfach einmal, mit der Kreissparkasse Schwäbisch Hall zu reden. Danach werden Sie wissen, daß die Privatisierung der Landesgirokasse und damit ein populärer Vorschlag nicht ohne weiteres ohne Nachteile für die gesamte Struktur des Sparkassenwesens in Baden-Württemberg zu verwirklichen wäre. Für uns ist das Ganze kein Tabu, aber ich rate uns allen, das alles zu Ende zu denken. Wir haben in Baden-Württemberg keine Großbanken; die sitzen in Düsseldorf, Frankfurt und München. Wir haben eine intakte Struktur, die primär auf zwei Säulen beruht. Neben den großen Geschäftsbanken beruht sie auf der Säule Genossenschaftswesen — intakter Zustand — und auf der Säule Sparkassenwesen. Ich bin bereit, über jede Veränderung mit Ihnen und den Verbänden des Sparkassenwesens nachzudenken, aber nach dem Motto „Wir machen Geld, und die Struktur ist uns egal“ können wir keine Politik machen. Im Augenblick ist die Privatisierung der Landesgirokasse zu kurz gedacht und deswegen ein schlechter Vorschlag.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lieber Kollege Maurer, ich sehe für das Jahr 1995 mit allem Vorrang den Bereich Versorgungs- und Versorgungswirtschaft in Baden-Württemberg als eine Gestaltungsaufgabe dieser gemeinsamen Landespolitik. Ich glaube, daß Sie zu Recht die Themen Medien, Energie, Banken und Entsorgung genannt haben, aber am eiligsten müssen wir im Bereich Entsorgung und Versorgung zum Handeln in der Lage sein.

Die CDU-Fraktion wird morgen bei der Aktuellen Debatte der Grünen zum Thema „Entsorgung und SBW“ sicher im Einvernehmen mit Ihnen klare Aussagen treffen, und beim Thema Versorgung gilt, nicht viel zu reden, sondern zu handeln. Hoffentlich werden wir im Jahr 1995 mehr Glück haben als in den letzten zwölf Monaten. An uns jedenfalls soll es nicht liegen.

Im übrigen muß ich offen sagen: Ich habe den Eindruck, daß so arg viel Unterschied in der Beurteilung der Haushaltspolitik in diesem Haus nicht herrscht. Ich habe den Eindruck, daß deswegen diese Koalition mit einer kompetenten Grundlage als Angebot an die kleinen Fraktionen, aber mit einer ausgangsfähigen Grundlage von Mayer-Vorfelder und uns in die nächsten Wochen geht. Meines Erachtens können wir selbstbewußt mit diesem Haushalt in Konkurrenz zu anderen Bundesländern in die künftigen Haushaltsjahre treten.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Im Rahmen der allgemeinen Redezeit erteile ich Herrn Abg. Trageiser das Wort.

(Oh-Rufe von der SPD — Abg. Nagel SPD: Und das noch vor dem Kaffeetrinken!)

Abg. Trageiser REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede vorhin als allererstes erklärt, daß es zur Zeit schwierig sei, einen Haushalt aufzustellen und durchzuhalten, weil die Steuereinnahmen immer den Planungen hinterherliefen, unter den Planungen lägen, weil es nahezu unmöglich sei, vorzuschätzen, wie sie sich entwickelten, und daß es deshalb notwendig gewesen sei, einen ersten Nachtragshaushalt und einen zweiten Nachtragshaushalt vorzulegen und jetzt eine Haushaltssperre anzuordnen, eben weil die tatsächlichen Steuereinnahmen immer unter den von Ihnen angesetzten Planungen gelegen hätten. Dies ist richtig.

Jetzt frage ich mich nur — und viele, die logisch denken können, fragen sich mit mir —, wieso Ihr Finanzminister für den Haushalt 1995/96 eine Planung vorlegen kann, in der er einen Zuwachs der Steuereinnahmen von 6 Milliarden DM ansetzt, also einen erheblichen Steuerzuwachs, wenn in den letzten drei Jahren die Steuereinnahmen ständig hinter den Planungen zurückgeblieben sind und wir allen Grund haben, anzunehmen, daß dies auch in den nächsten zwei Jahren zumindest so sein kann und sehr wahrscheinlich auch so sein wird.

Deswegen habe ich heute morgen ausgeführt, daß dieser Doppelhaushalt eine unsolide und unseriöse Planung ist, und ich bleibe dabei, und ich bedanke mich: Sie haben dies perfekt bestätigt.

(Beifall bei den Republikanern)

(Trageiser)

Sie haben weiterhin dargelegt, daß das Land Baden-Württemberg seine Rolle als Höchstzahler im Länderfinanzausgleich, die es viele Jahre innegehabt hat, verloren hat, daß wir nur noch 40 Millionen DM zu zahlen haben werden und es wahrscheinlich ist, daß wir in den nächsten Jahren nicht mehr zu den Zahlerländern gehören. Dies kommt mir ungefähr so vor, wie wenn ein Schüler, der bisher Klassenprimus war, nach Hause kommt und freudestrahlend seinen Eltern erzählt: Ich komme nicht mehr mit, ich schreibe ab sofort nur noch Dreier und Vierer, aber freut euch: Deswegen haben meine Mitschülerinnen und Mitschüler auch nichts mehr davon, wenn sie von mir abschreiben. Es ist doch kein Grund, sich stolz zu zeigen, wenn man seine Rolle als Bester verliert. Wer war denn in diesem Land verantwortlich für die Politik? 22 Jahre CDU-Regierung,

(Zuruf von der CDU: Das hat nichts miteinander zu tun!)

die letzten dreieinhalb Jahre unter Ihrer Regierung. Und da setzen Sie sich nicht mit roten Ohren hin und schämen sich nicht für dieses Resultat. Da verkündigen Sie dies auch noch mit Stolz. Bei dem, was hier vorgeht, langt man sich doch an den Kopf.

(Beifall bei den Republikanern — Zurufe von der CDU)

Sie haben den Bau des Swatch-Autos erwähnt. Ich möchte an dieser Stelle eines dazu sagen: Wenn die Firma Peugeot in Frankreich auf die Idee käme, ein Werk anstatt im Elsaß oder in Lothringen hier bei uns im Schwarzwald zu bauen, wissen Sie, was dann passieren würde? Dann wäre der Teufel los.

(Lebhafte Unruhe)

Die Vorstandsmitglieder dieser Firma könnten sich in ihrem Umfeld nirgendwo mehr sehen lassen, weil — egal, ob Sozialist oder Gaullist — in Frankreich immer die französischen Interessen im Vordergrund solcher Planungen stehen. Bei uns ist man stolz, wenn es umgekehrt ist: Anstatt sich um die Arbeitsplätze hier bei uns Gedanken zu machen, ist man stolz darauf, wenn wir europaweit investieren. Und dann wundern wir uns, wenn Sie vom Vorstandsvorsitzenden von Alcatel wie ein Schuljunge abgefertigt werden. Da haben Sie mir nämlich leid getan. Aber schuld ist die Politik, die diese Parteien seit vielen Jahren zu vertreten haben.

(Beifall bei den Republikanern — Zurufe der Abg. Keitel CDU und Bebbler SPD — Unruhe)

Jetzt komme ich zu Herrn Kuhn. Es ist ja erfreulich, wenn auch die Grünen einmal Lernfähigkeit zeigen. Aber was Herr Kuhn hier mit der Einsparung von Ministerien vorgebracht hat, das war wörtlich aus meiner Rede von vor zwei Jahren zitiert.

(Zurufe — Unruhe)

Genau so haben wir es vor zwei Jahren gefordert.

(Beifall bei den Republikanern — Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Genau so haben wir das gefordert, einschließlich der Zusammenlegung und einschließlich der Abschaffung des Ministeriums von Frau Unger-Soyka. Wörtlich so habe ich das vor zwei Jahren hier gefordert.

(Abg. Wieser CDU: Der Präsident soll das vergleichen! — Abg. Bebbler SPD: Und Sie haben es von der FDP/DVP abgeschrieben! — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jawohl! Genau! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

Abg. Trageiser REP: Jetzt zu Herrn Maurer. Zu seinen Ausführungen über die Bereitschaft, ökologische Produkte und ökologische Dienstleistungen teuer zu bezahlen, kann ich nur sagen: In einem Doppelverdienerhaushalt, einem Lehrerhaushalt mit A 13 und A 14, ist diese Bereitschaft vielleicht hoch.

(Abg. Haasis CDU: A 27!)

Deswegen ist dann natürlich in Ihrer Klientel sicherlich auch ein entsprechender Anteil bereit, hier viel Geld auszugeben. Aber da, wo die SPD eigentlich ihre Wähler hatte, wo, Herr Maurer, in unserem gemeinsamen Wahlkreis, nämlich im Stuttgarter Norden, unsere Wähler sitzen, sieht es ganz anders aus.

(Lachen des Abg. Buchter GRÜNE)

Ich kann nur sagen: Wenn er mit dieser Einstellung in den Wahlkampf 1996 hineingehen wird, dann freue ich mich schon jetzt. Dann bedanke ich mich bei ihm für diese Wahlkampfunterstützung.

(Beifall bei den Republikanern — Zurufe der Abg. Dr. Salomon und Buchter GRÜNE)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Im Rahmen der allgemeinen Redezeit erteile ich das Wort Herrn Abg. Kiesecker.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Oh! — Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Es kann nur besser werden!)

Abg. Kiesecker SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch in einer Allgemeinen Aussprache, wie wir sie heute führen, kann es nicht schaden, noch einmal ganz konkret zu werden. Dies gilt auch hinsichtlich der globalen Minderausgabe, die nun alle hinlänglich beklagt und kritisiert haben und die auch der Herr Finanzminister schon beklagt hat. Ich will einmal versuchen, an zwei, drei Beispielen genau festzumachen, was sie im einzelnen bedeutet.

Stichwort Weiterbildung. Das wurde heute bereits von allen Rednern angesprochen. Nominell wird sich an der Förderung der Weiterbildung für das Land im Etat überhaupt nichts verändern. Aber der Haushalt täuscht da. Genau darin liegt nun eben der Verstoß gegen das Gebot der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit. Wegen der globalen Minderausgabe wird sich der Zuschuß zur Weiterbildung pro Unterrichtseinheit von 11,50 DM auf 7,80 DM verringern. Wenn dies so kommen sollte, werden daran Volkshochschulen, Volksbildungswerke und auch kirchliche Ein-

(Kiesecker)

richtungen der Weiterbildung zugrunde gehen. Das ist die Wahrheit, die wir in Gesprächen erfahren haben. Die Lage bei den kommunalen Theatern ist ganz ähnlich.

Wir können diese Folge nicht akzeptieren. Wir müssen bei den Beratungen, sei es im Finanzausschuß oder bei der zweiten Lesung hier im Plenum, diesem Problem Abhilfe schaffen. Wir müssen anfangen, dabei konkret zu werden und den Haushalt klar und wahr zu machen.

Ein anderer Punkt ist die Sozialhilfe für Bewohner von Übergangwohnheimen. Da fehlen, wie wir mittlerweile wissen, im Etat 1995 und im Etat 1996 je rund 50 Millionen DM. Dies scheint, wenn ich es richtig sehe, nicht bestritten zu sein. Es ist wohl völlig ausgeschlossen, daß derartige Fehlbeträge im Einzelplan 09, der schon mit globalen Minderausgaben von über 120 Millionen DM pro Jahr belegt ist, abgedeckt werden könnten.

Es wird die Aufgabe des Herrn Finanzministers sein, dem Parlament einen in vorhersehbarer Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Etat vorzulegen. Nach Art und Höhe schon jetzt bekannte Ausgaben dürfen dabei nicht weggedrückt werden. Soweit der Haushaltsausgleich fehlt – das ist hier im konkreten Beispiel der Fall –, muß er bei den Haushaltsberatungen im Finanzausschuß oder wiederum hier in zweiter Lesung herbeigeführt werden. Wir erwarten hierzu die konkreten Vorschläge des Herrn Finanzministers, damit wir die eigentliche Haushaltsarbeit im Ausschuß in der kommenden Woche beginnen können.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich dem Herrn Finanzminister.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man mehrere Stunden hier zuhört und sich Notizen macht über all das, was gesagt worden ist,

(Abg. Hackl GRÜNE: Ist man dankbar!)

dann ist das ein ganz seltsames Gefühl: Manchmal hat man sich in Höhen hinaufbewegt, aus denen man das kleine Land Baden-Württemberg kaum noch erkennen konnte und noch viel weniger diesen Haushalt. In großen Globalstrategien wurde die Welt neu geordnet, und jeder hat seine Vorstellungen hier entwickelt, um dann doch wieder abzustürzen in die kümmerliche Betrachtung, wie man 3 Millionen DM globale Minderausgabe ausgleicht. Diesem Wechselbad der Gefühle bin ich schon den ganzen Tag ausgesetzt, und es ist natürlich auch nicht möglich, auf jede einzelne Anregung, auf jeden einzelnen Hinweis und auf jede strategische Betrachtung einzugehen.

(Abg. Haasis CDU: Ist auch nicht notwendig!)

Aber so eine kleine Klassifizierung möchte ich schon machen, bevor ich zu einigen für mich wesentlichen Punkten komme: Herr Oettinger hat den Finanzminister ein klein wenig gelobt, wie es sich gehört.

(Abg. Seimetz CDU: Jawohl!)

Er hat ihn dann auch ein Stückchen kritisiert

(Abg. Sieber CDU: Was auch dazugehört!)

und gesagt, was noch anders gemacht werden sollte. Bei den globalen Minderausgaben werde ich mich dann auch noch einmal mit Herrn Oettinger auseinanderzusetzen haben.

(Abg. Kurz CDU: Das war nur eine konstruktive Kritik!)

Herr Maurer hat unter Entzugserscheinungen gelitten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

weil er von der Nabelschnur Bonn etwas abgeschnitten worden und offensichtlich auch dort nicht mehr ganz auf der Höhe der Zeit ist, insbesondere was die Betrachtungen der Steuern und des Umbaus des Sozialstaats anbelangt. Ich mich jetzt nicht in die wechselseitigen Vorhaltungen hineinbegeben. Nur, meine sehr geehrten Kollegen von der SPD – der Herr Maurer ist ja jetzt nicht da, sonst hätte ich ihn direkt angesprochen –,

(Zuruf von der SPD: Er hört mit!)

wenn Sie über Abgabenquoten reden – und es ist überhaupt keine Frage, daß wir eine zu hohe Abgabenquote haben –, dann ist es natürlich nicht fair, außer acht zu lassen, daß wir diese hohe Abgabenquote und die hohen Schuldaufnahmen haben, weil wir die deutsche Einheit bekommen haben. Wenn Sie sich an die Endzeit der sozialliberalen Koalition in Bonn erinnern, wissen Sie, daß im Jahr 1982 – prüfen Sie die Zahlen nach – die Abgabenquote praktisch genauso hoch wie heute und die Kreditquote mit 15,5% höher war als die jetzige Kreditquote der Bundesregierung. Das ist einfach Fakt.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Deshalb hat es ja keinen Wert, über diese Dinge zu reden. Wenn sich Herr Maurer einmal bemüht, nachzulesen, dann wird er auf Berichte stoßen von einem Gipfeltreffen der SPD, wo man eine Analyse über den Verlust bei der Bundestagswahl gemacht hat und zu der Erkenntnis kam, daß man sich nicht nur als Partei der Sozialhilfeempfänger darstellen sollte, sondern daß man mutig auch an die Erkenntnis gehen müsse, daß der Sozialstaat zwar nicht auf dem Wege des Kahlschlags beseitigt werden soll, daß aber ein Umbau des Sozialstaats für die zukünftige gesellschaftliche Entwicklung dringend erforderlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dort ist auch gesagt worden, daß man sich im Bereich der Gewerbesteuer, der Gewerbeertragsteuer und der Gewerbesteuerkapitalsteuer, von dem strikten Nein zu verabschieden habe, weil dort im Rahmen der Steuerreform, zu der ich nachher noch einiges sagen werde, einiges aufzuarbeiten ist, was Offenheit und Verzicht auf ideologische Fixiertheit erforderlich macht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Erst dann wird vieles von dem, was hier über Steuervereinfachung und dergleichen geredet wird, auch Wirklichkeit werden können.

Herr Trageiser als Weltökonom

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

(Minister Mayer-Vorfelder)

hat all das in Zweifel gezogen, was die Sachverständigen, die Institute, die Bundesbank, das Bundeswirtschaftsministerium an Wirtschaftsdaten für die nächsten zwei Jahre errechnet und daraus als Steuerschätzung abgeleitet haben. Daß es bei jeder Steuerschätzung Unsicherheitsfaktoren gibt, ist klar und ist von niemandem jemals bestritten worden.

Bei Herrn Döring hatte ich den Eindruck, daß er zum ersten Mal in diesem Land ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU, der SPD, der Republikaner und der GRÜNEN)

Lieber Kollege Döring, was Sie über den Zustand dieses Landes gesagt haben, hat mich erschreckt – nicht, weil es so ist, sondern weil Sie keine Ahnung haben, wie es in diesem Land aussieht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Mutig, mutig, Herr Mayer-Vorfelder!)

Herr Bütikofer sitzt stundenlang daheim und überlegt sich flotte Formulierungen. Allerdings wäre es ganz gut, Herr Bütikofer, wenn Sie die flotten Formulierungen noch mit sauberen Berechnungen untermauern würden.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Leider liegen Sie mit Ihren Berechnungen vollkommen daneben. Selbst einer, der in der Mengenlehre ausgebildet ist, kann Ihre Rechnungen nicht nachvollziehen.

(Abg. Weyrosta SPD: Das war der Rundumschlag, und jetzt zur Sache!)

Ich habe dann mit großer Freude Herrn Kuhn gelauscht, der zu der wirklich umwerfenden Erkenntnis kam, daß die Standort-Grundsatzentscheidung eines Konzerns schließlich von der Gruppengröße des Kindergartens abhängig gemacht wird. Das ist eine Erkenntnis, die ich sehr gut verinnerlichen werde. Ich kann Herrn Kuhn schon ein Stückchen Nachhilfeunterricht darin geben, wovon Konzernentscheidungen abhängen. Er soll sich mal die Computerdiagramme geben lassen, die die Zweigbetriebe in Deutschland machen müssen, wenn es um Investitionsentscheidungen geht.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Jetzt haben Sie sich lange genug darüber geärgert, daß Sie haben zuhören müssen! Jetzt kommen Sie mal zur Sache!)

Da spielt der Kindergartenplatz – Herr Bütikofer, das müssen Sie mal zur Kenntnis nehmen – wirklich keine Rolle.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Zur Sache!)

Da spielen vielmehr eine Rolle die Anzahl der Streiktage im Jahr, die Steuerquote, die Lohnkosten und die Lohnzusatzkosten. Wenn diese Faktoren positiv bewertet werden, kommen vielleicht weiche Faktoren dazu,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Okay! Ich richte es ihm aus!)

zum Beispiel der Standort tertiärer Einrichtungen, Einrichtungen kultureller Art und dergleichen mehr. Aber zuerst müssen die Grundfragen geklärt sein.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir schon den Überflieger machen, ist es geradezu abenteuerlich, das Stichwort Kindergarten in eine Globalbetrachtung einzubeziehen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Kostet die Nachhilfe etwas?)

– Herr Bütikofer, Sie können ja alles mitschreiben; dann können Sie es Herrn Kuhn sagen, wenn er mal wiederkommt.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Mache ich! Jedes Wort!)

Ich will Ihnen nur das eine sagen: Wenn man von Infrastruktur redet, darf man nicht nein zum Straßenbau sagen. Auch wenn ein gutes öffentliches Personennahverkehrssystem besteht, brauche ich Straßen. Sie sind Teil der Infrastruktur, auf die die Betriebe auch achten.

(Beifall bei der CDU)

Herr Maurer hat die großen Bereiche Landwirtschaft und Kohlebergbau zusammengebracht.

(Zurufe der Abg. Bütikofer GRÜNE und Dr. Döring FDP/DVP)

Herr Kollege Maurer, ich will einfach einmal einen Rechenfaktor nehmen. Sie haben gesagt, 30 000 DM seien wahrscheinlich das, was einem Landwirt zugewendet werde. Die Wirklichkeit ist die: Wenn man draußen mit den Bauern redet, insbesondere mit den jungen Bauern, stellt man fest – das ist das große Problem der jungen Bauern –, daß die nicht Almosenempfänger sein wollen.

(Abg. Maurer SPD: Das habe ich gesagt!)

Das ist der große Unterschied zu den älteren Bauern, die ihre Landwirtschaft aus dem Gefühl heraus umgetrieben haben.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Sie müssen aber die Konsequenz sehen: In dem Augenblick, wo junge Menschen nicht mehr bereit sind, Landwirt zu werden, und Sie einen staatlichen Mähinspektor, einen staatlichen Mähoberinspektor und einen staatlichen Mähoberrat einstellen, wird es wesentlich teurer, die Fläche und die Kulturlandschaft zu erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Was Sie nicht vergessen dürfen, ist: Die Landwirtschaft ist der einzige Berufsstand, der über die letzten Jahre hinweg ständig Einkommensverschlechterungen hinnehmen mußte. Deshalb kann ich schon eine Relation zu dem herstellen, was als Subvention für den Kohlebergbau gegeben wird. Das sind 25 Milliarden DM für etwa 150 000 Arbeiter. 150 000, das ist die Zahl, die an Arbeitsplätzen hier in Baden-Württemberg allein in der Metallbranche verlorengegangen ist. Für die 150 000 Arbeiter werden 25 Milliarden DM Subvention aufgewendet. Das sind über 160 000 DM pro Arbeitskraft. Da kann man sich, ohne daß man sich da wechselseitig etwas vorhalten will, schon einmal darüber Gedanken machen, ob dies sinnvoll und zukunftsgerichtet ist.

(Minister Mayer-Vorfelder)

(Abg. Weyrosta SPD: Das ist ein einfaches Weltbild, das Sie vertreten!)

Wenn ich auf das zurückkomme, was den Haushalt eigentlich ausmacht, ist es zunächst die Frage der Steuerschätzung.

Vielleicht vorweg noch eines — das gehört auch noch dazu —: Es ist das Königsrecht der Landtage, die Haushalte zu verändern und zu verabschieden. Das können Sie, wenn Sie sich einig sind, gegen den Willen des Finanzministers tun. Das ist das Königsrecht der Landtage. Wenn man aber die Geschichte betrachtet: Früher war es so, daß die Landtage dem König den Haushalt zusammengestrichen haben, und zwar im Ausgabenbereich. Hier habe ich manchmal den Eindruck, daß es genau umgekehrt ist, daß man dem Finanzminister den Haushalt zusammenstreichen will, indem man die Ausgaben erhöht und nicht vermindert. Das ist eine geschichtliche Umkehr der Rechte.

(Zurufe der Abg. Dr. Döring FDP/DVP und Maurer SPD)

— Geschichtliche Tatbestände, Herr Maurer, können Sie im Endergebnis nicht bestreiten.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wann kommen Sie aus dem Nirwana einmal zurück?)

Deswegen sage ich bei all den Forderungen und Wünschen — der Herr Ministerpräsident hat dazu gesprochen — nur: Es ist doch nicht der böse Wille des Finanzministers, zu sagen, dieses und jenes gehe im Augenblick eben nicht. Ich kann nicht allgemein vom Sparen reden und dann, wenn es konkret wird, sagen: Aber hier nicht. Es ist ein Problem unserer Gesellschaft, daß wir alle in Einzelinteressen aufgesplittet sind. Jedes Einzelinteresse ist organisiert. Aber aus der Gesamtschau der organisierten Einzelinteressen wird nicht das Gemeinwohl.

(Abg. Weyrosta SPD: Jawohl!)

Deshalb sind wir aufgerufen, für das Gemeinwohl zu sagen, wo etwas vertretbar und wo etwas nicht vertretbar ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU — Abg. Weyrosta SPD: Der falsche Beifall!)

Herr Kollege Weyrosta, hier kann man sicherlich zu Gewichtungen kommen, indem man sagt: Das ist jetzt wichtiger, jenes ist jetzt nicht so wichtig. Dazu haben wir einen Finanzausschuß, und dort werden wir über alle Detailfragen reden bis hin zu den Fragen, die Herr Kiesecker angesprochen hat.

Nur — und das ist dann wieder das, wo ich mich einschalten werde — muß man mir auch sagen, wie es finanziert werden soll. Denn das, meine Damen und Herren, sage ich in aller Deutlichkeit hier im Plenum: Mit mir gibt es keine Ausweitung der Kreditaufnahme. Die gibt es nicht.

(Beifall bei der CDU)

Da sind beide Fraktionen, die diese Regierung tragen, im Wort und in der Pflicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

Dieses Wort und diese Pflicht werde ich anmahnen, bei aller Veränderungs- und Gestaltungsmöglichkeit, die der Landtag hier hat.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn hier gesagt wird, es sei zuwenig gespart worden, ist das wie bei Churchill. Als ein Politiker einmal zu Churchill gekommen ist und ihn gefragt hat, wie er ein großer Politiker werde, hat Churchill geantwortet: Du mußt immer vom Sparen reden, du darfst nur nicht sagen, wo. Ich habe den Eindruck, hier wollen alle große Politiker werden, weil sie alle allgemein vom Sparen reden, aber dann, wenn es konkret wird, das große Jammern anfängt: Jetzt ist es zu Ende.

Herr Bütikofer, Sie sind nach dem, was ich vorhin gehört habe, ein Musterbeispiel dafür.

(Beifall bei der CDU — Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie haben heute den ganzen Tag auf Ihren Ohren gegessen!)

Wenn hier der Vorwurf erhoben würde, wir hätten zuwenig gespart, kann man natürlich über den Begriff Sparen reden. Oberbürgermeister Rommel hat einmal gesagt: „Sparen ist, Geld, das man hat, nicht auszugeben.“ Aber wir leben immer noch davon, daß wir Geld ausgeben, das wir nicht haben. Sonst hätten wir nämlich keine Kreditaufnahme.

(Abg. Weyrosta SPD: Ich erinnere an den Spruch Ihres Mopses!)

— Ja, ja. — Kurzum, ich sage es noch einmal: Über die Definition des Sparens kann man lustig reden.

Wenn wir nicht sparen würden, wären doch die Zeitungen nicht voll von Artikeln, in denen so getan wird, als lebten wir in einem Jammertal. Weshalb wird da und dort gejammert, als wäre das Ende der Welt da? Wenn wir nicht gespart hätten, könnten die doch nicht jammern. Folglich haben wir doch gespart.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU — Abg. Bütikofer GRÜNE: Ach so! — Abg. Dr. Puchta SPD: Und wenn's am Jammern ist!)

Herr Bütikofer, dieser Logik müßten Sie eigentlich folgen können.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist ja Kabarett, was Sie da machen!)

Ich will Sie nicht mit Zahlenkolonnen langweilen, sondern nur eines sagen: Seit ich Finanzminister in der ersten und der zweiten Regierung Teufel bin, ist in einer großen Solidarität unter Führung dieses Ministerpräsidenten ein Konsolidierungskurs gefahren worden. Wenn wir in den vergangenen vier Jahren 6,7 Milliarden DM Mehrausgaben und Steuermindereinnahmen zu verkraften hatten und gleichzeitig die Kreditlinie der mittelfristigen Finanzplanung um 500 Millionen DM abgesenkt haben, dann kann man zwar sagen, das sei zuwenig, aber für mich ist es auf jeden Fall eine Leistung.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Wenn wir den Haushalt 1995/96 nehmen, wo Mehrausgaben durch die deutsche Einheit und Mindereinnahmen im Steuerbereich in der Größenordnung von wiederum 7 Milliarden DM zu verzeichnen sind und wir dies ohne Krediterhöhung aufgefangen haben, dann ist auch das eine Leistung. Meine Damen und Herren, da bin ich schon stolz auch für diese Koalitionsregierung, bei aller unterschiedlichen Interessenlage, die wir haben – jeder weiß ja, wo er herkommt –, daß wir das durchgehalten haben.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Und wir wissen auch, wo Sie hin wollen!)

Das kann sich im Ländervergleich nicht nur sehen lassen, sondern das ist eine absolute Leistung im Ländervergleich. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin nach der Steuerschätzung gefragt worden. Die Steuerschätzung ist von allen Sachverständigen vorgenommen und von allen, die in diesem Bereich Rang und Namen haben, errechnet und regionalisiert worden. Die Situation ist die, daß wir gegenüber dem Anschlag im Etat für 1995 eine Mindereinnahme im Steuerbereich von 380 Millionen DM haben werden und daß dies durch die Verbände Länderfinanzausgleich, Kommunaler Verbund, Grunderwerbsteuer, Feuerschutzsteuer, alles, was in diesen Verbänden drin ist, zu 340 Millionen DM Minderausgaben führen wird. Das heißt, daß ein ungedeckter Rest von 40 Millionen DM bleibt. Diese 40 Millionen DM werden wir aufzufangen haben.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich auf eines hinweisen: Wir sind in dem, was unsere Steuerkraft ausmacht, im Grunde genommen direkt abhängig von der Entwicklung der Steuerkraft in den neuen Ländern. In den neuen Ländern gibt es Sprünge in der Wirtschaftskraft – das ist etwas anders, als es manchmal in den Gazetten und in den elektronischen Medien dargestellt wird – von 9 bis 10 % pro Jahr. Diese geringe Marge konnte nur errechnet werden, weil für die nächsten beiden Jahre ein solches Wirtschaftswachstum in den neuen Ländern weiter prognostiziert wird. Wenn die Wirtschaftskraft dort nicht in gleichem Maße wächst, wird die Lücke im Haushalt größer werden.

Das ist jetzt das, was hier gesagt wird: Manchmal ist der Haushalt gar nicht da, manchmal ist er auf Sand gebaut, manchmal steht er auf tönernen Füßen, manchmal wird er abgelehnt.

(Abg. Drexler SPD: Betoniert!)

Ich kann nur sagen: Jeder Haushalt, ob er sich nun auf ein oder zwei Jahre erstreckt, ist in unserer unsicheren Zeit auch unsicher.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Gut!)

Im Grunde müßte man, wenn die Reinkultur unter dem Aspekt der Wahrung der Rechte des Landtags erfüllt werden müßte, praktisch jeden Monat einen neuen Haushalt vorlegen.

(Abg. Oettinger CDU: Einen Nachtrag bringen!)

Das ist die Wirklichkeit.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist eine Übertreibung! – Gegenruf des Abg. Keitel CDU: Das ist nicht übertrieben!)

– Herr Bütikofer, ich kann Ihre Zwischenrufe schon bald nicht mehr hören. Ich finde sie nicht einmal mehr originell.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Früher waren sie noch originell. Aber diese Zeiten sind auch schon lange vorbei.

Ein Unsicherheitsfaktor ist in jedem Haushalt. Ich kann Ihnen noch mehr Unsicherheitsfaktoren nennen. Sie sind hier gar nicht angesprochen worden. Ein Unsicherheitsfaktor ist natürlich die Tarifentwicklung. Wir haben diesem Haushalt eine Tarifentwicklung zugrunde gelegt, wie sie im Jahr 1994 war. Wenn die IG Metall ihre Forderung nach einer Tarifierhöhung um 6 %, mit der sie vorausmarschiert, realisieren würde und ihr alle folgen würden, könnten Sie den Haushalt wirklich umschmeißen. Denn jeder Prozentpunkt über das hinaus, was wir veranschlagt haben, bedeutet 100 Millionen DM. Das heißt, eine Erhöhung um 2 % entspricht 200 Millionen DM mehr. Dann kann man sehen, wie man das im Haushalt wieder auf die Reihe bringt.

Ich will ein Wort zu dem immer wieder erwähnten Begriff „Struktur des Haushalts“ sagen. Es gibt so schöne Schlagworte wie das von der Struktur des Haushalts. Wenn mich jemand morgens um drei Uhr weckt und den Begriff „Struktur des Haushalts“ nennt, schlafe ich sofort weiter.

(Heiterkeit)

Jeder spricht davon. Aber es soll mir einmal jemand konkret sagen, wie er die Struktur verändern will.

Ich komme auf zwei, drei Punkte zurück, bei denen sich die Struktur verändert hat, ohne daß es die Kritiker gemerkt haben. Sie müssen die Zahlen, die wir Ihnen übermitteln, einmal durchlesen. Dann kommen Sie darauf, daß die bereinigten Einnahmen seit 1991 über den bereinigten Ausgaben liegen. Dies ist eine strukturelle Veränderung. Wenn die bereinigten Einnahmen auf Dauer über den bereinigten Ausgaben liegen, wird der Haushalt in seiner Struktur von Jahr zu Jahr besser.

Die Kreditfinanzierungsquote geht während des Zeitraums der mittelfristigen Finanzplanung von 4,0 auf 2,1 % zurück. Das ist fast eine Halbierung der Kreditfinanzierungsquote. Das ist eine strukturelle Verbesserung.

Was wir noch nicht haben und wohin wir kommen müssen, ist eine Verbesserung der Personalausgabenquote. Nun kann ich die Personalausgabenquote immer an Prozenten messen. Wer das nur an Prozenten mißt, gibt sich aber einem Trugschluß hin.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Wenn ich einen Haushalt ungeheuer aufblase, geht die Personalkostenquote zurück. Aber in Wirklichkeit wird der Haushalt schlechter. Deshalb ist die Personalausgabensteuer-

(Minister Mayer-Vorfelder)

quote ein viel besserer Indikator. Kollege Schleußer hat sie in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Sie besagt, wieviel Prozent unserer Steuern für Personal verwandt werden. Nordrhein-Westfalen hat als Ziel die Quote auf 50 % festgelegt. 1992 lagen wir bei 53,7 % und 1993 bei 55 %. Das steigt bis auf 57 %. Die Quote soll dann wieder aufgrund der Maßnahmen, die diese Koalition beschlossen hat, bis auf 51 % sinken. Damit liegen wir immer noch über 50 %. Wenn 50 % der gesamten Steuereinnahmen des Landes nicht mehr ausreichen, um das Personal zu finanzieren, dann muß man schon nachdenklich werden.

Ich will zu den Investitionen noch einige Worte sagen. Da hat Herr Bütikofer – das ist von der Presse auch ganz gut aufgenommen worden, weil sie es auch nicht nachgerechnet hat –

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Jetzt aber!)

Horrorzahlen genannt. Die Investitionen gingen in steilem Sturzflug nach unten und lägen nur noch bei 8,5 %.

(Zuruf des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Wie gesagt, mit dem Einmaleins kann man es nicht errechnen. Ich will auch nicht böse sein, Herr Bütikofer. Gehen Sie einmal nach Niedersachsen, wo Ihre Freunde mitgewirkt haben. Dort ist der Haushalt verfassungswidrig, weil die Investitionsquote unter die Nettokreditaufnahme sinkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dort waren Sie ganz gewaltig mit beteiligt, während wir in diesem Bereich mit 2,1 Milliarden DM Nettoneuverschuldung bei einer Investitionshöhe von rund 7 Milliarden DM weit davon entfernt sind, daß irgendwo kritische Anmerkungen über die allgemeine Betrachtung hinaus gemacht werden können.

Ich will also zu den Investitionen etwas sagen. Der Kollege Kuhn hat davon gesprochen – er hat dabei drohend zu mir geschaut und die Augen wie ein Känguruh gerollt, wenn es donnert –,

(Große Heiterkeit)

ich würde die Investitionen falsch interpretieren. Nein, ich interpretiere die Investitionen schon richtig. Für mich ist der klassische Investitionsbegriff eben überholt. Ich komme aber noch auf Ihre Rechnung zurück, denn da haben Sie den klassischen Investitionsbegriff.

Wenn wir in anderen Investitionsvorstellungen leben, wenn wir Investitionen für die Zukunft heranziehen, dann sind natürlich Personalausgaben im Hochschul- und im Schulbereich Investitionen für die Zukunft. Da wir in diesem Bereich aber so viele Investitionen vornehmen, ist für mich auch eine gewisse Rechtfertigung gegeben, daß wir Nettokreditaufnahmen haben, weil dies in die Zukunft wirkt. Wenn wir aber in die Zukunft arbeiten, kann auch die nächste Generation verpflichtet sein und verpflichtet werden, einen Teil dieser Schulden zurückzuzahlen, wenn wir die Investitionen für die Zukunft tätigen, die diese Generation hat, die dann auch von den Segnungen dieser Zukunftsinvestitionen einen Vorteil haben wird.

Ich will wieder zu der klassischen Rechnung zurückkommen. Es ist gesagt worden, wir hätten alle möglichen Schattenhaushalte, wir versteckten dort jedes Jahr ein paar Milliarden Mark. Das klingt ja alles wunderbar, aber das Wesentliche ist, daß alles über den Haushalt läuft und jede Ermächtigung für Baufinanz oder Landesentwicklungsgesellschaft oder L-Bank im Haushalt steht und von jedem nachgelesen werden kann. Ich darf auch nicht Ermächtigungen mit tatsächlicher Schuldaufnahme verwechseln.

In diesen Bereichen – LKB, Baufinanz, LEG –, in denen Zukunftsinvestitionen insbesondere für den universitären Bereich, aber auch für die Konversion militärischer Anlagen getätigt werden, liegt der Gesamtschuldenstand bei 477 Millionen DM. Das ist gerade 1 % der Verschuldung, die im Haushalt festgelegt ist. Wenn ich aber diese Investitionen, die dort getätigt werden, mit einbeziehe, haben wir eine Investitionsquote von 12,8 % und im nächsten Jahr von 12,4 %. Deshalb kann überhaupt nicht die Rede davon sein, daß wir in dieser Frage etwas versäumten oder grundsätzlich falsch machten.

Zum Personal: Die Diskussionen, die hier geführt worden sind, haben mich erfreut, aber auch gleichzeitig erschreckt,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Tief traurig gemacht!)

weil ich manchmal das Gefühl habe,

(Abg. Dr. Puchta SPD: Schreckliche Freude!)

daß manchmal Leute hier in der Vorstellung leben, man könnte jeden Tag 500 Beamte in den Schloßhof führen und sie dort erschießen und damit habe man das Problem des sogenannten schlanken Staates gelöst,

(Unruhe)

daß es hier Leute gibt, die davon reden, die Umwandlung von Beamtenstellen in Angestelltenstellen koste nicht mehr, dann hätten wir den schlanken Staat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt haben wir es!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns wieder zur Wirklichkeit und zur Realität zurückkehren.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das haben Sie nötig!)

Wir haben in dieser Regierung beschlossen, die zusätzlichen Stellen neutral zu schaffen. Das heißt, wir schaffen an anderer Stelle einen Ausgleich. Wir haben in den zwei Jahren, für die Sie uns überprüfen können, genau die Rate erfüllt. Wir haben im Doppelhaushalt 1993 und 1994, in dem natürlich mehr Stellen zugegangen sind, zusammen 1 500 Stellen gestrichen. Der Ausgleich für die zusätzlichen Stellen muß im Doppelhaushalt 1995/96 erbracht werden. Weil ich genau weiß, was hier immer kommt, wache ich genau darüber. Wir können auf die einzelne Stelle nachweisen, daß entsprechend den Laufbahnen die Stellen gestrichen werden.

Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, wie schwierig das ist. Glauben Sie bloß nicht, daß Sie aus 20 % des Gesamtpersonals – 80 % sind ja gleich tabu und bleiben außen vor, da darf gar nichts gemacht werden – pausenlos

(Minister Mayer-Vorfelder)

weiter herunterstreichen können, ohne daß Sie die Verwaltung wirklich einmal gefährden.

Darüber lasse ich mit mir reden: Was ist das Richtige, zuerst die Beamtenstellen oder die Aufgaben zu streichen? Darüber kann man trefflich streiten. Bis die Aufgaben weg sind, kann man lange warten. Aber wenn wir einmal Stellen streichen, dann wird der Druck so groß, daß auch die Aufgaben wegfallen.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Das ist meines Erachtens der Weg, der wahrscheinlich viel schneller zum Ziel führt.

(Abg. Haasis CDU: Das glaube ich auch!)

Und damit auch dies jetzt endlich einmal erledigt ist: Zum 1. Januar 1995 sind alle Betriebsprüferstellen besetzt – alle! –, so daß ich mir hier nicht mehr vorhalten lassen muß, wir hätten unbesetzte Betriebsprüferstellen, wodurch Milliarden verlorengehen, die die gar nicht finden können.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Aber die Dienstposten sind nicht alle besetzt!)

Es ist ein großes Ammenmärchen, zu glauben, wenn man pausenlos mehr Betriebsprüfer einstelle, könne man unbegrenzt Milliarden aufspüren, die da munter auf den Straßen lägen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Aber 100 Millionen würden uns schon helfen!)

Eine Zahl müssen Sie jetzt einmal zur Kenntnis nehmen: 80 % aller Gelder, die über Betriebsprüfungen hereinkommen, werden von den Groß- und Mittelbetrieben erbracht, und die größten Betriebe werden im Anschluß geprüft. Das heißt, es gibt überhaupt keinen Zeitraum bei diesen Betrieben, in dem nicht die Betriebsprüfung ein genaues Auge auf das wirft, was dort geschieht.

Jetzt noch einmal allgemein zu diesen Personalfragen. Ich mache keinen Hehl aus meiner Meinung, daß ich nichts davon halte, die Beamten generell abzuschaffen. Das sage ich ganz offen. Der Herr Ministerpräsident hat die Richtung gewiesen, in die wir gehen wollen – im übrigen im Konsens der Koalition, wenn ich das richtig sehe –: daß wir unser Beamtenrecht modernisieren und der Zeit anpassen müssen, von der Leistungszulage bis hin zu einer Verschiebung der Altersstufe. Was hat denn ein junger Polizist mit 28 Jahren davon, wenn ich ihm sage: „Du hast mit 60 eine schöne Pension.“ Der entgegnet: „Du hast gut reden, du Grufti.“

(Abg. Kuhn GRÜNE: Sagt er das zu Ihnen?)

– Das sagt er nicht, weil er Ehrfurcht vor mir hat, aber das denkt er.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Puchta SPD: Komposti! –
Beifall des Abg. Bütikofer GRÜNE)

Deshalb muß die Eingangsbesoldung angehoben werden, und das geht nur, wenn man die Dienstaltersstufen streckt. Damit ist den jungen Menschen weitaus mehr gedient, vor allem wenn eine Leistungszulage dazukommt.

Die Angestelltenstellen – der Kollege Maurer ist wieder weg – sind teurer. Ich kann Ihnen die Berechnung geben. Wer sie anzweifelt, kann es schwarz auf weiß nachlesen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Stimmt ja auch!)

Eine Angestelltenstelle mit all den Abgaben, die die Arbeitgeberseite zu bezahlen hat, ist 25 % teurer als die Beamtenstelle.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Ammenmärchen! –
Abg. Weyrosta SPD: Wie ist es mit der Pension?)

– Ja, Ammenmärchen. Stimmen Sie mir jetzt zu oder nicht?

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Nein!)

– Also gut, dann ist es ein Ammenmärchen, was Sie glauben.

(Heiterkeit)

Ich will noch einmal sagen: 25 % ist der Angestellte teurer.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Was habt ihr denn dem gegeben? Der ist heute so verbissen!)

Natürlich kann ich sagen: Er trägt ja seine Pensionslast mit. Auch da gibt es genaue Berechnungen. Das können Sie alles haben. Selbst dann, wenn ich es abzinse, ist der Angestellte 5 % teurer als der Beamte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Einschließlich Pension!)

Was ist die Logik, wenn ich die Versorgungslasten im Staat sehe? Diese sind erschreckend: 2,9 Milliarden DM jetzt; im Jahr 2010 sind es 8,5 Milliarden DM, im Jahr 2020 14 Milliarden DM und im Jahr 2030 18 Milliarden DM. Nun kann ich immer sagen: Das ist ja alles nicht schlimm, es gibt ja auch ein Wirtschaftswachstum und dergleichen mehr. Diese Zahlen müssen uns erschrecken. Deshalb müssen wir schon über einen Pensionsfonds nachdenken. Es soll mir jetzt niemand mit den ökonomischen Betrachtungen kommen, daß man das zum Teil auch über Kredite finanziert. Im Rahmen des Haushalts muß das entschieden werden.

(Beifall des Abg. Kurz CDU)

Wenn man da Kredite aufnimmt, dann muß eben ein Teil davon für diese Dinge verwendet werden. Es ist doch das Problem der Politik, daß wir sehenden Auges manchmal in irgendwelche Dinge hineinfluten, die Wand kommen sehen, dann noch den Schnellgang einlegen und die Augen zumachen und dann baß erstaunt sind, wenn es kracht. Deshalb: Hier besteht ein Handlungsbedarf. Ich sage das immer wieder. Da fordere ich alle auf, die vorhin gesagt haben: „Wir wollen da mitwirken und uns kreativ einbringen“, hier mitzuwirken.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Finanzminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kuhn?

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ist der wieder da?

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Er könnte sich sonst nicht zu einer Zwischenfrage melden.

(Beifall bei der CDU)

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Wenn Herr Kuhn jetzt seine Anwesenheit wieder für erforderlich hält, dann gestatte ich ihm selbstverständlich auch eine Zwischenfrage.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Finanzminister, ich habe Sie leider nicht verstanden.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ich habe gesagt: Wenn es Herr Kuhn für notwendig hält, mal wieder hierzusein, gestatte ich ihm auch eine Zwischenfrage.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Die Zwischenfrage ist gestattet. Bitte, Herr Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Minister, ich kann Sie ja jetzt nicht fragen, wo ich vorhin war.

Ich habe eine Frage zu der Frage, ob Beamte oder Angestellte billiger sind. Ist meine Annahme richtig, daß Ihre Rechnung im Kern eine wichtige Voraussetzung hat, nämlich die Höhe des Zinssatzes? Und ist es richtig, daß Sie mit 7 % gerechnet haben?

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Mit 6 % haben wir gerechnet.

Abg. Kuhn GRÜNE: Mit 6 % haben Sie gerechnet.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Beim Abschlag.

Abg. Kuhn GRÜNE: Verstehen Sie: Je nachdem, wie die Zinsentwicklung sein wird, ist es doch eine andere Rechnung.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Das ist klar.

Abg. Kuhn GRÜNE: Deswegen brauchen wir das gar nicht so schwierig auszustreuen, sondern es hängt von der Zinsentwicklung ab, ob es zusammengeht oder nicht.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Finanzminister.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Ich bin ja bereit, mit Ihnen zu reden. Sie können das gesamte Zahlenwerk haben, und wir können doch über das Zahlenwerk diskutieren. Es ist nicht so, daß ich eine Geheimwissenschaft verkünde, sondern die Berechnungsbeispiele sind vorhanden. Wir haben mit 6 % gerechnet. Wenn wir mit 7 % rechnen, ist es anders. Es entwickelt sich aber noch günstiger, wenn ich 7 % abschlage.

Zur Kreditaufnahme: Die Kreditaufnahmen sind alle angesprochen worden. Ich habe schon etwas dazu gesagt. Natürlich ist die idealtypische Vorstellung, daß man irgendwann zur Nullverschuldung kommt. Die noch idealere Vorstellung ist, daß man einen Julisturm hat und damit Schulden deckt. Ich weiß nicht, ob wir diesen Punkt erreichen werden. Das hängt mit von Ihnen ab.

Nur: Wir haben — und das ist wirklich auch ein Ausweis dieser Regierung — nach Bayern die günstigste Pro-Kopf-Verschuldung — die günstigste! Und Bayern hat eine etwas

andere Struktur, auch im Verhältnis zu den Kommunen. Deshalb konnten die das machen. Das Entscheidende ist für mich, daß wir mit 4 108 DM Pro-Kopf-Verschuldung 1 000 DM günstiger liegen als Hessen, 2 000 DM günstiger als Nordrhein-Westfalen und 7 000 DM günstiger als das Saarland.

Wenn ich die neuen Schuldaufnahmen im Jahr 1995 betrachte, stelle ich fest, daß es kein Land gibt, das eine niedrigere Schuldaufnahme als Baden-Württemberg hat. Deshalb glaube ich, daß wir mit Fug und Recht vor die Öffentlichkeit treten und sagen können, daß wir das tun, was im Rahmen unserer Möglichkeiten geschehen kann.

Zu den globalen Minderausgaben: Auch dies ist ein Wandepokal. Er wird bei jeder Haushaltsberatung auf den Tisch gestellt und abgestaubt, und dann verschwindet er wieder in der Vitrine.

(Abg. Pfister FDP/DVP: In den Ministerien!)

Und bei der nächsten Haushaltsberatung ist er wieder da.

(Zurufe der Abg. Pfister FDP/DVP und Bütikofer GRÜNE)

Der Monstranzträger ist meistens Herr Bütikofer. Früher war es Herr Brechtken, aber er ist jetzt in der Verantwortung,

(Heiterkeit)

deshalb kann er nicht mehr mittragen.

(Abg. Brechtken SPD: Ich nutze den Spielraum des Parlaments!)

Ich sage in aller Ehrfurcht die Wahrheit.

Also: Über die globalen Minderausgaben kann man trefflich streiten,

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Aber nicht grenzenlos!)

weil natürlich — es gibt keine Schwarzweißargumentation — die Argumentation, die auch heute vom Kollegen Kiesecker, wie ich meine, vorgebracht worden ist, nicht falsch ist. Wenn man einen Etatansatz hat und nicht weiß, wieviel im Ressort auf diesen Etatansatz an globalen Minderausgaben gelegt wird, ist im Grunde genommen die einzelne Position nicht so aussagekräftig wie ohne globale Minderausgabe. Das ist völlig logisch. Nur: Ich halte die globale Minderausgabe — über die Höhe kann man sich auch streiten —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Wir streiten nur um die Höhe!)

aus zwei Gründen für unverzichtbar, nämlich erstens deswegen, weil das einzelne Ressort ein Stück Flexibilität haben muß, und zweitens deswegen, weil das Ressort diese Flexibilität insbesondere in unsicherer Zeit haben muß,

(Zuruf des Abg. Kuhn GRÜNE)

weil sonst überhaupt nichts mehr geht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist nichts Neues!)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Das heißt, es sind Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen.

Ich habe gesagt, daß man über die Höhe streiten kann. 800 Millionen DM. Ich könnte es mir jetzt einfach machen und die Zahlen nennen. 1980 – damals war ich ja für den Haushalt nicht verantwortlich, sondern damals war ich auf der anderen Seite und habe möglichst viel von diesem Haushalt gefordert – hatten wir ein Haushaltsvolumen von 30 Milliarden DM, und die globale Minderausgabe betrug 610 Millionen DM.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, 610 Millionen DM. Das ist nachzulesen. Jetzt haben wir einen Haushalt von 60 Milliarden DM und eine globale Minderausgabe von 800 Millionen DM. Da könnte ich sagen, das sei alles in Ordnung.

Ich persönlich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir in dem Augenblick, in dem die Zeiten wieder ein Stück stabiler werden, die globale Minderausgabe herunterfahren müssen. Da fordere ich Sie dann alle auf – Haushaltsklarheit in diesen Fragen bedeutet manchmal auch bitteren Schmerz –, mit mir leidensfähig zu werden, wenn es darum geht, das konkret zu machen,

(Abg. Haasis CDU: Da wird es mal wieder schwierig!)

und ich bin durchaus bereit, wenn ein Nachtragsetat 1995 kommt, über manche Positionen in der konkreten Umsetzung der Minderausgabe mit Ihnen zusammenzuwirken, um hier zu Lösungen zu kommen.

Ich wiederhole noch einmal, damit es nicht falsch verstanden wird: Globale Minderausgaben generell abzuschaffen halte ich nicht für sachgerecht und im Interesse der Flexibilität eines Haushalts auch nicht für notwendig.

Zur Steuerpolitik: Auch dazu ist ungeheuer viel gesagt worden, und die Steuerentwicklung der nächsten Jahre ist ja nicht ohne Bedeutung. Wir stehen hier vor einer entscheidenden Zeit, und alle, die hier über Steuerreform und Steuervereinfachung geredet haben, werden gefordert werden.

Ich sage: Es ist eine geschichtliche Zeit, und wir haben eine geschichtliche Chance. Wenn wir jetzt, da große Veränderungen im Steuerbereich anstehen, nämlich Schaffung des Existenzminimums, ein verbesserter Familienlastenausgleich und eine Fortführung der Unternehmensteuerreform, die Steuervereinfachung nicht zustande bringen, wenn wir nicht im Zusammenhang mit großen Veränderungen in diesen Steuerarten eine Steuervereinfachung hinbekommen, werden wir sie nie mehr hinbekommen. Wenn man bezüglich der Steuervereinfachung ehrlich ist und nicht nur eben so über den Wolken schwebt, wo die Freiheit grenzenlos ist,

(Zuruf des Abg. Dr. Puchta SPD)

muß man sich hin und wieder den Erdblick verschaffen und danach fragen, wie die Vereinfachung des Steuerrechts möglich ist.

Die Vereinfachung des Steuerrechts ist möglich durch Pauschalierungen, durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen, durch Beseitigung von Steuervergünstigungen und Sub-

ventionen, die im Steuerrecht angesiedelt worden sind. Steuervereinfachung ist möglich, wenn man das Steuerrecht nicht pausenlos für alle Politikfelder mißbraucht. Umwelt, Wirtschaft, Soziales, Verkehr und dergleichen mehr haben im Grunde genommen mit dem Steuerrecht nichts zu tun, denn das Steuerrecht ist dazu da, dem Staat die Einnahmen zu verschaffen, die er braucht. Steuerrecht, als Lenkungsmaßnahme verstanden, ist eine sehr gefährliche Kiste

(Abg. Weyrosta SPD: Mit Steuern steuern!)

und führt nicht zur Vereinfachung – das sage ich gerade zu den Grünen hin –, sondern zur Verkomplizierung. Ich will mich da jetzt nicht in der Ökosteuer verlieren. Da kann ich nur mit Helmut Schmidt sagen: Wenn es stimmig ist mit der Ökosteuer, daß sie zu Einsparungen in allen Energiesektoren führt, dann ist sie steuerrechtlich nicht möglich, weil nämlich dann die Steuern eines Tages versiegen.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Aber auch weniger Ausgaben! – Zurufe der Abg. Bütikofer GRÜNE und Wettstein SPD)

– Weniger Ausgaben? Die Ausgaben machen wir hier. Da habe ich meine Zweifel. Aber ich will mich nicht bei der Ökosteuer verlieren, ich will nur sagen: Wir können uns da gut über die Ökosteuer unterhalten; ich meine, manche Dinge verstehe ich, manche verstehe ich nicht.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Vielleicht sind Sie schon zu alt!)

Weshalb die CO₂-Steuer insbesondere bei der Kernenergie angewendet wird, kann ich nicht nachvollziehen, sondern da ist nur ein politischer Impetus dahinter, daß man die Kernenergie nicht mehr will. Jetzt will ich mich nicht in die Einzelheiten der Ökosteuer verlieren. Wir müssen die Steuervereinfachung anpacken, und dieses Land – das sage ich in vollem Bewußtsein – wird eine große Brückenfunktion auszuüben haben, wenn es bei unterschiedlichen Mehrheiten im Bundestag und Bundesrat darum geht, Lösungen zu finden, und zwar sowohl im Bereich des Familienlastenausgleichs wie bei der Steuervereinfachung bis hin zu einer neuen Ordnung der Wohnungsbauförderung. Ich bin guter Hoffnung, daß wir da einiges bis hin zur Unternehmensteuer hinbringen werden. Die beste Steuervereinfachung, meine Damen und Herren – gleichgültig, wo man politisch steht –, ist die völlige Beseitigung einer Steuer. Das ist die größte Vereinfachung. Wenn Sie die Gewerbesteuer- und die betriebliche Vermögensteuer beseitigen, wenn Sie die Grundbesteuerung auf eine andere Grundlage als die Einheitsbewertung stellen, dann haben Sie die größte Vereinfachung, die es überhaupt geben kann. Wenn die Mehrheit im Bundesrat endlich willens wäre, der Vorstellung zu folgen, die diese Koalition entwickelt hat, die Kraftfahrzeugsteuer abzuschaffen und auf die Mineralölsteuer umzulegen, dann würde das – weil die Kraftfahrzeugsteuer mit die komplizierteste Steuer ist – allein bei uns im Land etwa 400 Beamte in anderen Bereichen nutzbringende Tätigkeit ausüben lassen.

(Abg. Walter GRÜNE: Aber der Wissmann will es doch noch komplizierter machen! – Abg. Kuhn GRÜNE: Und fragen Sie einmal Herrn Waigel! – Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Da müssen Sie einmal mit Wissmann reden! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

(Minister Mayer-Vorfelder)

— Herr Waigel auch. Ich sage das ja nur. Zunächst gilt das auch im Bundesrat. Zunächst bin ich im Bundesrat, Herr Kuhn. Wir haben das im Bundesrat eingebracht und sind damit relativ allein geblieben. Deshalb setze ich jetzt auch einmal auf die Kollegen von der SPD — es gibt ja so viele SPD-regierte Länder —,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Leider, leider!)

hier ein Stück weiter zu denken. Ich sage es noch einmal: Sie werden gefordert werden.

Ich will jetzt nicht mehr zu allen Einzelpunkten Stellung nehmen. Nur zwei Punkte will ich noch aufnehmen. Das eine, Herr Döring — — Jetzt ist er wieder fort. Die Fraktionsvorsitzenden schmeißen ihre Pflichtrunde, und dann verschwinden sie. Das ist für sie die Bedeutung dieses Haushalts.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Mit wem sprechen Sie eigentlich?)

— Ach, da ist er. Ich habe jetzt nach hinten geschaut, Verzweiflung.

(Heiterkeit)

Ich sehe Sie immer hinten sitzen. Da sind Sie größer, da sehe ich Sie.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist das Brett vor dem Kopf!)

Herr Döring, Sie haben gesagt, hier werde insbesondere im Hochschulforschungsbereich nichts für die Zukunft getan. Das werden Sie bei der Beratung des Einzelplans noch einmal wiederholen müssen, wenn Herr von Trotha herausgehen und Ihnen das im Detail erläutern kann. Ich will es Ihnen nur global sagen:

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das glaube ich! Mit global haben Sie es!)

Es gibt kein Land in der Bundesrepublik

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Mit global haben Sie es!)

— Herr Döring, da müssen Sie einmal zuhören; da nützt es gar nichts, wenn Sie vor sich hin murmeln; da müssen Sie zuhören —,

(Heiterkeit — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das war doch hörbar!)

das einen so hohen Anteil des im Land erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukts für die hohen Schulen verwendet wie Baden-Württemberg.

(Abg. Mogg SPD: Das ist wahr!)

Beinahe 4 % des Bruttoinlandsprodukts werden für Wissenschaft und Forschung ausgegeben. In den letzten zehn Jahren sind diese Mittel von 2,4 Milliarden DM auf beinahe 5 Milliarden DM verdoppelt worden. Da können Sie nicht hier hinstehen und so tun, als ob hier Burundi wäre. Hier ist

Baden-Württemberg, und hier haben wir schon einiges geleistet.

(Beifall bei der CDU — Heiterkeit — Zurufe, u. a.
Abg. Kuhn GRÜNE: Haben Sie etwas gegen Afrika? Haben Sie etwas gegen Schwarze? — Abg. Mogg SPD: Burundi ist gut! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Jetzt kommt gleich wieder der Einwand, ich hätte Burundi beleidigt. Ich habe Burundi natürlich nicht beleidigt.

(Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Ich will noch ein Wort zu der Kinderbetreuung und zu der Kinderenquetekommission sagen. Es ist nicht der böse Wille des Finanzministers gewesen, daß wir das nicht hineingenommen haben. Ich will mich auch nicht darauf zurückziehen, daß die Dinge bislang überhaupt nicht entscheidungsreif gewesen sind. Es ist bislang keine Vorlage im Kabinett, in der diese Frage entschieden wäre. Folglich gilt: Solange dies nicht entschieden ist, ist es auch Sache der Fraktionen, jetzt zum Haushalt zu sagen, wo wir umschichten und was für Mittel wir für die Kinderenquetekommission haben. Aber Sie müssen die Mittel irgendwo finden. Herr Kollege Oettinger hat vorhin in etwa so getan, als ob es bei mir eine große Matratze gebe, unter die man nur richtig hinunterschauen müsse und da das Geld finde. Ich muß Sie enttäuschen: Außer Staub ist unter der Matratze nichts, auf jeden Fall kein Geld.

(Heiterkeit — Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Das war jetzt aber ein schlechtes Beispiel! — Unruhe)

Ich sage es noch einmal: Es war also nicht der böse Wille.

(Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Damit hier nicht der Eindruck entsteht — —

(Anhaltende Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, ich darf Sie doch bitten, sich wieder zu beruhigen.

(Abg. Weimer SPD: Das fällt schwer! — Weitere Zurufe)

Bitte, Herr Finanzminister, fahren Sie fort.

Finanzminister Mayer-Vorfelder: Jawohl, Herr Präsident. — Das Protokoll vermerkt allgemeine Heiterkeit bei der Frage der Kinderenquetekommission. Ich habe sie deshalb angesprochen, damit hier nicht der Eindruck entsteht, dieses Land tue nichts für Kinder.

Dieses Land war das erste Land, das das Landeserziehungsgeld eingeführt hat, und es gab hier schon einige Stimmen, die damals der Einführung des Landeserziehungsgelds heftig widersprochen haben. Das sind Leute, die heute auf der Kinderenquetekommission stramm abfahren.

Es ist auch das Land, das im Kindergartenbereich mehr tut als alle anderen Länder und mit die höchste Kindergartenversorgung hat.

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

(Minister Mayer-Vorfelder)

Nun kann man sich trefflich darüber streiten, ob die Kindergartenplätze überall am richtigen Ort sind. Da gibt es teilweise Überversorgung und teilweise Unterversorgung. Auf jeden Fall haben wir über das Land eine Versorgungsquote von über 95 %. Die Bundesregierung geht bei 95 % von Vollversorgung aus. Wenn Sie jetzt noch eine Stichtagsregelung machen, sind Sie bei der Vollversorgung.

Deshalb sind die Zahlen natürlich auch Ausweis dessen, was wir getan haben. Die Mittel, die wir für die Kinderbetreuung ausgeben, sind von 439 Millionen DM im Jahr 1993 über 525 Millionen DM im Jahr 1995 auf 552 Millionen DM im Jahr 1996 gestiegen. Das ist eine Steigerung um über 100 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, wenn wir ein Stück weit ehrlich miteinander wären, dann würden wir uns wirklich einmal überlegen, ob wir nicht in Fragen wie den Kindergartenplätzen ein Stück flexibler sein wollen. Wir sind doch überall in den gleichen Städten und Dörfern unterwegs, gleichgültig, wo wir herkommen. Gehen Sie doch einmal nachmittags in einen Kindergarten, wo zwei Pflegekräfte sechs Kinder beaufsichtigen — sechs Kinder —, weil mittags eine ungeheure Fluktuation ist. Laßt uns doch da ein Stück flexibler sein. Wir sollten nicht sagen, ein Kindergartenplatz fehle, wenn er morgens belegt ist, aber mittags nicht. Laßt uns da etwas anderes einfallen.

Ich habe nichts gegen die Kinderenquetekommission. Suchen Sie Geld!

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Ich sträube mich überhaupt nicht dagegen. Eines ist aber klar: Bei allem, was man ändern muß und was hier gefordert worden ist, habe ich bislang nur Änderungswünsche nach oben gehört, aber keine nach unten. Sie müssen auch schauen, bei welchen Positionen Sie nach unten fahren. Wir werden Gelegenheit haben, über all diese Fragen im Finanzausschuß zu diskutieren.

(Abg. Walter GRÜNE: Wir haben doch Vorschläge gemacht!)

Ich fordere Sie auf, dort an der Sache entlang diese Fragen aufzugreifen. Sie werden in mir einen offenen Gesprächspartner für alle positiven Gedanken haben, die Sie einbringen.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der Republikaner — Abg. Oettinger CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen in der Allgemeinen Aussprache liegen mir nicht mehr vor.

Wir haben zunächst über die Ausschußüberweisung des Doppelhaushalts 1995/96 und des Mittelfristigen Finanzplans für die Jahre 1994 bis 1998 zu beschließen. Ich kann wohl davon ausgehen, daß Sie damit einverstanden sind, daß diese beiden Unterlagen dem Finanzausschuß zur weiteren Beratung überwiesen werden. — Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Tagesordnungspunkts 2, der

Zweiten und Dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1994 —, Drucksache 11/4763. Die Beschlußempfehlung und den Bericht des Finanzausschusses finden Sie auf den Drucksachen 11/4966 und 11/4967. Berichtersteller ist Herr Abg. Meyer.

Meine Damen und Herren, wir haben auch über diesen Nachtrag eine Allgemeine Aussprache geführt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage sind die Beschlußempfehlungen des Finanzausschusses, Drucksachen 11/4966 und 11/4967.

Wir stimmen zunächst über den

Zweiten Nachtrag zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1994

ab.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

Wer dem Einzelplan 01 — Landtag — zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Einzelplan 02

Staatsministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen ist Einzelplan 02 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 03

Innenministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 03 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus und Sport

Wer zustimmen möchte, möge dies mit Handzeichen anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 04 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 05

Justizministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 05 zugestimmt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich rufe auf

Einzelplan 06
Finanzministerium

Wer möchte zustimmen? — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 06 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 07
Wirtschaftsministerium

Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 07 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 08
Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 08 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 09
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 09 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 10
Umweltministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 10 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 11
Rechnungshof

Kann ich hier ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen? — Dem wird nicht widersprochen. Es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Einzelplan 12
Allgemeine Finanzverwaltung

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 12 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 13
Verkehrsministerium

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 13 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 14
Ministerium für Wissenschaft und Forschung

Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 14 zugestimmt.

Ich rufe auf

Einzelplan 16
Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung
und Kunst

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist Einzelplan 16 zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun Abschnitt II der Beschlußempfehlung auf. Danach soll von dem Schreiben des Wirtschaftsministeriums vom 20. September 1994 betreffend Wohnungsbau 1995, Bericht und Leitlinien zur Wohnungsbauförderung, Kenntnis genommen werden. — Das Haus beschließt so.

Meine Damen und Herren, ich rufe nun die Einzelberatung des Gesetzentwurfs über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1994 auf.

Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 11/4967, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

§ 1

Kann ich hier ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen, oder wünschen Sie förmliche Abstimmung?

(Abg. Schöning FDP/DVP: Ja, einzeln abstimmen!)

Wer § 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen ist § 1 zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist § 2 zugestimmt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich rufe auf

§ 3

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
— Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Etliche Stimmenthaltungen. Sonst ist zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 4

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
— Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist § 4 zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
— Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist § 5 zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 6

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.
— Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einer Stimmenthaltung ist § 6 zugestimmt.

Kann ich bei

§ 7

ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung feststellen? — Dem wird nicht widersprochen; es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, nach dem Abschnitt II der Beschlußempfehlung soll in der Anlage zu dem Gesetz im Gesamtplan bei den Verpflichtungsermächtigungen des Einzelplans 07 eine Korrektur vorgenommen werden. Der Betrag von 1 662 230 000 DM soll durch den Betrag 1 665 730 000 DM ersetzt werden. — Das Haus stimmt dieser Korrektur der Anlage zum Gesetz zu.

Meine Damen und Herren, damit ist die Zweite Beratung beendet.

Wir kommen zur

Dritten Beratung

Abstimmungsgrundlage sind die in Zweiter Beratung gefaßten Beschlüsse.

Wir stimmen zunächst über den

Nachtragsplan

ab.

Ich rufe auf

Einzelplan 01

Landtag

— Zustimmung.

Einzelplan 02

Staatsministerium

— Zustimmung.

Einzelplan 03

Innenministerium

— Zustimmung.

Einzelplan 04

Ministerium für Kultus und Sport

— Zustimmung.

Einzelplan 05

Justizministerium

— Zustimmung.

Einzelplan 06

Finanzministerium

— Zustimmung.

Einzelplan 07 Wirtschaftsministerium

— Zustimmung.

Einzelplan 08

Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

— Zustimmung.

Einzelplan 09

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung

— Zustimmung.

Einzelplan 10

Umweltministerium

— Zustimmung.

Einzelplan 11

Rechnungshof

— Zustimmung.

Einzelplan 12

Allgemeine Finanzverwaltung

— Zustimmung.

Einzelplan 13 Verkehrsministerium

— Zustimmung.

Einzelplan 14

Ministerium für Wissenschaft und Forschung

— Zustimmung.

Schließlich

Einzelplan 16

Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst

— Zustimmung.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Bei den Abstimmungen habe ich stets das Abstimmungsverhalten in Zweiter Beratung zugrunde gelegt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Beratung des

Gesetzes über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1994

Auch insoweit wird das Abstimmungsverhalten in Zweiter Beratung zugrunde gelegt.

Ich rufe auf

§ 1

— Zustimmung.

§ 2

— Zustimmung.

§ 3

— Zustimmung.

§ 4

— Zustimmung.

§ 5

— Zustimmung.

§ 6

— Zustimmung.

§ 7

— Zustimmung.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 30. November 1994 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1994“. — Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dem Gesetzentwurf ist bei etlichen Gegenstimmen zugestimmt. Das Gesetz ist damit angenommen.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen zur Erledigung von Punkt 3 der Tagesordnung: Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich — Drucksache 11/4808 — mit der Beschlußempfehlung und dem Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 11/4964. Berichterstatter ist Herr Abg. Bütikofer.

Auch hier hat die Allgemeine Aussprache bereits stattgefunden, so daß wir sofort in die Einzelberatung eintreten können. Abstimmungsgrundlage dafür ist die Beschlußempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 11/4964.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich

Hier ist es notwendig, daß wir im Einleitungssatz das Datum 25. Oktober 1993 (GBl. S. 653) streichen, weil der Landtag heute noch eine weitere Änderung des Finanzausgleichsgesetzes beschließen wird. Die Einfügung des Datums muß der Landesregierung überlassen werden, weil dies erst möglich ist, wenn bekannt ist, an welcher Stelle des Gesetzblatts die beiden Gesetze verkündet werden. — Das Haus ist damit einverstanden.

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr innerhalb des Artikels 1 die Nummern 1 bis 4 auf. Wird dazu das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Wer den Nummern 1 bis 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Den Nummern 1 bis 4 ist bei etlichen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Meine Damen und Herren, Ihnen liegt auf der Drucksache 11/5030 ein Änderungsantrag der CDU- und der SPD-Fraktion vor. Er will die Einfügung einer neuen Nummer 5 in Artikel 1. Wird dazu das Wort gewünscht? — Herr Abg. Dr. Ohnewald, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Ohnewald CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur ganz wenige Sätze. Es geht bei diesem Antrag um einen interkommunalen Ausgleichsanspruch im Bereich der Schülerbeförderung. Ich will ein Beispiel nennen: Es gibt bestimmte Schulen, wie zum Beispiel Blindenschulen oder Taubstummschulen, deren Schüler oft ungeheuer lange Schulwege haben. Die Schülerbeförderungskosten können im Einzelfall bis zu 40 000 DM pro Schüler ausmachen. Bisher mußte das alles diejenige Institution zahlen, in deren Bezirk diese Schule liegt.

Wir möchten eine Kappungsgrenze einfügen. Wenn über 10 000 DM Schülerbeförderungskosten anfallen, dann soll der Kreis, in dessen Bezirk der Schüler wohnt, auch in Anspruch genommen werden können.

Ich gebe zu, dies bringt Vergünstigungen auch für das Land Baden-Württemberg, das in Teilen selbst Schulträger ist. Die kommunalen Landesverbände sind dagegen. Wir meinen aber, daß wir eine vernünftige und abgewogene Lösung gefunden haben. Ich bitte um Annahme dieses Antrags.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über diesen Änderungsantrag abstimmen, der als Nummer 5 von Artikel 1 in die Gesetzesvorlage eingearbeitet werden soll,

(Abg. Keitel CDU: Peanuts!)

sofern ihm zugestimmt wird. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. — Ge-

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

genprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen und wenigen Gegenstimmen ist dieser Antrag angenommen.

Meine Damen und Herren, damit werden die bisherigen Nummern 5 bis 7 des Artikels 1 die Nummern 6 bis 8. Zu Nummer 8 (neu) empfiehlt der Finanzausschuß eine Änderung, die Sie auf der entsprechenden Drucksache finden.

Wir können zunächst noch über Nummer 8 a (neu) abstimmen. — Ich darf insoweit die Zustimmung des Hauses feststellen.

Bei Nummer 8 b soll nach der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses ein Absatz 26 eingefügt werden. Dies macht es auch erforderlich, den Einleitungssatz zu ändern. Er muß dann korrekt lauten: „Folgende Absätze 24, 25 und 26 werden angefügt.“ — Ich darf feststellen, daß das Haus der Nummer 8 b in der Fassung der Beschlußempfehlung des Finanzausschusses und mit den eben vorgetragenen Änderungen im Einleitungssatz zustimmt. — Es ist so beschlossen.

Ich habe allerdings noch über die Nummern 6 (neu) und 7 (neu) abstimmen zu lassen. Wer diesen Nummern zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen und einigen Gegenstimmen ist den Nummern 6 (neu) und 7 (neu) zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Ich muß darauf hinweisen, daß durch die Annahme des Änderungsantrags eine Änderung auch in Artikel 2 notwendig ist.

(Abg. Weimer SPD: Ja, richtig!)

Da wir in Artikel 1 eine neue Nummer 5 eingefügt haben, muß es jetzt in Absatz 2 des Artikels 2 in Satz 1 heißen: „Artikel 1 Nr. 2 und 8“ und in Satz 2: „Artikel 1 Nr. 7“. — Ich kann wohl ohne förmliche Abstimmung davon ausgehen, daß Artikel 2 in dieser veränderten Form zugestimmt wird.

(Abg. Weimer SPD: Wir haben Vertrauen in das Präsidium!)

Meine Damen und Herren!

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 30. November 1994 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes“. — Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dem Gesetz ist bei etlichen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist auch Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe nunmehr **Punkt 4** unserer Tagesordnung auf:

Zweite Beratung

a) des **Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Eingliederung der staatlichen Veterinärämter, zur Aufhebung der staatlichen Gesundheitsämter, zur Übertragung von Aufgaben der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz auf untere Verwaltungsbehörden sowie zur Bereinigung fleischhygiene- und lebensmittelrechtlicher Zuständigkeiten (Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz) — Drucksache 11/4862**

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses — Drucksache 11/4987

Berichterstatter: Abg. Redling

b) des **Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienstgesetz — ÖGDG) — Drucksache 11/4871**

Beschlußempfehlung und Bericht des Sozialausschusses — Drucksache 11/4988

Berichterstatter: Abg. Dr. Walter Müller

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache über beide Gesetzentwürfe eine Gesamtredezeit von 10 Minuten je Fraktion festgelegt, wobei auch hier gestaffelte Redezeiten gelten sollen. Innerhalb der Gesamtredezeit sind auch etwaige Änderungsanträge zu begründen und mit zu behandeln.

Wem darf ich in der Allgemeinen Aussprache das Wort erteilen? — Herr Abg. List, Sie haben das Wort.

Abg. List CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Das, worüber wir heute zu diskutieren und zu entscheiden haben, ist in das Gesamthema Verwaltungsreform in unserem Land eingebettet. Dabei wird niemand ernsthaft bestreiten, daß eine solche Reform dringend notwendig ist. Dies gilt für notwendige Rechtsbereinigungen genauso wie für die Überprüfung von Vorschriften und Richtlinien, für die Vereinfachung und für die Beschleunigung von Verwaltungsabläufen ebenso wie für die notwendige Delegation von Aufgaben nach unten mit dem Ziel, möglichst nahe beim Bürger zu arbeiten.

Wer konkret mit der Verwaltungsreform zu tun hat, weiß, daß dies kein leichtes Unterfangen ist. Zwar lassen sich Ziele

(List)

und Vorstellungen dazu pauschal gut und einleuchtend formulieren, aber die Schwierigkeiten beginnen dann, wenn es an die konkrete Umsetzung, an das Eingemachte geht.

Wir werten es als sehr positiv, daß eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung und Reform der Verwaltung bereits auf den Weg gebracht wurde. Kaum ein Vorhaben, meine Damen und Herren, ist so intensiv und heftig diskutiert worden wie das, das heute zur Entscheidung ansteht. Allerdings muß man darauf hinweisen, daß sich dies schwerpunktmäßig auf die Eingliederung der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz bezieht. Bei der Eingliederung der Gesundheitsämter und der Veterinärämter ging dies wesentlich geräuschloser ab, nicht zuletzt deshalb, weil die zuständigen Fachminister und ihre Ministerien sehr konstruktiv mitgearbeitet haben. Dafür möchte ich mich im Namen unserer Fraktion bei Frau Ministerin Solinger und bei Herrn Minister Weiser sehr herzlich bedanken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Bei der nach meiner Auffassung völlig überhöht geführten Diskussion um die Teileingliederung der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz in die unteren Verwaltungsbehörden wurden manche Fakten übersehen oder bewußt nicht zur Kenntnis genommen. Beispielsweise scheint immer wieder die Tatsache verkannt worden zu sein, daß die Entscheidungen zum Schutz des Wassers, zur Reinigung des Abwassers und zum Bodenschutz von den unteren Verwaltungsbehörden und nicht von den Fachbehörden getroffen werden. Dabei hat in der ganzen Diskussion über die Eingliederung niemand ernsthaft den unteren Verwaltungsbehörden vorgeworfen, sie hätten bei der Umsetzung der vorgegebenen Umweltstandards und der Erfüllung der Umweltaufgaben ihre Pflicht nicht ordnungsgemäß erfüllt.

Auch bei den Verhandlungen und letztlich bei der Formulierung der Koalitionsvereinbarung wurden solche Zweifel nicht geäußert, auch nicht vom Umweltminister, der in der Koalitionsrunde an diesem Thema direkt beteiligt war und keinerlei Einwendungen oder Bedenken gegen die Eingliederung vorgetragen hat, im Gegenteil.

(Abg. Hackl GRÜNE: Jeder hat einmal einen schlechten Tag!)

– Im Gegenteil!

(Abg. Hackl GRÜNE: Er hatte halt einen schlechten Tag erwischt!)

– Dann haben Sie aber laufend schlechte Tage, Herr Hackl.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist bekanntlich niemand daran gehindert, täglich klüger zu werden. Aber wenn man solches für sich reklamiert, dann müssen neue Fakten oder geänderte Grundlagen dafür nachgewiesen werden. Da ist jedoch bisher außer der Kostenfrage nicht viel Konkretes zu sehen und zu hören.

Um die Ablehnung zu untermauern, sind die Kosten in astronomische Dimensionen hochgerechnet worden. Sie wurden aber sowohl vom Innenminister in seiner klaren und schlüssigen Darlegung bei der Ersten Beratung des Gesetz-

entwurfs als auch anschließend vom Rechnungshof im Rahmen der Anhörung des Innenausschusses Stück um Stück relativiert. Man hat offensichtlich im Umweltministerium versucht, über einen immer höher aufgetürmten Kostenberg das Vorhaben totzurechnen.

Meine Damen und Herren, wenn wir, wie wir das bei Entscheidungen immer wieder tun, sorgfältig die Gesichtspunkte dafür und dagegen gegeneinander abwägen,

(Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

kommen wir zum Ergebnis, daß die weit überwiegende Zahl der Gründe für die Eingliederung sprechen. Die Verwaltung auf der unteren Ebene in unserem Land ist mit 491 Sonderbehörden viel zu sehr zersplittert und erschwert integrierte Entscheidungen.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Die Zusammenführung des Fach- und Sachverständes mit der Entscheidungsinstanz führt zu kürzeren Wegen, zu einer direkten Abstimmung im selben Haus und ermöglicht damit schnelles, wirkungsvolles und wirtschaftliches Verwaltungshandeln. Niemand denkt zum Beispiel daran, auf der Ebene der Städte und Gemeinden die Einheit der Verwaltung in Frage zu stellen, und auch bei der Ebene über den unteren Verwaltungsbehörden, nämlich bei den Regierungspräsidien, sind im Sinne der wichtigen Bündelung Fach- und Rechtsbehörde in einer Hand, was sich sehr gut bewährt hat.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Wer wollte dies bestreiten?

Es ist einfach ein besserer Service für den Bürger, wenn er Fragen im Gesundheitsbereich, im Veterinärbereich oder in der Wasserwirtschaft und im Bodenschutz bei einer einzigen Behörde klären kann. Kürzere Wege und kürzere Bearbeitungs- und Entscheidungszeiten kommen den Bürgern und der Wirtschaft zugute.

Meine Damen und Herren, niemand hat im Verlauf der bisherigen Diskussion behauptet, daß in den Ämtern für Wasserwirtschaft und Bodenschutz keine gute Arbeit geleistet werde. Wir wollen das gerade auch den dort tätigen Mitarbeitern gegenüber dankbar vermerken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber wieso, meine Damen und Herren, soll denn bei einer Zusammenführung der Fachbehörde mit der Rechtsbehörde die Arbeit plötzlich schlechter werden?

(Abg. Haasis CDU: Auch richtig!)

Wer dies behauptet – und solche Äußerungen gibt es –, soll dies mit Fakten und nicht mit vagen Behauptungen und Unterstellungen belegen.

(Abg. Haasis CDU: Mit Fakten kann man das nicht belegen!)

Oder will man ernsthaft den Landratsämtern und den Bürgermeisterämtern der Stadtkreise vorhalten, sie leisteten im Bereich des Umweltschutzes keine sachgerechte Arbeit?

(List)

Auch die unterstellte Einflußnahme von Kreistagen und Gemeinderäten ist absurd, weil mit der Eingliederung keine Zuständigkeit solcher Gremien begründet wird. Aber selbst wenn dies so wäre, meine Damen und Herren, sollten wir diesen Gremien unser Vertrauen schenken, weil sie als demokratische und gewählte kontrollierte Gremien fungieren.

(Beifall des Abg. Haasis CDU)

Wir vertrauen darauf, meine Damen und Herren, daß Landrats- und Bürgermeisterämter wie bisher auch künftig die Aufgaben im Bereich der Gesundheitsvorsorge, des Veterinärwesens und des Umweltschutzes qualifiziert und verantwortungsbewußt erledigen. Auch sichert die faire finanzielle Abgeltung durch das Land die notwendige Mittelbereitstellung für diese Aufgabe.

Die Kosten dieser Eingliederung sind vom Umweltministerium in eine unverantwortliche Höhe heraufgerechnet worden. Der Rechnungshof, auf den auch die Kritiker hier im Hause ihre ganze Hoffnung gesetzt haben, hat unmißverständlich erklärt, daß die Regierung sauberer kalkuliert habe als das Umweltressort, daß aus Gründen der Wirtschaftlichkeit kein Anlaß zur Kritik an der Eingliederung bestehe, daß ein zusätzlicher Personalbedarf nicht zu erkennen und daß die Kostendarstellung des Umweltministeriums deutlich überzogen sei. Mehr ist zu diesem Thema wohl nicht zu sagen.

(Abg. Weyrosta SPD: Es gibt auch andere Stimmen aus dem Rechnungshof!)

— Das, was ich zitiert habe, ist vom Rechnungshof bei der Anhörung hier vorgetragen worden.

Wir setzen darauf, meine Damen und Herren, daß durch die Zusammenführung Synergieeffekte entstehen, die mittel- und längerfristig auch zu Einsparungen führen werden. Denken Sie beispielsweise nur an die Nutzung von Möglichkeiten, welche die Landkreise als Träger der stationären Krankenversorgung im Bereich des Gesundheitswesens haben.

Nun noch zur Fürsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bisherigen unteren Sonderbehörden. Im Gesetzentwurf ist in aller Deutlichkeit klargestellt, daß für sie keine Nachteile entstehen dürfen. Natürlich haben auch wir Verständnis dafür, daß es für Beschäftigte angenehmer ist, sich auf keine neue Organisation und keine neue Struktur einstellen zu müssen. Die Umstellung auf einen neuen Dienstort kann mit gewissen persönlichen Härten verbunden sein. Wir haben auch hier Vertrauen zu den Landräten und Oberbürgermeistern der Stadtkreise, daß sie auf berechnete Interessen von Mitarbeitern soweit als möglich Rücksicht nehmen. Wir überlegen auch, ob nicht eine allgemeine Härteklausele zur sozialverträglichen Abfederung für Bedienstete in das Gesetz aufgenommen werden sollte.

Meine Damen und Herren, wer diese notwendige Umstellung der Bediensteten kritisiert, muß sich fragen, ob nicht bei den von ihm propagierten Fachämtern größere Einschnitte notwendig wären. Im übrigen muß einfach klargestellt werden, daß der sichere Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst in keinem Fall in Frage gestellt wird. Im Blick auf das, was derzeit in der privaten Wirtschaft und in uns allen bekannten Konzernen abläuft, wo Tausende Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren oder Arbeitsplätze in großer Zahl ge-

fährdet sind, erscheint uns die Diskussion der Zumutbarkeit für die Bediensteten weit überdehnt.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Zusammenführung der Fachkompetenz mit der Rechts- und Verwaltungskompetenz durch die Eingliederung von Sonderbehörden in die unteren Verwaltungsbehörden ist ein wichtiger, richtiger und vernünftiger Reformschritt. Er ermöglicht ein wirkungsvolles Ergebnis, das den Bürgern und unserer Wirtschaft zugute kommt.

(Beifall bei der CDU — Abg. Weyrosta SPD: Ein wichtiger Schritt in die falsche Richtung!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Ulrich Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat ist es richtig, daß wir heute über Entscheidungen beraten und beschließen, die zurückgehen auf die zwischen den beiden Regierungsparteien in diesen Punkten getroffene Koalitionsvereinbarung. Dabei hat sich sehr rasch gezeigt, daß bezüglich der Veterinärämter und der Gesundheitsämter die Annahmen, die der Koalitionsvereinbarung zugrunde lagen, sich als richtig erwiesen haben und auch auf keinerlei größere fachliche Bedenken gestoßen sind.

Herr Kollege List, die Ihnen vielleicht doch nicht so ganz zustehende Unterteilung in kooperative und nicht kooperative Minister könnte ja etwas damit zu tun haben, daß in dem einen Fall die Ministerin und der Minister keine fachlichen Bedenken hatten und in dem anderen Fall der Minister fachliche Bedenken hatte.

(Zustimmung bei der SPD)

Damit das ganz klar ist: Ich erwarte von einem Ressortminister des Landes Baden-Württemberg, daß er da, wo er fachliche Bedenken hat, diese fachlichen Bedenken auch geltend macht.

(Beifall bei der SPD)

Insofern empfehle ich Ihnen also, diese Argumentation zu lassen.

Im übrigen weise ich Sie darauf hin — und das wissen Sie im Grunde genommen selber auch —, daß der Vorgänger des Herrn Schäfer als Umweltminister dieselben fachlichen Erwägungen hatte

(Abg. Dr. Caroli SPD: Exakt!)

zu der Frage der Organisation der Wasserwirtschaftsämter und regionaler Umweltfachämter wie sein Amtsnachfolger.

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Das dürfte Ihnen nicht entgangen sein. Wie ich Herrn Vetter kenne, vermute ich, daß er, wenn er dieses Amt noch begleiten würde, diese fachlichen Bedenken auch aufrechterhalten

(Abg. Weyrosta SPD: Und wie!)

und geltend gemacht hätte. Jedenfalls habe ich ihn bisher nicht als besonders biegsam erlebt.

(Maurer)

(Abg. Dr. Puchta SPD: Er hat genickt! — Abg. Weimer SPD: Fürs Protokoll: Minister Vetter nickt!)

Ich sage das nur, damit das klar ist, und weil ich auch erlebt habe, daß ganz falsche Vermutungen und ganz seltsame und selbstverständlich auch sehr taktische Fronten aufgebaut worden sind. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion erwartet von einem Umweltminister und von jedem Fachminister, daß er eine andere Meinung auch zur Geltung bringt, daß er sie in Beratungen einbringt und sie nachhaltig vertritt. Das ist für mich und für meine Fraktion kein Anlaß zur Kritik, sondern das ist für mich und für meine Fraktion etwas, was ich erwarte, und zwar geradezu als selbstverständlich erwarte.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt: Es hat sich sehr rasch gezeigt, Herr Kollege Haasis, daß die ursprünglich vereinbarte Volleingliederung der Wasserwirtschaftsämter nicht sehr sinnvoll ist.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Es hat sich herausgestellt — jetzt beschreibe ich den Verhandlungsprozeß zwischen uns —, daß es eine ganze Reihe von Zuständigkeiten der Wasserwirtschaftsämter gibt, die nicht auf Kreisgebiete zuzuschneiden sind, sondern regionalen Charakter haben. Dies hat dann dazu geführt, daß man nach einer sehr schwierigen Verhandlung nur zu einer Teileingliederung kam, weil man akzeptieren mußte — ich habe das auch gelernt, und insofern ist die Koalitionsvereinbarung bereits einem Veränderungsprozeß unterlegen —, daß es Sinn macht, regionale Aufgaben nicht auf Kreise aufzusplitteln, sondern sie mit der Tätigkeit der Gewerbeaufsicht zusammenzuführen und damit im übrigen einen Nukleus für die von uns eigentlich für richtig gehaltene Organisation von Umweltfachämtern insgesamt und eine Entscheidungsfähigkeit oder Entscheidungskompetenz aus einer Hand zu bilden.

(Beifall bei der SPD)

Ich will darauf ausdrücklich hinweisen.

Ich bedauere ausdrücklich, daß es in diesen Verhandlungen nicht möglich war, insgesamt die verbleibenden unteren Sonderbehörden im Umweltbereich auf dieser regionalen Ebene zu bündeln. Das hat uns das Problem des sogenannten „nassen Rests“ beschert. Das ist in der Tat eine sehr schwierige Konstruktion. Da teile ich die Bedenken des Herrn Innenministers.

(Abg. Hackl GRÜNE: Ein ganz schlimmes Wort! „Nasser Rest“ ist für die Beschäftigten ein ganz schlimmes Wort!)

— Ich mache mir dieses Wort auch nicht zu eigen. Aber es ist eingeführt worden, und es versteht jeder, um was es sich handelt.

Wir hätten es vorgezogen, wenn auch das, was beispielsweise unter dem Stichwort „Flußbau“ fachlich angesprochen wird, auf der regionalen Ebene zusammengeführt worden wäre. Das hätte auch Sinn gemacht. Ich habe gelernt, daß die Tatsache, daß dies nicht möglich war, mehr ein Prestigeproblem

von Presseveröffentlichungen als ein Problem in der Sache gewesen ist. Ich will damit auch nicht hinter dem Berg halten. Ich halte dies im Prozeß für eine falsche Entwicklung.

Herr Kollege List hat zu Recht darauf hingewiesen, daß wir über einen Unterfall der Verwaltungsreform reden. Ich wiederhole das, was ich in der Ersten Beratung gesagt habe: Ich hätte es vorgezogen, wenn es möglich gewesen wäre, in diesem Punkt über die Koalitionsvereinbarung dahin gehend hinauszugehen, daß wir uns im Lande Baden-Württemberg darauf verständigen könnten, mindestens eine Ebene, die Ebene der Regierungspräsidien, zugunsten einer regionalen Organisationsgliederung des Landes mit den bestehenden Regionalverbänden, mit dem geltenden Gesetz über die Region Stuttgart zusammenzuführen. Wir hielten es auch für sinnvoll, im Zuge einer solchen großen Verwaltungsreform die Sonderbehörden im Bereich des Umweltschutzes in zugeordneten regionalen Umweltfachämtern zu bündeln.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist der politische Wille meiner Fraktion, die sich in dieser Sache im übrigen auch nicht streitet. Wir sind völlig geschlossen. Dies ist der politische — —

(Zuruf des Abg. Haasis CDU — Gegenruf des Abg. Dr. Caroli SPD: In dieser Sache, ja!)

— Das ist der einheitliche politische Wille meiner Fraktion zur Neuorganisation und zu einer echten Verwaltungsreform.

(Abg. Weyrosta SPD zur CDU: Seit 1968! Ihr seid doch ausgebrochen!)

Ich habe Ihnen in der Diskussion in der Ersten Beratung angeboten, einen solchen großen Wurf zu machen. Ich habe den Eindruck, daß eigentlich auch die Öffentlichkeit, unsere Bevölkerung von uns solche etwas größeren Würfe erwartet. Wir haben im Zusammenhang mit den Etatberatungen eigentlich heute schon eine Diskussion darüber geführt.

Es war nicht möglich, wenn ich das richtig werte, sich zu einem solchen größeren Wurf zu finden, und ich bedauere ausdrücklich, daß dieses nicht möglich war, sage Ihnen allerdings — und das werden Sie ja sicher recht verstehen —, daß wir die Absicht haben, dann in der nächsten Legislaturperiode, wenn das jetzt in dieser Koalition nicht mehr möglich sein sollte, zu unseren Vorstellungen für eine großangelegte Verwaltungsreform in Baden-Württemberg zurückzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Im Kern — und da sind wir gar nicht so sehr auseinander, Herr Kollege List — geht es ja dann um die Frage, auf welcher Ebene man exekutive und beratende Kompetenzen bündelt. Ich halte den Grundgedanken, daß man exekutive und beratende Kompetenzen bündelt, für einen richtigen Grundgedanken. Auch das ist bei uns unstrittig.

Was wir Ihnen vorgeschlagen haben und was allerdings über die Koalitionsvereinbarung hinausgehen würde, ist die Idee, die exekutive Entscheidungsbefugnis und die Beratungskompetenz auf der Ebene der Region im Bereich der Organisation von Umweltverwaltungen zu bündeln. Das ist der Vor-

(Maurer)

schlag, den wir Ihnen geschlossen zu machen haben, mit dem Sie sich aber nicht anfreunden können. Man muß das, wie gesagt, in der Politik zur Kenntnis nehmen, auch unter Koalitionsparteien. Sie haben ja auch Vorschläge, die wir nicht bereit sind mitzumachen. Es bleibt nichts anderes, als daß man auf solche Vorschläge dann nach der nächsten Wahl wieder zurückkommt.

Von daher haben wir jetzt eine Situation, in der es notwendig wäre – was wir uns eigentlich vorstellen würden, wozu es allerdings einer gewissen Souveränität bedurft hätte –, sich von dem engen Text der Koalitionsvereinbarung zu lösen, auch die Bedenken gelten zu lassen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

die vielfältig erhoben worden sind. Immerhin ist es eine lange Liste. Die Herren Oberbürgermeister der kreisfreien Städte, Herr List, haben diese Bedenken selber. Sie sind gegen diese Absicht – Sie wissen das –, der Herr Oberbürgermeister Widder vorneweg.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

– Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Herr Hauser etwas anderes gesagt hat als sein Chef.

(Abg. Haasis CDU: Sie haben die Anhörung versäumt! – Abg. Drexler SPD: Herr Haasis, jetzt erzählen Sie doch keinen Unsinn!)

Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Bedenken des Landesverbands der Industrie, des Verbands der Chemischen Industrie, der Natur- und Umweltverbände und die Bedenken der Beschäftigten nicht beachtet worden sind. Uns hat es jedenfalls dazu veranlaßt, erneut darüber nachzudenken. Uns hat es dazu veranlaßt – und das finde ich einen ganz normalen Vorgang –, Ihnen diesen Vorschlag eines größeren Entwurfs der Verwaltungsreform zu machen, um zu einer Bündelung auf der regionalen Ebene zu kommen.

Übrigens, ich habe keine Illusionen, Herr Kollege Haasis, daß das dann vielleicht große Begeisterung bei den Beschäftigten ausgelöst hätte.

(Abg. List CDU: So ist es!)

Ich habe keine Illusionen, damit das auch unter uns ganz klar ist: Diese regionale Gliederung hätte auch Widerstände hervorgerufen.

(Abg. Weyrosta SPD: Aber klar! Noch mehr!)

Überhaupt würde eine größer angelegte Verwaltungsreform viel größere Widerstände hervorrufen, aber es würde dann den Schweiß und das Blut der Edlen wenigstens lohnen, die wir in dem Zusammenhang vergießen würden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Ich habe zur Kenntnis zu nehmen, daß Sie von diesen vorgetragenen Bedenken einschließlich denen der baden-württembergischen Wirtschaft in Ihrem Verhalten nicht beeindruckt worden sind. Ich habe zur Kenntnis zu nehmen, daß Sie diesen großen Entwurf, den ich für notwendig halte, den

meine Fraktion für notwendig hält, nicht machen wollen. Ich habe zur Kenntnis zu nehmen, daß Sie als unser Koalitionspartner auf der Erfüllung der Koalitionsvereinbarung bestehen.

Ich habe in der ersten Lesung gesagt – und so bin ich und so sind wir –: Bei mir kann man sich darauf verlassen, daß ich Verträge, die ich geschlossen habe, auch halte, weil ich will, daß auch Sie sich an diese Verträge halten in Punkten, von denen ich weiß, daß Sie sie nur sehr ungern erfüllen, und deswegen wird sich meine Fraktion – so hat sie mit Mehrheit beschlossen – an diese Koalitionsvereinbarung halten und mit einer deutlichen Mehrheit der Erfüllung der Koalitionsvereinbarung

(Abg. Kuhn GRÜNE: „Deutlich“ möchte ich sehen! Was heißt „deutlich“ in CDU-Deutsch?)

– Herr Kuhn, jetzt ziehen Sie das Niveau nicht herunter –

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU – Abg. Kuhn GRÜNE: Das kann man nicht mehr herunterziehen! Das Niveau habt ihr seit Wochen ganz tief!)

zustimmen, weil wir ein Vertragswerk, das in gegenseitigem Vertrauen und im Vertrauen darauf, daß es von beiden Seiten erfüllt wird, geschlossen worden ist, an diesem Punkt nicht zerstören. So einfach und so wahr ist das. Dies setzt, wie gesagt, voraus, daß diese Regeln dann auch weiter gelten und eingehalten werden. Dieses Vertragswerk gilt für diese Legislaturperiode. Ich habe die Hoffnung, daß man die Union zu einer großen Verwaltungsreform bewegen kann, nicht ganz aufgegeben. Wenn es nicht möglich sein sollte, dann gelten, wie gesagt, nach der Landtagswahl wieder neue Regeln. Wir werden dann auf unsere politischen Erkenntnisse und Absichten zurückkommen.

(Beifall bei der SPD)

Stelly. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. König.

(Abg. Drexler SPD: Oh! – Abg. Alfred Haas CDU: Muß das sein?)

Abg. König REP: Das muß sein.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe in der Debatte im Innenausschuß bereits gerügt,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Geben Sie es zu Protokoll!)

daß eigentlich zuwenig über weitere Teile dieses Gesetzes zur Eingliederung der Sonderbehörden geredet wird und der Schwerpunkt der Debatte auf dieser Teileingliederung der Wasserwirtschaftsämter liegt.

Meine Damen und Herren, auch das Gesundheitsdienstgesetz hat seine Haken und Ösen. Es hat Haken und Ösen, über die man hier in diesem Haus unbedingt auch einmal reden muß. So ist in diesem Gesundheitsdienstgesetz zum Beispiel in § 2 nicht mehr enthalten, was früher, im ersten Entwurf, einmal darin enthalten war, daß nämlich diese eingegliederte Gesundheitsbehörde, also dieses neue Gesundheitsamt, ein eigenständiges Dezernat, also eine eigenständige

(König)

Organisationseinheit, bilden soll. Das ist jetzt im Gesetzentwurf nicht mehr enthalten. Man fragt sich, warum es nicht mehr enthalten ist. Der Landkreistag hat gegen diese Organisationseinheit der Gesundheitsämter Einspruch erhoben, und das Ministerium bzw. die Landesregierung hat diesem Druck nachgegeben. Warum sie diesem Druck nachgegeben hat, weiß ich nicht. Vielleicht war es ein Zugeständnis an den Koalitionspartner CDU, insbesondere an den Vorsitzenden des Landkreistags, Herrn Dr. Maus.

Meine Damen und Herren, genau das ist auch der Knackpunkt, an dem sich der Landesverband der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes aufhängt: Hier wird eine Organisationseinheit zerschlagen. Dadurch besteht jetzt die Gefahr, daß die einzelnen Mitarbeiter des bisherigen Gesundheitsamts innerhalb der Landratsämter auf die einzelnen Verwaltungsämter, zum Beispiel auf das Sozialamt oder das Krankenhausamt, aufgeteilt werden. Diese Bedenken sollten hier wirklich auch einmal zur Sprache gekommen sein und sollten Sie zum Nachdenken anregen.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, die Fraktion Die Republikaner hat deshalb einen Antrag zur Änderung dieses Gesetzes eingebracht. Wir beantragen, § 2 zu ändern, indem ein zusätzlicher Absatz 3 angefügt wird. Wörtlich lautet unser Antrag:

In § 2 wird folgender Absatz angefügt:

„(3) Die untere Gesundheitsbehörde (Gesundheitsamt) ist organisatorisch als ein eigenständiges Dezernat in die unteren Verwaltungsbehörden in den Landkreisen und den Stadtkreisen Stuttgart und Mannheim einzugliedern.“

Meine Damen und Herren, schon jetzt bitte ich, diesem Teil unseres Antrags zuzustimmen, der sich im übrigen auch weitgehend mit dem Inhalt eines Antrags der Grünen deckt.

(Abg. Brechtken SPD: Schon wieder?)

Der zweite Knackpunkt — darauf habe ich bereits in der Ersten Beratung hingewiesen — liegt in § 4, wo es um die Qualifizierung geht. Dort steht im Entwurf:

Die erfolgreiche Ablegung der Prüfung für den höheren öffentlichen Gesundheitsdienst oder die Erlangung einer vom Sozialministerium als gleichwertig anerkannten Qualifikation ist Voraussetzung für die fachliche Leitung des Gesundheitsamts und die Stellvertretung.

Meine Damen und Herren, da sollte — das ist unser Antrag — „oder die Erlangung einer vom Sozialministerium als gleichwertig anerkannten Qualifikation“ herausgestrichen werden, und zwar aus gutem Grund. Man kann es nicht oft genug sagen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das unsägliche Spiel, das im Zusammenhang mit der Besetzung der Stelle des Leiters des Naturkundemuseums durch das Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst gelaufen ist.

Meine Damen und Herren, zum Änderungsantrag der FDP/DVP, Drucksache 11/5025-2, kann ich nur eines sagen: Ich verstehe nicht, warum auf der einen Seite die FDP/DVP immer anregt, die Verwaltungen effizienter und effektiver zu

machen, aber gleichzeitig einen solchen Antrag einreicht, der unter dem Deckmantel des Datenschutzes verhindern will, daß Daten innerhalb der Verwaltungsabwicklung und der Gebührenerhebung mit Mitteln der Datenverarbeitung bearbeitet werden. Die sollen wohl die Rechnungen wie vor 30 Jahren mit dem Federhalter ausfüllen.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zur Teileingliederung der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz. Wer geglaubt hatte, daß die Anhörung, die am vergangenen Mittwoch stattgefunden hat, noch wesentliche Erkenntnisse zusätzlich bringen würde, hat sich getäuscht.

Es ist aber ganz wichtig, noch etwas zu den Ausführungen des Rechnungshofs zu sagen. Der Rechnungshof hat zwar, wie alle gehört haben, für diese Teileingliederung grünes Licht gegeben. Wenn man es aber genau betrachtet, dann hat der Rechnungshof keine eigene Prüfung durchgeführt. Er hat nur die von der Regierung als Grundlage für den Gesetzentwurf gelieferten Zahlen mit denen des Umweltministeriums verglichen. Wenn der Rechnungshof dann zu dem Schluß kommt, daß die Zahlen der Landesregierung, die dem Gesetzentwurf zugrunde liegen, vielleicht doch etwas wirklichkeitsnäher sind als die utopischen Zahlen des Umweltministeriums, dann ist das alles andere als eine solide Grundlage, um hier zu behaupten, die Eingliederung stehe auf finanziell gesicherten Füßen und die Finanzangaben seien stimmig.

Meine Damen und Herren, eines muß ich in dem Zusammenhang noch loswerden. Herr Frank vom Rechnungshof hat ganz klar und deutlich gesagt, daß die Zahlen des Umweltministeriums deutlich überzogen seien und daß ihnen eine unsaubere Kalkulation zugrunde liege.

(Abg. Schrempp SPD: Ja, ja! — Zuruf des Abg. Weyrosta SPD — Abg. Kuhn GRÜNE: Es geht dem Ende zu, Freund!)

Meine Damen und Herren, unsaubere Kalkulation bedeutet, daß der Umweltminister nicht bloß dieses Hohe Haus, sondern alle anderen zu täuschen versucht hat,

(Abg. Schrempp SPD: Was?)

um sein Ziel, nämlich die Erhaltung der Wasserwirtschaftsämter, zu erreichen.

(Abg. Weyrosta SPD: Papperlapapp!)

— Das ist kein Papperlapapp. — Herr List hat bereits ausgeführt, Umweltminister Schäfer habe in der ersten Phase geschwiegen. In der zweiten Phase hat er sich dann groß aufgeplustert, und jetzt in der dritten Phase tritt er den ungeordneten Rückzug an.

Meine Damen und Herren, wir Republikaner sind auch gegen die Zerschlagung der Wasserwirtschaftsämter. Wir hätten es viel lieber gesehen, wenn man die Fachkompetenz in zwölf regionalen Ämtern für Wasserwirtschaft, Bodenschutz, Abfallwirtschaft und Altlasten gebündelt hätte.

Nun hat Umweltminister Schäfer — für meine Begriffe das erste Mal — etwas Vernünftiges gesagt, aber eine Bauchlandung erlitten. Jetzt wird der ungeordnete Rückzug angetreten, bloß weil ihn der Ministerpräsident mal zurückgepiffen

(König)

hat und seine Person im Amt des Umweltministers in Frage gestellt hat. Jetzt wird er schweigsam. Ein solch rückgratloser Minister sollte die Konsequenzen ziehen und uns von seiner Person befreien. Ich glaube nicht, daß das für die Landesregierung ein schmerzlicher Verlust wäre.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Weyrosta SPD: Es wäre viel besser, Sie würden uns von Ihnen befreien!)

Noch ein Punkt, der sich durch die gesamte Gesetzesvorlage zieht. Hier wird die ansprechende Formulierung „Das vorhandene Personal folgt den Aufgaben“ verwendet.

(Abg. Weyrosta SPD: Geben Sie doch Ihre Rede zu Protokoll!)

Bis zum gehobenen Dienst sollen die Mitarbeiter in den Dienst des Landkreises und der Stadtkreise wechseln; die Mitarbeiter im höheren Dienst sollen weiterhin unter dem Dienstherrn Land arbeiten. Wenn die Mitarbeiter des höheren Dienstes grundsätzlich beim Land bleiben, bedeutet dies, daß die Spitzenkräfte, die Führungskräfte, weiterhin unmittelbar den Fachressorts, also den Ministerien, unterstehen.

In diesem Zusammenhang hat der Städtetag die Absicht der Landesregierung bei der Eingliederung von Sonderbehörden in die unteren Verwaltungsbehörden sehr treffend formuliert:

Das Land entledigt sich seiner Aufgaben, behält jedoch die Kontrolle und das Sagen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. König REP: Meine Damen und Herren, insgesamt können wir, die Fraktion Die Republikaner, diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Hackl.

Abg. Hackl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Ausführungen werden sich auf die Eingliederung der Wasserwirtschaftsverwaltung konzentrieren. Meine Kollegin Bender wird später zu dem Gesetzentwurf zum öffentlichen Gesundheitsdienst und zur Eingliederung der Gesundheitsämter sprechen.

Die Fraktion GRÜNE lehnt die Eingliederung der Wasserwirtschaftsämter in die Landratsämter aus guten Gründen ab, aus Gründen, die auch bei der Anhörung bestätigt wurden. Die Koalitionsfraktionen sind — so auch heute wieder Herr List — die Begründung für diesen Gesetzentwurf schuldig geblieben. Einhäusigkeit, die von den Befürwortern angeführt wird, ist jedenfalls kein Argument. In Zeiten moderner Telekommunikationselektronik, in Zeiten, in denen der Wirtschaftsminister ständig von Datenautobahnen spricht, ist das Argument der Einhäusigkeit eher ein Argument aus der Postkutschenzeit und führt unsere Verwaltung nicht in eine moderne Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mich beschleicht bei diesem Argument eher das Gefühl, daß das Bild der Verwaltung bei einigen Damen und Herren in diesem Hause noch aus der Zeit der Postkutsche stammt.

Meine Damen und Herren, warum lehnen wir die Eingliederung ab?

Erstens: Wir meinen, daß die Trennung von Anordnungs- und Fachbehörde gerade im Umweltbereich erhalten bleiben muß. Gute Entscheidungen im Umweltbereich erfordern einen Interessenausgleich. Dieser kann nur erfolgen, wenn die fachlichen Gesichtspunkte unbeeinflusst formuliert und nicht von vornherein von politischen Gesichtspunkten überlagert werden.

Es macht eben einen Unterschied, ob eine unabhängige Fachbehörde eine Stellungnahme abgibt oder ein weisungsgebundener Mitarbeiter im selben Amt. Dies, meine Damen und Herren von der CDU, sollten Sie endlich einmal akzeptieren. Wir halten an der Trennung von Anordnungs- und Fachbehörde fest, weil sie bessere Entscheidungen gewährleistet. Wer die wie auch immer geartete Einflußnahme auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunalverwaltungen gerade im Umweltbereich immer in Abrede stellt, ist noch nie aus dem Olymp der kommunalen Selbstverwaltung in die Niederungen der alltäglichen Praxis heruntergekommen.

Man kann es auch mit dem Bild der Einhäusigkeit formulieren. Bei Einhäusigkeit entsteht schnell Mief, wenn nicht jemand das Fenster aufmacht und frischen Wind von draußen hereinläßt. Meine Damen und Herren, von draußen hereinläßt! Diese Regierung macht das Fenster zu und erzeugt Mief.

Noch entscheidender aber ist für uns der Qualitätsverlust der Umweltverwaltung, wenn 17 Wasserwirtschaftsämter in 44 Bürgermeister- und Landratsämter eingegliedert werden und noch dazu auf Gewerbeaufsichtsämter und noch zu bildende Organisationseinheiten aufgeteilt werden. Daß es dort zu Qualitätsverlusten kommen wird, davon sind nicht nur Umweltverbände und Gewerkschaften überzeugt, sondern auch die Industrie. Ich möchte beispielhaft aus einem Schreiben der IHK Ostwürttemberg zitieren. Sie befürchtet — ich zitiere — „ein Absinken des Fachwissens und erschwerte Kommunikation mit den Fachleuten und damit Synergieverluste“. Sie geht davon aus, „daß die Behörden verstärkt dazu übergehen, von den Unternehmen externe Gutachten zu verlangen“. Die Folge davon werden aus Sicht der IHK „zeitliche Verzögerungen und Mehrkosten für die Betriebe sein“.

Meine Damen und Herren, daß diese Befürchtungen nicht aus der Luft gegriffen sind, hat uns bei der Anhörung auch der Rechnungshof bestätigt. Er sagte, daß nämlich gerade im Falle der Eingliederung der Trend zum Generalisten gehen wird und daß wir in der Umweltbehörde weniger Fachwissen zur Verfügung haben werden.

Meine Damen und Herren, ein anderer Aspekt: Mit den Wasserwirtschaftsverwaltungen geht dem Umweltministerium die einzige funktionierende Umweltverwaltung in der Fläche verloren, eine Verwaltung, die bislang effektiv Wasser und Boden geschützt und sich auch um Abfallvermeidung gekümmert hat. Umwelt und Umweltministerium wer-

(Hackl)

den die Verlierer dieser Reform sein. Dies ist unser zentraler Kritikpunkt an dieser Reform. Es wäre übrigens gut gewesen, wenn auch das Umweltministerium dies in den Mittelpunkt seiner Argumentation gestellt hätte.

Ich kann dem Umweltministerium da eine kritische Anmerkung nicht ersparen. Kostengründe in den Vordergrund zu schieben, wie es das Umweltministerium getan hat, war jedenfalls ein Fehler. Wenn es dem Rechnungshof gelingt, die Berechnungen des Umweltministeriums als schön gerechnet so einfach vom Tisch zu wischen, dann hat man mit dieser Vorgehensweise jedenfalls nach unserer Auffassung eher den Eingliederungsbefürwortern in die Hände gearbeitet.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der SPD
– Gegenrufe des Abg. Kuhn GRÜNE – Glocke
des Präsidenten)

– Herr Drexler, einen Moment noch, bitte. Sie kommen nachher dran.

Ein Wort zu den Beschäftigten und zu der Beschäftigtenbeschimpfung, die im Bereich der Wasserwirtschaftsverwaltung immer geübt wird. Herr List hat heute dankenswerterweise einmal eine Ausnahme gemacht. Wir haben in der Vergangenheit sowohl vom Ministerpräsidenten als auch von Herrn Oettinger immer gehört, daß die Beschäftigten nur aus Bequemlichkeit, weil sie nicht umziehen wollten, aus Karriere Gesichtspunkten

(Abg. Haasis CDU: Was? Das ist eine Frechheit!)

– das ist hier in diesem Hause so gesagt worden – gegen die Eingliederung seien.

(Abg. Sieber CDU: Unglaublich!)

Und es wurde gesagt, es wäre ihnen zuzumuten,

(Abg. Haasis CDU: Eine glatte Lüge ist das! Überhaupt niemand hat das gesagt!)

weil die Arbeitsplätze in der Privatindustrie wesentlich gefährdeter wären und es in dem Falle nicht um den Verlust des Arbeitsplatzes gehe.

(Zuruf des Abg. Oettinger CDU)

Die Anhörung – Herr Oettinger, hören Sie einmal zu – hat hierzu einige gewichtige neue Gesichtspunkte gebracht. Die Anhörung hat gebracht, daß sich die Beschäftigten nicht gegen wertvolle zukunftsweisende Änderungen wehren wollten. In der Anhörung hat der Vertreter der Beschäftigten gesagt, daß die Beschäftigten eine Bündelung der Gewerbeaufsichtsämter, der Wasserwirtschaftsämter und der Geologischen Landesämter in regionalen Umweltfachämtern mittragen würden. Ich denke, damit hat er alle diejenigen beschämt, die den Beschäftigten diese Bequemlichkeit, diese Angst vor Wohnungswechsel und ähnliches unterstellt haben. Meine Damen und Herren, mit Ihrer Argumentation, mit dem Abtun der Ängste der Beschäftigten, haben Sie viel zur Verdrossenheit und zum Motivationsverlust in dieser Verwaltung beigetragen.

Ein Ziel der Verwaltungsreform in der Koalitionsvereinbarung, nämlich „die Verbesserung der Arbeitsbedingungen

der Bediensteten, die Erhöhung der Motivation und damit der Leistungskraft der Verwaltung“, wird hier nicht erreicht, sondern, meine Damen und Herren, genau das Gegenteil. Die Koalitionsvereinbarung erweist sich hier als blanker Zynismus. Diese Reform ist ein Bärenienst für unser Land und für unsere Verwaltung.

Daß diese Reform mit heißer Nadel gestrickt worden ist, zeigen auch die jetzt schnell nachgeschobenen Änderungsanträge aus den Reihen der Koalition. Schon jetzt muß die Koalition einräumen, daß sie sich mit ihrem Zeitplan vertan hat. Man muß das Inkrafttreten um ein halbes Jahr hinauschieben. Ich denke, das ist mehr als ein Hinweis darauf, daß das gesamte Gesetz auf den Müll gehört.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich appelliere deshalb an die einzelnen Abgeordneten von CDU und SPD, heute nicht nach dem Koalitionspapier, sondern nach ihrem Gewissen abzustimmen. Sie sollten heute dem Umweltschutz in diesem Parlament eine Chance geben. Stimmen Sie deshalb unserem Änderungsantrag zu, der die Wasserwirtschaftsverwaltung aus dem Eingliederungsvorhaben ausnimmt. Wir werden dazu eine namentliche Abstimmung beantragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Albrecht.

Abg. Albrecht FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren Kollegen!

(Abg. Kuhn GRÜNE: Von der FDP/DVP sind nur zwei da!)

Ich darf zunächst den Reigen der Sprecher meiner Fraktion – Herr Kollege Drautz und Herr Kollege Kiesswetter kommen anschließend noch – eröffnen und in Erinnerung bringen, daß sich am 12. Mai 1993 der Landtag von Baden-Württemberg aufgrund eines Antrags der FDP/DVP-Fraktion zum ersten Mal umfassend mit der von der Landesregierung geplanten Eingliederung unterer staatlicher Sonderbehörden in die Landratsämter und die Bürgermeisterämter befaßt hat. Als Ergebnis dieser Debatte hat der Landtag einen einstimmigen Beschluß gefaßt, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, vor einer endgültigen Beschlußfassung durch die Regierung dem Landtag einen entsprechenden Finanzplan vorzulegen.

Nachdem sich über Monate hinweg – die große Koalition war sich, wie bekanntgeworden ist, bis gestern abend in der Frage der Eingliederung von Sonderbehörden deutlich uneinig – gegenüber dem Parlament nichts tat, in der Öffentlichkeit jedoch widersprüchliche Auffassungen von Kabinettsmitgliedern vor allem hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen zu vernehmen waren, hat die FDP/DVP-Landtagsfraktion erneut den Antrag gestellt, dem Parlament den zugesagten Finanzplan vorzulegen. Unser Begehren wurde von der Fraktion GRÜNE unterstützt, die zusätzlich eine Äußerung des Rechnungshofs beantragt hat.

Der Rechnungshof hat im Rahmen der öffentlichen Anhörung in der vergangenen Woche eine Stellungnahme abgegeben und die vom Herrn Umweltminister vertretenen finan-

(Albrecht)

ziellen Mehrbelastungen, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Eingliederungsgesetz entstehen würden, dabei nicht bestätigt. Unsere Fraktion hat dies zur Kenntnis genommen.

Nicht ausgeräumt wurden jedoch bei der Anhörung unsere Bedenken in der Sache selbst. Denn mit Ausnahme der Auffassung des Staatsministeriums waren sich die Experten darüber einig, daß die Eingliederung der unteren Sonderbehörden nicht die erhofften Verbesserungen bringen wird. Im Gegenteil: Sie zerschlagen mit diesem Vorhaben zum Beispiel bei den Wasserwirtschaftsämtern eine gut funktionierende Sonderbehörde.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist keine Reform, sondern eine Amputation. Glauben Sie denn im Ernst, meine Damen und Herren, daß dann, wenn man 17 gut und effektiv arbeitende Wasserwirtschaftsämter auflöst und mit der Gießkanne auf 44 Land- und Stadtkreise verteilt, die Qualität besser, die Effektivität gesteigert und womöglich auch das Ganze kostengünstiger wird? Ich bin davon überzeugt, meine Damen und Herren, daß die beabsichtigte Aufteilung der bisherigen Sonderbehörden zu einem Verlust an fachlichem Know-how führen wird. Besonders in der Wasserwirtschaft werden nicht genügend Spezialisten flächendeckend zur Verfügung stehen. Die Folge wird ein Qualitätsverlust, und zwar zu Lasten unserer Umwelt, sein. Sie werden das Gegenteil einer Verwaltungsvereinfachung erreichen. Qualitätseinbuße und Demotivation bei den Mitarbeitern werden eine der Folgen sein.

Die kommunale Selbstverwaltung, meine Damen und Herren, wird durch diese Reform ebenfalls nicht gestärkt. Es werden lediglich Aufgaben verlagert. Nicht umsonst hat die Mehrheit derjenigen Körperschaften, die Nutznießer dieser Reform sein sollen – auch Kreistage mit absoluter CDU-Mehrheit –, dieses sogenannte Reformvorhaben abgelehnt,

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

zum einen, weil mit ihr keine Kommunalisierung verbunden ist, zum anderen, weil man vor Ort weiß, wie hervorragend gerade die untere Sonderbehörde „Wasserschutz“ gearbeitet hat, und weil es schließlich eine politische Gaukelei ist, wenn man behauptet, daß durch eine Teileingliederung der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz mehr Bürgernähe erreicht werde.

Jeder, der sich mit der Arbeit der Wasserwirtschaft vor Ort auch nur ein bißchen vertraut gemacht hat, weiß, daß über 90 % ihrer Tätigkeit von Behörde zu Behörde und nur 10 % in direktem Kontakt mit dem gern zitierten Bürger laufen.

Nur um der Koalitionsvereinbarung willen soll hier also eine Fachbehörde zerschlagen werden. Wenn die große Koalition eine konsequente Reform in diesem Bereich hätte durchführen wollen, hätte sie sich für eine vollständige Kommunalisierung der Wasserwirtschaft einsetzen müssen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jawohl!)

Das wäre eine neue und zukunftsorientierte Konzeption gewesen. Dies wäre aber auch nur dann berechtigt gewesen, meine Damen und Herren, wenn die Ämter für Wasserwirt-

schaft und Bodenschutz als staatliche Sonderbehörde nicht mit hervorragenden Leistungen hätten aufwarten können.

Die jetzige Reform wird nicht um der Sache, sondern ausschließlich um der Reform willen oder, anders ausgedrückt, weil es in der Koalitionsabsprache nun einmal so vorgesehen ist, gemacht. Eine echte Strukturveränderung und Verbesserung der Verwaltungstätigkeit wird nicht zustande kommen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Ach was!)

Dies gilt auch für die Eingliederung der Veterinärämter und der Gesundheitsämter, die ebenfalls teuer, aufwendig und insgesamt unproduktiv werden wird.

(Zuruf des Abg. Mogg SPD)

Aus diesen Gründen, aber auch wegen der unangemessenen parlamentarischen Behandlung des gesamten Reformvorhabens durch die Fraktionen der großen Koalition, die eine faire Beratung unmöglich gemacht hat, werden wir Freien Demokraten den vorliegenden Gesetzentwürfen unsere Zustimmung verweigern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die parlamentarische Demokratie lebt davon, daß ihre Spielregeln beachtet werden. Ich erinnere noch einmal an die Mißachtung von einstimmig beschlossenen Parlamentsentscheidungen, an die Verhinderung der von uns beantragten Beteiligung von Vertretern berufsständischer Verbände des BTB und der ÖTV im Anhörungsverfahren sowie an die übergroße Eile bei der Verabschiedung dieses Gesetzes.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Jawohl!)

In einer parlamentarischen Demokratie sollte ein Mindestmaß von Anstand im Umgang mit politisch Andersdenkenden geboten, ja wichtig sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Hackl GRÜNE)

Diese Selbstverständlichkeit gerät bei den Fraktionen der großen Koalition leider zunehmend in Vergessenheit.

Dies alles, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der großen Koalition, macht es meiner Fraktion unmöglich, den vorliegenden Gesetzentwürfen zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Frau Abg. Bender.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Man muß feststellen, daß das Interesse an der Debatte ein mäßiges ist.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Nein, nein!)

Offenbar sind die Koalitionsfraktionen von dem wochenlangen Gezerfe um die Wasserwirtschaft und die Frage, wer das Gesicht wahren darf und wie man das am besten organisiert, furchtbar erschöpft.

(Abg. Dr. Puchta SPD: So munter wie Sie sind wir auch!)

(Birgitt Bender)

Meine Damen und Herren, ich möchte dennoch nicht den Versuch aufgeben, hier eine weitere Debatte zu führen, nämlich die um die Reform des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Eingliederung der Gesundheitsämter. Denn es ist ja nicht so, als wäre das eine Selbstverständlichkeit, bei der es keine Kontroversen gäbe. Diese Debatte darf nicht auf den Sozialausschuß beschränkt werden.

Es ist doch so, meine Damen und Herren: Das Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst hat eine Reform dringend nötig. Schließlich stammt das alte Gesetz aus dem Jahr 1934 und hat dementsprechend eine völlig veraltete Aufgabenbeschreibung.

Kommunalisierung der Gesundheitsämter erscheint auch sinnvoll. Es erscheint sinnvoll, daß sie vom Staat wegkommen, damit eine kommunale Gesundheitspolitik, die bürger-nah orientiert ist, gemacht werden kann. Das entspricht dem Blickwinkel der Weltgesundheitsorganisation, die heutzutage sagt, man müsse die Gesundheit der einzelnen Menschen als Teil eines Ganzen, als Teil der Lebensbedingungen in der Gemeinde ansehen. Auf diese Perspektive gründet sich ein Programm wie „Gesunde Städte“, an dem sich auch Städte in Baden-Württemberg beteiligen. Wir meinen, daß Gemein-denähe in der Tat ein richtiger Ansatzpunkt für gesundheits-bezogene Unterstützungssysteme ist.

Nun ist das, was die Regierungsfractionen nach mühsamer Kompromißfindung vorgelegt haben, aber eigentlich keine Kommunalisierung, sondern vielmehr die Karikatur einer Kommunalisierung. Es ist doch so, daß die Landkreise und die erst zwei, neuerdings drei Stadtkreise, die jetzt diesen Bereich übernehmen, damit auch die Einsparungen des Landes übernehmen. Hier gibt es Sparbeschlüsse, Stellenabbau hat stattgefunden. Daran orientiert sich der Finanzausgleich. Tatsächlich bekommen die Landkreise und die Stadtkreise hier einen Bereich mit wachsenden Aufgaben zugeschoben, ohne daß das dafür nötige Geld herübergerückt wird.

Zu Recht haben sich deswegen die kommunalen Spitzenverbände gegen diese Art von Überwälzung von Lasten auf die kommunale Ebene — und das unter dem Schild der Bürger-nähe — gewehrt. Dann hat man in der Regierung gedacht, man müsse, um das irgendwie hinzukriegen, denen etwas anbieten. Man ist deshalb der Forderung des Landkreistags nachgekommen, daß auf das Fortbestehen der organisatorischen Einheit der Gesundheitsämter hinfort verzichtet werden kann. Dies aber, meine Damen und Herren, halte ich für einen Sündenfall; denn damit ist die fachlich kompetente Aufgabenerledigung auf der kommunalen Ebene in Frage gestellt.

Auch das Verfahren spricht nicht dafür, daß man hier nach rein sachlichen Gesichtspunkten entschieden hat. Da ist diese organisatorische Einheit auf einmal vom Referentenentwurf, in dem sie noch stand, verschwunden. Im Gesetzentwurf haben sie die Fachverbände auf einmal vergeblich gesucht, und sie hatten nicht einmal eine Chance, darüber überhaupt zu diskutieren.

Meine Redezeit wird knapp; deswegen mache ich es auch kurz.

Ich möchte Ihnen nur sagen, meine Damen und Herren: Diese neue Zauberformel der Synergieeffekte, mit denen

man den Verzicht auf die organisatorische Einheit jetzt begründen will, ist nicht überzeugend. Wenn man das nämlich einmal näher anschaut, bleibt davon eigentlich nur noch übrig, daß man gemeinsam mit den Krankenhäusern medizinische Geräte nutzen kann. Das allein ist als Begründung nicht überzeugend.

Es ist auch nicht überzeugend, wenn der Landkreistag sagt: „Wir werden das schon erhalten.“ Denn es ist doch völlig klar, daß die Landräte nach Möglichkeiten suchen werden, hier Einsparungen vorzunehmen. Das hat man ihnen ja quasi angeboten. Aber genau dadurch ist letztlich der Sinn der Sache in Frage gestellt.

Zu einem Punkt möchte ich noch kurz etwas sagen.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich möchte Sie aber bitten, Frau Abgeordnete, zum Schluß zu kommen.

Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Ja, sehr kurz.

Da hat aufgrund eines Änderungsantrags der Regierungsfractionen im Sozialausschuß eine „Verschlimmbesserung“ stattgefunden.

(Abg. Weimer SPD: Das stimmt nicht! Das kann nicht sein, Frau Kollegin!)

Der Gesetzentwurf, den die Regierung vorgelegt hat, enthielt gegenüber der geltenden Fassung aus dem Jahr 1934 einen moderneren Datenschutzstandard, wie er heute üblich ist. Dann ist plötzlich ein Änderungsantrag gekommen, mit dem man die übliche Klausel, wonach Daten unter Durchbrechung der ärztlichen Schweigepflicht weitergegeben werden dürfen, wenn Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht, also zur Gefahrenabwehr, so ergänzt, daß das jetzt auch in bestimmten Fällen der Strafverfolgung gelten soll.

Das, meine Damen und Herren, halte ich nach dem Stellenwert, den der Datenschutz heutzutage hat und haben muß, für unzulässig. Hier wird ein Präzedenzfall geschaffen, wenn plötzlich Patientendaten ohne Einwilligung der Betroffenen zur Strafverfolgung führen und im Prozeß benützt werden können.

(Abg. Weimer SPD: Das stimmt nicht!)

Deswegen stellen wir zu diesem Punkt wie auch bereits zu dem erwähnten Punkt mit der organisatorischen Einheit heute bei der Zweiten Beratung noch einmal Änderungsanträge. Sie haben damit die Chance, meine Damen und Herren, hier noch einmal anders — und ich meine: nach sachlich gebotenen Gesichtspunkten — zu entscheiden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Drautz.

(Unruhe)

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Abg. Albrecht hat für die FDP/DVP-Fraktion bereits die Ablehnung begründet. Ich möchte nun auf den

(Drautz)

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksache 11/5029-3, eingehen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Den brauchen Sie nicht vorzulesen!)

Ich möchte

(Abg. Bebber SPD: Zustimmung!)

hier das Petikum für die Stadt Heilbronn einbringen und hilfsweise dieses für die FDP/DVP-Fraktion mit beantragen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das habe ich nicht verstanden!)

Da die Stadt Heilbronn sich im Städtetag gegen die Eingliederung ausgesprochen hat, war es der Stadt Heilbronn nicht möglich, sich vorher anzumelden. Sie kann deshalb nur hier im parlamentarischen Verfahren als kreisfreie Großstadt wie Stuttgart und Mannheim ihr eigenes Gesundheitsamt bekommen.

Es ist wichtig wegen der Kindergärten, wegen der Schulen und des Stützpunktkrankenhauses, daß das Gesundheitsamt nicht im Landkreis untergebracht wird. Dadurch ist es aber auch möglich, in Vereinbarungen zu erreichen – hier haben schon Gespräche stattgefunden –, daß der Landkreis Heilbronn und die Stadt Heilbronn dann in den alten Gebäuden des Gesundheitsamtes, zum Beispiel mit gemeinsamem Schreibdienst, und bei Untersuchungen im städtischen Krankenhauslabor hervorragend zusammenarbeiten können.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Was ist denn der Grund dafür? Warum ist das so, wie Sie es sagen? Das verstehe ich nicht!)

– Ich erkläre es Ihnen gleich, Herr Kuhn, wenn Sie es als einziger nicht verstanden haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Kiesswetter. Ich muß Sie allerdings, Herr Abgeordneter, auf die Kürze Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Herr Präsident! Ich mache es sehr kurz. Es geht mir nur um den im Sozialausschuß eingebrachten Änderungsantrag, den wir wieder ablehnen und auf den auch Frau Kollegin Bender schon hingewiesen hat, zu § 15 Abs. 1 Nr. 4. Ich möchte mich eigentlich an die Mitglieder des Plenums wenden, die nicht Mitglied im Sozialausschuß sind, denn ich glaube, daß hier der Sozialausschuß sehr kurzsichtig entschieden hat.

Es geht darum, daß von Opfern, die nicht einwilligen, Daten zur Strafverfolgung weitergeleitet werden dürfen. In § 15 Abs. 1 Nr. 2 ist geregelt: Wenn der Betroffene einwilligt, können selbstverständlich die Daten auch an die Strafverfolgungsbehörde weitergeleitet werden. Nach Nummer 3 kann der Arzt gegen den Willen des Betroffenen die Daten weiterleiten, wenn Gefahr für Leib oder Leben vorliegt, also wenn eine konkrete Gefahr, ein konkretes Verbrechen abgewehrt werden soll. Das ist richtig. Hier wird zwischen dem Vertrauensschutz und der bevorstehenden Gefahr abgewogen.

In Nummer 4 soll nunmehr geregelt werden, daß nach Abschluß einer Tat, wenn keine Gefahr mehr besteht, plötzlich der Amtsarzt entscheiden kann: Ich möchte, daß irgendeine dritte Person, die nicht da ist, bestraft wird.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Was? Der, der nicht da ist, soll bestraft werden?)

Das lehnen wir ab. Wir sind übereinstimmend mit der Datenschutzbeauftragten der Auffassung, daß eine solche gesetzliche Regelung die Verschwiegenheitspflicht des Arztes und auch das Vertrauen des Bürgers in das Gesundheitsamt unterläuft. Das Opfer – und um das Opfer geht es, nicht um den Täter – wird hier gegen seinen Willen und nicht zur Abwehr einer konkreten Gefahr für sein Leben, sondern nur, weil ein Arzt meint, er müßte hier eine Strafverfolgung einleiten, in die Öffentlichkeit gezerrt. Es werden Daten über ihn in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung unterbreitet. Hier wird der Schutz des Betroffenen – meistens wird es eine Betroffene sein –, meine ich, erheblich verletzt.

Es geht hier nicht um Täterschutz gleich Datenschutz, Herr Kollege Repnik, wie Sie das immer darstellen wollen.

(Abg. Dr. Repnik CDU: Natürlich, nur!)

sondern es geht hier um Datenschutz gleich Opferschutz. Deshalb ist das für mich sehr wesentlich. Wenn wir das Gesundheitsamt als Polizeibüttel betrachten, dann gehen wir die Gefahr ein, ein zweites oder drittes Memmingen zu bekommen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kuhn GRÜNE: Was, Memmingen?)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Repnik.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Friedhelm, setzen!)

Abg. Dr. Repnik CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht noch ein paar kurze Sätze zu dem gerade Gesagten.

Herr Drautz, wir werden natürlich dem Antrag bezüglich Heilbronn zustimmen. Nur muß ich schon sagen: Wenn man natürlich in letzter Minute kommt und aufs Pferd oder auf den Zug springen will, der schon lang läuft, und wenn man eben – –

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Was jetzt, Pferd oder Zug? Entscheiden Sie sich! Klare Entscheidung! – Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist ein Unterschied, Pferd oder Zug!)

– Also ich bin für den Zug. Baden-Württemberg ist umweltfreundlich. – Wenn man auf den Zug springen will, obwohl man Zeit gehabt hätte, sich rechtzeitig zu melden, dann – das muß ich schon sagen – ist das ein ganz eigenartiges Verfahren. Wir werden aber zustimmen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sie wissen doch gar nicht, um was es geht, Herr Repnik!)

– Doch, ich weiß, um was es geht.

(Dr. Replik)

Lieber Herr Kiesswetter, ich hoffe doch, daß bei Ihren Ausführungen das Fernsehen abgeschaltet war und die Radiostationen weggehört haben, denn Sie reden mit solchen Reden Ihre Partei mit Sicherheit unter 5 %.

(Zuruf des Abg. Dr. Döring FDP/DVP — Abg. Kuhn GRÜNE: Das wäre doch nicht so schlecht!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Replik, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drautz?

Abg. Dr. Replik CDU: Nein. Ich habe gesagt, daß wir zustimmen. Das müßte genügen. Das Verfahren in Heilbronn war nicht in Ordnung. Die haben es schlichtweg verschlafen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Da sieht man, wieviel Ihnen an der FDP liegt!)

Mit dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen wurde doch einem Mangel im Gesetzgebungsverfahren begegnet. Im Gesetzentwurf war die Berechtigung, Patientendaten von Gesundheitsämtern an die Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben, stark eingeschränkt und im Fall des Ziels der Strafverfolgung, Herr Kiesswetter — der Strafverfolgung, nicht der Rache —, untersagt. Nach solchen Regelungen blieben wir hinter der bestehenden Rechtslage zurück, und es hätte die Gefahr bestanden, daß Verfahren wie die gegen die Kinderschänder von Flachslanden nicht mehr möglich wären. Datenschutz — —

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Das stimmt doch gar nicht!)

— Doch.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Datenschutz würde damit wirklich zum Täterschutz.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Dr. Replik, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kiesswetter?

Abg. Dr. Replik CDU: Nein, Herr Präsident. Ich habe nur noch 2 Minuten Redezeit; ich muß meine Rede zu Ende bringen.

Deshalb haben die Regierungsfractionen einen Änderungsantrag beschlossen, der unter eingeschränkter Voraussetzung die Übermittlung solcher Daten möglich macht. Auch die ärztliche Schweigepflicht ist nicht tangiert. Mit dem Änderungsantrag wird es den Gesundheitsämtern ermöglicht, in Fällen von Straftaten, bei Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung oder bei Körperverletzungen, Meldung zu machen. Wir reden im Sozialausschuß permanent über Sanktionen beim Mißbrauch von Kindern, wir reden permanent über Sanktionen bei Vergewaltigungen von Frauen, und so etwas soll jetzt plötzlich nicht mehr möglich sein? Das kann und darf doch nicht wahr sein.

Im Wege eines Kompromisses sind wir übereingekommen, „Sachverhalte“, die aus der reinen Beratung kommen, im Vertrauensschutz für die Beratungsstellen zu belassen. Das ist ein Kompromiß, den wir von der CDU für nicht weitgehend genug halten, den wir aber zumindest für tragbar halten.

Ich bin der Auffassung, daß wir den Gesundheitsämtern gegenüber kein größeres Mißtrauen an den Tag legen sollten, als wir es bei den Ärzten tun. Deswegen sind wir für die gleiche Rechtslage für die niedergelassenen Ärzte und die Gesundheitsämter.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten — Zurufe: Weiter!)

— Ich möchte um Ruhe bitten. Ich warte einfach so lange, bis Ruhe herrscht.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. — Bitte, Herr Abgeordneter, fahren Sie fort.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das geht von der Redezeit ab!)

Abg. Dr. Replik CDU: Das reicht mir.

Schließlich geht es bei der Frage letztlich darum, ob Täter scheußlichster Verbrechen wie Kinderschändung oder sexueller Gewalt gegen Frauen ungestraft bleiben. Nur darum geht es. Das haben wir damit geregelt.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich dem Herrn Innenminister.

Innenminister Birzele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst für die Landesregierung betonen, daß die von diesem Eingliederungsgesetz betroffenen Verwaltungen eine engagierte und anerkannt gute Arbeit geleistet haben. Da jedoch mit der Reform höherrangige Ziele verfolgt werden — ich werde auf sie noch kurz eingehen —, müssen wir die betroffenen Beamtinnen und Beamten bitten, Verständnis zu haben und im Interesse dieser Verwaltungsreform die Aufgaben nach dem Eingliederungsgesetz genauso engagiert und gut weiterzuführen, wie sie dies bisher getan haben.

Ich habe auch Verständnis dafür, daß die betroffenen Beamten bei den unteren Sonderbehörden, deren Status sich verändert, beunruhigt sind, weil selbständige Ämter zu Dezernaten oder gar zu unselbständigen Ämtern in anderen Behörden werden. Ihr aktueller Besitzstand wird gesichert. Die Landesregierung sagt ausdrücklich zu, daß die Bewertungen der Stellen mit dem Ziel überprüft werden, den bisherigen Bewertungen möglichst weitgehend nahezukommen.

Lassen Sie mich nun doch, weil das heute wiederum in Frage gestellt worden ist, einige der wesentlichen Zielsetzungen und der positiven Wirkungen nennen, die durch dieses Eingliederungsgesetz bewirkt werden.

Das verwirrende Nebeneinander von fachtechnischen und allgemeinen Verwaltungsbehörden wird kleiner, die Verwaltung für alle Beteiligten übersichtlicher. Der Bürger hat in vielen Verfahren nur noch einen Ansprechpartner. Ein nicht unwesentliches Ergebnis ist in diesem Zusammenhang auch, daß sich die Behörden nicht jeweils hinter anderen Behörden verstecken können, sondern daß das Prinzip „Ein Fall, eine Entscheidung“ gilt.

(Minister Birzele)

Die Entscheidungen, Herr Hackl, fallen auch schneller. Daß ausgerechnet die Grünen darauf verweisen, man könne ausreichend über Datenautobahnen kommunizieren, hat mich schon erheblich verwundert. Sie sollten wissen, daß es in einer guten Verwaltung notwendig ist, daß das Gespräch und die Diskussion geführt und nicht nur Schreiben ausgetauscht werden, in denen Standpunkte festgeklopft werden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CDU
– Zuruf des Abg. Hackl GRÜNE)

Deshalb sage ich: Es ist gut, daß die Interessenabwägungen in einem Hause fallen. Ortsbesichtigungen und Verhandlungstermine können konzentrierter ablaufen, und der Verwaltungsfachmann und der technische Experte haben einen Vorgesetzten, der notfalls den Streit entscheiden muß.

Auch dazu ein Wort. Mich wundert, daß Sie, Herr Hackl, sagen, es sei doch ein erheblicher Unterschied, ob die fachliche Stellungnahme unbeeinflußt von politischen Vorgaben erfolge oder nicht. Wissen Sie eigentlich, was Sie den Beamten unterstellen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Was sagt denn der Herr Schäfer dazu?)

Daß sie ihre fachtechnische Stellungnahme durch eine Vorgabe ihres Amtsleiters bzw. des Landrates beeinflussen lassen?

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Fragen Sie doch mal Ihren Kollegen Umweltminister!)

Aber, Frau Kollegin Bender, ich frage Sie: Wie ist denn das beim Regierungspräsidium in der Wasserschutzabteilung?

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

Da sitzen die Verwaltungsfachbeamten und die technischen Beamten zusammen in einer Abteilung, da wird eine Entscheidung gemeinsam erarbeitet. Ist diese Entscheidung in den Regierungspräsidien schlechter, weil Fachbeamte und anordnende Beamte zusammenarbeiten? Diesen Widerspruch sollten Sie mir mal auflösen. Aber ich bitte Sie, überlegen Sie einmal, daß und wie Sie mit solchen Ausführungen Beamte beleidigen, indem Sie denen unterstellen, sie würden fachtechnische Stellungnahmen nach politischen Vorgaben abändern.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hackl?

Innenminister Birzele: Bitte sehr.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte schön, Herr Abg. Hackl.

Abg. Hackl GRÜNE: Herr Innenminister, ist Ihnen bewußt, daß der Regierungspräsident und das Regierungspräsidium politisch unabhängig sind

(Abg. Haasis CDU: Die sind politisch nicht unabhängig!)

und daß der Landrat oder die Landrätin von den Bürgermeistern in den Landkreisen gewählt werden

(Zuruf von der CDU: Von wem?)

und daß damit die Bürgermeister, die in den Kreistagen sitzen, natürlich über ein erhebliches Drohpotential auch gegenüber der Verwaltung verfügen? Können Sie mir da zustimmen, daß jeder Beamte oder jede Beamtin, die in diesem Bereich schon gearbeitet haben, diese Erfahrung gemacht haben? Das hat nichts damit zu tun, daß da ein Rechtsbruch ist. Das ist für die Beschäftigten eine verdammt schwierige Frage.

(Abg. Dr. Maus CDU: Frage!)

Können Sie mir zustimmen, daß ein Beamter damit rechnen muß, nicht mehr befördert zu werden.

(Abg. Dr. Maus CDU: Einem solchen Blödsinn kann man nicht zustimmen!)

wenn er 25 Weisungen seines Vorgesetzten aus fachlichen Gesichtspunkten nicht mehr befolgt?

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Bitte, Herr Innenminister.

Innenminister Birzele: Herr Hackl, ich kann Ihnen nicht zustimmen.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ich will Sie nur einmal auf einige Fakten hinweisen, weil Sie die offensichtlich vergessen haben.

Die Fachbeamten des höheren Dienstes sind nach wie vor Landesbeamte. Da trifft Ihre Argumentation schon einmal gleich gar nicht zu. Die anderen Beamten haben ja ein Wahlrecht, und der Beamte, der die Befürchtungen hat, die Sie gerade ausgesprochen haben, der wird das Wahlrecht zugunsten des kommunalen Dienstherrn nicht ausüben.

(Abg. Haasis CDU: Da kriegt er Weisung von Herrn Schäfer!)

Aber ich sage Ihnen, und wir haben doch Erfahrung aus der Kommunalisierung von 1 100 Verwaltungsbeamten, die aus staatlichen Beamten zu kommunalen Beamten wurden: Die allermeisten haben das Wahlrecht zugunsten des kommunalen Dienstherrn ausgeübt,

(Abg. Haasis CDU: Sie sind sogar befördert worden!)

und ich sage Ihnen auch, warum: weil die Beförderungschancen dort besser waren. Diese staatlichen Beamten haben untere staatliche Verwaltungsaufgaben erledigt, ja sie haben sogar Rechtsaufsicht gegenüber den kreisangehörigen Gemeinden wahrgenommen. Wir gehen davon aus, daß kommunale Beamte staatliche Rechtsaufsicht gegenüber Gemeinden objektiv wahrnehmen können, und dann, meine ich, sind die Befürchtungen, die Sie geäußert haben, so nicht zutreffend.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch darauf hinweisen, daß die Verwaltung ortsnäher wird und daß

(Minister Birzele)

Synergieeffekte im Bereich der Querschnittsaufgaben und der Servicebereiche Spielräume schaffen,

(Abg. Haasis CDU: Sehr gut!)

die fachlichen Aufgaben jedenfalls — ich sage es ganz vorsichtig — nicht schlechter — ich bin persönlich der Überzeugung: besser — als vorher zu erledigen.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Finanzen haben eine große Rolle gespielt. Nach dem Hearing steht fest — das haben die kommunalen Landesverbände, ausdrücklich jedenfalls der Landkreistag und der Gemeindetag, auch eingeräumt —, daß die eingestellten Finanzen zur Bewältigung der Aufgaben, die auf die Landratsämter und die Bürgermeisterämter der Stadtkreise übertragen werden, ausreichen.

Ich bin sehr froh, daß der Rechnungshof als neutrale Stelle die Berechnungen überprüft hat; denn er ist ein unverdächtiger und neutraler Dritter. Die Stellungnahme des Rechnungshofs hat deutlich gemacht — Herr Abg. König, das ist Ihnen entgangen —,

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Daß der Umweltminister nicht rechnet! — Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

daß es sich um verschiedene Bewertungen handelt. Deshalb ist es auch völlig falsch, wenn Sie dem Umweltminister unterstellen, er hätte falsch gerechnet.

(Abg. Haasis CDU: Zuhören, Weyrosta, damit Sie etwas lernen!)

Vielmehr ist deutlich gemacht worden, was jeweils in die Berechnung eingeht. Wenn Sie die jetzige Aufgabenerledigung mit den jetzigen technischen Gegebenheiten nehmen, dann steht fest, daß dies nicht zu erhöhten Kosten führt. Wenn Sie eine verbesserte Datenverarbeitung haben wollen, dann wird dies selbstverständlich zu zusätzlichen Aufwendungen führen. Diese zusätzlichen Aufwendungen sind nötig; aber sie können nicht der Eingliederung zugerechnet werden. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall der Abg. List und Haasis CDU)

Das hat ja auch der Rechnungshof deutlich gemacht. Und was das Personal betrifft, so ist vom Rechnungshof auch die Grundannahme des Gesetzentwurfs bestätigt worden, daß mittelfristig kein zusätzlicher Personalbedarf durch die Neugliederung entsteht. Der Rechnungshof hat ausdrücklich gesagt, von diesem Ansatz — er hat ja auch die vorliegenden Gutachten untersucht — und den zu erwartenden Synergieeffekten her sei es „schlüssig, daß bei der Aufteilung von Organisationseinheiten kein zusätzlicher Personalbedarf im Fachbereich entstehen wird.“

Es war unrichtig, Herr Hackl, wie Sie sich auf den Rechnungshof bezogen haben. Sie haben gesagt, der Rechnungshof gehe davon aus, daß das Fachwissen absinke. Nichts dergleichen stimmt.

(Abg. Hackl GRÜNE: Das hat er gesagt!)

Ich lese Ihnen einmal vor, was der Vizepräsident des Rechnungshofs hier bei der Anhörung gesagt hat:

Ein Problem ist die Aufteilung der Ein-Mann-Spezialisten bei den Wasserwirtschaftsämtern. Die Einstellung eines Mitarbeiters allein für eine solche Aufgabe wäre allerdings nicht vertretbar. Künftig wird es notwendig sein, daß sich die Mitarbeiter ein breiteres Wissensspektrum aneignen. Für Spezialaufgaben sieht das Gesetz daneben die Möglichkeit vor, Vor-Ort-Zuständigkeiten bei den unteren Verwaltungsbehörden zu begründen.

Daraus ergibt sich, daß das Gesamtergebnis — es entsteht kein zusätzlicher Personalbedarf, und es erfolgt keine Senkung der Standards — richtig ist.

(Abg. Drexler SPD: Das hat der Rechnungshof nicht gesagt, daß die Umweltstandards nicht absinken werden!)

— Herr Kollege Drexler, ich lese Ihnen vor — ich muß das jetzt nur schnell suchen —, daß der Rechnungshof festgestellt hat: Es entsteht kein zusätzlicher Personalbedarf.

(Beifall des Abg. Haasis CDU — Abg. Drexler SPD: Aber nicht mit den Umweltstandards!)

— Ich bitte Sie, Herr Kollege Drexler. Das beinhaltet doch gleichzeitig — aber vielleicht fragen Sie dazu den Präsidenten des Rechnungshofs, der hier anwesend ist —, daß keine schlechtere Aufgabenerledigung geschieht; denn wenn eine schlechtere Aufgabenerledigung geschähe, dann wäre es ein falsches Ergebnis, festzustellen, es entstehe kein zusätzlicher Personalbedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Nagel und Weimer SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch etwas zu der Äußerung von Herrn Albrecht sagen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Das war gut, was er gesagt hat!)

— Es ist mir nur nicht ganz klargeworden — deshalb wollte ich bei Ihnen höflich nachfragen —, was Sie eigentlich gewollt haben.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: So herum werden keine Fragen gestellt!)

Wollen Sie nun, daß die Aufgaben als kommunale Selbstverwaltungsaufgaben übertragen werden, das heißt, Abbau der staatlichen Fachaufsicht?

(Abg. Albrecht FDP/DVP: Ich bin unter der Voraussetzung dieser Meinung, daß die Wasserwirtschaftsämter ihre Aufgaben nicht zufriedenstellend lösen können! — Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Außerdem werden Fragen nur so herum gestellt! — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Minister, Sie haben nach wie vor das Wort.

Innenminister Birzele: Ich stelle aber fest, daß Sie einmal gesagt haben: „Wenn . . . , dann wäre das ein richtiger Wurf gewesen.“ Ich habe sehr viel Sympathie dafür. Aber die Schlußfolgerung, daß das Vorgehen falsch ist, ist dann nicht richtig. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber nach Ihrer Auffassung dann nicht weit genug. Es ist aber kein Schritt in die falsche Richtung. Denn gerade wenn Sie es als kommunale Selbstverwaltungsaufgabe übertragen würden, dann müßten Sie notwendigerweise diese technischen Fachbehörden, die Sonderbehörden, eingliedern.

In diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung: Frau Bender hat nachdrücklich dafür plädiert, den Bereich Gesundheit als kommunale Selbstverwaltungsaufgabe zu übertragen, sich aber gleichzeitig dagegen gewandt, daß im Gesetz keine genauen Organisationsstrukturen vorgegeben würden. Das ist ein Widerspruch.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Die organisatorische auch!)

– Nein. Frau Bender, wenn Sie der Auffassung sind, daß die Landkreise und die Großstädte dieses Problem als Selbstverwaltungsaufgabe sehr gut erledigen könnten, dann müssen Sie doch erst recht sagen, daß sie die Fragen der Organisation entsprechend erledigen müssen.

(Abg. Dr. Maus CDU: So ist es!)

Meine Damen und Herren, der interfraktionelle Antrag Drucksache 11/5029-2 ist noch angesprochen worden. Es ist notwendig, das Inkrafttreten auf den 1. Juli 1995 zu verschieben, um erheblichen unnötigen Verwaltungsaufwand und Ärger bei allen Beteiligten zu vermeiden. Ich will nur einige der wichtigsten Umsetzungshandlungen nennen, die noch notwendig sind, wenn dieses Gesetz jetzt verabschiedet wird: Der Doppelhaushalt 1995/96 des Landes muß angepaßt werden. Auch müssen alle Haushalte der 44 Stadt- und Landkreise angepaßt werden, es müssen Stellen und Sachmittel vorgesehen werden. Notwendig ist die Übertragung beweglicher Sachen und Lizenzen, der Abschluß von Mietverträgen und die Versetzung und Abordnung von Beamten vom Land zu den Land- bzw. Stadtkreisen. Schließlich müssen neue Arbeitsverträge mit den Angestellten und Arbeitern abgeschlossen werden.

Für die meisten dieser Verfahren sind bestimmte Beteiligungsverfahren gesetzlich vorgeschrieben. Deshalb ist es sinnvoll, genügend Zeit für die Umsetzung einzuräumen.

(Abg. König REP: Machen Sie es zum 1. Januar 1996!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die in Artikel 9 bei Hinausschieben des Inkrafttretens notwendigen Änderungen bezüglich des finanziellen Ausgleichs umfassen mehr als den halben Jahresbetrag, insbesondere deshalb, weil bei Bezügen im zweiten Halbjahr ein 13. Monatsgehalt anfällt.

Lassen Sie mich noch ein kurzes Wort zu der vom Kollegen Kiesswetter aufgeworfenen Frage des Datenschutzes sagen. Herr Kollege Kiesswetter, Abg. Dr. Repnik hat Sie ja bereits darüber informiert, daß hier unterschiedliche Meinungen bestanden. Eines ist aber klar: Diese Lösung, die wir jetzt im Gesetz haben, ist ein vernünftiger Kompromiß und enthält

gegenüber der gegenwärtigen Rechtslage eine ganz wesentliche Einschränkung.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

Denn nach der gegenwärtigen Rechtslage wären solche Meldungen bei allen Straftaten und sogar bei Ordnungswidrigkeiten zulässig gewesen. Es erfolgt also eine ganz wesentliche Einschränkung der Datenübermittlungskompetenz. Es ist festzuhalten, daß der Arzt entscheidet. Das Gesetz ermöglicht ihm nur, wenn er selbst die entsprechende, auch vom Strafgesetzbuch vorgesehene Güterabwägung trifft, diese Daten weiterzugeben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend sagen: Die positiven Wirkungen des Gesetzes werden sich nicht von selbst einstellen. Alle Beteiligten müssen den festen Willen zum Erfolg entwickeln, und vor allem wird der organisatorische Ansatz erst dann seine Wirkung entfalten, wenn die Ämter tatsächlich organisatorisch-räumlich und im Bewußtsein aller Mitarbeiter in die unteren Verwaltungsbehörden integriert sind. Ich bitte Sie, an dieser Aufgabe mitzuwirken.

(Beifall bei der CDU und der SPD – Abg. Haasis
CDU: Ein kompetenter Beitrag!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen in der Zweiten Beratung zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zur Eingliederung der Staatlichen Veterinärämter, zur Aufhebung der Staatlichen Gesundheitsämter, zur Übertragung von Aufgaben der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz auf untere Verwaltungsbehörden sowie zur Bereinigung fleischhygiene- und lebensmittelrechtlicher Zuständigkeiten (Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz) –, Drucksache 11/4862, ab.

Meine Damen und Herren, der Innenausschuß schlägt Ihnen mit seiner Beschlußempfehlung Drucksache 11/4987 vor, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Übertragung von Aufgaben auf die unteren Verwaltungsbehörden

Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/5029-1, vor. Mit dem Antrag soll die Eingliederung der Ämter für Wasserwirtschaft verhindert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich darf zunächst an die Antragsteller zwei Fragen stellen. Unter Ziffer 2 steht geschrieben: „Artikel 1 Ziffer 2“. Das muß wohl richtigerweise „Artikel 1 Abs. 2“ heißen.

(Abg. Hackl GRÜNE: Jawohl! – Abg. Kuhn
GRÜNE: Das war nur ein kleiner Test, ob Sie das merken!)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Ich darf weiter fragen, ob über diesen Antrag insgesamt abgestimmt werden kann.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Ja, und zwar namentlich!)

— Frau Bender, eins nach dem anderen.

Sie sind zunächst damit einverstanden, daß über diesen Antrag im ganzen abgestimmt wird.

(Abg. Hackl GRÜNE: Ja!)

Dann ist von Herrn Kollegen Hackl namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich darf fragen, ob dieser Antrag die notwendige Unterstützung findet.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Aber selbstverständlich!)

— Dies ist offenkundig der Fall.

Dann stimmen wir jetzt über den Änderungsantrag Drucksache 11/5029-1 im ganzen namentlich ab.

Meine Damen und Herren, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, der möge bitte mit Ja antworten, wer ihn ablehnen möchte, möge mit Nein antworten, wer sich der Stimme enthalten will, möge mit „Enthaltung“ antworten.

Ich darf, wie an solchen Stellen üblich, die herzliche und dringende Bitte an Sie richten, daß Sie während des Namensaufrufs Ruhe bewahren, damit die Antworten verstanden werden können.

Ich darf Herrn Abg. Krisch bitten, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben A.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, noch einmal: Bitte Ruhe!

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 142 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 89 Abgeordnete;
kein Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten.

Damit ist der Antrag Drucksache 11/5029-1 mehrheitlich abgelehnt.

*

Mit Ja haben gestimmt:

Albrecht, Birgitt Bender, Brinkmann, Buchter, Bühler, Bütikofer, Dr. Caroli, Daffinger, Deuschle, Dr. Döring, Drautz, Drexler, Dr. Eckert, Dr. Geisel, Göschel, Hackl, Herbricht, Hund, Jacobi, Kiesswetter, König, Krisch, Kuhn, Eberhard Lorenz, Dr. Walter Müller, Liane Offermanns, Pfister, Rapp, Rebhan, Reimann, Reinelt, Renz, Dr. Salomon, Schaaf, Dr. Scharf, Schlauch, Dr. Schlie-

rer, Monika Schnaitmann, Schneider, Schöning, Seltenreich, Dieter Stoltz, Gerhard Stolz, Teßmer, Trageiser, Troll, Walter, Dr. Weingärtner, Wettstein, Weyrosta, Wilhelm, Wintruff, Dr. Witzel.

Mit Nein haben gestimmt:

Amann, Baumhauer, Bebbler, Behringer, Birzele, Bloemecke, Brechtken, Carla Bregenzer, Döpfer, Dreier, Fleischer, Gaßmann, Göbel, Goll, Alfred Haas, Gustav-Adolf Haas, Haasis, Hauk, Heiler, Heinz, Dr. Hopmeier, Dr. Claudia Hübner, Keitel, Kielburger, Kiesecker, Dr. Klunzinger, Köberle, Köder, Kurz, Dr. Lang, Ursula Lazarus, Leicht, List, Hans Lorenz, Maurer, Dr. Maus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Meyer, Mogg, Mühlbeyer, Ulrich Müller, Nagel, Östreicher, Oettinger, Dr. Ohnewald, Dr. Puchta, Rau, Rech, Reddemann, Redling, Dr. Reinhart, Rempfel, Dr. Repnik, Ruder, Rückert, Barbara Schäfer-Wiegand, Dr. Schäuble, Schaufler, Schefold, Scheuermann, Schöffler, Schöttle, Schrempp, Dr. Marianne Schultz-Hector, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Helga Solinger, Dr. Spöri, Stächele, Stratthaus, Straub, Ströbele, Teufel, Tölg, von Trotha, Helga Ulmer, Brigitte Unger-Soyka, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wabro, Weimer, Weinmann, Weiser, Wieser, Marianne Wonnay, Zeller, Zimmermann.

*

Meine Damen und Herren, ich lasse nunmehr über den Artikel 1 entsprechend der Beschlußvorlage des Innenausschusses abstimmen. Wer dem Artikel 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist dem Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Aufhebung der Staatlichen Veterinärämter, der Staatlichen Gesundheitsämter und der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz als untere Sonderbehörden

Wer dem Artikel 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist dem Artikel 2 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

Wer dem Artikel 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen und etlichen Gegenstimmen ist dem Artikel 3 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 4

Änderung der Landkreisordnung

Wer dem Artikel 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? —

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Bei einigen Stimmenthaltungen und etlichen Gegenstimmen ist dem Artikel 4 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Ernungsgesetzes

Wer dem Artikel 5 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist dem Artikel 5 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 6

Übernahme von Bediensteten

Wer dem Artikel 6 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Stimmenthaltungen und wenigen Gegenstimmen ist dem Artikel 6 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7

Personalvertretung

Wer dem Artikel 7 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist dem Artikel 7 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 8

Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen

Wer dem Artikel 8 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Artikel 8 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 9

Änderung des Gesetzes über den kommunalen Finanzausgleich

Bei Artikel 9 muß ich wieder darauf hinweisen, daß in der Einleitung die Worte „Artikel I des Gesetzes vom 25. Oktober 1993 (GBl. S. 653)“ zu streichen sind. Es handelt sich wieder um das Finanzausgleichsgesetz. Da müssen später von der Landesregierung die neuen Daten eingesetzt werden, wenn die Fundstelle der letzten Änderung bekannt ist. – Sie sind damit einverstanden.

Meine Damen und Herren, zu Artikel 9 liegt eine ganze Reihe von Änderungsbegehren vor. Ich rufe bei Artikel 9 zunächst Nummer 1 auf. Dazu liegt mit Abschnitt I Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksache 11/5029-2, ein Änderungsbegehren vor.

Außerdem wird in Ziffer 2 Buchst. a des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksache 11/5029-3, eine Änderung begehrt.

Ich habe mich nun vergewissert. Mir ist mitgeteilt worden, daß es sich bei den Zahlen im Änderungsantrag Drucksache 11/5029-3 um die neueren Zahlen handelt, so daß über diese Zahlen abgestimmt werden muß. Es handelt sich in Ziffer 2 Buchst. a dieses Änderungsantrags um die Fassung „a) im Jahr 1995 86,90 vom Hundert, b) ab dem Jahr 1996 88,68 vom Hundert.“

Über dieses Begehren lasse ich jetzt abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Stimmenthaltungen ist Ziffer 2 Buchst. a des Änderungsantrags Drucksache 11/5029-3 zugestimmt.

Damit hat sich Abschnitt I Ziffer 1 des Änderungsantrags Drucksache 11/5029-2 erledigt.

Zu Nummer 2 von Artikel 9 der Beschlußvorlage liegt Abschnitt I Ziffer 2 des Änderungsantrags Drucksache 11/5029-2 vor. Darin wird eine geänderte Fassung von § 1 b begehrt. Ich lasse über dieses Änderungsbegehren abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Stimmenthaltungen ist Abschnitt I Ziffer 2 des Änderungsantrags Drucksache 11/5029-2 zugestimmt.

Damit ist Nummer 2 von Artikel 9 der Beschlußvorlage in der jetzt beschlossenen Fassung verabschiedet.

Ich rufe Nummer 3 der Beschlußvorlage auf. Hierzu liegt kein Änderungsbegehren vor. – Zu dieser Nummer kann ich wohl ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses feststellen.

Meine Damen und Herren, ich rufe Artikel 9 Nr. 4 der Beschlußvorlage auf. Hier ist ein ähnlicher Fall wie vorhin bei Nummer 1 gegeben. Es liegt ein Änderungsbegehren in Abschnitt I Ziffer 3 des Änderungsantrags der Regierungsfractionen, Drucksache 11/5029-2, vor. Außerdem ist in Ziffer 2 Buchst. b des Änderungsantrags Drucksache 11/5029-3 ein Änderungsbegehren gestellt. Insoweit ändern sich die Zahlen. Ich bitte um Ihr Einverständnis, daß ich, damit der Text in Ordnung geht, über Abschnitt I Ziffer 3 des Änderungsantrags Drucksache 11/5029-2 abstimmen lasse, allerdings mit der Maßgabe, daß es heißen muß:

... Die Zuweisungen betragen im Jahr 1995 71 700 000 DM und im Jahr 1996 134 700 000 DM ...

(Abg. Kuhn GRÜNE: Können Sie das noch einmal wiederholen, bitte?)

– Ich glaube, das ist so verständlich dargestellt worden, daß auch Sie, Herr Kollege Kuhn, es eigentlich hätten verstehen müssen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt über diesen Teil, den ich soeben aufgerufen habe, abstimmen. Wer dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei weni-

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

gen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist dem zugestimmt.

Meine Damen und Herren, jetzt muß noch über den zweiten Teil — das ist die Aufstellung der Landkreise — abgestimmt werden. Hier ergeben sich auch Änderungen, die Sie aus der Aufstellung im Änderungsantrag Drucksache 11/5029-3 ersehen. Diesen Teil von Artikel 9 Nr. 4 stelle ich jetzt mit folgender Maßgabe zur Abstimmung: Diese Nummer 4 muß heißen:

... Die Zuweisungen werden auf die einzelnen Stadt- und Landkreise wie folgt aufgeteilt:

Dann kommt die Aufteilung, wie sie auf der angegebenen Drucksache aufgeführt ist.

Sie haben es verstanden? Herr Abg. Kuhn, Sie auch?

(Lebhafte Heiterkeit — Beifall — Abg. Kuhn
GRÜNE: Ich habe es verstanden, Herr Präsident!
— Abg. Bütikofer GRÜNE: Sogar der Kuhn!)

Dann lasse ich abstimmen. Wer dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist damit Nummer 4 in dieser Fassung zugestimmt.

Ich rufe die Nummern 5 bis 7 innerhalb des Artikels 9 auf.

Wer diesen Nummern zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist diesen Nummern zugestimmt.

Nun rufe ich innerhalb des Artikels 9 die Nummer 8 und hierzu den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, Drucksache 11/5029-2 Ziffer 4, auf. Ich lasse über diesen Änderungsantrag abstimmen, der die Worte „31. Dezember 1994“ durch die Worte „30. Juni 1995“ ersetzt haben will. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei wenigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist damit diesem Antrag und Nummer 8 von Artikel 9 in dieser Fassung zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Artikel 10

Gesetz zur Ausführung des Fleischhygienegesetzes (AGFIHG)

Wer diesem Artikel zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist Artikel 10 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 11

Änderung des Wassergesetzes

Zunächst rufe ich die Nummern 1 bis 7 auf. Wer den Nummern 1 bis 7 des Artikels 11 entsprechend der Beschlußvorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist diesen Nummern zugestimmt.

Ich rufe jetzt innerhalb des Artikels 11 die Nummer 8 auf. Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksache 11/5029-3 Ziffer 2 Buchst. c, vor. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist damit Nummer 8 von Artikel 11 in dieser geänderten Fassung zugestimmt.

Ich gehe davon aus, daß ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung zu Nummer 9 von Artikel 11 feststellen kann. — Es wird nicht widersprochen, es ist so beschlossen.

Ich rufe auf

Artikel 12

Änderung des Landesabfallgesetzes

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist Artikel 12 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 13

Änderung des Bodenschutzgesetzes

Wer zustimmen möchte, möge dies anzeigen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist Artikel 13 zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 14

Personelle Übergangsbestimmungen

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen und einigen Gegenstimmen ist Artikel 14 zugestimmt.

Kann ich die Artikel 15 bis 18 zusammen aufrufen?

(Zustimmung)

— Es erhebt sich kein Widerspruch. Die

Artikel 15 bis 18

sind aufgerufen. Wer ihnen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 19

Ausgleich bei Übertragung neuer Aufgaben

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Artikel 19 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Nun rufe ich schließlich auf

Artikel 20

Inkrafttreten

und dazu den Änderungsantrag Drucksache 11/5029-2 Abschnitt I Ziffer 5, wonach die Worte „1. Januar“ durch „1. Juli“ ersetzt werden sollen. Wer dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen und wenigen Gegenstimmen ist dem Artikel 20 mit dieser Änderung zugestimmt.

Meine Damen und Herren, damit ist die Einzelberatung abgeschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 30. November 1994 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Eingliederung der Staatlichen Veterinärämter, zur Aufhebung der Staatlichen Gesundheitsämter, zur Übertragung von Aufgaben der Ämter für Wasserwirtschaft und Bodenschutz auf untere Verwaltungsbehörden sowie zur Bereinigung fleischhygiene- und lebensmittelrechtlicher Zuständigkeiten (Sonderbehörden-Eingliederungsgesetz)“. — Sie stimmen der Überschrift zu.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur

Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dem Gesetz ist bei etlichen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen zugestimmt. Damit ist das Gesetz angenommen, und damit ist auch Buchstabe a von Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Beratung — —

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Ich darf um etwas Ruhe bitten.

Wir kommen nunmehr in der Zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs unter Punkt 4 b der Tagesordnung — Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienstgesetz — ÖGDG) — zur Abstimmung. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlußempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 11/4988. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Einzelbestimmungen aufrufen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Erster Abschnitt

Allgemeines

§ 1

Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes

Wer § 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist § 1 zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 2

Behörden des öffentlichen Gesundheitsdienstes

Zu diesem § 2 liegen insgesamt drei Änderungsanträge vor, und zwar der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Drucksache 11/5029-3 Ziffer 1 Buchst. a und b, und der Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/5025-3 Ziffer 1.

Darf ich fragen, meine Damen und Herren, ob ich über die Buchstaben a und b der Ziffer 1 des Änderungsantrags Drucksache 11/5029-3 zusammen abstimmen lassen kann. —

(Allgemeine Zustimmung)

Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann lasse ich jetzt über die Buchstaben a und b der Ziffer 1 des Antrags Drucksache 11/5029-3 abstimmen. Wer diesen beiden Änderungen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist diesen beiden Ziffern zugestimmt.

Dann lasse ich jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/5025-3 Ziffer 1, abstimmen. Wer dieser Ziffer 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Die Ziffer 1 des Antrags Drucksache 11/5025-3 ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich jetzt über § 2 abstimmen, und zwar auf der Basis der beiden vorhin beschlossenen Änderungen. Wer § 2 in dieser Form und insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist § 2 in dieser Form zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 3

Zuständigkeit

Wer § 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist § 3 zugestimmt.

Nun rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/5025-1, auf, der begehrt, nach § 3 einen neuen § 4 einzufügen.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Der Antrag ist bei einigen Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Dann rufe ich auf

§ 4

Qualifikation für die fachliche Leitung des Gesundheitsamts

Zu § 4 liegt der Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 11/5025-3 Ziffer 2, vor. Wer der Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen?

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

gen? — Ziffer 2 dieses Änderungsantrags ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über § 4 nach der Beschlußvorlage abstimmen. Wer § 4 nach der Beschlußvorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Stimmenthaltungen ist § 4 zugestimmt.

Ich rufe auf

§ 5

Aufgaben des Landesgesundheitsamts und der Hygiene-Institute

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist § 5 zugestimmt.

Ich rufe auf

Zweiter Abschnitt

Einzelne Aufgaben und Befugnisse der Gesundheitsämter

Darf ich fragen, meine Damen und Herren, ob ich den Zweiten Abschnitt insgesamt aufrufen kann? —

(Allgemeine Zustimmung)

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann sind die

§§ 6 bis 13

aufgerufen.

Wer den §§ 6 bis 13 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist diesen Paragraphen zugestimmt.

Ich rufe auf

Dritter Abschnitt

Datenschutz

§ 14

Anwendungsbereich

Wer § 14 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist § 14 zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt

§ 15

Datenschutz, Allgemeine Vorschriften

auf. Da darf ich zunächst auf die Beschlußempfehlung hinweisen, die eine Änderung des § 15 vorsieht. Nun sind zu dieser nach der Beschlußvorlage geänderten Fassung des § 15 Änderungsvorschläge eingebracht, und zwar zunächst ein Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache

11/5025-1 Ziffern 3 und 4. Ich frage, ob ich über diese beiden Ziffern gemeinsam abstimmen lassen kann. — Es liegt hier außerdem ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 11/5025-2, vor. Wenn ich das recht sehe, ist dieser Änderungsantrag identisch mit Ziffer 4 des Antrags der Fraktion GRÜNE.

(Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Ja!)

Er ist also mit aufgerufen, und ich kann auch insoweit gemeinsam darüber abstimmen lassen.

Wer also den Ziffern 3 und 4 des Änderungsantrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/5025-1, und damit inzidenter auch dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 11/5025-2, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Diese Anträge sind mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über § 15 in der Fassung der Beschlußvorlage abstimmen. Wer § 15 nach der Beschlußvorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — § 15 ist bei einigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe

§ 16

Übermittlung, Zweckbindung

auf, und insoweit darf ich auf die Beschlußempfehlung des Sozialausschusses, Drucksache 11/4982 Ziffer 2, hinweisen. In dieser Fassung lasse ich über § 16 abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei etlichen Gegenstimmen ist § 16 in dieser Form zugestimmt.

Meine Damen und Herren, kann ich die restlichen Paragraphen des Dritten Abschnitts, die

§§ 17 bis 19

gemeinsam aufrufen? — Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer diesen Paragraphen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenstimmen? — Enthaltungen? — Bei einigen Enthaltungen ist diesen Paragraphen zugestimmt.

Ich rufe auf

Vierter Abschnitt

Schlußvorschriften

und hier die

§§ 20 bis 23

Kann ich auch insoweit über die Paragraphen gemeinsam abstimmen lassen? — Es erhebt sich kein Widerspruch; sie sind aufgerufen.

Wer den §§ 20 bis 23 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Bei einigen Stimmenthaltungen ist diesen Paragraphen zugestimmt.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

§ 24

Inkrafttreten, Aufhebung von Rechtsvorschriften

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD, Drucksache 11/5029-2 Abschnitt II.

Ich lasse jetzt über diesen Änderungsantrag abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei etlichen Stimmenthaltungen ist dieser Änderung zugestimmt.

Ich rufe jetzt § 24 im ganzen zur Abstimmung auf. Wer § 24 in dieser geänderten Form, aber insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und etlichen Stimmenthaltungen ist § 24 zugestimmt.

Meine Damen und Herren!

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 30. November 1994 das folgende Gesetz beschlossen:“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienstgesetz – ÖGDG)“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Das Gesetz ist mehrheitlich angenommen.

Meine Damen und Herren, damit ist Tagesordnungspunkt 4 erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Feiertagesgesetzes – Drucksache 11/4895

Beschlußempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 11/4989

Berichterstatter: Abg. Redling

Meine Damen und Herren, das Präsidium schlägt Ihnen vor, über den Gesetzentwurf zunächst eine Allgemeine Aussprache mit gestaffelten Redezeiten bei einer Grundredezeit von 10 Minuten je Fraktion zu führen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Zuwenig!)

Wem darf ich das Wort erteilen?

(Abg. Kuhn GRÜNE: Zur Geschäftsordnung!)

– Zur Geschäftsordnung. – Herr Abg. Kuhn, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte vor Eintritt in die inhaltliche Debatte über die richtige Lösung der Frage nach der Finanzierung der Pflegeversicherung einen Vorschlag zur Art des Abstimmungsverfahrens machen.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir sind in den letzten Wochen in der Öffentlichkeit in eine ganz schwierige Diskussion gekommen, die nicht allein auf der Schwierigkeit der Inhalte dieses Themas beruht, sondern die auch daher kommt, daß das Prozedere, der Abstimmungsablauf in diesem Haus, für die Entscheidung, die am Schluß herauskommt, von großer Bedeutung ist.

Deswegen möchte ich Ihnen nach § 105 unserer Geschäftsordnung abweichend vom sonst üblichen Verfahren, mit dem über Gesetzentwürfe abgestimmt wird, einen Vorschlag unterbreiten.

Ich meine, die Diskussion ist völlig klar. Wir haben den Gesetzentwurf der Landesregierung, wenn auch mit negativem Votum des Innenausschusses, als Abstimmungsgrundlage. Der weitestgehende Antrag wird der Antrag sein, der im Endeffekt auf die Sachsenlösung hinausläuft. Deswegen wird über ihn – das ist, meine ich, unstrittig – in diesem Haus zuerst abgestimmt.

(Abg. Kurz CDU: Jawohl!)

Dann kommt der entscheidende Punkt. Der normale Weg wäre dann, über Feiertagsänderungswünsche wie zum Beispiel den SPD-Antrag zur Streichung des Buß- und Bettags einzeln abzustimmen. Ich meine aber, es wäre ein faireres Verfahren, über die beiden Feiertage alternativ gegeneinander abzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Ich möchte begründen, warum. Wir haben, aufgezwungen durch den Bundesgesetzgeber, zu entscheiden, wie die hälftige Finanzierung durch die Arbeitgeber aussehen soll. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, unter anderem die Sachsenlösung. Ich will dazusagen: Es wäre völlig falsch und unwürdig für dieses Haus, wenn die Sachsenlösung, für die meine Fraktion eintritt, durch die Hintertür käme. Draußen in der Bevölkerung wäre nichts verheerender, als wenn ein Ergebnis herauskäme, das in der direkten Abstimmung niemand hier will. Das ist der erste Punkt.

Zweitens ist völlig klar: Wenn nicht die Sachsenlösung kommt, dann ist ein Feiertag zu streichen. Die großen Fraktionen und alle anderen haben erklärt, die Abstimmung solle frei sein. Ich wiederhole: Sie soll wirklich frei sein.

(Zuruf von der CDU)

Dann ist es doch das klarste und sauberste, wenn wir an zweiter Stelle diese beiden Feiertage alternativ gegeneinander stellen.

(Beifall des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Es wäre absurd, Herr Ministerpräsident, wenn am Schluß herauskäme, daß ein bestimmter Feiertag deswegen gewon-

(Kuhn)

nen hätte, weil er im Verfahrensgang — also bei der Frage, wer zuerst einen Gesetzentwurf eingebracht hat — auf dem ersten Platz gestanden hätte. Das müssen Sie draußen einmal vermitteln. Ich will, daß dieses Haus wirklich souverän entscheidet, welcher Feiertag das sein soll. Das geht nur in einer solchen direkten, alternativen Abstimmung.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich meine, Sie müssen noch einen weiteren Punkt sehen. In diesem Haus gibt es Fraktionen, die es sich leichtmachen wollen,

(Abg. Göbel CDU: Wer? Bei euch?)

die also, wenn nach der Sachsenabstimmung Abstimmungen über Feiertage anstehen, auf jeden Fall mit Nein stimmen, weil sie gegen die Feiertagslösung sind. Ich weise darauf hin, daß diese Fraktionen, insbesondere die Republikaner, die Abstimmung über Einzelanträge wie zur Streichung des Buß- und Bettags entscheiden werden. Ich finde, daß es nicht gut wäre — dies, Herr Oettinger, richte ich als Appell an die demokratischen Fraktionen —, wenn bei einem so wichtigen Thema faktisch —

(Zuruf des Abg. Rapp REP)

ich betone: faktisch, nicht von ihrem inhaltlichen Angebot her — die Republikaner das Zünglein an der Waage wären. Wenn zum Beispiel, egal bei welchem Ausgang, Herr Ministerpräsident, der Pfingstmontag durchkäme, weil sich im Abstimmungsverfahren das Nein der Republikaner zugunsten des Pfingstmontags ausgewirkt hat, dann möchte ich Sie, Herr Ministerpräsident, am nächsten Pfingstfest sehen, wie Sie das politisch durchstehen.

(Zurufe von der CDU: Ja, ja!)

Also, im Klartext und nochmals zusammengefaßt: Dieses Parlament entscheidet in freier Abstimmung.

(Abg. Alfred Haas CDU: Immer, immer!)

wenn die Sachsenlösung keine Mehrheit bekommt, welcher Feiertag es sein soll. Das wäre das würdigste, transparenteste, klarste und draußen am besten verstehbare Verfahren.

Herr Oettinger, ich bitte Sie, da über Ihren Schatten zu springen. Es ist völlig klar, daß jemand, der für Pfingstmontag ist, bei diesem Verfahren vielleicht einen Nachteil hat. Es ist doch klar: Ein paar Stimmen werden da anders abgegeben. Ich sage aber nochmals: Sie haben selbst gesagt, die Abstimmung solle frei sein. Ich finde, die Würde einer freien Abstimmung macht es notwendig, wenn zwei Alternativen im Raum stehen, über diese gegeneinander abzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Ulrich Maurer das Wort.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte den Vorschlag des Kollegen Kuhn unterstützen. Es ist auch mein Vorschlag.

(Zurufe von der CDU: Na, na! — Abg. Wieser CDU: Habt ihr nachts zusammen geschafft? — Unruhe — Glocke des Präsidenten)

— Herr Kollege Wieser, ich habe vor dieser heutigen Debatte und Entscheidung viele Stimmen gehört. Dann habe ich immer gehört, man wolle auf keinen Fall die Sachsenlösung durch die Hintertür.

(Abg. Wieser CDU: Das ist richtig!)

Das habe ich gehört. Ich habe auch immer gesagt, daß aus unserer Sicht die Sachsenlösung das verheerendste Ergebnis wäre, nämlich der Versuch, den Arbeitnehmerfamilien die gesamten Kosten aufzubürden.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Dazu kommen wir nachher! — Zuruf der Abg. Birgitt Bender GRÜNE)

— Ja, ich versuche zu erklären, Herr Kollege, warum ich für diese Abstimmungsprozedur bin.

Ich denke, Herrn Abg. Kuhn zeichnet aus, daß ausgerechnet er, der für diese Sachsenlösung ist, für ein offenes Verfahren plädiert

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

und sagt: Wer die Sachsenlösung will, der soll offen dafür eintreten.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Er soll eine Abstimmungsprozedur wählen, die die Möglichkeit der Sachsenlösung durch die Hintertür ausschließt.

(Abg. Weimer SPD: So ist es!)

Er soll offen für die Sachsenlösung stimmen. Herr Kollege Kuhn, ich finde, es zeichnet Sie aus, daß Sie diesen Vorschlag machen.

Zum zweiten: Wenn ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Aussage ernst nehme, Sie seien entweder für die Sachsenlösung oder für einen der beiden Feiertage, schlage ich genau das vor, was Kollege Kuhn vorgeschlagen hat:

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Wir stimmen zuerst über die Frage ab, wer in diesem Parlament für die Sachsenlösung ist. Wenn die Sachsenlösung abgelehnt ist, dann gibt es nur noch die Alternative dieser beiden Feiertage. Dann ist es offen und fair, zwischen diesen beiden Alternativen abzustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN — Abg. Seimetz CDU: Das tun wir doch, aber nacheinander!)

Ich sehe Ihre freudigen Gesichter. Ein nicht sauberes Verfahren — ich sage das ganz deutlich — wäre es, in einzelnen Abstimmungsverfahren auf Mehrheiten zu rechnen, die von der Fraktion Die Republikaner herbeigeführt werden.

(Widerspruch bei der CDU und den Republikanern — Abg. Seimetz CDU: Also Sie waren schon besser!)

(Maurer)

Dieses wäre nicht sauber.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Rapp REP
— Unruhe)

Das ist — tut mir leid — nicht sauber.

(Abg. Wieser CDU: O Gott! — Unruhe — Glocke
des Präsidenten)

Deswegen: Wenn es Ihnen wirklich darum geht, den Pfingstmontag zu streichen, das durchzusetzen und es offen und fair zu tun, dann ist es offen und fair, sich in diesem Parlament in der Alternative zum Buß- und Betttag eine Mehrheit zu suchen und nicht eine Fraktion der Rechtsradikalen ins Spiel zu bringen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD — Oh-Rufe von
der CDU)

die Fraktion der Republikaner, die in dieser ganzen Debatte nur eine zerstörerische Funktion hat und sucht,

(Abg. Bebbler SPD: So ist es!)

die nämlich diese Entscheidung nicht will, die sich nicht der Entscheidung zwischen den beiden Feiertagen stellen will. Sie ins Spiel zu bringen ist kein sauberes Verfahren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen stellen wir diesen Antrag. Sie können ihn ja ablehnen. Ich denke, es wird dann sehr klar, warum Sie ihn ablehnen.

(Abg. Wieser CDU: Oh! — Gegenruf des Abg.
Weimer SPD: Ach Wieser, hör doch auf! Es stimmt
doch!)

Es ist sehr klar, warum Sie ihn ablehnen. Es ist Ihre Freiheit, ihn abzulehnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN
sowie des Abg. Dr. Döring FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Oettinger das Wort.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Jetzt wird es glatt!)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die CDU-Fraktion hatte in den letzten Tagen genügend Gelegenheit, über diesen nicht überraschenden abweichenden Antrag nachzudenken. Er war bekannt. Er war aus dem Mund des Kollegen Maurer bekannt, er war in den Wandelhallen des Landtags als Schatten ständig präsent. Daß der Kollege Kuhn noch auf den Wagen aufspringt, haben wir heute abend gesehen. In Ordnung, darüber kann man reden.

Aber, liebe Kollegen, ich glaube nicht, daß eine Geschäftsordnung und daß der normale Ablauf einer Gesetzgebung einer parlamentarischen Demokratie so verbogen werden können, bis die Mehrheit, die Sie wollen, erreicht ist. Nicht mit uns!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und den Republikanern — Abg. Dr. Puchta SPD: Scheinheilig wie die ganze Debatte!)

Kollege Maurer hat uns vorgeworfen, Bauernschach zu spielen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Könnt ihr gar nicht! — Abg.
Dr. Puchta SPD: Schlagschach ist das!)

Ein Spiel, das der Bauernstand gut findet, kann so schlecht nicht sein, und Schach bedeutet Intelligenz.

(Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! Beides hat vorhin
gefehlt!)

Vielleicht haben wir die Lösung früher intelligent zu Ende gedacht, und Sie sind zu spät darauf gekommen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Kuhn GRÜNE: Ihr
kommt doch über Halma nicht hinaus!)

Jedenfalls spielen wir heute nicht 17 und 4, spielen wir nicht Abklatschen. Ich rate nur eins: Mensch, ärgere dich nicht!

(Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Puchta SPD: Sie
spielen Monopoly!)

Wenn Ihr Abstimmungsverfahren so richtig sein soll, frage ich Sie, warum im Innenausschuß nach den bewährten Regeln des Gesetzgebungsverfahrens vorgegangen wurde.

Kollege Maurer, ich habe im Innenausschuß kein Mandat und war nicht da. Sie haben als stellvertretendes Mitglied mitgewirkt. Warum lassen Sie den Innenausschuß in die Sackgasse laufen, nehmen ihn nicht ernst

(Zurufe von der SPD: Was?)

und beantragen jetzt ein Verfahren, das, wenn es bedeutsam sein sollte, bitte auch nichtöffentlich im Innenausschuß mit gleichem Gewicht beantragt werden könnte? Denn in § 20 der Geschäftsordnung steht: „Für Ausschüsse gilt die Geschäftsordnung des Landtags sinngemäß.“ Wer also die Geschäftsordnung außer Kraft setzen will, muß schon am Mittwoch morgen früh aufstehen und nachdenken und nicht erst am Donnerstag morgen den Scherbenhaufen betrachten, um dann die Geschäftsordnung zu zerreißen, damit das gewünschte Ergebnis vielleicht doch noch erzielt werden kann. Denn nur darum geht es.

(Beifall bei der CDU)

Gesetzgebung ist ein ernsthaftes Geschäft, und wir wenden in mehreren Beratungen und Lesungen auf allen parlamentarischen Ebenen in Deutschland ein und dasselbe Verfahren an. Ich habe im Landtag von Baden-Württemberg auch bei unliebsamen Entscheidungen noch nie den Versuch erlebt, dem Gesetzgebungsverfahren via Geschäftsordnung zu entgehen.

(Abg. Bebbler SPD: Sie wollen die Sachsenlösung!)

— Gemach, Kollege Bebbler. Was Sie wollen, werden wir nachher sehen.

(Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Nun haben wir in der Tat in der Geschäftsordnung einen Verfahrensablauf, der Ihrem Wunsch entspricht, nämlich den § 98.

(Oettinger)

(Abg. Wieser CDU: Vorlesen!)

Nur, wenn ich mir den näher anschauere, stellt sich mir schon die Frage, ob der § 98, den Sie analog anwenden wollen, in irgendeiner Form mit dem heutigen Abend zu tun hat. Die Überschrift des § 98, Kollege Jacobi, heißt:

(Zuruf des Abg. Jacobi GRÜNE)

„Bestimmung von Behördensitzen“.

(Abg. Haasis CDU: Das haben wir doch vorhin entschieden!)

Exakt bei Behördensitzen hat der Landtag von Baden-Württemberg, haben wir alle gemeinsam ein besonderes Abstimmungsverfahren gewählt. Wenn über den Sitz einer Landesbehörde zu entscheiden wäre, würde man so verfahren können, wie Sie es hier haben wollen. In einer relativ weiten Auslegung haben wir den § 98 vor vier Jahren auf die Frage angewandt: Bonn oder Berlin oder Wien?

Was aber Behördensitze und Entscheidungen über den Sitz von Bundesregierungen mit der Sachfrage, wie wir die Pflegeversicherung finanzieren, zu tun haben, das mögen Sie uns erst einmal vertiefend erklären,

(Abg. Weimer SPD: So viel Nebel hat es in Echterdingen noch nie gegeben!)

bevor Sie hier von uns verlangen, daß wir ernsthaft über Ihren Antrag nachzudenken bereit sind.

(Beifall bei der CDU — Zurufe von der SPD)

Der Kollege Maurer, der zunächst einmal den Kollegen Kuhn vorgeschickt hat — wobei ich Rotgrün in Formalien ertrage, solange es nicht inhaltlich mehrheitsfähig werden könnte —, spricht ja davon, daß wir hier nicht ein sauberes Verfahren praktizieren wollten.

(Abg. Weimer SPD: Jawohl, das ist nicht sauber!)

Ich kann nur fragen: Wollen Sie damit sagen, daß die Geschäftsordnung nicht sauber wäre, die Sie in Händen halten, Kollege Weimer, mit der Sie vor einigen Tagen in Ihr Kafeezimmer gerast sind und gesagt haben: „Wir haben sie im Sack“ und uns gemeint haben?

(Abg. Seimetz CDU: Aha! — Abg. Wieser CDU: Unerhört! — Lebhaftige Unruhe bei der CDU — Abg. Seimetz CDU: Es wird immer toller! — Lebhaftige Zurufe von der SPD)

Ich kann nur sagen — —

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Kollege Oettinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weimer?

Abg. Oettinger CDU: Im Augenblick nicht.

Denn es geht doch darum: Die verehrten Koalitionspartner der SPD haben die Freigabe der Abstimmung mitgemacht und haben bis weit in den letzten Mittwochabend hinein geglaubt, sie könnten uns mit der bestehenden Geschäftsord-

nung ein Verfahren aufzwingen, bei dem wir im Ergebnis gegen unsere eigene Meinung abstimmen müßten.

(Zurufe von der SPD)

Wenn dem so ist und wenn dies der Kollege Maurer noch in der Pressekonferenz des Innenausschusses, die einen seltsamen Verlauf genommen hat, vertreten hat, dann kann ich nur sagen: Ich sehe zum jetzigen Zeitpunkt weniger denn je einen Grund, Gesetzgebungsabläufe zu verbiegen, die Geschäftsordnung zu vernichten, um durch diese Willkür zu einem Ergebnis zu kommen, nur weil Sie es mit Ihrem Dickkopf haben wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und den Republikanern)

Es bleibt das letzte Argument, das Sie in die Waagschale werfen: Was machen die Abgeordneten der Republikaner? Da kann ich nur sagen — —

(Abg. Dr. Puchta SPD: Gleich und gleich gesellt sich gern! — Mißfallensäußerungen bei der CDU — Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Die Minderheitsfraktion innerhalb der SPD um den Umweltminister, die heute zahlenmäßig überraschend und erfreulich klein geblieben ist,

(Abg. Wieser CDU: Gott sei Dank!)

hat ja vorhin auch alles versucht, um ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Da gab es vom Kollegen Maurer keinen einzigen Versuch, der Gruppe des Ministers Schäfer und des Abg. Drexler und anderer zu sagen:

(Zuruf des Abg. Weyrosta SPD)

Ihr könnt doch nicht einen Änderungsantrag einbringen und euch im Abstimmungsverfahren so verhalten, wenn die Reps genauso mitstimmen.

(Beifall bei der CDU und den Republikanern)

Herr Kollege Schmiedel, auf Sie haben wir gerade noch gewartet.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist Heuchelei!)

So wie wir dem Kollegen Drexler, dem Kollegen Brinkmann und anderen abnehmen, daß sie in der Sache entscheiden wollen und sich deshalb überhaupt nicht beeinflussen lassen von der Frage, was die Kollegen der Reps machen,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha! Das haben Sie noch nicht bedacht!)

und wir ihnen das auch nicht vorhalten und auch nicht sagen: „Lieber Kollege Fraktionsvorsitzender, bring deinen Laden so in Schuß, daß er sich nicht erlaubt, mit den Reps abzustimmen“,

(Abg. Drexler SPD: Was heißt denn „Laden“? Das ist ja eine Unverschämtheit! — Heiterkeit bei der CDU — Abg. Drexler SPD: Ungebührlich! — Glocke des Präsidenten)

(Oettinger)

so wie also wir Respekt haben, daß der Kollege Drexler bis Ladenschluß versucht, Mehrheiten zu finden, egal woher,

(Abg. Trageiser REP: Jawohl, unglaublich!)

so sollten Sie der CDU-Fraktion als der stärksten Kraft im Landtag abnehmen,

(Abg. Drexler SPD: Ja wo sind wir denn?)

daß wir eine Haltung in der Sache haben

(Abg. Drexler SPD: Was haben Sie für einen Laden?)

und daß wir Respekt haben vor der Geschäftsordnung, egal, wer in diesem Hause ansonsten wo steht. Mit der CDU-Fraktion ist eine Zweidrittelmehrheit zur Vernichtung der Geschäftsordnung dieses Landtags nicht zu erreichen.

(Beifall bei der CDU — Lachen bei der SPD)

Wir glauben deswegen, daß wir uns heute abend aus guten Gründen der Sache annehmen sollten — dazu sind wir bereit — und nach der Sachberatung die Abstimmung auf der Grundlage von Geschäftsordnung und bewährtem Gesetzgebungsverfahren durchführen sollten.

(Abg. Weimer SPD: Also, schlimmer geht es wirklich nimmer!)

Wir lehnen den Antrag des Kollegen Kuhn und des Kollegen Maurer ab.

(Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Puchta SPD: Das war eine ministrable Leistung!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zur Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer das Wort.

(Oh-Rufe von der SPD — Abg. Dr. Puchta SPD: Jetzt kommt der Helfershelfer!)

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst darf ich den Zwischenruf festhalten: „Jetzt kommt der Helfershelfer.“ Ich weiß nicht, wie Sie das gemeint haben. Vielleicht kann ich aber Ihnen aus den Reihen, aus denen dieser Zwischenruf kam, etwas auf die Sprünge helfen.

Das, was Sie heute geboten haben, sowohl die Grünen wie die SPD, ist eine wirkliche „Lehrstunde“ in Sachen Demokratie.

(Beifall bei den Republikanern — Abg. Schlauch GRÜNE: Das müssen wir gerade von so einem Rotzbüble hören!)

Was Sie heute gezeigt haben, ist, daß Sie sich mit allen Methoden, mit allen Tricks eine Mehrheit besorgen wollen, auch unter Ausschaltung eines demokratisch legitimierten Teils dieses Parlaments,

(Oh-Rufe von der SPD)

dem Sie vielleicht politisch nicht nahestehen und den Sie einfach wegschieben wollen. Damit zeigen Sie, was Sie von Demokratie halten, nämlich im Prinzip nichts.

(Beifall bei den Republikanern)

Hier fiel der Ausdruck „zerstörerische Wirkung“. Herr Maurer, die eigentlich zerstörerische Wirkung entfalten Sie hier, und ich will Ihnen das gerne zeigen. Sie hätten, wenn Sie sich wirklich mit der Geschäftsordnung auseinandergesetzt hätten, natürlich einen Antrag nach § 105 stellen können. Den hätten Sie auch richtig begründen müssen, um dann die Ausnahme von § 97 Abs. 6 der Geschäftsordnung für diesen Fall tatsächlich rechtlich abzusichern. Andernfalls zerstören Sie bereits die Grundlagen des Gesetzes, das Sie verabschieden wollen. Denn Sie glauben doch nicht im Ernst, daß mit einer solch unsauberen Lösung, wie sie hier vorgeschlagen wird, ein Gesetz nachher Bestand hat. Das trägt bereits den Keim der Anfechtung in sich.

(Beifall bei den Republikanern — Lachen bei der SPD)

Ob das sinnvoll ist, wage ich zu bezweifeln.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das hat die braune Zelle Jura verfaßt, oder wie? — Abg. Weimer SPD: Sie sind doch über das erste Semester nicht hinausgekommen, oder?)

Daß ein solcher Fehler im Gesetzgebungsverfahren nachher Folgen haben kann, sollte Ihnen als Jurist bekannt sein.

Noch ein dritter Punkt. Ich kann nur eines feststellen: Die Probleme, die Sie in Ihrem Bereich haben, können Sie nicht dem gesamten Parlament auf diese Art und Weise aufoktroieren. Unsere Fraktion hat sich zu einer klaren Entscheidung durchgerungen. Sie hat sich das nicht leichtgemacht. Diese Entscheidung, auch wenn sie Ihnen nicht paßt, zu denunzieren ist ganz bestimmt kein guter Stil.

(Zuruf von der SPD: Reiner Populismus!)

Das, was Sie hier geleistet haben, war heute zum Schaden dieses Hohen Hauses.

(Beifall bei den Republikanern — Oh-Rufe von der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Noch einmal zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Oettinger, wenn Sie gerade Herrn Schlierer gehört haben, stellen Sie fest, daß er bei dem, was Sie gesagt haben, schon irgendwie anfällig ist.

Herr Oettinger, „Nebelmaschine“ ist für das, was Sie gerade vorgebracht haben, wirklich noch ein Euphemismus.

(Abg. Alfred Haas CDU: Jetzt erklären Sie einmal § 98!)

— Herr Kollege Haas, es geht hier überhaupt nicht um § 98.

(Abg. Seimetz CDU: Aber um die Geschäftsordnung!)

(Kuhn)

Ich hatte das vorhin gesagt. Vielmehr stellen wir einen Antrag nach § 105. Das hatte ich vorhin gesagt. Also haben Sie gerade die falsche Nummer gezogen. § 105 Abs. 1 lautet:

Einzelne Abweichungen von der Geschäftsordnung

(Abg. Oettinger CDU: Unstreitig!)

kann der Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmenden beschließen.

Jetzt einmal der Reihe nach. Sie sagten gerade, wir würden die Vernichtung der Geschäftsordnung betreiben.

(Lachen bei der SPD — Abg. Köder SPD: Das sagt ein Jurist!)

Fällt Ihnen, Herr Oettinger, eigentlich auf, daß ich nach der Geschäftsordnung beantragt habe, daß wir in diesem Fall so abstimmen, also unter Anerkennung, Achtung und Inanspruchnahme der Geschäftsordnung?

(Abg. Weimer SPD: Inanspruchnahme der Geschäftsordnung!)

Das war Unsinn, was Sie dargelegt haben,

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

weil man aus Weisheit und Klugheit offensichtlich irgendwann einmal in dieser Geschäftsordnung erkannt hat — ich weiß nicht, wann; das ist mir auch Wurst —,

(Abg. Wieser CDU: Vor den Grünen!)

daß es Fälle geben kann, in denen es wichtig ist, einen besseren Weg als das normale Verfahren zu gehen. Deswegen hat man diesen Paragraphen aufgenommen, und man hat in ihm eine hohe Voraussetzung, nämlich die Zweidrittelmehrheit, bestimmt.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

All das, was Sie gesagt haben: „Kein Respekt vor der Geschäftsordnung“, „Vernichtung der Geschäftsordnung“, „Verfahren hintenherum“ und was Sie sonst dargestellt haben, stimmt nicht.

(Abg. Seimetz CDU: Stimmt alles!)

Wir sagen: Es wäre in diesem Fall — die Abstimmung soll ja frei sein; die Leute wollen wissen, welchen Feiertag dieses Haus wirklich positiv und nicht durch Neinstimmen streichen will — am besten, die beiden Feiertage gegenüberzustellen und darüber alternativ abzustimmen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Diese Möglichkeit läßt die Geschäftsordnung zu.

Sie können ja sagen, Sie wollten das nicht, weil Sie den Startvorteil des Gesetzentwurfs der Landesregierung wahren wollen. Aber das wäre die ehrliche Lösung, Herr Oettinger, und nicht eine Schäfer-Gruppe und diese ganzen Verschwörungsnummern, die Sie dargestellt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Zweitens: Sie haben an die Adresse von Herrn Maurer die Frage gestellt: Wo war der Respekt vor der Beratung im Innenausschuß? Schauen Sie einmal genau hin: Der Innenausschuß hat gezeigt, was passieren kann, wenn man nicht alternativ abstimmt. Dann kommt die Sachsenlösung nämlich durch die Hintertür.

(Abg. Wieser CDU: So ist es!)

Die Beratung des Innenausschusses war ein Lehrstück dafür, was passiert, wenn man nicht sauber und präzise abstimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im übrigen, Herr Oettinger, waren Ihre Ausführungen von keiner geschäftsordnungsmäßigen Sachkenntnis getrübt.

(Zuruf der Abg. Dr. Claudia Hübner CDU)

Denn der Innenausschuß hat gar nicht die Möglichkeit, nach § 105 dieses Verfahren zu ändern. Dies kann vielmehr nur das Plenum.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Der Vorwurf also, man hätte das schon im Innenausschuß machen müssen, läuft ins Leere, und zwar so voll, wie man nur ins Leere laufen kann.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Zweiter Blattschuß Oettinger! — Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Was, der Schlauch ist immer noch da? — Abg. Oettinger CDU: Erste Lesung!)

Herr Oettinger, Sie können ja noch einmal ans Rednerpult treten, wenn Ihnen noch etwas Besseres einfällt als vorhin. Aber den ersten Beitrag von Ihnen muß ich als Nullnummer betrachten. Deshalb bitte ich Sie, einmal inhaltlich zu begründen, warum Sie hier nicht eine saubere Abstimmung wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD — Abg. Seimetz CDU: Wir machen saubere Abstimmungen, keine Trickserei!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Es hat noch einmal Herr Abg. Maurer zur Geschäftsordnung um das Wort gebeten. — Bitte.

(Abg. Schlauch GRÜNE: Aber der Oettinger auch! — Heiterkeit — Abg. Bebbler SPD: Der Oettinger traut sich nicht! — Abg. Kuhn GRÜNE: Ich melde den Oettinger!)

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erstens, Herr Kollege Oettinger: Ich möchte mich ausdrücklich bei Ihnen bedanken. Sie haben einen ganz wichtigen Beitrag zur Geschlossenheit unserer Fraktion geleistet.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das war ein großes Lehrstück für uns. Sie haben ziemlich viel Senf über Gruppen und alles mögliche geredet. Aber unter dem Strich haben Sie einen großen Beitrag zur Geschlossenheit unserer Fraktion geleistet.

(Maurer)

(Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Zweitens: Herr Kollege Kuhn hat es Ihnen bereits gesagt: Es ist eine irrwitzige Behauptung, man hätte dieses Verfahren im Innenausschuß wählen können. In Wahrheit haben die Abläufe im Innenausschuß die Notwendigkeit dieses Antrags zutage gefördert.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hackl GRÜNE)

Herr Kollege Oettinger, Sie haben der „Stuttgarter Zeitung“ ein Interview gegeben, und da sagten Sie: „Die Sachsenlösung kommt voran.“

(Abg. Kuhn GRÜNE: Kein schlechter Satz!)

Daran darf man doch erinnern.

Der Kollege Oettinger hat das aber nicht so gemeint, wie Sie es meinen, Herr Kollege Kuhn. Er hat nicht gemeint, daß die Sachsenlösung dadurch vorankomme, daß sich eine Mehrheit im Parlament offen dafür ausspreche, sondern er hat eine Prophezeiung dessen gemacht, was wir dann tatsächlich im Innenausschuß erlebt haben.

(Abg. Bebber SPD: Genau so ist es!)

Dies werden wir nicht zulassen. Die Sachsenlösung durch die Hintertür werden wir nicht zulassen!

(Abg. Oettinger CDU: Sehr gut, sehr gut!)

– Ja, ja, ja, Herr Kollege Oettinger.

Dann noch zu dem Thema Intelligenz, das Sie angeschnitten haben. Wissen Sie, ich habe den Eindruck, daß Sie Tricks mit Intelligenz verwechseln.

(Abg. Oettinger CDU: Das sagt der Richtige!)

Sie verwechseln Tricks mit Intelligenz. Der Gesetzgeber hat sich etwas dabei gedacht, als er diesen § 105 in die Geschäftsordnung geschrieben hat,

(Abg. Weyrosta SPD: So war es!)

nämlich daß es Situationen geben kann, wo es gegenüber dem Staatsvolk und gegenüber der Öffentlichkeit fairer ist, klare Verhältnisse herzustellen. Die Menschen erwarten von uns, daß wir uns zu unseren unterschiedlichen Positionen

(Abg. Dr. Caroli SPD: Bekennen!)

offen und für die Menschen nachvollziehbar bekennen.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt Situationen in der Politik, Herr Kollege Oettinger, zumal bei einem solchen Thema, das ja viele Menschen aufrührt, wo der Zweck und das gewünschte Ergebnis nicht die Mittel heiligen, sondern wo ich nur dazu raten kann, Mittel und Formen der Auseinandersetzung zu wählen, die dann auch von allen als offen und fair empfunden werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe vorhin schon einmal gesagt: Ich kann Sie nicht daran hindern, Ihr Verständnis von Intelligenz hier zu praktizieren.

(Abg. Wieser CDU: Diese Schmierenskomödie!)

Ich sage Ihnen aber nur eines: Nicht jeder Sieg ist ein Gewinn.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Abg. Haasis.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha, jetzt kommt der Genauere – wollen wir wenigstens einmal hoffen! –
Abg. Weimer SPD: Jetzt kommt der Richtige!)

Abg. Haasis CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Entscheidung, die wir heute zu treffen haben, ob ein Feiertag gestrichen wird oder nicht und gegebenenfalls welcher, fällt jedem schwer. Leicht ist aber doch das Verfahren. Ich denke, daß auch die Öffentlichkeit das weiß. Deshalb will ich noch einmal darlegen, wie das hier abläuft. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn Sie manchen der Zuhörer, die die letzte halbe Stunde der Debatte verfolgt haben, fragen würden, worüber und wie jetzt abgestimmt wird, dann könnte wahrscheinlich niemand nachvollziehen, wie das hier abläuft.

(Abg. Weimer SPD: Die Journalisten wissen es schon! – Abg. Maurer SPD: Man kann es schon verstehen! – Abg. Weimer SPD: Eure Trickserei versteht man! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

– Ich weiß ja, daß Sie sich aufregen, aber lassen Sie mich Ihnen das noch einmal erklären.

(Anhaltende Zurufe, u. a. des Abg. Dr. Puchta SPD)

Es gibt ein Bundesgesetz, das die Länder verpflichtet, einen Feiertag zu streichen. Wenn bis zum 31. Dezember kein Feiertag gestrichen wird, tragen die Arbeitnehmer die volle Beitragslast. Dieses wird als Sachsenlösung bezeichnet.

(Zuruf von der SPD: Und das wollt ihr!)

Also ist doch wohl klar: Wenn kein Feiertag gestrichen wird, gilt ab 1. Januar 1995 eine doppelte Beitragslast für den Arbeitnehmer.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Nicht eine doppelte! Die ganze! – Abg. Kuhn GRÜNE: Die ganze!)

– Also gegenüber dem Jetzigen das Doppelte, die gesamte Beitragslast.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Die Hälfte vom Doppelten!)

Nun liegt ein Gesetzentwurf vor, der vorsieht, den Pfingstmontag als gesetzlichen Feiertag zu streichen. Die SPD beantragt, den Buß- und Betttag zu streichen, und die Grünen beantragen, keinen Feiertag zu streichen und damit die Lösung „1 % ab 1. Januar“ einzuführen.

(Haasis)

Wie wird jetzt abgestimmt? Nachher kommt beim jetzigen Verfahren als erster Antrag — und das besagt die Geschäftsordnung — der Antrag der Grünen zur Abstimmung, das Gesetz so zu ändern, daß kein Feiertag gestrichen wird.

(Abg. Kuhn GRÜNE: So ist es!)

Jeder, der hier abstimmt, weiß, daß er bei einer Zustimmung für 1 % Belastung stimmt, also für die Sachsenlösung ist.

Lieber Herr Kuhn, beantragen Sie doch namentliche Abstimmung über Ihren Antrag.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Machen wir!)

— Gut, dann haben Sie hier namentlich festgelegt, wer für die Sachsenlösung ist und wer nicht.

(Abg. Drexler SPD: Wer offen für die Sachsenlösung ist!)

— Ja, das ist doch offen. Wenn Sie das Verfahren bisher nicht begriffen haben, Herr Drexler, haben Sie es jetzt wahrscheinlich kapiert, nachdem ich es noch einmal dargelegt habe.

(Beifall bei der CDU — Abg. Drexler SPD: Ich habe es schon vor Ihnen begriffen!)

— Ganz ruhig! — Über diesen Antrag der Grünen findet namentliche Abstimmung statt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das ist ja absolut richtig!)

Wer die sächsische Lösung will,

(Abg. Sieber CDU: Kann zustimmen!)

der soll bitte hier namentlich mit Ja stimmen, wer sie nicht will, mit Nein, und wer nicht weiß, was er will, mit „Enthaltung“. Dann haben wir eine ganz klare Linie. Wenn das angenommen ist, ist das Gesetz erledigt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: So ist es!)

Dann gilt die Sachsenlösung.

Wenn der Antrag der Grünen keine Mehrheit findet, dann stimmen wir über den Antrag der SPD — Buß- und Bettag — ab. Wenn der eine Mehrheit findet, ist der Buß- und Bettag gestrichen. Findet er keine Mehrheit, kommt der Pfingstmontag zur Abstimmung. Findet sich dafür eine Mehrheit, ist der Pfingstmontag gestrichen. Findet sich auch dafür keine Mehrheit, gilt wieder die Sachsenlösung. Ganz einfach. Genau so ist es.

(Gelächter bei der SPD — Abg. Köder SPD: Wir danken für die Ehrlichkeit! — Abg. Dr. Puchta SPD: Kommt am Schluß die Sachsenlösung durch die Hintertür? — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich darf doch bitten, etwas Ruhe zu bewahren.

Abg. Haasis CDU: Hören Sie mal zu! Immer zuhören!

Ihre Vorwürfe, Herr Maurer und Herr Kuhn, und Ihr Lachen wären berechtigt, wenn es den Antrag der Grünen

nicht gäbe, sondern man nur über das Gesetz abstimmen würde, keine Mehrheit findet und dann durch die Hintertür die Sachsenlösung kommt.

(Beifall bei der CDU)

Aber genau das ist nicht der Fall, sondern beim jetzigen Verfahren kommt zuerst der Antrag der Grünen, keinen Feiertag zu streichen, zur Abstimmung. Dort wird abgestimmt mit Ja, Nein und „Enthaltung“.

Ich sage nochmals: Das ist der erste Antrag, und wenn der angenommen ist, dann ist die Mehrheit dieses Landtags für die Sachsenlösung, und wenn er nicht angenommen wird, dann will die Mehrheit die Sachsenlösung nicht.

(Abg. Drexler SPD: Das wissen wir doch jetzt schon!)

Jedem Kollegen können Sie doch wohl zutrauen — ich denke, auch in Ihrer Fraktion; ich traue es unseren Abgeordneten auf jeden Fall zu und denen in den anderen Fraktionen auch —, daß sie schon beim ersten Antrag hier Flagge zeigen, wofür sie sind. Weshalb sollen sie es denn beim ersten Antrag nicht zeigen, sondern beim dritten?

(Beifall bei der CDU — Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, nach dieser Geschäftsordnungsdebatte darf ich jetzt auf folgendes hinweisen: Von Herrn Abg. Kuhn ist der Antrag gestellt, der von Herrn Abg. Maurer unterstützt wird, daß bei der Abstimmung über dieses Gesetz in der Frage, welcher Feiertag gestrichen werden soll, eine alternative Abstimmung stattfinden soll.

(Abg. Weimer SPD: Weil das das Fairste ist! — Zuruf: Abweichend von der Geschäftsordnung!)

Ein solcher Antrag ist zulässig.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha!)

Ein solcher Antrag stellt allerdings eine Abweichung von unserer Geschäftsordnung dar. In § 105 unserer Geschäftsordnung steht geschrieben: „Einzelne Abweichungen von der Geschäftsordnung kann der Landtag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abstimmenden beschließen.“ Das heißt mit anderen Worten: Der zulässige Antrag muß, wenn so abgestimmt werden soll, eine Zweidrittelmehrheit bekommen, weil insoweit eine Abweichung von der Geschäftsordnung vorliegt.

Deshalb lasse ich jetzt über diesen Antrag des Kollegen Kuhn abstimmen. Wer dafür ist, daß in Abweichung von unserer Geschäftsordnung nachher alternativ abgestimmt werden soll, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Erkennbar waren die Prostimmen nicht die Zweidrittelmehrheit der Abstimmenden. Folglich ist dieser Geschäftsordnungsantrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, jetzt haben wir diese Geschäftsordnungsdebatte abgeschlossen und wissen, wie wir nachher abzustimmen haben.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Jetzt treten wir in die Allgemeine Aussprache ein. Wem darf ich das Wort erteilen? — Herr Abg. Oettinger, Sie haben das Wort.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Herr Drautz hat sich als erster gemeldet!)

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Landtag von Baden-Württemberg kommt heute eine Aufgabe zu, die einerseits in der öffentlichen Betrachtung bedeutsam ist, die andererseits aber gewaltigen Bindungen und Beschränkungen des Bundesgesetzgebers unterliegt.

Ich meine, daß es auch Sinn der jetzigen Beratung sein muß, noch einmal klarzumachen, in welchen Bindungen und Zwängen wir stecken, damit viele Fragen, warum wir nicht anders handeln, ausgeräumt werden können.

Die Einführung der Pflegeversicherung, also der solidarischen Absicherung des größten Risikos des Menschen zu Lebzeiten, nämlich von anderen abhängig zu werden und gegen hohe Kosten ambulant und stationär umsorgt zu sein, ist mit Sicherheit 100 Jahre nach der Einführung der anderen Versicherungssysteme und nach vielen Jahren, in denen die Zahl der Mitbürger, die durch dieses große Risiko von der Sozialhilfe abhängig geworden sind, angestiegen ist, eine notwendige Aufgabe einer Wohlstandsgesellschaft.

Wir bekennen uns dazu, heute eine schwierige Entscheidung zu treffen, weil wir wissen, daß damit der Abschluß für die Einführung der Pflegeabsicherung in Deutschland geschaffen wird.

Ich meine, jeder, der hiergegen Bedenken hat, jeder, der Interessen der Arbeitnehmer wahrnimmt, der die Arbeitgeber betrachtet, der mit den Kirchen im Gespräch war, muß diesen Gesprächspartnern sagen: Wir schaffen einen Schlußpunkt, damit jeder der älteren Generation, damit jeder Behinderte — und vielleicht auch wir zu einem späteren Zeitpunkt — ideell, materiell und finanziell auf die Solidarität dieser Gesellschaft zurückgreifen kann.

Ich glaube, daß mancher Ärger von Verbänden, manches Begehren von Bürgern und manche Sorge von Gewerkschaften relativ klein sind angesichts des großen Schritts nach vorn, den wir in unserer Gesellschaft durch die gemeinschaftliche Garantie „Pflege wird von allen getragen; Pflegebedürftige werden nicht allein gelassen und verfallen nicht der sozialen Abhängigkeit in unwürdigem Zustand“ erreichen.

(Beifall bei der CDU)

Gleichzeitig aber glauben viele Bürger, daß wir eine Fülle von Entscheidungsalternativen hätten. Wir werden gefragt, warum wir nicht einen Urlaubstag streichen. Die Streichung eines Urlaubstags wäre die deutlich beste Lösung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP — Zuruf des Abg. Dr. Replik CDU)

Damit könnte jeder Beamte, jeder Angestellte, jeder Arbeiter, jeder Beschäftigte individuell festlegen, an welchem Tag im Jahr er dem Arbeitgeber acht Stunden mehr Leistung bringt, damit die Kompensation der Wirtschaft erreicht

wird. Dies wäre dem einzelnen Mitbürger gegenüber am gerechtesten.

(Beifall des Abg. Seimetz CDU)

Wir wären ohne weiteres für eine Streichung von einem Urlaubstag oder auch von zwei Urlaubstagen,

(Abg. Brechtken SPD: Das ist doch im Bundestag entschieden worden, Herr Kollege!)

weil wir wissen, daß dies bei 26 bis 32 in den Tarifverträgen in Deutschland festgelegten Urlaubstagen nur ein kleines Opfer für jeden einzelnen bedeutete.

(Abg. Seimetz CDU: Jawohl!)

Aber wir allein haben dafür keine Kompetenz.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Oettinger, gestatten Sie eine — —

Abg. Oettinger CDU: Nein, im Augenblick nicht.

Wir haben dafür keine Kompetenz. Wir haben erstens keine Kompetenz, weil der Bundesgesetzgeber, und zwar der Bundesrat und der Bundestag, diese Möglichkeit nicht vorgesehen hat. — Herr Kollege Döring, noch immer keinen Kreistag?

Zweitens haben wir keine Kompetenz, weil schon sehr berechtigt die Frage gestellt werden muß, ob nicht die Tarifhoheit von Gewerkschaften und Arbeitgebern und mithin das Grundgesetz dieses Eingreifen von vornherein unmöglich machen.

Deswegen sage ich den baden-württembergischen Mitbürgern: Wir fänden die Lösung, Urlaubstage zu streichen, sachgerecht. Wir haben sie geprüft. Wir haben dazu aber keine Kompetenz; deshalb können wir dieser Lösung nicht näher treten.

Weiter wird gesagt — Herr Kollege Kuhn hat dies hier im Landtag entsprechend begründet —: Die ehrlichste Lösung wäre ja wohl, wenn der Beschäftigte das, was er so oder so bezahlen muß, gleich mit Bargeld bezahlte. Darüber kann man durchaus reden. Natürlich muß der Beschäftigte, wenn die Wirtschaft Kompensation erhalten und der Arbeitgeber keine Finanzlast tragen soll, den vollen Beitrag übernehmen.

Nur frage ich mich, Herr Kollege Kuhn: Ist es wirklich sachgerecht, zum Jahresbeginn 1995 bei einer Fülle von zusätzlichen Lasten von Arbeitnehmern, auch von kleinen Arbeitnehmern

(Abg. Schlauch GRÜNE: Auch ein Arbeitstag ist Belastung!)

— durch den Solidarbeitrag zugunsten der neuen Länder, durch Gebührenerhöhung zur Finanzierung kommunaler Haushalte —,

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Was ist ein Arbeitstag?)

überdies noch weitere halbe Prozente oder ganze Prozente aufzuerlegen?

(Oettinger)

(Abg. Kuhn GRÜNE: Halbel!)

Ich glaube, Kollege Kuhn, bei einem halben Prozent wird es nicht bleiben,

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Wollt ihr dann noch einen Feiertag streichen?)

denn wenn Ihr Finanzierungsmodell Sinn machen soll, dann muß es ja wohl auch für die zweite Stufe,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ist das bei Ihrem Feiertag auch so?)

für jede Erhöhung von Versicherungsbeiträgen gelten. Ich glaube, ein halbes Prozent, ein Prozent, zwei Prozent würden den Arbeitnehmer in der Barkasse stärker belasten, als Sie ihn belasten können,

(Abg. Kuhn GRÜNE: 1996 sehen wir uns wieder!)

ganz abgesehen davon, daß ich den Gewerkschaften und den Gewerkschaftsführern keinen Vorwand liefern möchte, um aus Baden-Württemberg vor Weihnachten ein Land der Warnstreiks und nach Weihnachten und im neuen Jahr der Streiks zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Wieser CDU: Sozialer Friede!)

Ich glaube, daß die Tarifpartner im nächsten Jahr unter Berücksichtigung der Konjunktur und in der Betrachtung der Struktur unserer Wirtschaft entscheiden müssen, welche Erhöhung von Gehältern und Löhnen sinnvoll und gerecht ist. Ich glaube, daß manche sachgerechte Betrachtung unmöglich wäre, wenn wir heute die sächsische Lösung nach Baden-Württemberg brächten. Dies würde unnötig und nicht im Interesse des Standorts Baden-Württemberg den Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg aufheizen. Deswegen treten wir Ihrem Vorschlag, Kollege Kuhn, nach gründlicher Beratung mit großer Mehrheit nicht näher. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU — Abg. Wieser CDU zur SPD: Da hättet ihr auch klatschen können!)

Bleibt die Frage der Streichung eines Feiertags. Wir haben letztendlich keine andere Wahl, als einen der Feiertage zu streichen, die nicht durch den Bund oder durch Gewohnheitsrecht belegt sind wie der 3. Oktober, der Tag der Deutschen Einheit, und der 1. Mai, der Tag der Arbeit. Daß die CDU-Fraktion sehr leicht — sicher im Einklang mit den Arbeitgebern — den Tag der Arbeit streichen könnte und aus dem „Tag der Arbeit“ einen echten Tag der Arbeit machen würde, an dem die Menschen arbeiten, ist überhaupt keine Frage.

(Abg. Rapp REP: Sehr gute Idee! — Abg. Kuhn GRÜNE: Sehr traditionsbewußt gedacht, Herr Kollege! — Abg. Bütikofer GRÜNE: So ein Zynismus! Sie sind ja völlig von der Rolle!)

Allein darum geht es nicht. Auch ein anderer Datumsfeiertag wie der 6. Januar oder wie der 1. November ist vom Gesetzgeber nicht vorgegeben worden. Wir brauchen einen Fei-

ertag, der immer auf einen Werktag — von Montag bis Freitag — fällt.

Nun wird ja in der Mehrzahl der Bundesländer, vermute ich, der Buß- und Betttag gestrichen werden. Auch in meiner Fraktion hat man sich sehr ernsthaft gefragt, ob nicht der Buß- und Betttag im Einklang mit anderen Bundesländern die am ehesten sachgerechte Lösung wäre.

(Abg. Weimer SPD: Sie haben das ein halbes Jahr lang vertreten! Entschuldigung!)

— Ja, Herr Kollege Weimer, daraus brauchen wir hier gar kein Geheimnis zu machen.

(Abg. Weimer SPD: Ja, eben!)

Nur sage ich Ihnen: Bei diesem Thema haben wir auch und gerade ernst zu nehmen, was uns von den beiden Landeskirchen der evangelischen Seite mit Unterstützung der katholischen Christen und Kirchen in Baden-Württemberg in den letzten Wochen und Tagen gesagt und an Argumenten genannt wurde. Ich glaube schon, daß die Stimmen und die klaren Stellungnahmen der Kirchen mehr sind als irgendeine weitere Eingabe von Bürgern im Land. Wir nehmen für uns in Anspruch, daß auch diejenigen, die den Buß- und Betttag aus ökonomischen Gründen für sinnvoller hielten, sagen: Hier geht es nicht allein um ökonomische Fragen und um Fragen der Kommunikation, sondern hier geht es auch darum, welchen Stellenwert der praktizierte Glaube von evangelischen und katholischen Christen in Baden-Württemberg und in Deutschland in unserer Gesellschaft in Gegenwart und Zukunft noch haben soll.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen bitte ich ganz einfach darum, daß Sie der Mehrheit der Abgeordneten der Christlich Demokratischen Union abnehmen: Wir machen uns die Entscheidung nicht einfach. Hier gibt es keinen Fraktionszwang, und hier gilt auch nicht, daß wir, nur weil der Ministerpräsident den Vorschlag macht, bindend folgen. Nein, hier geht es darum, daß die große Mehrzahl unserer Kollegen in der Güterabwägung von dem beeindruckt ist, was uns die Kirchen sowie evangelische und katholische Christen in den letzten Wochen gesagt haben.

(Zuruf des Abg. Mogg SPD — Abg. Kuhn GRÜNE: Und was Erwin Teufel heute gesagt hat!)

Deswegen glauben wir, daß die Streichung des Pfingstmontags in dieser Abwägung von Gütern und Argumenten eine der Sache gemäße Lösung sein könnte. Damit können die Sozialdemokraten den Arbeitnehmern und Gewerkschaften gemeinsam mit uns beweisen, daß wir die Sachsenlösung nicht wollen. Damit können wir den Arbeitgebern und der Wirtschaft zeigen, daß acht Stunden an Mehrarbeit kommen können. Und damit können wir der Mehrheit unserer Bürger, die noch immer und Gott sei Dank in den Kirchen einen irdischen und einen darüber hinausgehenden Wert sieht, zeigen, daß wir ihre Voten ernster nehmen als Voten, die allein ökonomisch geprägt werden.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Lassen Sie mich ergänzen: Die Streichung des Pfingstmontags verbinden wir schon mit einer Erwartung, und zwar ei-

(Oettinger)

ner Erwartung, die derzeit in Bayern entsteht, einer Erwartung, die in der Entschließung von SPD und CDU in Niedersachsen ihren Ausdruck findet, einer Erwartung, die vom hessischen Ministerpräsidenten formuliert wird,

(Abg. Kuhn GRÜNE: Auweh!)

und einer Erwartung, die letztendlich auch wir für 1996 haben: Wir erwarten, daß die Kompensation der zweiten Stufe der Pflegeversicherung, daß die Finanzierung der stationären Pflege nicht erneut und damit für alle Seiten unbefriedigend durch die Streichung eines zweiten Feiertags gefunden wird.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen, daß durch den Bundesrat und durch Initiativen von Landesregierungen und durch die Bundesregierung im Bundesrat – wir haben dafür genügend Zeit – vor dem 1. Juli 1996 Wege gefunden werden, wie wir im Interesse von Arbeitgebern – die Feiertagsstreichung bringt vielen auch nichts – und im Interesse einer einvernehmlichen Lösung aller Parteien die stationäre Pflege und damit die weiteren Kosten der Zukunft anders kompensieren.

Ich sage hierzu nur eines, auch selbstkritisch an unsere eigene Bundespolitik:

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha!)

Etwa ein Viertel der Versicherungsleistungen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer erbringen – an die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg, an die Landesversicherungsanstalten in Stuttgart und in anderen Bundesländern, an die Bundesversicherungsanstalt in Berlin und in Zukunft auch an die Pflegeversicherung –, die wir kurz mit „Lohnnebenkosten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ bezeichnen, dient längst nicht mehr diesen Versicherungszwecken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: So ist es! Sie merken das jetzt auch!)

Fremde Aufgaben wie Weiterbildung, Schwangerschaftsbetreuung oder auch Schwangerschaftsabbruch – Aufgaben, die mit dem ursprünglichen Versicherungszweck und damit mit dem Arbeitsverhältnis und dem Faktor Arbeit nichts zu tun haben – werden durch Arbeit, durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber finanziert. Es ist meines Erachtens ein wichtiger Hinweis, zu sagen: Wenn es uns gelänge, die Versicherungsleistungen wieder nur den Versicherungszwecken zuzuführen und den Faktor Arbeit damit zu entfrachten, dann hätten wir für alle Zukunft mehr Kompensation gefunden, als für die Kosten der Pflege in der ersten, der zweiten und in künftigen Stufen benötigt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Caroli SPD: Aber wer hat das gefordert, Herr Kollege?)

Wir sind bereit, Herr Dr. Caroli, diesen Weg zu gehen, und wir erwarten auch von unserer Landesregierung dafür entsprechende Initiativen in den nächsten Monaten, die uns bleiben, bis die zweite Stufe und Teuerungsraten auf die Pflegeversicherung zukommen werden.

Lassen Sie mich für die CDU-Fraktion abschließend ergänzen – ich sage das den Verbänden der Arbeit, der Kulturarbeit, der Wirtschaft und den kulturellen Verbänden überhaupt –: Wenn diese Kompensationsüberlegungen, die ich angesichts der kurzen Zeit nur knapp darlegen konnte, mit Blick auf 1996 Wirklichkeit werden würden, wenn wir, Stoiber, Eichel, Schröder oder auch Wulff dies gemeinsam voranbrächten, auch wenn es dem Bundesgesetzgeber und der Bundesregierung nicht so arg passen mag, dann würden wir sogar dafür plädieren, diese gerechte, dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemäße Form der Pflegeversicherung nicht nur für die zweite Stufe anzuwenden, sondern rückwirkend auch für die erste Stufe, nämlich für die bisher unzureichende Finanzierung durch Feiertagsstreichung.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Oettinger CDU: Das heißt, ich schließe nicht aus, daß die Streichung des Feiertags, den wir heute pflichtgemäß zu streichen haben, entfällt, wenn eine andere Kompensation ab 1996 gefunden würde.

Was bleibt, Herr Kollege Döring, ist eine bittere Erkenntnis: Die große Leistung der Pflegeabsicherung haben unter anderem die Landtage in Deutschland auszubaden, und in dieser gemeinsamen Situation sollten wir uns hier nicht durch Geschäftsordnungsdebatten und Bitterkeit mehr zerstreiten, als der Sache guttut. Die CDU-Fraktion wird mit großer Mehrheit in der Güterabwägung aller Argumente, in der Würdigung von Wirtschaft und Verbänden, aber auch in der Achtung vor den Kirchen der Streichung des Pfingstmontags ihre Zustimmung geben.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Schrempp.

Abg. Schrempp SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will zunächst ausdrücklich darauf hinweisen – hier unterscheiden wir uns von unserem Koalitionspartner CDU –, daß sich die SPD während der Beratungen im Bund bezüglich der Einführung einer Pflegeversicherung immer gegen die Streichung eines Feiertags gewandt hat.

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Wir waren und sind der Auffassung, daß die auf der Arbeitgeberseite entstehenden Belastungen hätten kompensiert werden können, beispielsweise durch das, was Herr Kollege Oettinger gesagt hat, Stichwort Lohnnebenkostensenkung, 25 % Fremdleistung. Wir haben dies im Deutschen Bundestag ausführlich vorgestellt und diskutiert.

(Ministerpräsident Teufel: Herr Kollege Schrempp, das hat Ihre Seite nicht ein einziges Mal vorgetragen! – Abg. Sieber CDU: Das ist frei erfunden!)

– Herr Ministerpräsident, ich weiß nicht, warum Sie sich jetzt so aufregen.

(Unruhe)

(Schrempf)

In der Tat wäre es angesichts der historischen Entwicklung unseres Sozialsystems konsequent gewesen, wenn die Finanzierung der Pflegeversicherung so geregelt worden wäre wie bei anderen Sozialversicherungssystemen auch, nämlich mit einer Teilung der Kosten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Wenn Sie nach anderen Wegen suchen, überlegen Sie einmal, daß es viele Länder auf der ganzen Welt gibt, die uns um unser Sozialversicherungssystem beneiden, das außerordentlich erfolgreich ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn unsere Vorschläge angenommen worden wären,

(Abg. Alfred Haas CDU: Welche Vorschläge?)

wäre dies zweifellos auch im Sinn der Kirchen gewesen. Das sage ich ausdrücklich. Wir haben viel Verständnis für die evangelische Kirche, für die vielen evangelischen Christen und ihren Protest gegen die Streichung des Buß- und Bettags.

(Abg. Alfred Haas CDU: Aber?)

Wir haben auch viel Verständnis für die katholischen Christen, die uns geschrieben und ihre Bedenken geltend gemacht haben. Wir haben dem teilweise dadurch Rechnung getragen, daß der Buß- und Bettag nach unserer Überzeugung nur als gesetzlicher, nicht jedoch als besonders geschützter kirchlicher Feiertag entfallen soll, so daß dem Gedanken der Umkehr sowie der Erinnerung an Schuld und Vergebung weiterhin angemessen Rechnung getragen werden kann.

Ich betone den Stellenwert des Feiertags Buß- und Bettag ausdrücklich. Wir hätten uns allerdings gewünscht — diese kleine Kritik muß erlaubt sein —, daß die Kirchen bereits zum Zeitpunkt der Beschlußfassung im Deutschen Bundestag dort ihren Protest angemeldet hätten.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist auch, daß die SPD nur angesichts des drohenden Scheiterns der Pflegeversicherung, die für viele Menschen in diesem Land ungeheuer wichtig ist, dem Kompromiß zur Streichung eines Feiertags mit Wut im Bauch zugestimmt hat.

Gleichzeitig wollen wir — hier unterscheiden wir uns auch — nochmals unmißverständlich klarstellen, daß die SPD der Streichung eines weiteren Feiertags zur Finanzierung der zweiten Stufe der Pflegeversicherung zum 1. Juli 1996 keinesfalls zustimmen wird.

(Abg. Alfred Haas CDU: Wieso unterscheiden wir uns da?)

Es gab viel Protest gegen die von der Mehrheit des Kabinetts vorgeschlagene und auch unter Bedenken einiger Mitglieder der CDU von der CDU-Fraktion mitgetragene Entscheidung, den Pfingstmontag zu streichen. Zu Recht weisen das Handwerk und die Innungen, die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften, die Sportverbände und Vereine, die Sportjugend, die Jugendverbände, das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Naturfreunde, die Schauspielerverbände und viele Bürgerinnen und Bürger im Land auf die Probleme hin, die die Streichung des Pfingstmontags mit sich bringen würde.

Bisher haben sich mindestens 13 der 16 Bundesländer für die Streichung des Buß- und Bettags entschieden. Es wäre volkswirtschaftlich höchst bedenklich, wenn Baden-Württemberg hier einen Sonderweg einschlagen würde. An zwei Tagen im Jahr unterschiede sich das Land von der bundesweiten Regelung — mit all den negativen Konsequenzen für die Beschäftigten und für die Betriebe.

Vielleicht ist es noch wichtiger, etwas anderes darzustellen: Der Pfingstmontag ist ein Tag für die Familien. Am verlängerten Pfingstwochenende besteht für die Familien eine der im Alltag ohnehin seltenen Möglichkeiten, zusammen mit Verwandten, mit Freunden und in Vereinen etwas zu unternehmen, einen Ausflug zu machen oder eine der vielen Sportveranstaltungen oder anderen Veranstaltungen — ich weise insbesondere auf die vielen kulturellen Veranstaltungen hin — zu besuchen.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Grillwürste!)

Hierzu gehören insbesondere auch die vielen Jugendturniere und die Gespräche vieler Menschen über die europäischen und anderen Grenzen hinweg im Sinne der Begegnung und der Verständigung. Dabei bringen viele Menschen ihr Ehrenamt, das in diesem Haus so oft beschworen wird, ein und treten viele Menschen mit ihrer persönlichen Leistung für andere ein.

Schließlich darf neben der kulturellen Bedeutung des Pfingstmontags die Bedeutung für den Fremdenverkehr nicht unterschätzt werden.

(Lachen bei den GRÜNEN — Zuruf von der SPD:
Und der Schausteller!)

Ich betone nochmals, um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen — die Diskussion werden wir alle gemeinsam nach der Entscheidung draußen aushalten und führen müssen —: Die Streichung des Pfingstmontags würde sich daher besonders gegen die Familien richten.

Die Streichung des 3. Oktober ist, wie schon dargestellt, nicht möglich, da dieser Feiertag nicht immer auf einen Werktag fällt.

Das sogenannte sächsische Modell ist außerordentlich arbeitnehmerfeindlich

(Beifall bei der SPD — Abg. Bütikofer GRÜNE:
Das ist ein hausgemachter Humbug, was Sie erzählen! Sie als Oberarbeiter!)

— ich komme auf Ihr Beispiel; Herr Bütikofer, Sie müssen sich einmal hier hinstellen und Ihren Blödsinn vertreten —,

(Abg. Schlauch GRÜNE: Wenn Sie noch lange schwätzen!)

da damit die gesamten Kosten für die Pflegeversicherung den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgebürdet werden.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist ja gar nicht wahr!)

(Schrempf)

Wir Sozialdemokraten haben überhaupt kein Verständnis dafür, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer noch mehr belastet werden sollen.

(Beifall bei der SPD — Abg. Bütikofer GRÜNE:
Sie sind Lobbyist derer, die Arbeit haben!)

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leiden bedauerlicherweise bereits heute unter immer höheren Abgaben, Gebühren und Steuern. Eine zusätzliche Belastung ist für sie nicht mehr zumutbar.

Es sollte — Herr Bütikofer, ich komme auf Sie zurück — vielleicht einmal folgender Unterschied auch in Ihre Köpfe hinein: Die von uns nicht gewollte Verlängerung der Jahresarbeitszeit durch Streichung eines Feiertags, auf die Sie ja abheben, geht sicher auch zu Lasten der Beschäftigten. Das sogenannte sächsische Modell — und dies ist der Unterschied — geht jedoch unmittelbar an die Einkünfte, an den Geldbeutel der Beschäftigten. Darüber müssen Sie einmal nachdenken.

(Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Deshalb ist die sächsische Lösung mit Sicherheit die schlechteste aller Lösungen, die wir uns vorstellen können.

(Beifall bei der SPD)

Ich will nicht wiederholen, was der Wirtschaftsminister, für meine Begriffe zu Recht, über die möglichen Auswirkungen auf Tarifverhandlungen gesagt hat.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Es wird auch gut sein, wenn Sie das nicht wiederholen! Das war ein schwerer Eingriff in die Tarifautonomie!)

Ich hätte persönlich Verständnis dafür, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Herr Kuhn, einen Ausgleich fordern würden, wenn man ihnen weiter in die Tasche langte.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Wer hat denn etwas dagegen?)

Schließlich gibt es viele, die die Streichung eines Urlaubstags fordern. Diese Vorschläge berücksichtigen allerdings nicht die Tarifautonomie. Und ich füge hinzu: Diese Tarifautonomie wollen wir Sozialdemokraten und werden wir Sozialdemokraten auch nicht antasten. Die Tarifvertragsparteien allein schließen die Tarifverträge inklusive der Urlaubsregelungen ab und nicht die Parlamente; und dies ist gut so.

Im übrigen: Wenn es jemand hätte machen wollen — ich weiß nicht, wie viele es sind —, dann hätten möglicherweise einige hundert Tarifverträge geändert werden müssen. Es ist also auch gar nicht durchführbar.

Nach dem von uns mit Zähneknirschen zur Kenntnis genommenen Beschluß des Deutschen Bundestags und den damit von der CDU und der FDP vorgegebenen gesetzlichen Regelungen und unter Berücksichtigung aller Argumente — ich betone nochmals: einschließlich der verständlichen Vorstellungen der Kirchen — bleibt uns schließlich nur eines: die Streichung eines Feiertags. Und nach unserer Meinung

darf dies nicht der Pfingstmontag, sondern muß es der Buß- und Betttag sein.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Auseinandersetzung über die Novellierung des Feiertagsgesetzes droht — und das haben wir ja heute erlebt — bisweilen zu einer Groteske zu werden. Nach dem jahrelangen Hickhack auf der Bundesebene meint man nun die Fortsetzung hier auf Landesebene erleben zu müssen. Bedauerlich ist dabei aus unserer Sicht, daß bisweilen parteitaktische Aspekte in den Vordergrund gestellt werden, obwohl dies der Bedeutung der Pflegeversicherung und ihrer Umsetzung eigentlich nicht angemessen ist. Das, was wir heute hier als Kraftprobe erlebt haben, ist eigentlich nicht dazu angetan, den Vortrag meines Vorredners als redlich erscheinen zu lassen.

Ich habe durchaus Verständnis, wenn sich bei der Frage, welche Form der Kompensation gewählt wird, die Kirchen gegen die Streichung eines der beiden in Rede stehenden Feiertage wehren. Ich habe aber kein Verständnis für jene Gewerkschaftsfunktionäre, die nach der Methode „Haltet den Dieb“ versuchen, vom eigenen Versagen in der vorangegangenen Debatte über die Finanzierung der Pflegeversicherung abzulenken.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, wenn jetzt, nach der Verabschiedung des Pflegeversicherungsgesetzes, vom DGB wieder einmal ins Spiel gebracht wird, im Falle der Sachsenlösung auch die Arbeitgeber an den Kosten zu beteiligen, dann führt das gezielt am Thema vorbei, führt dies eigentlich zurück zum Ausgangspunkt der ganzen Debatte, die später einmündete in § 58 des Pflegeversicherungsgesetzes. Damit wird den Arbeitnehmern eigentlich Sand in die Augen gestreut.

Tatsache ist, daß die Arbeitnehmer in jedem Fall die Pflegeversicherung weitestgehend selbst finanzieren müssen, ob dies nun in Form der Lösung, wie sie bei einer Kompensationsregelung stattfindet, in Form des Verzichts auf einen Feiertag und auf den Beitrag oder ob dies in der Form der Sachsenlösung geschieht, bei der sie den vollen Sozialversicherungsbeitrag — oder sagen wir mal so: Versicherungsbeitrag — bezahlen müssen.

Wenig sinnvoll ist nach unserer Auffassung auch der Vorschlag, die ganze Regelung zu befristen. Dies halte ich sowohl vom Gesetzeshandwerklichen her wie auch im Blick darauf, daß man redlicherweise eigentlich gleich eine entsprechende Ermächtigung in das Feiertagsgesetz hineinschreiben sollte, um beispielsweise der Landesregierung die Möglichkeit zu geben, jeweils den günstigsten Feiertag zu bestimmen, für wenig sinnvoll.

Die im Pflegeversicherungsgesetz getroffene Kompensationslösung ist zwar im Blick auf die hohen Lohnzusatzkosten, die wir heute schon haben, durchaus begründet. Was ich aber nicht verstehe, insbesondere nicht bei meinem Vor-

(Dr. Schlierer)

redner, ist, daß man jetzt so tut, als wären von Anfang an mit redlichem Gewissen von allen Beteiligten alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden, um zu einer Lösung zu kommen. Genau das ist nicht der Fall, sondern die Verweigerung begann bereits bei der Debatte über die Karenztage, und das gilt selbstverständlich auch über die zu einem früheren Zeitpunkt diskutierten Möglichkeiten, dies über einen Urlaubstag abzugelten.

Die jetzt in § 58 des Pflegeversicherungsgesetzes getroffene Regelung ist sicherlich insuffizient. Sie ist das nach unserer Ansicht schon deshalb, weil man ja von vornherein wußte, daß es ein kirchlicher Feiertag sein müßte, den man ökonomischen Gesichtspunkten opfern will. Es war ja klar, daß nur ein kirchlicher Feiertag in Frage käme im Sinne der Feiertage, die in dieser Regelung des Pflegeversicherungsgesetzes angesprochen sind.

Der schon angesprochene Verzicht auf einen Urlaubstag wäre in der Tat die bessere Lösung gewesen. Sie ist auch die in der Bevölkerung bei weitem eher akzeptierte Lösung. Nur ist es natürlich ein schlechter Stil, wenn beispielsweise seitens der Tarifpartner — ich will da keine der beiden Seiten aussparen — eine solche Möglichkeit weggeschoben, gar nicht ernsthaft angegangen wurde und das Ganze dann nachher sozusagen dem Gesetzgeber überlassen wird, der die Problematik ausbaden muß. Wenn Sie mit den Menschen draußen sprechen, werden Sie regelmäßig zu hören bekommen, daß man mit der Streichung eines Urlaubstags, mit dem Verzicht auf einen Urlaubstag, durchaus einverstanden wäre, daß man aber nicht einsieht, daß ein kirchlicher Feiertag gestrichen werden soll.

(Beifall bei den Republikanern)

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu einem weiteren wichtigen Gesichtspunkt. Wir debattieren hier immer über die Streichung eines von zwei in Frage kommenden kirchlichen Feiertagen. Wenn man einmal genau hinschaut, hat aber schon der Gesetzgeber mit der Möglichkeit gerechnet, daß es die Streichung nicht nur eines Feiertags geben wird, sondern die Streichung von zweien. Den Hinweis darauf finden Sie in § 58 Abs. 4 des Pflegeversicherungsgesetzes. Ich sage Ihnen schon heute voraus, daß wir spätestens mit dem Inkrafttreten der stationären Pflege am 1. Juli 1996 in die Situation kommen werden, wo wir einen weiteren Feiertag brauchen, wenn wir eine echte Kompensation haben wollen.

Es gibt zwar Stimmen, die sagen, ein Feiertag würde schon überkompensieren. Aber wenn Sie sich einmal die Kostenentwicklung in der Pflegeversicherung in den Nachbarländern ansehen, zum Beispiel in Holland, wo diese Kosten explosionsartig nach oben gegangen sind, wenn Sie sich die Pflegesätze anschauen, wenn Sie jemals so einen Pflegefall auch einmal finanziell haben betreuen oder regulieren müssen, dann wissen Sie, mit was für Kosten da zu rechnen ist, und das vor dem demographischen Hintergrund.

Da kann ich Ihnen nur eines sagen: Wir werden dann zwangsläufig in eine wiederholte Debatte hineingetrieben, in der wir dann wieder über einen Feiertag sprechen. Dann, meine Damen und Herren, sehe ich eigentlich nicht ein, warum wir dieses Riesentheater hier aufführen, wo wir ja im Prinzip nicht zwischen der Alternative entscheiden, daß es

der eine oder der andere sein wird, sondern wo wir uns nur noch darüber entscheiden, welcher Feiertag zuerst gestrichen wird. Meine Damen und Herren, daher halten wir diesen Streit „Pfungstmontag oder Buß- und Bettag“ eigentlich für absurd.

Festzuhalten bleibt aus unserer Sicht, daß die vom Bundesgesetzgeber, aus welchen Gründen auch immer, im Pflegeversicherungsgesetz getroffene Finanzierungslösung falsch ist, daß das Bestreben darin bestehen muß, die Pflegeversicherung auf ein solides Fundament zu stellen.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich weiß nicht, wie realistisch das ist, aber ich glaube, daß der Appell dennoch notwendig ist, hier alles zu unternehmen, um auf Bundesebene zu einer Novellierung des Pflegeversicherungsgesetzes zu kommen.

Zum zweiten: Nach unserer Auffassung werden die Arbeitnehmer in jedem Fall die Kosten der Pflegeversicherung tragen müssen. Es ist in der Tat ehrlicher und redlicher zu sagen: „Ihr müßt dies tragen. Ihr müßt dafür auch etwas bezahlen.“ Dabei muß ich aber sagen, daß diese Versicherung nachher, wenn sie denn einmal zur Anwendung kommen sollte, auch ein Gut sein wird, das diejenigen, die pflegebedürftig werden, zu schätzen wissen.

Drittens: Wenn wir diese Kompensationslösung für falsch halten, werden wir logischerweise einer Streichung des einen oder des anderen Feiertags nicht zustimmen können.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenn schon Kompensation, meine Damen und Herren, dann wirklich lieber einen Urlaubstag.

Hier gilt der Appell auch einmal den Tarifparteien. Keiner von uns will ernsthaft in die Tarifautonomie eingreifen. Es will auch niemand die Tarifpartner fremdbestimmen. Aber es wird doch noch erlaubt und möglich sein, zu sagen: „Wenn ihr jetzt wieder in Tarifverhandlungen eintretet, überlegt euch bitte einmal eure Verantwortung, die ihr hier habt.“ Beide Tarifpartner sind gefragt.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, aus diesen Gründen lehnt meine Fraktion die Streichung des einen wie des anderen Feiertags mehrheitlich ab. Ich will an dieser Stelle aber auch zum Ausdruck bringen: Da wir keinen Fraktionszwang kennen, heißt „mehrheitlich“, daß es dem einen oder anderen Mitglied meiner Fraktion freisteht, sich nachher auch anders zu entscheiden.

(Zuruf des Abg. Schrempf SPD)

Das wird jeder unter Abwägung aller Gesichtspunkte, die er jeweils persönlich einzustellen hat, tun. In diesem Sinn, meine Damen und Herren, glaube ich, daß wir nachher mit dem jetzt nach der Geschäftsordnung gewählten Abstimmungsverfahren über die Novellierung des Feiertagsgesetzes abstimmen und zu einer Lösung kommen werden, sei es die eine oder die andere. Es wird in jedem Fall eine Mehrheitslösung sein.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Caroli, tun Sie mir einmal einen Gefallen?

(Abg. Dr. Caroli SPD: Gern!)

— Dann holen Sie einmal Herrn Kollegen Maurer.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD — Abg. Schrempp SPD: Caroli ist nicht Ihr Laufbursche!)

— Machen Sie es wirklich. — Ich will Ihnen auch sagen, warum. Ich finde, eines geht nicht: daß man hier hinsteht, die Grünen wegen der sächsischen Lösung an den Pranger stellt und dann aufgrund der Damen und Herren Gewerkschafter nicht da ist.

(Abg. Schrempp SPD: Herr Kuhn, ist Ihnen aufgefallen, daß ich das war?)

— Herr Maurer hat sich in den letzten Wochen hingestellt und hört nun nicht zu. Nur soviel zur Kultur der politischen Auseinandersetzung.

Ich will Ihnen, Herr Schrempp, darlegen, warum wir meinen, daß die sogenannte sächsische Lösung

(Abg. Maurer SPD betritt den Plenarsaal.)

— da ist er, der Herr Maurer — eigentlich die beste innerhalb der schlechten, die uns der Bundesgesetzgeber aufgegeben hat, ist. Wir wissen ja, daß uns die Bonner Regelung zwingt, an einer entscheidenden Stelle aus der paritätischen Finanzierung unseres Sozialversicherungssystems auszustiegen. Die paritätische Finanzierung im Gesetz ist ja nur eine Fiktion, denn die Arbeitnehmer tragen ohnehin, egal, wofür wir uns heute entscheiden, die ganze Last, entweder ganz über Geld oder über Geld und Mehrarbeit.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: So ist es leider!)

Wenn der DGB-Landesvorsitzende, Herr Pommerenke, gestern sagte, die sächsische Lösung sei ein Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung, stimmt dies einfach nicht, meine Damen und Herren, und ist unseriös argumentiert.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Kollege Pommerenke hat offensichtlich ein kurzes Gedächtnis. Denn zum Beispiel hat im März 1994 Klaus Zwickel, Vorsitzender der IG Metall, nachdem in Bonn das Gesetz zustande gekommen ist, gesagt — ich zitiere einen Artikel aus der „Süddeutschen Zeitung“ —, die IG Metall lehne den Pflegekompromiß mit Vorwürfen vor allem an die SPD ab:

IG-Metall-Chef Klaus Zwickel sprach in Frankfurt von einem sozialpolitischen Rückfall hinter Bismarck. 100 Jahre paritätische Finanzierung der Sozialversicherung würden aufgegeben.

Also: Dieses wurde durch die CDU und durch Scharping in Bonn aufgegeben. Und jetzt jemandem, der sagt, die sächsische Lösung sei vielleicht die ehrlichere Lösung, vorzuwer-

fen, er würde aus dieser paritätischen Finanzierungskonstruktion aussteigen wollen, Herr Maurer — Sie haben uns dies ähnlich vorgeworfen —, ist einfach von A bis Z unseriös, und ich möchte dies zurückweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Wir von den Grünen sind für die sächsische Lösung, weil wir sie für ehrlicher halten.

(Abg. Schrempp SPD: Die kostet einen Haufen Geld!)

Aber ich will deutlich sagen: Wir sind nicht für die Begründung, die Ministerpräsident Biedenkopf in Sachsen für diese Lösung geliefert hat. Er hat nämlich in Sachsen gesagt, wir sollten es so machen, wie es die sächsische Lösung nun einmal vorsieht, weil die paritätische Finanzierung sowieso mit der Zeit ein Unding sei. Ich will ganz deutlich machen:

(Abg. Dr. Caroli SPD: Einstieg in den Sozialabbau!)

Wir sind für die Konsequenzen dieser Lösung, aber nicht für diese Begründung von Biedenkopf.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Einstieg in den Sozialabbau!)

Meine Damen und Herren, es wurde viel von der Zusatzbelastung durch die sächsische Lösung gesprochen und damit argumentiert,

(Zuruf des Abg. Goll SPD)

aber von Herrn Maurer und von anderen wurden Zahlen genannt, die im einzelnen nicht nachvollziehbar waren.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sozialabbau!)

Noch einmal, damit es klar ist: Bei einem Gehalt von 4 000 DM — das ist ja immer eine einfache Rechnung — bedeutet die Pflegeversicherung 40 DM zusätzlich. Aber die Sachsenlösung bedeutet eben 20 DM. Die Hälfte zahlen die Leute schon, Herr Maurer, und dies haben Sie in vielen Pressemitteilungen der letzten Zeit vernebelt.

(Abg. Schrempp SPD: Das sind 300 DM im Jahr mehr!)

Von Ihnen wurde der Eindruck erweckt — ich betone: der Eindruck —, es wurde die Vermutung nahegelegt — Sie haben es nicht explizit gesagt —, als würden alle Verteuerungen der letzten Jahre für die Bevölkerung irgend etwas mit der sächsischen Lösung zu tun haben. Dies ist von A bis Z unseriös.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP/DVP)

Herr Oettinger hat es ja heute ähnlich gemacht. Er hat das nach dem Muster gemacht: Die Leute haben so viele Kosten — Solidarbeitrag, Gebührenerhöhungen auf kommunaler Ebene und was auch immer — schlucken müssen; jetzt können wir ihnen die sächsische Lösung nicht mehr zumuten. Das ist doch eine schräge Argumentation, Herr Oettinger.

(Kuhn)

Herr Maurer, wir können ja diskutieren, ob es Wege gibt, die sozialen Ungerechtigkeiten der letzten Jahre zurückzuschrauben. Aber dies spricht nicht pauschal dagegen, jetzt die sächsische Lösung zu wählen.

Ich nenne einige Vorschläge. Natürlich wird eine vernünftige Tarifpolitik nicht einfach pauschal prozentuale Forderungen erheben dürfen, sondern jetzt einmal darangehen müssen, die Frage zu stellen, ob nicht die niedrigen Einkommen endlich entlastet werden müssen, zum Beispiel durch Sockelbeiträge, weil sich die soziale Schere natürlich auch durch die Tarifpolitik immer mehr auf tut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens, Herr Oettinger: Es wäre eine entscheidende Entlastung, und Ihre ganzen Reden zu diesem Thema könnten Sie vergessen,

(Abg. Schrempp SPD: Bis wohin gehen niedrige Einkommen? Wo ist die Grenze?)

wenn wir endlich zu einem vernünftigen Familienlastenausgleich kommen würden, der das Kindergeld tatsächlich auszahlt und nicht die Familien, die ein höheres Einkommen haben, durch höhere Freibeträge begünstigt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt doch tausend Möglichkeiten, auch über den Bundesrat, da jetzt zu einer vernünftigen Politik zu kommen.

(Abg. Schrempp SPD: Sie haben sich vergaloppiert!)

Ich finde es allerdings ein Unding, Herr Wirtschaftsminister — das will ich noch sagen —, wenn ein Wirtschaftsminister dieses Landes hergeht und dem Koalitionspartner CDU droht nach dem Muster: Wenn ihr für die sächsische Lösung seid, werdet ihr aber sehen, was bei den Tarifverhandlungen passiert.

(Abg. Schrempp SPD: Sie verstehen es halt nicht!)

Dies ist ein Eingriff, und es ist eine Absurdität, Herr Spöri, die Sie sich da geleistet haben.

(Abg. Schrempp SPD: So ein Quatsch!)

Ich kann nur sagen: Wenn Ihnen da politisch so der Gaul durchgegangen ist, nur damit hier die Mehrheit stimmt, haben Sie nicht verstanden, welche Rolle Sie als Wirtschaftsminister hier eigentlich spielen.

(Abg. Goll SPD: Herr Kuhn, Sie haben keine Ahnung von Tarifverhandlungen und Hintergründen, die dazu führen! Nicht die geringste Ahnung hat der! — Abg. Schrempp SPD: Nein, der schwätzt nur!)

Ich möchte noch etwas zu den sozialen Auswirkungen der sächsischen Lösung sagen.

(Zurufe von der SPD)

— Ich bitte euch, euch zu beruhigen. Ihr könnt euch ja nachher melden, wenn ihr etwas anders seht.

(Abg. Goll SPD: Fernab jeglicher Realität!)

Die sozialen Folgewirkungen — und das möchte ich auch einmal zur Realität sagen — —

(Abg. Goll SPD: Nicht die geringste Ahnung von Tarifpolitik hat er!)

— Herr Kollege, jetzt hören Sie einmal zu! Hier spielt die Musik.

(Abg. Dr. Puchta SPD: Die Blechmusik! — Abg. Dr. Caroli SPD: Was für eine Musik? — Weitere Zurufe)

Ich möchte Ihnen einmal etwas zu den sozialen Auswirkungen sagen. Wenn Sie einmal ganz ehrlich sind und von den Problemen abstrahieren, die die Gewerkschaften in den nächsten Tarifaueinandersetzungen haben — es gibt ja Gewerkschaftsprobleme, warum Sie hier so laut sind —,

(Abg. Goll SPD: So ein Geschwätz!)

wenn Sie einmal ganz ehrlich die sozialen Folgewirkungen der Pflegeversicherung anschauen, ob sie nun nach der sächsischen Lösung finanziert oder nach der Feiertagsregelung finanziert wird, müssen Sie sagen: Diese Folgewirkungen können Sie überhaupt nicht vernünftig kalkulieren, und zwar aus folgendem Grund: Quer durch die Bevölkerung entscheidet sich die Folgewirkung von diesen Finanzierungsmodellen an einer einfachen Frage: Wie nahe eine Familie zum Pflegefall irgendeines ihrer Mitglieder steht, verschiebt sofort die ganze soziale Skala dieser Folgewirkung. Das ist doch ganz logisch: Jemand, der irgend jemanden hat, der bald ein Pflegefall sein wird, macht durch diese Pflegeversicherung ein Riesengeschäft auf gut deutsch — Geschäft in Anführungszeichen —, weil es richtig ist, daß es die Pflegeversicherung gibt. So pauschal zu sagen, diese Finanzierung sei sozial völlig unerträglich, entspricht der Realität in dieser Gesellschaft einfach nicht. Es kommt ganz genau auf die spezifische Situation der einzelnen Familien an.

(Zuruf der Ministerin Helga Solinger)

Ich will nun den Hauptgrund, Frau Kollegin Solinger, dafür nennen, warum wir für die sächsische Lösung sind. Die CDU, die SPD und die Gewerkschaften — diesmal in einem Boot — argumentieren im Kern aus der Perspektive der Beschäftigtengesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Sie argumentieren aus der Perspektive derer, die einen Arbeitsplatz haben. Der Finanzierungsmodus Feiertag bedeutet nichts anderes als kollektive Arbeitszeitverlängerung. Ich sage, das ist ein Hohn für die, die in diesem Land keine Arbeit haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Schaue ich mir, meine Damen und Herren, das SPD-Programm an und höre ich mir die Reden der Gewerkschaften vom 1. Mai an, dann lese und höre ich überall, Arbeitszeitverkürzung jedweden Typs sei das Gebot der Stunde zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Jetzt beschließen Sie gerade kollektive Mehrarbeit. Der Unterschied unserer Perspektive

(Kuhn)

– das sage ich an die Adresse der SPD – ist der, daß wir uns erlauben, die Perspektive der Menschen, die keine Arbeit haben, mit in diese Diskussion einzubeziehen. Jetzt sagen Sie mir einmal, was daran unsozial sein soll, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Sie wissen doch selbst, was ein Arbeitstag bedeutet. Herr Schrempp, rechnen Sie einmal, oder fragen Sie Ihren Bruder. Daimler-Benz produziert am Tag 2 500 Autos. Audi in Ingolstadt produziert am Tag 1 718 Autos. Jetzt können Sie doch umrechnen, was dies praktisch bedeutet.

(Abg. Zeller SPD: Wieviel? Rechnen Sie es vor!)

Sie wollen den Kuchen der Arbeit auf die, die eine Arbeit haben, noch stärker so verteilen, daß sie mehr davon nehmen müssen, und die, die keine Arbeit haben, bleiben außen vor.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt reden wir einmal über soziale Auswirkungen.

(Abg. Schrempp SPD: Sie wollen den Leuten in die Tasche greifen!)

Ich habe klar gesagt, daß angesichts dieses Konflikts für uns die Finanzierung über die sogenannte sächsische Lösung das kleinere Übel ist, weil wir diese Spaltung der Gesellschaft in zwei Drittel, die eine Arbeit haben, und in ein Drittel, das keine hat, nicht mitmachen wollen.

(Zu- und Gegenrufe zwischen Abg. Zeller SPD und Abg. Schlauch GRÜNE)

– Rezzo, darf ich dich bitten, deine Aufmerksamkeit auf mich zu richten, weil es sonst für mich zu laut wird.

Ich habe, Herr Oettinger, ähnlich wie Sie die Hoffnung, daß man über den Bundesrat und über Bonn in bezug auf die Zukunft, in bezug auf 1996 und vielleicht auch rückwirkend auf den Beschluß, der heute fallen wird, zu einer besseren Lösung kommt. Ich will deutlich sagen: Die bessere Lösung läuft nicht so, daß Sie dann sagen: „Jetzt einen Feiertag und 1996 die sächsische Lösung“ – so hört sich das für mich bei Ihnen an –, sondern die bessere Lösung heißt: Zwei Wege kann man ja gehen, entweder diesen Teil aus dem allgemeinen Staatshaushalt zu finanzieren – wir machen bei der Rente sowieso diesen Einstieg in die Sozialfinanzierung – oder eben zurückzukehren zu dem bewährten paritätischen Finanzierungssystem. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren, und auch die SPD auffordern, hier in der nächsten Zeit einen besseren Weg zu suchen und den Unsinn, der nachher beschlossen wird, vielleicht rückgängig zu machen.

Ich will zum Abschluß noch eines sagen: Wir stellen uns der Auseinandersetzung, wenn die sächsische Lösung nicht durchkommt, welcher Feiertag dann am besten – genauer müßte man sagen: am wenigsten schlecht – gestrichen wird. Ich möchte noch einmal hervorheben, daß für die Mehrheit meiner Fraktion – auch wir stimmen nicht einheitlich ab – die kulturelle und soziale Dimension des Pfingstmontags

dazu führt, daß wir diesen nicht gestrichen haben wollen. Ich sage ganz deutlich: Mir haben in den letzten Monaten und Wochen die kommerziellen Argumente nicht so gepaßt. Man muß einfach sehen, daß der Pfingstmontag eine kulturelle und soziale Dimension hat, die man nicht vergessen sollte. Herr Oettinger, dieser Gesellschaft geht doch im Kern – das ist die soziale Krankheit, die in unserer Gesellschaft schlummert – die Zeit für sich und füreinander aus. „Die Zeit“ – so sagt Shakespeare, Herr Oettinger – „ist die Amme und Mutter alles Guten.“ Damit hat er recht, weil Zeit haben bedeutet, daß man mit der Familie, mit der Nachbarschaft kulturell etwas gemeinsam machen kann, und da spielt ein Feiertag bei einem Doppelfest wie Pfingsten eben eine große Rolle.

Wir werden lernen müssen, daß Zeit zu haben für sich und für andere in der Gesellschaft letzten Endes wichtiger ist als Geld.

(Beifall bei den GRÜNEN – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abgeordneter, ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Kuhn GRÜNE: Das wäre nicht nötig gewesen, Herr Präsident, ich bin gerade dabei.

Der Kampf um Autonomie von Zeit, um Zeit für sich und die Gesellschaft wird eines der großen Zukunftsthemen sein, denen sich leider viele von Ihnen zuwenig stellen.

Ich möchte zum Abschluß zusammenfassen: Wenn man einen Blick auf die ganze Gesellschaft hat und nicht nur auf die Beschäftigtengesellschaft, wird man wie meine Fraktion sagen müssen: Die sächsische Lösung ist das kleinste unter vielen großen Übeln. Wenn man sich auf der Feiertagebene entscheiden wird, wird die Mehrheit von uns sagen: „Laßt uns besser den Buß- und Betttag streichen“, obwohl das keine glückliche Lösung ist.

Ich hoffe abschließend noch einmal, Herr Oettinger, daß wir über Bonn den Mut haben, die schlechten Erfahrungen aus dieser Diskussion zu korrigieren, und vielleicht 1996 ohne gestrichenen Feiertag und ohne sächsische Lösung dastehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bundeskanzler hat bei dem Gesetzgebungsverfahren zur Pflegeversicherung auf der Bundesebene dafür gesorgt, daß der 3. Oktober nicht gestrichen werden kann, weil er ihm lieb und teuer ist. Dasselbe haben die Gewerkschaften für den 1. Mai getan. Damit hat uns der Bundesgesetzgeber in einen Konflikt mit den Kirchen getrieben.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

weil nur noch die Streichung eines kirchlichen Feiertags möglich ist.

(Drautz)

Auch den Kirchen muß man das Recht einräumen, ihre Feiertage zu verteidigen, wie es der Bundeskanzler und die Gewerkschaften, meine Damen und Herren, getan haben.

(Zuruf der Ministerin Helga Solinger)

Klar ist schon heute, daß bei der zweiten Stufe der Pflegeversicherung

(Unruhe)

— hören Sie genau zu —, die Mitte 1996 in Kraft treten soll,

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Bebbler SPD: Ihr wollt doch die Kompensation! Das wart doch ihr!)

die Streichung des nächsten Feiertags fällig wäre.

(Abg. Bebbler SPD: Das ist doch ein Scherz!)

Wir hätten dann wieder die gleiche quälende Diskussion wie heute. Das darf nicht eintreten.

(Abg. Bebbler SPD: Wer hat denn die Kompensation gefordert?)

Jeder muß deshalb heute folgendes erkennen

(Zurufe von der SPD)

— hören Sie doch einmal in Ruhe zu —: Feiertage sind in ihrer geistlichen und auch gesellschaftlichen Bedeutung wichtige Ruhe- und Besinnungspunkte.

(Starke Unruhe und Zu- und Gegenrufe, u. a. Abg. Bebbler SPD: Weil der Döring das nicht gewagt hat!
— Abg. Bütikofer GRÜNE: Ein Sauhaufen ist das heute bei der SPD!)

Solche Tage tun allen gut, auch denen, die nicht gewohnt sind, in die Kirche zu gehen. Speziell der Buß- und Betttag — —

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich darf um mehr Ruhe bitten.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Hoffentlich!)

Abg. Drautz FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Präsident.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das ist gerne geschehen.

(Heiterkeit und anhaltende Unruhe)

Abg. Drautz FDP/DVP: Der Buß- und Betttag läßt wie kein anderer Tag im Kirchenjahr dazu ein, über den Weg des eigenen Volkes, über die Situation der eigenen Gesellschaft im Lichte christlicher Verantwortung nachzudenken.

(Zuruf des Abg. Nagel SPD)

Dieser Tag darf deswegen nicht vom Landesgesetzgeber gestrichen werden.

Das gleiche gilt auch für den Pfingstmontag, der für beide Konfessionen von großer Bedeutung ist und der im Volk auch im Freizeitverhalten besonders verankert ist.

(Abg. Dr. Döring FDP/DVP: Sehr gut! Jawohl!)

Feiertage haben nicht nur für Gläubige, sondern auch für Nichtgläubige eine Bedeutung. An ihnen haben im Gegensatz zu einem Urlaubstag alle Berufstätigen frei.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Damit hat jeder die Möglichkeit, uneingeschränkt

(Zuruf von der SPD: Wein zu trinken!)

kulturelle und soziale Kontakte mit all denen zu pflegen, die ihm nahestehen. Wir sollten deshalb keinen Feiertag abschaffen.

(Beifall bei der FDP/DVP — Abg. Bebbler SPD:
Das kostet Sie mehr als eine Flasche!)

Wie stark die Bürger an den Feiertagen hängen, zeigt die derzeitige Diskussion auch von der SPD über den Reformationstag im Norden und Osten Deutschlands, wo es weniger Feiertage als in Baden-Württemberg oder Bayern gibt. Dort denkt man inzwischen daran, den Reformationstag zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Wenn ich mir vor diesem Hintergrund die Beiträge von Herrn Maurer in letzter Zeit ansehe, der davon spricht, daß es eine Kriegserklärung der CDU wäre, wenn die Arbeitnehmer die Pflegeversicherungsbeiträge allein bezahlen sollten, kann ich mich nur wundern. Jedermann war doch klar, daß die Arbeitnehmer die Pflegeversicherung allein bezahlen müssen — entweder indirekt, indem ein Feiertag gestrichen wird, oder direkt, indem sie den vollen Beitrag bezahlen.

Was ist so grundfalsch an der Absicht, die Kosten ohne lange Schleiertänze dem direkt in Rechnung zu stellen, der nach dem eindeutigen Willen des Bundesgesetzgebers, zu dem auch die SPD gehörte, das Ganze zahlen soll? Der Kompromißvorschlag von Herrn Oettinger scheint mir eine Lösung Marke Feigheit zu sein.

Statt einen Feiertag nur vorübergehend abzuschaffen, sind wir heute gefordert, eine Lösung zu finden, die auf Dauer Bestand hat. Herr Oettinger, unterlassen Sie — Herr Oettinger, hier spielt die Musik;

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Herr Oettinger, sind Sie jetzt bereit? — lieber Ihre Verrenkungen, die einer vernünftigen Lösung hier und heute im Weg stehen.

Über den Ministerpräsidenten muß ich mich besonders wundern, da er zur Kompensation des Arbeitgeberanteils an der Pflegeversicherung ausgerechnet die schlechteste Finanzierungsmöglichkeit gewählt hat — das waren seine Worte in der ersten Lesung des Gesetzentwurfs —, und das vor dem Hintergrund, daß er aufgrund seiner christlichen Gesinnung am liebsten gar keinen Feiertag streichen möchte. Herr Teufel, warum bekennen Sie sich nicht zur Sachsenlösung oder warum werben Sie nicht bei den Tarifpartnern darum, daß

(Drautz)

diese die Möglichkeit schaffen, daß die Kompensation mit einem Urlaubstag oder, noch besser, mit acht Stunden Mehrarbeit über das Jahr erfolgt? Den Tarifpartnern stünde es gut an, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß jeder Arbeitnehmer selbst entscheiden kann, ob er einen Urlaubstag aufgeben oder Mehrarbeit leisten möchte.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das wäre wahrhaft liberal.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich darf doch darum bitten, die Türen zu schließen!

Abg. Drautz FDP/DVP: In der Hoffnung, die Kirchen angesichts der Streichung des Pfingstmontags nicht ganz zu verprellen, machen Sie, Herr Ministerpräsident, dann die nächste unsinnige Verbiegung. In Ihrem Gesetzentwurf räumen Sie allen bekenntniszugehörigen Beschäftigten und Auszubildenden das Recht ein, am Pfingstmontag der Arbeit fernzubleiben.

(Abg. Leicht CDU: Blauzumachen!)

Durch die Einräumung dieses Rechts auf unbezahlten Urlaub am Pfingstmontag werden nicht nur die notwendigen Dispositionen für die Unternehmen erschwert, sondern unter Umständen auch die betriebswirtschaftlich sinnvolle Aufrechterhaltung der Produktion eines Betriebes. Einerseits ist nämlich der Arbeitgeber verpflichtet, den Freistellungsanspruch der Arbeitnehmer zu erfüllen; andererseits ist er aber gehalten, die Dienste der Arbeitnehmer, die arbeiten wollen, anzunehmen. Selbst wenn zum Beispiel in einem Betrieb nur ein einziger Arbeitnehmer am Pfingstmontag arbeiten will, muß der Betrieb im Grundsatz aufrechterhalten werden. Die Unternehmen müßten dadurch nicht nur mit erheblichen Betriebsstörungen rechnen; es könnten ihnen dadurch noch weitere Kosten in Form von Vorhaltekosten entstehen.

All dies zeigt, daß die diversen Kompensationslösungen der großen Koalition mit unterschiedlicher Trägerschaft nur untaugliche Hilfskrücken sind. All dies spricht dafür, der Beschlußempfehlung des Innenausschusses zu folgen, die besagt:

Der Landtag wolle beschließen,

1. den Gesetzentwurf der Landesregierung — Drucksache 11/4895 — abzulehnen;
2. die zu diesem Gesetzentwurf eingegangenen Eingaben für erledigt zu erklären.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren, der fraktionslose Abg. Amann hat ums Wort gebeten.

(Zurufe von der SPD)

Ich erteile ihm das Wort mit einer Redezeit von 3 Minuten.

(Unruhe)

Abg. Amann (fraktionslos): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Geben Sie mir doch auch die Möglichkeit, mich zu diesem brisanten Thema zu äußern.

(Abg. Wintruff SPD: Das interessiert aber niemanden!)

— Es interessiert mich nicht,

(Abg. Wintruff SPD: Mich auch nicht!)

ob es Sie interessiert. Mich interessiert es auf jeden Fall, und die Bürgerschaft auch. Auch Sie, Herr Wintruff, werden damit leben müssen.

Herr Präsident, Verwirrung ist angesagt, und die Bürger wissen nicht mehr, was nun ist, was nun kommt und was sein wird. Der mühsam errungene Kompromiß zur Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes darf nicht wegen immer neu auftauchender Ideen und Vorstellungen scheitern. Die immer wiederkehrende inhaltliche Taktik von Interessenvertretern hilft keinem, schon gar nicht den Betroffenen. Die Fristen zum Pflegegesetz müssen eingehalten werden, ansonsten droht genau denen Lohnabzug, zu deren Wohl man sich hier so ausführlich und so heftig streitet, nämlich den Arbeitnehmern.

Die Diskussion begann schon vor Jahren mit der Sonntagsarbeit. Jetzt ist ein Feiertag dran. Die einen wollen den Buß- und Betttag streichen, andere den Pfingstmontag, und die Fortschrittlichsten zwacken jedem Arbeitnehmer kurzerhand einen Urlaubstag ab oder greifen in dessen Geldbörse.

Geht es hier um Traditionen, oder geht es um das menschliche Miteinander? Ich für meine Person gehe davon aus, daß die Tradition sicherlich ihre Berechtigung finden muß. Viel wichtiger erscheint mir jedoch das Glaubensbekenntnis, gerade im Hinblick auf die verzweifelte Lage der von der Pflege betroffenen Menschen. Wer pflegebedürftig ist, sucht Kraft, wenn nicht gar Stärke, und diese findet er im religiösen Glaubensbekenntnis.

Unstreitig ist hier wieder einmal die Bruderschaft zwischen Katholiken und Protestanten, die sich für den Erhalt des Buß- und Bettags aussprechen. Ist es da nicht gerade als eine Kulturschande anzusehen, wenn nun dieser evangelische Kirchenfeiertag menschlichen Pfründen weichen soll? Warum versuchen Parteienvertreter, die Reste einer christlichen Kultur anzugreifen?

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Ach was! Stuß!)

Indes könnte der Katholik mit dem Wegfall des Pfingstmontags zehnmal besser leben, da dieser noch der am wenigsten als kirchlicher Feiertag genutzte Tag ist. In anderen Ländern, zum Beispiel in Frankreich, gibt es diesen Feiertag an und für sich schon gar nicht mehr.

(Unruhe — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich darf um etwas mehr Ruhe bitten.

(Abg. Wintruff SPD: 3 Minuten sind um!)

Abg. Amann (fraktionslos): Lassen Sie mir noch eine halbe Minute, Herr Wintruff.

(Abg. Wintruff SPD: Ich habe es gestoppt!)

Und dann gibt es die sozialen Errungenschaften, die so laut tönend von der Opposition in den Vordergrund gerückt werden. Genau diese Interessenvertreter fordern nunmehr die Lösung mit der Beitragsregelung. Wissen diese Strategen überhaupt, welche Kosten und Zahlungen im Jahr 1995 auf die Arbeitnehmer zukommen und wieviel Geld sie weniger in der Haushaltskasse haben werden? Offensichtlich nicht, denn man kann schon heute von einer Mehrbelastung von etwa 200 DM ausgehen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ein jeder möge über seinen eigenen Schatten springen und sich vorstellen, er sei selbst betroffen. Vielleicht finden wir dann den für uns alle tragbaren Gang.

Erlauben Sie mir den Zwischenruf selbst eines Moslems. Auch die Organisatorin des deutsch-türkischen Frauentreffs, Nuran Akinci aus der Gemeinde Walzbachtal, sieht den Buß- und Betttag als einen der gewichtigsten Tage für die Christen an, den man nicht einfach abschaffen könne.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Ich muß Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Abg. Amann (fraktionslos): Vielleicht brauchen wir in der heutigen und für viele doch mehr oder weniger unüberschaubaren Zeit den Rat von Andersgläubigen, um wieder Rückbesinnung zu gewinnen.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort hat der Herr Wirtschaftsminister.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Was?)

Wirtschaftsminister Dr. Spöri: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Kuhn hat mich auf eine Äußerung angesprochen, die ich gemacht habe und zu der ich mich ausdrücklich auch hier im Plenarsaal bekennen möchte. Ich habe niemals versucht, in irgendeiner Weise in die bewährte Tarifautonomie einzugreifen. Dennoch: Wer die gegenwärtige Einkommensentwicklung sieht und wer die Einkommensentwicklung in breiten Bevölkerungsschichten in den letzten Jahren betrachtet — im Jahr 1991 hatten wir einen Rückgang der Realeinkommen bei Arbeitnehmern von 0,7 %, 1993 von 0,9 % und 1994 von 2,5 %; 1992 hatten wir einen Anstieg um 0,2 % —, der weiß natürlich, daß eine weitere Drehung an der Schraube von Steuern und Abgaben sicherlich Auswirkungen auf das verteilungspolitische Klima in unserem Land und der gesamten Bundesrepublik haben wird. Deshalb sage ich mit großer Sorge gerade aus standortpolitischen Gründen heraus: Dieses weitere Drehen an der Abgabenschraube für Arbeitnehmer könnte in anstehenden Tarifrunden zu einer Verschärfung der verteilungspolitischen Auseinandersetzung in unserem Land führen. Das ist die Sorge des Wirtschaftsministers und kein Eingriff in die Tarifautonomie.

Zum zweiten: Herr Kollege Kuhn, Sie haben zweitens etwas angesprochen, was man immer bedenken muß. Sie haben die Tatsache angesprochen, daß von einer unbezahlten

Mehrarbeit natürlich auch eine beschäftigungspolitische Wirkung ausgeht, die Sie negativ gesehen haben. Sicherlich muß man diesen Teilaspekt bei der Finanzierungslösung mit berücksichtigen und abwägen. Aber auch dann, wenn ich diesen Teilaspekt hier nicht negiere und ausdrücklich anerkenne, muß ich bei der Abwägung sagen: In der gegenwärtigen konjunkturellen Situation ist es das gefährlichste, die Inlandsnachfrage weiter zu belasten. Die Problematik ist hier nicht etwa allein auf die Pflegeversicherung zurückzuführen, Herr Kuhn. Da haben Sie durchaus recht. Die Pflegeversicherung ist ja nur das „Tüpfelchen auf dem i“. Wir haben eine längere Entwicklung der Realeinkommenssituation, die für die Nachfrageseite sehr ungünstig ist. Die Tatsache, daß der konjunkturelle Aufschwung, den wir im Bund und im Land gegenwärtig haben, einseitig exportorientiert ist, müssen wir aber jetzt bei dieser Entscheidung berücksichtigen. Wir müssen sie berücksichtigen in der Abwägung, ob wir das Sachsenmodell verwirklichen, ja oder nein.

Da ist es ganz wichtig, daß man sieht, daß sich bei der Inlandsnachfrage in diesem Jahr eine Entwicklung abzeichnet, die höchst beunruhigend ist. Wir haben gegenwärtig einen einseitig exportinduzierten Aufschwung in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg. Wir haben 14 % Auftragszuwachs auf Landesebene beim Export, aber praktisch keine konjunkturelle Erholung der Bereiche Konsum und Inlandsnachfrage. Die Einzelhandelsumsätze gingen im letzten Jahr auf Bundesebene um 4,5 % zurück. In diesem Jahr gingen sie bis September gegenüber dem schlechten Jahr 1993 um weitere 1,5 % zurück. Wir haben gleichzeitig eine Einkommenserwartung für das nächste Jahr, die dadurch belastet ist, daß wir den Solidarzuschlag bekommen, und dadurch, daß die Kommunen ungeheuer stark an der Abgabenschraube nach oben drehen. Wir dürfen jetzt nicht noch zusätzlich mit einer Finanzierungslösung dahin gehend kommen, daß wir die Arbeitnehmer nicht nur den Arbeitnehmerbeitrag in Form eines Abzugs vom Lohn oder Einkommen bezahlen lassen, sondern auch den Arbeitgeberbeitrag. Das wäre in der Tat das erste Mal, daß wir einen Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung vom Einkommen technisch abziehen.

Natürlich haben Sie recht, daß wir im Grund genommen das Prinzip der paritätischen Finanzierung schon vorher mit der Feiertagslösung durchbrochen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN — Abg. Bütikofer GRÜNE: Endlich mal einer, der das sagt!)

— Das gebietet die Ehrlichkeit. — Wenn wir jetzt mit dem sächsischen Modell diesen Schritt tun würden, wenn wir so finanzieren würden, dann sage ich Ihnen, daß wir oben noch einen draufsetzten auf die kolossale finanzielle Belastung breiter Schichten der Bevölkerung in diesem Land.

In Baden-Württemberg hatte die Bevölkerung im letzten Jahr beim verfügbaren Einkommen einen Rückgang von 3,5 %. Wir können die Bürger nicht grenzenlos belasten, wenn wir nicht die Konjunktorentwicklung insgesamt in Frage stellen wollen. Wir können nicht darauf warten, daß uns allein andere Länder mit ihren Aufträgen aus unserer konjunkturellen Problematik herausziehen.

(Abg. Bütikofer GRÜNE: Existenzminimum steuerfrei stellen!)

(Minister Dr. Spöri)

Wir können jetzt natürlich nicht die gesamte Abgaben- und Steuerdebatte führen, wir müssen immer den konkreten Punkt behandeln. Ich sage Ihnen: Psychologisch ist dies der letzte negative Kick. Die Leute werden negative Einkommenserwartungen haben. Zu all dem, was sie bisher an Kaufzurückhaltung praktizieren, kommt das noch dazu und wird letzten Endes eine große Gefahr für die Inlandskonjunktur werden. Das heißt, die Gesamtkonjunktur im nächsten Jahr ist von der Inlandsseite her massiv gefährdet. Deswegen mein Appell an Sie, daß Sie die Sachsenlösung aus konjunkturpolitischer Sicht nicht unterstützen sollten.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Kollege Kuhn, ich möchte noch zwei Aussagen quittieren, die Sie gemacht haben. Sie haben gesagt, das sei zwar Geld, aber es sei wenig Geld.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Nein, das habe ich nicht gesagt!)

– So haben Sie es gesagt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ich habe gesagt, daß es eine Belastung ist!)

– Also gut, dann stimmen wir überein: Es ist viel Geld. Stimmen Sie mir zu?

(Abg. Kuhn GRÜNE: Es ist viel Geld!)

– Gut, dann bin ich schon mal einen Schritt weiter.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Hätten Sie gleich haben können, wenn Sie aufgepaßt hätten! – Abg. Bütikofer GRÜNE: Sie haben nur noch 2 Minuten! Weit kommen Sie nicht mehr!)

Jetzt zu einem sehr wichtigen Punkt. Sie haben bei Ihrer Berechnung ein Bruttoeinkommen von 4 000 DM zugrunde gelegt. Da sind Sie sehr tief gegangen. Sie sollten ruhig ein bißchen höher gehen, wenn Sie den statistischen Durchschnitt der Menschen in Baden-Württemberg erwischen wollen.

Aber folgendes ist noch viel entscheidender: Sie wissen, daß die Frage der Eigendynamik der Kostenentwicklung bei der Pflegeversicherung sehr umstritten ist. Sie wissen, daß es viele Expertenschätzungen gibt, die davon ausgehen, daß es eine erhebliche Eigendynamik geben wird. Wenn man Ihren Weg geht, bedeutet das, daß auf Zeit und Ewigkeit das gesamte Kostenrisiko dieser Dynamik bei den Arbeitnehmern abgeladen wird.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Caroli SPD: Das ist der wesentlichste Punkt!)

Da bewegen wir uns wirklich in großen Dimensionen.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Ist es besser, wenn man auf Zeit und Ewigkeit Feiertage abschafft?)

Sie sollten nicht vergessen, warum Biedenkopf das gemacht hat. Biedenkopf hat das gemacht, weil er erklärtermaßen die

Struktur der Sozialversicherungssysteme durchbrechen will. Da geht es um eine Grundsatzentscheidung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn dieser Dammbbruch vollzogen wird, werden weitere Dammbürche folgen.

(Abg. Birgitt Bender GRÜNE: Den habt ihr doch im Bundesrat beschlossen!)

– Sie begreifen das nicht. Die Frage, ob an einem Feiertag gearbeitet wird, ist eine ganz andere Frage, als die Sozialversicherungssysteme zu durchbrechen.

(Beifall des Abg. Dr. Caroli SPD)

Sie haben außerdem gesagt, Zeit sei wichtiger als Geld. Sie haben eine bestimmte Sicht von Menschen, die ich nicht teile. Ich kenne ungeheuer viele Menschen, ungeheuer viele Familien in Baden-Württemberg, die es sich nicht leisten können zu sagen: „Zeit ist wichtiger als Geld.“

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der CDU und des Abg. Trageiser REP – Abg. Bütikofer GRÜNE: Das ist aber ein arg dünner Materialismus!)

Sie können keine Politik aus der Sicht des Teils der Bevölkerung formulieren, dem es so gut geht, daß für ihn Zeit möglicherweise wichtiger ist als Geld. Ich jedenfalls kann so Politik nicht formulieren. Die SPD kann so Politik nicht formulieren. Wir müssen vielmehr Politik aus der Sicht der großen Mehrheit von Menschen formulieren, bei denen es nach den Einkommensentwicklungen der letzten Jahre knapp hergeht. Für die ist Geld wichtiger als Zeit. Oft ist Geld die Voraussetzung dafür, daß sie sich gelegentlich überhaupt einmal eine schöne Zeit leisten können. Da fehlt eine Sicht auf die soziale Wirklichkeit in diesem Land, um die sich die Grünen meines Erachtens bemühen sollten. Ich will Ihnen das deutlich sagen. Dieser Satz hat mich sehr nachdenklich gemacht und hat mich sehr in meiner Auffassung bestärkt, daß es ein sehr gefährlicher Weg ist, die Sachsenlösung zu beschreiten.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Wir kommen damit in der Zweiten Beratung zur Einzelabstimmung.

Der Innenausschuß schlägt Ihnen mit der Beschlußempfehlung Drucksache 11/4989 vor, den Gesetzentwurf abzulehnen. Entsprechend unserer Übung ist damit der Gesetzentwurf der Landesregierung Beratungsgrundlage.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Feiertagsgesetzes

Dazu liegen der Änderungsantrag der Fraktion GRÜNE, Drucksache 11/5023-1, und der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 11/5023-2, vor.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Der Antrag der Fraktion GRÜNE begehrt in den Ziffern 1 und 3 eine ersatzlose Streichung und in der Ziffer 2 eine entsprechende Änderung und Anpassung. Dieser Antrag ist der weiter gehende Antrag, und deshalb ist über diesen Antrag zunächst abzustimmen.

Zur Geschäftsordnung, Herr Abg. Kuhn.

Abg. Kuhn GRÜNE: Ich beantrage namentliche Abstimmung.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Sie beantragen namentliche Abstimmung. Darf ich fragen, ob dieser Antrag die notwendige Unterstützung findet. – Dies ist offenkundig der Fall. Damit stimmen wir über diesen Antrag namentlich ab. Ich gehe davon aus, daß wir nur über die Ziffer 1 namentlich abzustimmen brauchen, denn das andere sind Folgeregelungen. Wenn die Ziffer 1 Ihres Antrags abgelehnt ist, sind die weiteren Ziffern erledigt. Sind Sie damit einverstanden?

(Abg. Kuhn GRÜNE: Ja!)

Wir stimmen also über die Ziffer 1 des Änderungsantrags Drucksache 11/5023-1 namentlich ab. Wer diesem Antrag, der die Streichung der Nummer 1 von Artikel 1 des Gesetzesentwurfs begehrt, zustimmt, möge mit Ja antworten. Wer ihn ablehnt, möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten will, möge mit „Enthaltung“ antworten.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben B. Herr Abg. Dr. Klunzinger, darf ich Sie bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

Ich darf noch einmal an Ihre Disziplin appellieren, sich ruhig zu verhalten, wie das vorhin vorbildlich der Fall war, damit die Antworten verstanden werden können.

Bitte, Herr Abg. Dr. Klunzinger.

(Namensaufruf)

Die Abstimmung ist geschlossen, und ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 141 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 37 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 104 Abgeordnete.

Damit ist Ziffer 1 des Änderungsantrags Drucksache 11/5023-1 abgelehnt. Herr Abg. Kuhn, dadurch haben sich die Ziffern 2 und 3 dieses Änderungsantrags erledigt.

(Abg. Kuhn GRÜNE: Das sehen Sie richtig, Herr Präsident!)

*

Mit Ja haben gestimmt:

Albrecht, Birgitt Bender, Buchter, Bühler, Bütikofer, Deuschle, Dr. Döring, Drautz, Dr. Eckert, Fleischer, Göbel, Hackl, Herbricht,

Jacobi, Kiesswetter, König, Krisch, Kuhn, Dr. Lang, Ulrich Müller, Pfister, Rapp, Rebhan, Renz, Dr. Repnik, Dr. Salomon, Schaal, Dr. Scharf, Schlauch, Dr. Schlierer, Monika Schnaitmann, Schöning, Gerhard Stolz, Tölg, Walter, Wilhelm, Dr. Witzel.

Mit Nein haben gestimmt:

Amann, Baumhauer, Bebber, Behringer, Birzele, Bloemecke, Brechtken, Carla Bregenzer, Brinkmann, Dr. Caroli, Daffinger, Döpfer, Dreier, Drexler, Gaßmann, Dr. Geisel, Göschel, Goll, Alfred Haas, Gustav-Adolf Haas, Haasis, Hauk, Heiler, Heinz, Dr. Hopmeier, Dr. Claudia Hübner, Hund, Keitel, Kielburger, Kiesecker, Birgit Kipfer, Dr. Klunzinger, Köberle, Köder, Kurz, Ursula Lazarus, Leicht, List, Eberhard Lorenz, Hans Lorenz, Maurer, Dr. Maus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Meyer, Mogg, Mühlbeyer, Dr. Walter Müller, Nagel, Östreicher, Oettinger, Liane Offermanns, Dr. Ohnewald, Dr. Puchta, Rau, Rech, Reddemann, Redling, Reimann, Reinelt, Rempfel, Ruder, Rückert, Barbara Schäfer-Wiegand, Dr. Schäuble, Schauler, Scheffold, Scheuermann, Schmiedel, Schöffler, Schöttle, Schrempf, Dr. Marianne Schultz-Hector, Rosely Schweizer, Seimetz, Seltenreich, Sieber, Helga Solinger, Dr. Spöri, Stächele, Dieter Stoltz, Strathaus, Straub, Ströbele, Teßmer, Teufel, Trageiser, Troll, von Trotha, Helga Ulmer, Dr. Vetter, Christa Voss-schulte, Wabro, Weimer, Dr. Weingärtner, Weinmann, Weiser, Wettstein, Weyrosta, Wieser, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeller, Zimmermann.

*

Meine Damen und Herren, wir haben jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 11/5023-2, abzustimmen, der das Wort „Pfingstmontag“ im Gesetzesentwurf durch die Worte „Allgemeiner Buß- und Bettag“ ersetzen will.

Bitte, Herr Abg. Weimer, zur Geschäftsordnung.

Abg. Weimer SPD: Herr Präsident! Wir beantragen, daß über diesen Änderungsantrag ebenfalls namentlich abgestimmt wird.

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Auch zu diesem Änderungsantrag ist namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, möge mit Ja antworten, wer ihn ablehnen möchte, möge mit Nein antworten, wer sich der Stimme enthalten möchte, möge mit „Enthaltung“ antworten.

Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben C. Herr Abg. Krisch, ich darf Sie bitten, mit dem Namensaufruf zu beginnen. Ich darf wiederum darum bitten, meine Damen und Herren

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– die Sitzung nähert sich allmählich ihrem Ende –, beim Namensaufruf Ruhe zu bewahren.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal um Ruhe bitten. Bitte, Herr Abg. Krisch, beginnen Sie mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Die Abstimmung ist geschlossen, und ich bitte, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt:

An der Abstimmung haben sich 140 Abgeordnete beteiligt.

Mit Ja haben 53 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein 82 Abgeordnete;
5 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Damit ist der Antrag Drucksache 11/5023-2 abgelehnt.

*

Mit Ja haben gestimmt:

Bebber, Birgitt Bender, Birzele, Bloemecke, Brechtken, Carla Brengener, Brinkmann, Buchter, Bütikofer, Dr. Caroli, Daffinger, Drexler, Gaßmann, Göschel, Goll, Gustav-Adolf Haas, Heiler, Hund, Jacobi, Kielburger, Kiesecker, Birgit Kipfer, Köder, Kuhn, Eberhard Lorenz, Maurer, Mogg, Dr. Walter Müller, Nagel, Dr. Puchta, Redding, Reinelt, Dr. Salomon, Scheffold, Schlauch, Schmiedel, Schöffler, Schrempf, Seltenreich, Helga Solinger, Dr. Spöri, Dieter Stoltz, Teßmer, Helga Ulmer, Walter, Weimer, Dr. Weingärtner, Weinmann, Wettstein, Weyrosta, Wintruff, Marianne Wonnay, Zeller.

Mit Nein haben gestimmt:

Albrecht, Amann, Baumhauer, Behringer, Bühler, Deuschle, Döpfer, Dr. Döring, Drautz, Dreier, Dr. Eckert, Fleischer, Göbel, Alfred Haas, Haasis, Hauk, Heinz, Herbricht, Dr. Hopmeier, Dr. Claudia Hüfner, Keitel, Kiesswetter, Dr. Klunzinger, Köberle, König, Krisch, Kurz, Dr. Lang, Ursula Lazarus, Leicht, List, Hans Lorenz, Dr. Maus, Dr. Mauz, Mayer-Vorfelder, Meyer, Ulrich Müller, Östreicher, Oettinger, Liane Offermanns, Dr. Ohnewald, Pfister, Rapp, Rau, Rebhan, Rech, Reddemann, Reimann, Renppel, Dr. Repnik, Ruder, Rückert, Schaal, Barbara Schäfer-Wiegand, Dr. Schäuble, Dr. Scharf, Schaufler, Scheuermann, Dr. Schlierer, Monika Schnaitmann, Schöning, Dr. Marianne Schultz-Hector, Rosely Schweizer, Seimetz, Sieber, Stächele, Stratthaus, Straub, Ströbele, Teufel, Tölg, Trageiser, Troll, von Trotha, Dr. Vetter, Christa Vosschulte, Wabro, Weiser, Wieser, Wilhelm, Dr. Witzel, Zimmermann.

Der Stimme enthalten haben sich:

Dr. Geisel, Hackl, Mühlbeyer, Schöttle, Gerhard Stolz.

*

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zur Abstimmung über Artikel 1 Nr. 1 der Regierungsvorlage. Wer dieser Nummer 1 der Regierungsvorlage, Drucksache 11/4895, also der Streichung des Worts „Pfingstmontag“ zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? —

(Abg. Kuhn GRÜNE: Aha!)

Dieser Nummer 1 der Regierungsvorlage ist bei mehreren Gegenstimmen und vielen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Eine Erklärung zur Abstimmung? — Bitte, Herr Abg. Maurer, Sie haben das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

(Unruhe — Abg. Kuhn GRÜNE: Am Schluß!)

— Ich schlage vor, zunächst die Abstimmung abzuschließen. Die Erklärungen zur Abstimmung sollen dann am Schluß abgegeben werden. — Sie sind damit einverstanden.

Dann rufe ich die Nummer 2 von Artikel 1 der Vorlage der Regierung auf. Wer dieser Nummer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch dieser Nummer 2 ist bei etlichen Gegenstimmen und vielen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Ich rufe die Nummer 3 von Artikel 1 auf. Wer dieser Nummer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch dieser Nummer 3 ist bei etlichen Gegenstimmen und vielen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Meine Damen und Herren, sind Sie damit einverstanden, daß ich die Nummern 4 bis 7 von Artikel 1 gemeinsam aufrufe? —

(Abg. Weimer SPD: Ja!)

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Wer diesen Nummern 4 bis 7 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch diesen Nummern ist bei etlichen Gegenstimmen und vielen Stimmenthaltungen zugestimmt.

*Ich rufe auf

Artikel 2

Neubekanntmachung

Wer Artikel 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Artikel 2 ist mit den gleichen Mehrheitsverhältnissen zugestimmt.

Ich rufe schließlich auf

Artikel 3

Inkrafttreten

Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Auch Artikel 3 ist mit dem gleichen Stimmverhalten zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 30. November 1994 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Feiertagesgesetzes“. — Sie stimmen der Überschrift zu.

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Wir kommen zur

Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Dem Gesetz ist bei etlichen Gegenstimmen und vielen Stimmenthaltungen zugestimmt.

Meine Damen und Herren, jetzt erteile ich Herrn Abg. Maurer das Wort zu einer Erklärung zur Abstimmung.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben mit „Enthaltung“ gestimmt, weil wir diese Entscheidung für eine in der Sache falsche Entscheidung halten, weil sie einen baden-württembergischen Sonderweg bedeuten wird, der in der Auswirkung sehr nachteilig ist, weil wir sie für eine Entscheidung zum Nachteil der Familien und vieler kultureller Begegnungen halten und wir deswegen die Verantwortung für diese Entscheidung nicht tragen.

Wir haben mit „Enthaltung“ gestimmt, weil nach der hier beschlossenen Abstimmungsprozedur eine andere Stimmentcheidung unsererseits die Durchsetzung der Sachsenlösung durch die Hintertür mit extrem nachteiligen Folgen für die Arbeitnehmer und ihre Familien bedeutet hätte.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Zu einer Erklärung zur Abstimmung erteile ich Herrn Abg. Rebhan das Wort.

Abg. Rebhan CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte eine persönliche Erklärung zu meinem Abstimmungsverhalten abgeben.

Erstens: Mit der Abschaffung des Pfingstmontags ist die Pflegeversicherung nur zu einem Teil bzw. nur die erste Stufe der Pflegeversicherung finanziert. Für die zweite Stufe der Pflegeversicherung soll eine andere Finanzierungsquelle gesucht werden.

Dazu ist noch die Rede davon, daß der Wegfall des Pfingstmontags möglicherweise nur für 1995 gelten soll. Meine Damen und Herren, ich frage mich: Kann Politik überhaupt noch kurzfristiger und kurzatmiger sein?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Republikaner)

— Klatschen Sie nicht zu früh.

Zweitens muß ich sagen: Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung — dessen bin ich mir sicher — wäre bereit, durch Mehrarbeit

(Beifall des Abg. Kiesswetter FDP/DVP — Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

bzw. durch den Verzicht auf Urlaubstage die Finanzierung sicherzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FDP/DVP und der CDU — Zuruf von den GRÜNEN: Vor allem die Arbeitslosen!)

Die SPD-Fraktion und erst recht die DGB-Gewerkschaften handeln hier gegen den Willen der meisten ihrer Mitglieder.

(Beifall bei den Republikanern — Zurufe von der SPD — Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Herr Abg. Rebhan, ich bitte um eine Erklärung zur Abstimmung, nicht um eine Rede.

Abg. Rebhan CDU: Drittens: Die CDU-Fraktion wird von mehr Wählern, als sie glaubt, gefragt werden, warum ein Feiertag gestrichen wird, obwohl mehrere andere Lösungen möglich gewesen wären. Ich respektiere alle Kolleginnen und Kollegen der Fraktion, die der Überzeugung sind, daß ein anderer Weg als die Streichung eines Feiertags nicht möglich sei. Niemandem in unserer Fraktion ist es leichtgefallen, den Pfingstmontag zu streichen; das weiß ich. Für mich ist die Streichung ein falsches Signal, da leider auch die Sonntage immer mehr ihres christlichen Gehalts beraubt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner und auf der Zuhörertribüne)

Stellv. Präsident Dr. Geisel: Meine Damen und Herren! Wir haben dann noch über die Ziffer 2 der Beschlußempfehlung zu befinden. Nach dieser Ziffer 2 sollen die zu dem Gesetzentwurf eingegangenen Eingaben für erledigt erklärt werden. — Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 5 unserer Tagesordnung erledigt.

(Zurufe von den Republikanern: Welch Wunder!)

Die Fraktionen sind übereingekommen, den Tagesordnungspunkt 6 von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Sehr gut!)

Er soll bei der nächsten Sitzungsperiode auf die Tagesordnung gesetzt werden.

(Abg. Jacobi GRÜNE: Das ist weniger gut!)

Auch der Punkt 8 soll von der Tagesordnung abgesetzt werden. Dieser Tagesordnungspunkt soll, wenn möglich, in der morgigen Plenarsitzung behandelt werden.

Damit bleibt uns Punkt 7 der Tagesordnung, den ich hiermit aufrufe:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung — Gesetz zur Einführung einer einheitlichen Finanzkontrolle — Drucksache 11/4814

Beschlußempfehlung und Bericht des Finanzausschusses — Drucksache 11/4960

Berichterstatter: Abg. Kiesecker

Meine Damen und Herren, das Präsidium war der Meinung, daß heute auf eine Aussprache verzichtet werden kann, nachdem in der Ersten Beratung eine Aussprache stattgefunden hat.

(Beifall des Abg. Jacobi GRÜNE)

(Stellv. Präsident Dr. Geisel)

Wir kommen damit gleich zur Abstimmung. Der Finanzausschuß empfiehlt Ihnen mit seiner Beschlußempfehlung Drucksache 11/4960, dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 11/4814, unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung der Landeshaushaltsordnung

— Zustimmung.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Landesverwaltungsgesetzes

— Zustimmung.

Ich rufe auf

Artikel 3

Aufhebung der Vorprüfungsordnung

— Zustimmung.

Ich rufe auf

Artikel 4

Übergangsregelung

— Zustimmung.

Ich rufe auf

Artikel 5

Inkrafttreten

— Zustimmung.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 30. November 1994 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Einführung einer einheitlichen Finanzkontrolle“. — Sie stimmen der Überschrift zu.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur

Schlußabstimmung

Wer dem Gesetz im ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Stimmenthaltungen? — Das Gesetz ist einstimmig angenommen.

Damit ist auch Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, wir sind nunmehr am Ende unserer heutigen Tagesordnung.

(Abg. Brechtken SPD: Nicht nur der Tagesordnung, Herr Präsident!)

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

Schluß: 21.22 Uhr

Vorschlag

der Fraktion der CDU

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuß	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Ständiger Ausschuß	stellv. Mitglied	Schlee	Behringer
Ausschuß für Schule, Jugend und Sport	stellv. Mitglied	Schlee	Behringer
Sozialausschuß	stellv. Mitglied	Schlee	Behringer
Ausschuß für Wissen- schaft und Forschung	stellv. Mitglied	Schlee	Behringer
Petitionsausschuß	stellv. Mitglied	Schlee	Behringer

30. 11. 94

Günther H. Oettinger und Fraktion